

FRANKFURTER SOZIALBERICHT

TEIL X: FAMILIEN IN FRANKFURT AM MAIN – LEBENSWIRKLICHKEIT UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Ergebnisse einer empirischen Erhebung unter Frankfurter
Müttern und Vätern mit minderjährigen Kindern



FRANKFURTER SOZIALBERICHT

TEIL X: FAMILIEN IN FRANKFURT AM MAIN – LEBENSWIRKLICHKEIT UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Verfasser/-innen:

Pia Bolz
Dr. Herbert Jacobs
Nicole Lubinski

Wissenschaftliche Begleitung:

Prof. Dr. Diether Döring Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main
Reiner Höft-Dzemski Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin

Mitglieder des Beirats der Sozialberichterstattung:

Karl-Heinz Huth	Agentur für Arbeit Frankfurt am Main
Dr. Jürgen Richter	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Frankfurt am Main e.V.
Petra Becher	Bürgerinstitut e.V.
Hartmut Fritz	Caritasverband Frankfurt e.V.
Michael Zimmermann-Freitag	Der PARITÄTISCHE Hessen, Regionalgeschäftsstelle Ffm
Horst Koch-Panzner	DGB, Kreis Frankfurt am Main
Pfarrer Dr. Michael Frase	Diakonisches Werk Frankfurt am Main
Prof. Dr. Gero Lipsmeier	Fachhochschule Frankfurt am Main, Fachbereich 4
Rebekka Rammé	Frankfurter Jugendring
Dr. Ralf Geruschkat	Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Iris Behr	Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt

Dezernat für Soziales, Senioren, Jugend und Recht

VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser,

im Mittelpunkt des hier vorgelegten zehnten Teils des Frankfurter Sozialberichts stehen die Familien in unserer Stadt. Frankfurt am Main versteht sich als Familienstadt, d.h., dass Familien in der Stadt willkommen sind, dass Familien sich in der Stadt wohlfühlen sollen und dass Familien die Angebote und Unterstützung finden, die sie brauchen.

Familien haben für unsere Gesellschaft unverzichtbare Funktionen. Da ist zunächst die Versorgung und Erziehung der Kinder. Die Familie ist der Ort, an dem Kinder lernen, dauerhaft Verantwortung füreinander und für andere außerhalb ihrer Familie zu übernehmen. Familien leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Pflege älterer Angehöriger und helfen so, den Zusammenhalt zwischen den Generationen aufrechtzuerhalten. Es reicht freilich nicht aus, die in und von Familien gelebte Solidarität und die Wichtigkeit der von Familien übernommenen Aufgaben und Funktionen bloß anzuerkennen und zu würdigen. Müttern, Vätern und jungen Menschen muss die Unterstützung zukommen, die sie benötigen, um den vielfältigen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, begegnen zu können. Hier ist auch die Kommune gefragt.

Familien sehen sich mit vielfältigen und im Vergleich zu früher anderen Herausforderungen konfrontiert. Wir erleben zur Zeit einen tiefgreifenden demografischen und sozialen Wandel in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig haben sich die Lebensentwürfe der Menschen und ihre Einstellungen zu Familie und Elternschaft verändert. Auch wenn sich die allermeisten jungen Menschen immer noch wünschen, später einmal eine Familie zu haben, gelingt es vielen nicht, diesen Wunsch zu realisieren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Auch wenn die meisten Frauen und Männer irgendwann einmal Kinder und eine Familie haben, nimmt die Zeit des Zusammenlebens mit Kindern einen immer geringeren Anteil in ihrem Lebenslauf ein. Der Anteil kinderloser Haushalte steigt aber auch aufgrund der insgesamt gestiegenen Lebenserwartung deutlich an. Selbst wenn man Kinder hat, ist für die meisten Eltern die Zeit, in der sie nach der Familienphase ohne Kinder leben, länger als die Familienphase selber. Gleichzeitig sind die Erwartungen von Eltern an ein gelingendes Familienleben, an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und an die Familienfreundlichkeit der Gesellschaft gestiegen.

Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der kommunalen Familienpolitik, eine tragfähige Infrastruktur von der Kinderbetreuung über öffentliche Spielflächen bis hin zur Erziehungsberatung und zu anderen Angeboten der Jugendhilfe aufzubauen, die Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben unterstützt und Kindern ein gedeihliches Aufwachsen ermöglicht. Um die Aktivitäten und Angebote für Familien noch besser an deren Bedürfnissen und Wünschen ausrichten zu können, hat das Jugend- und Sozialamt für

den vorliegenden Bericht eine umfangreiche Befragung unter Frankfurter Familien durchgeführt. Insgesamt 15.000 Familien mit minderjährigen Kindern wurden angeschrieben, von denen sich fast ein Drittel an der Umfrage beteiligte. Schwerpunkte der Umfrage waren u. a. die Themen Wohnsituation, Wohnumfeld, Art und Umfang der Kinderbetreuung, Einfluss der Schule auf das Familienleben, Freizeitaktivitäten mit und von Kindern, Erwerbsbeteiligung, Einkommenssituation, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Inanspruchnahme von Hilfeleistungen und Unterstützungsangeboten.

Dank der großen Beteiligung ist es gelungen, die Lebenssituation Frankfurter Familien detailliert zu erfassen. Mit dem hier vorliegenden Bericht werden die gewonnenen Erkenntnisse der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das, was die Befragten an Wünschen und Unterstützungsbedarfen geäußert haben, und ihre Vorstellungen davon, was Frankfurt zu einer noch familienfreundlicheren Stadt machen könnte, geben all denen in unserer Stadt, die sich für Familien verantwortlich fühlen, wichtige Hinweise für ihr künftiges Handeln. Eine Politik für Familien kann nur gelingen, wenn man Mütter und Väter zu Wort kommen lässt und Informationen über ihre Situation direkt von ihnen erhält. Genau dies wird durch die Erhebung, die für diesen Bericht durchgeführt wurde, erreicht. Ich möchte mich deshalb ganz besonders bei all den Müttern und Vätern bedanken, die uns durch ihre Teilnahme an der Umfrage differenzierte Einblicke in die Lebenssituation Frankfurter Familien ermöglicht haben. Mein Dank gilt auch all denjenigen, die als Autoren, als Berater oder in einer anderen Funktion zum Zustandekommen dieses Berichts beigetragen haben.

Ihre

Prof. Dr. Daniela Birkenfeld

Stadträtin

Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht



INHALT

INHALT

Vorwort	5
Kurzfassung	13
1 EINLEITUNG	23
2 KONZEPT UND METHODE	29
2.1 Familienumfrage:	
Stichprobe, Methodik der Umfrage und Gewichtung des Datensatzes	30
2.2 Bildung von Untergruppen.....	31
2.2.1 Familien mit einem, zwei und mehr Kindern	32
2.2.2 Paar-Familien und Alleinerziehenden-Familien	32
2.2.3 Familien mit und ohne Migrationshintergrund.....	32
2.2.4 Armutsgefährdete, nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Familien	33
2.2.5 Stadtteiltypen	34
2.3 Interpretation von Unterschieden zwischen Teilgruppen.....	38
3 TAGESGESTALTUNG UND LEBENSITUATION IN FRANKFURTER FAMILIEN	41
3.1 Institutionelle Betreuung von Kindern im Vorschulalter.....	42
3.1.1 Betreuung von Kindern unter drei Jahren	42
3.1.2 Betreuung von Kindern von drei bis sechs Jahren.....	44
3.1.3 Betreuung und Alltagssprache von Kindern im Vorschulalter	47
3.1.4 Gründe für die Wahl einer Betreuungseinrichtung für Kinder unter sechs Jahren ...	48
3.1.5 Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern	52
3.1.6 Problematische Betreuungssituationen für Eltern	52
3.1.7 Betreuungsarrangements in besonderen Situationen	56
3.1.8 Informelle Betreuungsarrangements und Wohndauer	58
3.2 Schule	59
3.2.1 Besuch weiterführender Schulen	59
3.2.2 Schulform und schulische Anforderungen	62
3.3 Freizeitaktivitäten von und mit Kindern und Jugendlichen.....	63
3.3.1 Unternehmungen der Eltern mit dem jüngsten Kind.....	64
3.3.2 Nutzung von Freizeitangeboten durch Kinder und Jugendliche	66
4 WOHNEN	71
4.1 Der Wohnungsmarkt in Frankfurt am Main und seine Bedeutung für Familien.....	72
4.2 Die Wohnung.....	74
4.2.1 Wohnstatus und Gebäudeart	74
4.2.2 Familien mit unzureichender Wohnraumversorgung.....	76
4.2.3 Vorhandensein eines Gartens	80
4.2.4 Zufriedenheit mit der Wohnung	81
4.3 Das Wohnumfeld	83
4.3.1 Mängel im Wohnumfeld	83
4.3.2 Entfernung zu wichtigen Einrichtungen, Angeboten und Dienstleistungen.....	86
4.3.3 Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld	89
4.4 Wechsel der Wohnung	91
4.4.1 Umzugswünsche	91
4.4.2 Gründe für einen möglichen Umzug	92
4.4.3 Ziel eines möglichen Umzugs	96
5 ERWERBSITUATION DER ELTERN UND FINANZIELLE LAGE DER FAMILIEN.....	99
5.1 Erwerbsstatus der Eltern	100
5.2 Soziale Lage der Eltern	103
5.3 Wochenarbeitszeit von Müttern und Vätern	106
5.4 Erwerbsbeteiligung und innerfamiliäre Arbeitsteilung in Paar-Familien	108
5.5 Die Einkommenssituation.....	109
5.6 Armutsgefährdung und Lebensstandard	113
5.7 Bildung von finanziellen Rücklagen	115
5.8 Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit	117
6 VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF	119
6.1 Der Einfluss der regulären Arbeitszeiten und Wegzeiten zur Arbeit auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie	121
6.2 Vereinbarkeit bei unterschiedlichen Familientypen.....	122
6.2.1 Die Perspektive von Müttern und Vätern.....	124
6.2.2 Vereinbarkeit bei armutsgefährdeten und wohlhabenden Familien	125
6.2.3 Vereinbarkeit und soziale Lage der Auskunftspersonen	126
6.3 Vereinbarkeit nach Alter, Betreuungsumfang in Kindertageseinrichtungen und Schulform der Kinder.....	126
6.4 Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf	131
7 UNTERSTÜTZUNG IN VERSCHIEDENEN LEBENSITUATIONEN	135
7.1 Unterstützung in verschiedenen Problemlagen.....	136
7.1.1 Hilfe und Unterstützung bei Erziehungsproblemen und Erziehungsfragen.....	137
7.1.2 Hilfe und Unterstützung bei schulischen Problemen der Kinder.....	138
7.1.3 Hilfe und Unterstützung bei Problemen in der Partnerschaft	139
7.1.4 Hilfe und Unterstützung bei Wohnungsproblemen.....	140
7.1.5 Hilfe und Unterstützung bei Geldsorgen	141
7.1.6 Hilfe und Unterstützung bei krankheitsbedingten Problemen	143
7.1.7 Hilfe und Unterstützung bei beruflichen Problemen.....	144
7.1.8 Häufigkeit der Hilfe und Unterstützung	145
7.2 Nutzung von Angeboten verschiedener Ämter und Einrichtungen.....	147
8 FRANKFURT AM MAIN – EINE FAMILIENFREUNDLICHE STADT?	155
9 SCHLUSSBEMERKUNGEN.....	163
10 ANHANG	171
1. Thema Kinderbetreuung.....	173
2. Thema Schule	173
3. Thema Freizeit.....	174
4. Thema Wohnen.....	175
5. Thema Lärmbelästigung durch Verkehrslärm, Baustellen und Fluglärm	175
6. Thema Sauberkeit	176
7. Thema Infrastruktur und ÖPNV	176
8. Thema Bürgernähe	177
9. Sonstiges	177



KURZFASSUNG

Wie in anderen Großstädten auch sind in Frankfurt am Main Familien-Haushalte unter den Haushalten in der Minderheit. Von den rund 370.000 Frankfurter Haushalten, die es heute (Ende 2012) in Frankfurt gibt, sind rund 65.000 Familien-Haushalte mit minderjährigen Kindern. Damit ist nur etwas mehr als jeder sechste Frankfurter Haushalt ein Familien-Haushalt. Auch wenn in Frankfurt am Main in den letzten Jahren die Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle überschreitet, dominieren in der Stadt kinderlose Lebensformen (Alleinlebende und kinderlose Paare) und der Anteil der Familien-Haushalte (Paare und Ehepaare mit Kindern sowie Alleinerziehende) an allen Haushalten ist trotz des Geburtenüberschusses in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben.

Untersuchungsansatz der Befragung, Methode und Stichprobe

Der hier vorgelegte Teil des Frankfurter Sozialberichts bietet Einblicke in die Lebenssituation Frankfurter Familien. Auf dieser Grundlage ist es möglich, auch zukünftig in Frankfurt am Main Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der Familien gerecht werden und der Entwicklung der Kinder förderlich sind. Folgende zentrale Themenbereiche waren Gegenstand der Betrachtung:

- Wohnen und Wohnumfeld,
- Betreuung, Schulbesuch und Freizeitgestaltung der Kinder,
- Freizeit und Infrastruktur,
- Erwerbssituation und soziale Lage,
- Erwerbsbeteiligung und innerfamiliäre Arbeitsteilung,
- Nutzung von sozialen Dienstleistungen und Unterstützungsangebote in verschiedenen Problemsituationen,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf und
- Familienfreundlichkeit der Stadt aus Sicht der Eltern.

Grundlage des Berichts ist eine schriftliche Umfrage unter Frankfurter Familien mit minderjährigen Kindern. Rund 15.000 zufällig ausgewählte Frankfurter Familien wurden Ende 2011 von einem mit der Durchführung der Erhebung beauftragten Forschungsinstitut angeschrieben und um ihre Mitwirkung an der Befragung gebeten. Fast 4.800 Familien haben sich an der Befragung beteiligt, so dass die Rücklaufquote mit 31,7 % einen für schriftliche Befragungen erfreulich hohen Wert erreichte. Die im Fragebogen berührten Lebensbereiche reichen von der Einkommenssituation und dem Erwerbsumfang der Eltern über die Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern, die Betreuungssituation und den Schulbesuch der Kinder, die Wohnsituation und Wohnzufriedenheit, den Umfang gemeinsamer Aktivitäten mit den Kindern bis hin zur sozialen Infrastruktur und zu Hilfe und Unterstützung, die Familien von dort, aber auch von Freunden und Verwandten erfahren. Eine vergleichbare Untersuchung, die die Lebenssituation Frankfurter Familien in dieser Breite und Tiefe untersucht, liegt bislang für Frankfurt am Main nicht vor. Deshalb sei an dieser Stelle den vielen Müttern und Vätern gedankt, die das Zustandekommen dieser Untersuchung ermöglicht haben. Familien sind keine homogene Gruppe. Im Bericht werden die Familien danach unterschieden, welcher Familienform sie zugerechnet werden, ob mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat oder nicht, welcher Einkommensgruppe sie angehören, wie viele Minderjährige in der Familie leben und in was für einem Stadtteil sie wohnen.

Bei der *Familienform* wird zwischen Paar-Familien und Alleinerziehenden-Familien unterschieden. Letztere sind dadurch definiert, dass ein Elternteil alleine mit seinem Kind oder seinen Kindern einen Haushalt bildet. Auch wenn diese Mütter oder Väter einen Partner oder eine Partnerin haben, leben diese nicht mit der oder dem Alleinerziehenden zusammen. 19 % der befragten Familien waren im Sinne dieser Definition Alleinerziehenden-Familien.

Ein Migrationshintergrund liegt nach der für diesen Bericht gewählten Definition vor, wenn jemand eine ausländische Staatsangehörigkeit hat oder im Ausland geboren ist. Wenn mindestens ein Elternteil in der Familie einen solchen Migrationshintergrund hat, wurde die Familie den Familien mit Migra-

tionshintergrund zugerechnet. In der Hälfte der befragten Familien hat mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund.

Auf der Grundlage der Angaben zum Haushaltseinkommen werden armutsgefährdete, nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Familien unterschieden. In armutsgefährdeten Familien haben die Haushaltsmitglieder ein (im Hinblick auf das Alter und die Zahl der Haushaltsmitglieder) bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von monatlich höchstens 1.000 Euro, in nicht armutsgefährdeten Familien von 1.000 bis unter 2.000 Euro und in wohlhabenden Familien von mindestens 2.000 Euro. 35 % der befragten Familien sind in diesem Sinne armutsgefährdet, 37 % nicht-armutsgefährdet und 26 % wohlhabend.

Im Hinblick auf die Stadtteile wurden auf der Basis soziodemografischer Daten für die Gesamtbevölkerung fünf verschiedene Typen von Stadtteilen unterschieden, von denen vier im Bericht näher betrachtet werden. [Ein fünfter Typ bestand nur aus einem Stadtteil. Er wird im Folgenden beim Vergleich nach Stadtteiltyp nicht berücksichtigt.] Die vier Stadtteiltypen wurden als bessergestellt-verdichtet-stabil (z. B. Bockenheim, Westend und Dornbusch), leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage (z. B. Bonames, Eckenheim und Frankfurter Berg), stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil (z. B. Fechenheim, Gallus und Höchst) und wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern (Harheim, Kalbach-Riedberg und Nieder-Erlenbach) charakterisiert.

Auch innerhalb der so gebildeten Untergruppen gibt es erhebliche Unterschiede, denen wir in dieser Untersuchung nur an einigen Stellen nachgehen können. So befinden sich z. B. nicht alle Alleinerziehenden in derselben Einkommenssituation. Und unter den Familien mit Migrationshintergrund gibt es armutsgefährdete und wohlhabende, bildungsnahe und bildungsferne usw.

Kinderbetreuung

Ein gutes Drittel der unter Dreijährigen aus den befragten Familien besucht eine Betreuungseinrichtung. Von den institutionell betreuten unter Dreijährigen hat knapp die Hälfte einen Ganztagsplatz. Besonders häufig besucht ein unter dreijähriges Kind eine Betreuungseinrichtung, wenn das Kind ein Einzelkind ist, wenn seine Eltern keinen Migrationshintergrund haben oder wenn seine Eltern wohlhabend sind. Bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren ist der Anteil der institutionell betreuten Kinder deutlich höher. Mehr als 90 % von ihnen besuchen einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte (Kita), davon mehr als die Hälfte ganztags. Ganztagsplätze werden überdurchschnittlich häufig von Kindern alleinerziehender Eltern und von Kindern, deren Eltern keinen Migrationshintergrund haben, in Anspruch genommen. Halbtagsplätze werden insgesamt nur von jedem sechsten Kind im Alter von drei bis sechs Jahren genutzt. Etwas häufiger ist die Halbtagsbetreuung bei Kindern, deren Eltern einen Migrationshintergrund haben, die armutsgefährdet sind und die drei und mehr Kinder haben.

Für die gesellschaftliche Integration und für eine erfolgreiche Bildungskarriere ist die Beherrschung der deutschen Sprache von entscheidender Bedeutung. Zwei von fünf Kindern unter sechs Jahren, die nur halbtags betreut werden, sprechen zu Hause nur teilweise oder kein Deutsch. Hingegen sprechen mehr als zwei Drittel der Kinder, die einen längeren Betreuungsumfang haben, zu Hause Deutsch oder überwiegend Deutsch. Dies kann u. U. bedeuten, dass viele Kinder, die zu Hause wenig oder kein Deutsch sprechen, aufgrund des zeitlich eingeschränkten Besuchs einer Kinderbetreuungseinrichtung geringere Chancen haben, die fehlenden Deutschkenntnisse bis zum Schulbeginn auszugleichen, als Kinder mit einem höheren Betreuungsumfang.

Eltern, deren Kinder bereits eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, geben verschiedene Gründe für die Wahl der Einrichtung an. Am häufigsten (67 %) wird die „Nähe zur Wohnung“ genannt. Die Nähe der Einrichtung zur Wohnung ist besonders für Befragte aus mittleren und unteren Einkommenschichten wichtig. Jeweils die Hälfte der Befragten begründet ihre Wahl damit, dass die Kinder „gut draußen spielen können“ und dass die Einrichtung „einen guten Ruf“ habe. Ein weiteres Drittel verweist

auf die „gute Förderung“ in der gewählten Einrichtung. Befragte mit Migrationshintergrund und armutsgefährdete Befragte führen häufiger als andere als Grund für die Wahl der Betreuungseinrichtung an, dass ihr Kind dort eine „gute Förderung“ erfahre. Der Mangel an Betreuungsplätzen führt dazu, dass sich ein Drittel der Eltern von Vorschulkindern gezwungen sieht, ihre Kinder in einer bestimmten Einrichtung betreuen zu lassen, weil sie „nur dort einen Platz bekommen“ hätten. Hierdurch müssen für sie eigentlich wichtige Aspekte wie das pädagogische Konzept der Einrichtung oder die Gruppengröße in den Hintergrund treten.

Ein zuverlässiges und bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist für viele Eltern und insbesondere für Mütter eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, (wieder) einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Dies gilt nicht nur für die Eltern von Vorschulkindern, sondern auch für Eltern von Grundschulkindern. Vier von zehn Grundschulkindern aus den befragten Familien besuchen einen Hort. Das ist, geht man von den Erwartungen der Eltern aus, bei weitem nicht bedarfsdeckend. Denn ein Drittel der befragten Eltern von Grundschulkindern würde eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung nutzen, wenn es die Möglichkeit dazu gäbe. Fehlende Betreuungsmöglichkeiten schränken für viele Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. So müssen z. B. viele Mütter, die während der Kindergartenzeit ihres Kindes wieder arbeiten, feststellen, dass die relativ umfassende Betreuung der Vorschulkinder (ganztags, nur vier Wochen Schließzeiten während der Sommerferien) sich mit dem Schuleintritt deutlich reduziert.

Selbst wenn ein Kind einen Platz in einer Betreuungseinrichtung hat, gibt es immer wieder Situationen, in denen die Betreuung des Kindes nicht von der Einrichtung übernommen werden kann, weil das Kind z. B. krank ist oder die Einrichtung geschlossen ist. Wenn sich dann die Befragten nicht selbst um das Kind kümmern können, müssen andere Betreuungsarrangements gefunden werden. Bei Paar-Familien übernimmt in mehr als der Hälfte der Fälle der Partner oder die Partnerin der befragten Person die Betreuung. Zudem springen bei Paar-Familien und bei Alleinerziehenden zu jeweils etwa einem Drittel die Großeltern ein. Die Großelternbetreuung wird von wohlhabenden Befragten und von Befragten ohne Migrationshintergrund rund doppelt so häufig angegeben wie von armutsgefährdeten Befragten und Befragten mit Migrationshintergrund. Wohlhabende nennen deutlich häufiger als andere Befragte die Betreuung durch „nicht verwandte Personen“ und durch „bezahlte Babysitter“. Letzteres kann eine Folge der höheren Einkommen bei diesen Befragten sein.

Schule

Knapp die Hälfte der Kinder aus den befragten Familien besucht nach der Grundschule ein Gymnasium, ein Viertel eine Gesamtschule, ein Sechstel eine Realschule und nur ein Zwölftel eine Hauptschule. Überdurchschnittlich hoch ist der Gymnasiumsbesuch von Kindern aus Familien, in denen kein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, und aus wohlhabenden Familien. Während der Gymnasiumsbesuch der Kinder aus armutsgefährdeten Familien lediglich bei einem guten Viertel liegt, erreicht er bei den Kindern aus wohlhabenden Familien einen Anteil von drei Vierteln. Bei Kindern, deren Eltern einen Migrationshintergrund haben, ist der Anteil der Realschüler am höchsten, während der Anteil der Gymnasiasten etwas unter dem Durchschnitt liegt. Eine Hauptschule besuchen vor allem Kinder, deren Eltern einen Migrationshintergrund haben, die armutsgefährdet sind und/oder in einem stark armutsgefährdeten Stadtteil leben. Aber auch bei Kindern aus armutsgefährdeten Familien und aus Familien mit einem Migrationshintergrund liegt der Anteil der Hauptschülerinnen und Hauptschüler bei höchstens einem Sechstel. Kinder auf weiterführenden Schulen, deren Eltern Abitur haben, besuchen dreimal häufiger ein Gymnasium als Kinder, deren Eltern höchstens einen Hauptschulabschluss haben (72 gegenüber 26 %), während der Besuch einer Gesamtschule in beiden Gruppen prozentual etwa gleich hoch ist (18 bzw. 22 %). Im Ergebnis reproduziert das Schulsystem Bildungsungleichheit eher, als dass es sie ausgleicht.

Zwei von fünf Eltern mit einem Schulkind geben an, dass die Notwendigkeit, die Kinder in schulischen Dingen unterstützen zu müssen, zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Das trifft vor allem auf Eltern mit einem

Kind auf dem Gymnasium zu (47 %), während Eltern mit einem Kind auf der Realschule (38 %), auf der Gesamtschule (29 %) oder auf der Grundschule (29 %) dies deutlich seltener angeben. Eltern von Gymnasialkindern führen vor allem die Unterstützung vor Klassenarbeiten an, die Eltern von Gesamtschul- und Realschulkindern vor allem die Hilfe bei den Hausaufgaben.

Freizeit von und mit Kindern

Frankfurter Eltern unternehmen in der Freizeit verschiedene Dinge mit ihren Kindern, vor allem wenn diese noch nicht die Schule besuchen. So gehen 89 % der Befragten mit ihrem unter dreijährigen Kind mindestens einmal in der Woche spazieren. Mit drei bis knapp sechs Jahre alten Kindern tun dies noch 75 % und mit Kindern von sechs bis unter zehn Jahren 55 % der Befragten. Des Weiteren lesen vier von fünf Müttern oder Vätern, die den Fragebogen ausgefüllt haben, ihren unter zehnjährigen Kindern mindestens einmal in der Woche vor. Spielplatzbesuche sind etwas seltener als das Vorlesen und beschränken sich im Wesentlichen auf die unter Zehnjährigen. Mit zwei von drei unter Sechsjährigen bastelt die Auskunftsperson mindestens einmal in der Woche und mit mehr als jedem zweiten Kind von drei bis unter zehn Jahren spielt sie ebenfalls mindestens einmal in der Woche ein Karten- oder Brettspiel. Der Umfang und die Art der Aktivitäten mit dem Kind hängen dabei auch mit dem Vorhandensein eines Migrationshintergrundes der Eltern und der Einkommenssituation der Familie zusammen. Betrachtet man nur die unter sechsjährigen Kinder, dann zeigt sich, dass mehr wohlhabende Befragte und Befragte ohne Migrationshintergrund ihrem Vorschulkind vorlesen, mit ihm ein Karten- oder Brettspiel spielen, gemeinsam mit ihm mit dem Fahrrad unterwegs sind, schwimmen gehen, Freunde und Verwandte besuchen oder einen Ausflug machen als andere Befragte. Demgegenüber spielen überdurchschnittlich viele armutsgefährdete Befragte und Befragte mit Migrationshintergrund mit ihren Vorschulkindern Video- oder Computerspiele oder sehen mit ihnen gemeinsam fern.

Kinder unternehmen nicht nur etwas mit ihren Eltern zusammen, sie nehmen, insbesondere wenn sie älter sind, auch ohne Begleitung der Eltern an vielen Freizeitaktivitäten teil. Auch hier spielt das Alter eine wichtige Rolle. Ein gutes Drittel der Sechs- bis 17-Jährigen besucht einen Sportverein. Musikschulen werden von einem Viertel der Drei- bis 17-Jährigen genutzt, wobei der Anteil unter den 14- bis 17-Jährigen deutlich niedriger ist als bei den Jüngeren. Schulische AGs werden vor allem von Zehn- bis 13-Jährigen besucht. Differenzen gibt es auch zwischen Jungen und Mädchen. Während Jungen häufiger als Mädchen in einem Sportverein sind, nutzen Mädchen häufiger die Angebote einer Kirchengemeinde oder einer Musikschule und nehmen häufiger an einer schulischen AG teil als Jungen. Neben dem Alter haben auch das Einkommen und das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes bei den Eltern Einfluss darauf, was die Kinder in ihrer Freizeit machen. So sind überdurchschnittlich viele Kinder wohlhabender Eltern und von Eltern, die keinen Migrationshintergrund haben, in einem Sportverein oder einer Jugendgruppe und nutzen die Angebote einer Musikschule.

Wohnsituation und Wohnzufriedenheit

Drei Viertel der befragten Familien wohnen zur Miete, ein Viertel in Wohneigentum. Der Eigentümeranteil ist u. a. unter Befragten ohne Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch. Ein Fünftel der Befragten lebt in einem Ein- oder Zweifamilienhaus, ein gutes Viertel eher verdichtet in Gebäuden mit drei bis sechs Wohnungen und etwas mehr als die Hälfte in einem Gebäude mit sieben und mehr Wohnungen. Alleinerziehende, Armutsgefährdete und Befragte mit Migrationshintergrund wohnen überdurchschnittlich häufig in Gebäuden mit mehr als sechs Wohnungen.

Knapp die Hälfte der befragten Familien ist entweder aufgrund einer zu geringen Wohnfläche oder einer zu geringen Anzahl der Wohnräume nach den Maßstäben des Sozialen Wohnungsbaus nicht angemessen mit Wohnraum versorgt. Besonders hoch ist der Anteil der nicht angemessen mit Wohnraum versorgten Familien, wenn drei und mehr Kinder im Haushalt leben, wenn die Befragten armutsge-

fährdet sind und wenn sie einen Migrationshintergrund haben.

Mit ihrer Wohnung „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ sind 65 % der Befragten, „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ 11 %. Überdurchschnittlich hoch ist die Zufriedenheit unter Befragten, die in selbstgenutztem Wohneigentum wohnen, unter wohlhabenden Befragten und unter Befragten, die in den drei nördlichen wohlhabenden kinderreichen zentrumsfernen Stadtteilen leben. Besonders viele mit ihrer Wohnung Unzufriedene gibt es unter Befragten, die nicht angemessen mit Wohnraum versorgt sind, unter Befragten mit drei und mehr Kindern, unter Befragten mit Migrationshintergrund, unter armutsgefährdeten Befragten und unter Befragten, die in Gebäuden mit mehr als sechs Wohnungen leben.

Zur Wohnsituation gehört nicht nur die Wohnung selbst, sondern auch das Wohnumfeld. Zwei von drei Befragten sind mit ihrem Wohnumfeld „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ und nur jeder neunte Befragte „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“. Für die Einschätzung des Wohnumfeldes sind verschiedene Mängel verantwortlich, die die Befragten in der Umgebung ihrer Wohnung wahrnehmen. Unter denjenigen, die mit ihrem Wohnumfeld „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ sind, beklagen sich im Vergleich zu allen Befragten viele über fehlende Spielplätze und Treffpunkte für Jugendliche, über zu viel Verkehr, über schlechte Einkaufsmöglichkeiten, über zu wenig Freizeitangebote oder über den schlechten Ruf ihrer Wohngegend. Diese Befragten müssen zudem öfter als andere längere Wege zum Arzt oder Kinderarzt, zu einem Park, einem Spielplatz oder einer Grünanlage und einem Laden, wo sie ihre Einkäufe für den täglichen Bedarf erledigen können, auf sich nehmen. Mindestens im Hinblick auf die Armutsgefährdeten unter den Befragten trifft die Aussage zu, dass zur sozialen Randlage auch eine räumliche hinzukommt.

Mehr als ein Drittel der befragten Familien hat in nächster Zeit vor umzuziehen. Es handelt sich hierbei vor allem um Familien mit drei und mehr Kindern, um Familien mit Migrationshintergrund, um Mieterhaushalte und um armutsgefährdete Familien. Als Gründe dafür, dass sie umziehen wollen, geben die Befragten u. a. an, dass die jetzige Wohnung zu klein ist und dass die Miete und die Lärmbelästigung zu hoch sind. Über eine zu kleine Wohnung klagen besonders Familien mit drei und mehr Kindern und armutsgefährdete Familien. Eine zu hohe Miete spielt vor allem bei Alleinerziehenden und bei Armutsgefährdeten eine Rolle. Auch der Wunsch, Wohneigentum zu erwerben, ist ein Grund, sich nach einer neuen Wohnung umzuschauen, allerdings vor allem bei wohlhabenden Familien. Vier von fünf umzugswilligen Familien wollen in Frankfurt bleiben. Ein knappes Fünftel der Umzugswilligen strebt ins Umland. Bei Befragten ohne Migrationshintergrund und wohlhabenden Befragten ist das Umland überdurchschnittlich häufig das Ziel eines möglichen Umzugs. Demgegenüber wollen armutsgefährdete Befragte und Befragte mit Migrationshintergrund eher in der Stadt bleiben.

Finanzielle Situation und Lebensstandard

Ein gutes Drittel der befragten Frankfurter Familien ist armutsgefährdet. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Armutsgefährdeten unter Familien, bei denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, und bei Alleinerziehenden. Neun von zehn Familien, die SGB II-Leistungen beziehen, sind armutsgefährdet. Räumlich konzentrieren sich die armutsgefährdeten Familien in benachteiligten Stadtteilen wie Fechenheim, Gallus, Griesheim oder Höchst, in denen der Anteil der Einwohner, die existenzsichernde Mindestleistungen beziehen, und der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch ist. Armutsgefährdete Familien leben oftmals in zu kleinen Wohnungen. Sie klagen häufiger über zu hohe Mieten und den schlechten Ruf ihrer Wohngegend. Ihre Kinder gehen häufiger als andere Kinder nur halbtags in eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten und nach der Grundschule seltener auf ein Gymnasium als andere Kinder. Armutsgefährdete geben deutlich seltener als nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Befragte an, dass sie genug Geld für die Wohnung und die Wohnungseinrichtung, für Kleidung, für ein Auto, für Freizeitaktivitäten, Urlaubsreisen, Kulturveranstaltungen oder Mobilität haben. Nur bei den Ausgaben für Lebensmittel ist der Abstand zu den höheren Einkommensgruppen eher gering. Wenn das Geld

knapp wird oder nicht bis zum Monatsende ausreicht, leihen sich Armutsgefährdete häufiger als andere Befragte Geld bei Freunden, schränken ihre Einkäufe ein, tragen ihre Kleider länger oder bessern sie ggf. aus und essen weniger. Wohlhabende Befragte greifen demgegenüber häufiger als andere auf Spareinlagen zurück.

Erwerbssituation

In den befragten Familien sind vier von fünf Vätern vollzeiterwerbstätig, aber nur jede fünfte Mutter. Demgegenüber ist jede dritte Mutter teilzeiterwerbstätig, aber nur jeder elfte Vater.

Ob Mütter erwerbstätig sind, hängt vom Alter und von der Anzahl ihrer Kinder ab. Lebt ein Kind unter 15 Jahren in der Familie, dann sind drei von fünf Müttern erwerbstätig, bei zwei Kindern unter 15 Jahren sind es noch gut die Hälfte und bei drei Kindern unter 15 Jahren nur noch ein Drittel. Ist das jüngste Kind unter drei Jahren, dann sind zwei von fünf Müttern erwerbstätig, ist es im Grundschulalter, dann sind es schon drei von fünf. Sind drei oder vier Kinder in der Familie, dann sind drei von fünf Müttern Hausfrauen. Wenn nur ein Kind in der Familie lebt, ist es nur eine von sechs Müttern. Die Anzahl der Kinder hat vor allem Einfluss auf die Entscheidung, ob eine Mutter arbeitet oder nicht, aber keinen gravierenden Einfluss auf den Umfang ihrer Wochenarbeitszeit. Wenn die Familie ein Kind unter 15 Jahren hat, liegt die Wochenarbeitszeit der Mütter bei 30 Stunden, bei zwei oder drei Kindern sind es 27 Stunden.

Betrachtet man nur die Paar-Familien, zeigt sich folgendes Bild: In zwei von fünf Paar-Familien ist ein Elternteil vollzeiterwerbstätig und der andere Elternteil nicht erwerbstätig. Etwas seltener kommt es vor, dass zur Vollzeiterwerbstätigkeit die Teilzeiterwerbstätigkeit des anderen Partners, meist der Mutter, hinzukommt. In jeder neunten Paar-Familie arbeiten beide Eltern Vollzeit. Die Kombination einer Vollzeit- und einer Teilzeiterwerbstätigkeit kommt in Familien ohne Migrationshintergrund doppelt so häufig vor wie in Familien mit Migrationshintergrund, bei denen es demgegenüber öfter vorkommt, dass beide Eltern überhaupt nicht erwerbstätig sind.

Innerfamiliäre Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern

In vielen Paar-Familien werden die Hausarbeiten und andere Tätigkeiten im Haushalt von Müttern und Vätern „zu etwa gleichen Teilen“ erledigt. Beim Spielen mit den eigenen Kindern trifft dies auf 67 %, beim Einkaufen auf 44 % und beim Putzen auf 27 % der Paar-Familien zu. Wenn die Hausarbeiten und andere Tätigkeiten nicht zu etwa gleichen Teilen von beiden Eltern übernommen werden, dann sind es in der Regel die Mütter, die diese Dinge überwiegend erledigen. Der Anteil, den die Väter an der Hausarbeit übernehmen, steigt, wenn ihre Partnerinnen erwerbstätig sind. Während fürs Putzen 87 % der Hausfrauen überwiegend zuständig sind, sind es von den teilzeiterwerbstätigen Müttern noch 74 % und von vollzeiterwerbstätigen Müttern noch 59 %. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Wäsche-waschen und Kochen, während sich bei den pflegerischen Tätigkeiten wie dem Wickeln eines Kindes Väter deutlich stärker engagieren. Väter entlasten ihre Partnerinnen, wenn diese erwerbstätig sind – eine gleichgewichtige Aufteilung der Hausarbeit und anderer Tätigkeiten im Haushalt wird hierdurch in den meisten Paar-Familien aber (noch) nicht erreicht.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mütter und Väter, die erwerbstätig sind, wurden nach ihrer Einschätzung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt. Ein Viertel gibt an, dass „Beruf und Familie sich gut vereinbaren“ ließen, zwei Drittel meinen, dass dies „nur mit viel Energie und Geschick“, und ein Zehntel, dass dies „kaum oder gar nicht“ möglich sei. Unter den Armutsgefährdeten, den Befragten mit Migrationshintergrund, den Befragten aus Facharbeiterfamilien und aus den Familien einfacher Angestellter und Beamter ist der Anteil

derjenigen, die angeben, dass Familie und Beruf gut zu vereinbaren sind, am höchsten. Demgegenüber wird von wohlhabenden Befragten, also denjenigen, die in der Regel auch die längsten Arbeitszeiten haben, und Befragten ohne Migrationshintergrund die Kategorie „mit viel Energie und Geschick (zu) vereinbaren“ am häufigsten gewählt. Überdurchschnittlich viele alleinerziehende und armutsgefährdete Befragte geben an, dass Familie und Beruf sich „kaum oder gar nicht“ vereinbaren lassen, während dies nur wenige wohlhabende Befragte tun. Für die Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen Alter und Zahl der Kinder eine entscheidende Rolle. Unter Befragten mit drei und mehr Kindern ist der Anteil derjenigen, die die Vereinbarkeit als gut einschätzen, verschwindend gering. Sind weniger und ältere Kinder in der Familie, wird die Vereinbarkeit deutlich besser eingeschätzt.

Bei Befragten mit Kindern unter sechs Jahren, die eine Betreuungseinrichtung ganztätig besuchen, ist die Einschätzung der Vereinbarkeit nicht positiver als bei Befragten, deren Kinder einen geringeren Betreuungsumfang haben. Ganz im Gegenteil: Doppelt so viele Befragte, die für ihr Kind (nur) einen Halbtagsplatz haben, wie Befragte mit einer Ganztagsbetreuung geben an, dass Familie und Beruf „kaum oder gar nicht“ zu vereinbaren seien. Allerdings ist auch der Anteil derjenigen, die die Vereinbarkeit als gut einschätzen, unter denjenigen, die einen Halbtagsplatz für ihr Kind gefunden haben, deutlich höher als unter denjenigen, die einen Ganztagsplatz haben. Gerade die Ganztagsplatznutzer geben am häufigsten an, dass Beruf und Familie „nur mit viel Energie und Geschick“ zu vereinbaren seien.

Als Gründe dafür, dass Familie und Beruf schwierig zu vereinbaren sind, werden sowohl von weiblichen als auch von männlichen Befragten „zu lange Arbeitszeiten, regelmäßige Überstunden“, „wechselnde Arbeitszeiten, kurzfristig Flexibilität erforderlich“, „unzureichende externe Kinderbetreuung“ und die „Einbindung durch schulbezogene Aktivitäten“ genannt. Während Armutsgefährdete häufig „wechselnde Arbeitszeiten, kurzfristig Flexibilität erforderlich“ als Gründe angeben, dominieren bei nicht-armutsgefährdeten und wohlhabenden Befragten „zu lange Arbeitszeiten“ bzw. „regelmäßige Überstunden“. Häufiger als andere Befragte nennen Personen ohne Migrationshintergrund und wohlhabende Befragte die „unzureichende Kinderbetreuung“, Alleinerziehende und Befragte mit drei und mehr Kindern die „Einbindung in schulbezogene Aktivitäten“.

Unterstützung bei Problemen und Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen

Neun von zehn Befragten haben in der Zeit vor der Befragung Hilfe und Unterstützung bei Erziehungsfragen oder -problemen und bei schulischen Problemen in Anspruch genommen; weniger oft, aber immer noch mehrheitlich, bei Geldsorgen, krankheitsbedingten Problemen, etwa weil ein krankes Kind zu versorgen ist, bei beruflichen Problemen und Wohnungsproblemen. In all diesen Problembereichen bekamen die Befragten vor allem Unterstützung durch ihren Partner bzw. ihre Partnerin, durch Verwandte und durch Freunde und Nachbarn. In Abgrenzung zur Unterstützung durch Fachkräfte werden diese verschiedenen Formen der Unterstützung zusammenfassend als private Unterstützung bezeichnet. Drei Viertel der Familien, die Erziehungsfragen oder -probleme haben, bekamen private Unterstützung, ein Viertel nahm die Hilfe von Fachkräften in Anspruch. Überdurchschnittlich häufig war die Inanspruchnahme von Fachkräften, wenn es Erziehungsprobleme oder -fragen gab, bei Alleinerziehenden und Befragten ohne Migrationshintergrund. Bei schulischen Problemen der Kinder war hingegen die Inanspruchnahme von Fachkräften bei allen Befragtengruppen deutlich höher und die private Hilfe deutlich geringer als bei Erziehungsfragen oder -problemen. Besonders häufig wandten sich Alleinerziehende, Befragte ohne Migrationshintergrund und nicht-armutsgefährdete Befragte bei schulischen Problemen an Fachkräfte. Ein Viertel der Befragten gab an, noch keine Partnerschaftsprobleme gehabt zu haben. Überdurchschnittlich hoch war dieser Anteil unter Befragten mit Migrationshintergrund und unter Befragten mit drei und mehr Kindern.

Bei wohlhabenden Befragten ist der Anteil derjenigen, die angeben, keines der Probleme, nach denen gefragt wurde, schon einmal gehabt zu haben, am höchsten, unter den armutsgefährdeten am niedrigsten. Fachkräfte werden, wenn man alle Problembereiche zusammen betrachtet, am häufigsten

von Alleinerziehenden in Anspruch genommen. Sie sind auch diejenigen, die neben den Befragten mit Migrationshintergrund, den Befragten mit drei und mehr Kindern und den armutsgefährdeten Befragten am seltensten auf private Hilfe und Unterstützung zurückgreifen konnten.

In Frankfurt am Main gibt es ein dichtes Netz von Einrichtungen und Angeboten, die in den verschiedensten Lebens- und Problemlagen Rat oder Hilfe und Unterstützung anbieten. 39 % der Befragten hatten in den letzten zwei Jahren Kontakt mit der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter, 30 % mit dem Jugend- und Sozialamt bzw. einem Sozialrathaus und 18 % mit dem Wohnungsamt. Hierbei war der Anteil derjenigen, die in den genannten Einrichtungen Rat oder Hilfe gesucht haben, unter den Befragten mit drei und mehr Kindern, unter Alleinerziehenden, unter Befragten mit Migrationshintergrund und unter armutsgefährdeten Befragten überdurchschnittlich hoch. Demgegenüber nutzen wohlhabende Befragte und Befragte ohne Migrationshintergrund die Angebote einer Familienbildungsstätte häufiger als andere.

Wer Hilfe und Unterstützung bei Erziehungsfragen und -problemen oder bei schulischen Problemen benötigt, sucht deutlich häufiger als andere Befragte eine Familienbildungsstätte, eine Erziehungsberatungsstelle, einen Schulpsychologen oder einen Kindertherapeuten auf. Allerdings nutzen längst nicht alle Befragte, die Probleme in diesen Bereichen haben, die Angebote der genannten Stellen und Einrichtungen.

Familienfreundlichkeit

Aufgefordert, die Familienfreundlichkeit der Stadt anhand einer sechsstufigen Skala zu beurteilen, vergaben 31 % der Befragten die Noten 1 oder 2, 60 % die Noten 3 oder 4 und 9 % die Note 5 oder 6. In Schulnoten übersetzt, beurteilen die Befragten die Familienfreundlichkeit Frankfurts mehrheitlich lediglich mit „befriedigend“. Das ist kein schlechter Wert, aber für eine Stadt, die „Familienstadt“ sein will, kann diese Benotung nur Ansporn sein, in ihren Bemühungen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit nicht nachzulassen.

Besonders gute Noten erhält die Familienfreundlichkeit Frankfurts von Vätern, von Befragten mit drei und mehr Kindern, von Befragten mit Migrationshintergrund und von Befragten, die mit ihrer Wohnung oder dem Wohnumfeld „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ sind. 32 % der armutsgefährdeten und 34 % der wohlhabenden Befragten vergeben für die Familienfreundlichkeit Frankfurt die Noten „sehr gut“ oder „gut“. Demgegenüber ist unter Alleinerziehenden und Befragten, die mit ihrer Wohnung oder dem Wohnumfeld „eher unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“ sind, der Anteil derjenigen, die die Noten 5 oder 6 vergeben haben, überdurchschnittlich hoch. Die Einschätzung der Familienfreundlichkeit Frankfurts ist bei den Befragten, die am längsten in Frankfurt wohnen, am höchsten. Das mag daran liegen, dass die Befragten erst mit der Zeit die Vorzüge der Stadt zu schätzen lernen, das mag aber auch daran liegen, dass diejenigen, die die Familienfreundlichkeit Frankfurts nicht so positiv einschätzen, schneller ins Umland ziehen als andere.



1 EINLEITUNG

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

Alle Kinder haben ein Recht darauf, ihre Fähigkeiten und Potenziale umfassend zu entfalten. Und allen Eltern steht Unterstützung in den Bereichen zu, in denen sie aufgrund der Tatsache, dass sie Verantwortung für Kinder übernehmen, besonders belastet oder benachteiligt sind. Kommunale (Familien-)Politik, die sich an Kinder und ihre Eltern richtet, benötigt eine zuverlässige Informationsbasis, um erfolgreich und nachhaltig wirken zu können. Aus diesem Grund wird in diesem Teil des Frankfurter Sozialberichts die Lebenssituation von Familien mit minderjährigen Kindern näher betrachtet. Für diesen Zweck wurde erstmals in Frankfurt am Main eine umfangreiche und weitgehend repräsentative Befragung unter Familien mit minderjährigen Kindern durchgeführt. Die Auswertung dieser Befragung steht im Mittelpunkt des vorliegenden Berichts. Die Ergebnisse der Umfrage sollen auch dazu dienen, die Problembereiche zu identifizieren, die die Frankfurter Familien besonders belasten.

Unter den Frankfurter Haushalten sind Familien eine Minderheit. 2010 waren von den rund 371.000 Haushalten 53,3 % Einpersonenhaushalte und 17,5 % Haushalte von Familien mit minderjährigen Kindern, darunter 4,1 % Alleinerziehende.¹ Das Bild relativiert sich etwas, wenn man die Zahl der jeweils in den verschiedenen Haushaltsformen lebenden Personen berücksichtigt. Von den rund 685.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit Haupt- oder Nebenwohnsitz, die Ende 2010 in Frankfurt am Main in Privathaushalten wohnten, lebt ein knappes Drittel in Haushaltsgemeinschaften von Erwachsenen und Minderjährigen. Der Prozentsatz der Menschen, die in einem Familienverband von Eltern und Kindern zusammenleben, fällt noch höher aus, wenn man auch Kinder berücksichtigt, die volljährig sind und noch bei ihren Eltern wohnen.

„Familie“ ist aus sozialwissenschaftlicher Perspektive eine „private Lebensform“ neben anderen. Nicht nur die Familien, sondern die privaten Lebensformen insgesamt sind einem ständigen Wandel unterworfen, der, wie die oben berichteten Zahlen andeuten, auch in Frankfurt am Main deutliche Spuren hinterlassen hat. Indikatoren für den Wandel der privaten Lebensformen sind der gewachsene Anteil nicht familiärer Haushaltsformen, also von Alleinlebenden, kinderlosen Ehepaaren und kinderlosen nichtehelichen Lebensgemeinschaften an allen Haushalten, und innerhalb der familiären Lebensformen der gewachsene Anteil der Alleinerziehenden und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern. So ist die Zahl der Alleinlebenden in Deutschland von 1999 bis 2009 von 13,0 Mio. auf 15,5 Mio. angestiegen. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Ehepaare von 19,5 Mio. auf 18,3 Mio., während die Zahl der Alleinerziehenden von 2,3 Mio. auf 2,6 Mio. zunahm.² Die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern verringerte sich von 1999 bis 2009 von 9,3 Mio. auf 8,3 Mio., wobei die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern von 0,5 auf 0,7 Mio. stieg.

Weitere Kennzeichen für den Wandel der privaten Lebensformen sind der starke Geburtenrückgang, der gegenüber früheren Jahren spätere Zeitpunkt der Familiengründung und die gestiegenen Scheidungsraten. So nahm die Anzahl der Geburten auf Bundesebene allein seit dem Jahr 2000 um 13,6 % ab.³ Hierbei ist die Zahl der Kinder, die eine Mutter im Durchschnitt bekommt, relativ konstant geblieben. Während die Mütter, die in den 1930er und 1940er Jahren geboren wurden, 2,4 bis 2,1 Kinder bekamen, waren es bei Müttern, die 2008 35 bis 39 Jahre alt waren und noch Kinder bekommen konnten, bereits nur noch 1,9 Kinder.⁴ Mütter sind heute bei der Geburt des ersten Kindes in Westdeutschland rund vier und in Ostdeutschland rund fünf Jahre älter als vor 30 Jahren. Während es 1990 in Deutschland noch 516.000 Eheschließungen gab, waren es 2009 noch 378.000. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Ehescheidungen von 155.000 auf 186.000. Damit kamen im Bundesgebiet 2009 auf 100 Eheschließungen 49 Scheidungen, während es 1990 noch 30 waren. In Frankfurt

1 Vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2011, Tabellen 2.36 ff. Die Angaben im Statistischen Jahrbuch sind Ergebnisse eines Haushaltsgenerierungsverfahrens, bei dem aus den Meldedaten anhand der Namen und der Einzugsdaten Haushalte gebildet werden.
2 Vgl. Krack-Roberg, E.; Krieger, S.; Weinmann, J.: Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertagesbetreuung. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement (Hrsg.): Datenreport 2011, S. 25–41, hier S. 26. Zu beachten ist, dass hierbei als Kinder ledige Personen ohne Altersbegrenzung zählen, die mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene Kinder im Haushalt leben.
3 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Natürliche Bevölkerungsentwicklung. Fachserie 1, Reihe 1.1.1, Wiesbaden 2012. In Frankfurt am Main ist allerdings ein gegensätzlicher Trend festzustellen: Hier nahm von 2000 bis 2010 die Zahl der Lebendgeborenen um 19,4 % zu (Vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2011, Tabelle 2.52).
4 Vgl. Statistisches Bundesamt: Geburten in Deutschland. Ausgabe 2012.

am Main standen 63 Scheidungen im Jahre 2000 und 76 Scheidungen im Jahre 2010 jeweils 100 Eheschließungen gegenüber.⁵

Während die Fakten für den Wandel der privaten Lebensformen und der Familien offensichtlich sind, werden die Gründe für diese Entwicklung in tiefer liegenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen gesucht. Die hohen Scheidungsraten werden in der Familienforschung häufig auf die gestiegenen Ansprüche an die emotionale Qualität einer Beziehung, auf die zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen sowie auf den kulturellen Wandel, aufgrund dessen die Vorstellungen von Ehe und Familie immer weniger durch traditionelle und religiöse Normen geprägt sind, zurückgeführt.⁶ Sinkende Geburtenraten können hierbei als Anzeichen für einen Wandel der Beziehungen der Geschlechter und eine stärkere Selbstbestimmung der Frauen gedeutet werden und sind ihrerseits Folge des gestiegenen Bildungsniveaus junger Frauen.⁷ Männer und Frauen haben viel häufiger als früher einen qualifizierten Ausbildungsabschluss erreicht. Junge Frauen haben heute ebenso wie jungen Männer den Wunsch, ihre erworbenen Fähigkeiten auch anzuwenden und im Beruf Karriere zu machen. Die Erfordernisse der Arbeitswelt und gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten erschweren es Männern und Frauen aber oftmals, Elternschaft und Erwerbstätigkeit unter einen Hut zu bringen.

Häufig entstehen dabei Rollenkonflikte, die dazu führen, dass Paare den Kinderwunsch verschieben oder ganz aufgeben.^{8,9} Ob allerdings ein großzügiger Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu einem substantiellen Anstieg der Geburtenzahlen führen würde, ist durchaus umstritten.¹⁰ Gebildete Eltern legen Wert darauf, dass ihre Kinder ebenfalls gute Schul- und Ausbildungsabschlüsse erreichen. Je weniger Kinder in einer Familie leben, umso wichtiger wird das einzelne Kind für die Eltern, umso mehr wird in jedes einzelne Kind „investiert“ und umso wichtiger wird beispielsweise die Wahl der „richtigen“ Schule.¹¹

Der Wandel der Familie als privater Lebensform ist von einem Wandel des Verständnisses von Familie begleitet gewesen. So war früher auch dann von Familie die Rede, wenn ein kinderloses Ehepaar in einem Haushalt zusammenlebt. Familie als Lebensgemeinschaft von Eltern und Kindern orientierte sich am Leitbild der bürgerlichen Kleinfamilie, die von den verheirateten Eltern und ihren Kindern gebildet wurde. Das heute vorherrschende Familienverständnis orientiert sich am Vorhandensein von Kindern. Unter dem Begriff Familie werden heute alle Lebensformen subsumiert, in denen Kinder leben, unabhängig davon, ob die Eltern verheiratet sind, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, sich nach der Trennung den Haushalt mit einem neuen Lebenspartner teilen, alleinerziehend oder gleichgeschlechtlich sind. Die sogenannte „Normalfamilie“ ist zwar weiterhin die häufigste Familienform, doch andere Lebensformen mit Kindern gewinnen zunehmend an Bedeutung und werden immer selbstverständlicher. Wenn im Folgenden von Familie die Rede ist, dann sind deshalb alle Lebensgemeinschaften gemeint, in denen Erwachsene mit Kindern zusammenleben. In diesem Verständnis ist Familie „eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern“.¹² Aus diesem Grund wurde für diese Befragung eine Stichprobe von Frankfurter Haushalten angeschrieben, in denen minderjährige Kinder leben.

5 Vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2011, Tabellen 2.65 und 2.67.
6 Vgl. Huinink, J.: Wandel der Familienentwicklung. In: Familie und Familienpolitik. Informationen zur politischen Bildung 301, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008, S. 28–35.
7 Vgl. Courbage, Y.; Todd, E.: Die unaufhaltsame Revolution: Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern. München 2008.
8 Vgl. Schmitt, C.: Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 7/2007, S. 3–8.
9 Frauen mit akademischem Abschluss haben deutlich weniger Kinder als andere Frauen. 2008 waren von den 45 bis 54 Jahre alten westdeutschen Akademikerinnen 28 % kinderlos, von den 55- bis 64-jährigen und den 65- bis 75-jährigen Akademikerinnen waren es mit 23 bzw. 25 % allerdings kaum weniger (Vgl. Pötsch, O.: Kinderlosigkeit. In: Statistisches Bundesamt [Destatis] und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement [Hrsg.]: Datenreport 2011, S. 42–44). Die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen ist demnach nicht deshalb in den Blick geraten, weil sie gegenüber früher stark angestiegen ist, sondern weil heute viel mehr Frauen als früher einen akademischen Abschluss erwerben und ebenso kinderlos bleiben wie ihre älteren Pendanten, mögen die Gründe hierfür auch andere sein als früher.
10 Vgl. Ette, A.; Ruckdeschel, K.: Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre weiteren Kinderwünsche. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 32, 1–2/2007, S. 51–72.
11 Vgl. Bude, Heinz: Bildungsparadoxie. Was unsere Gesellschaft spaltet. München 2011.
12 Schneider, N. F.: Familie. Zwischen traditioneller Institution und individuell gestalteter Lebensform. In: Hradil, S. (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bonn 2012, S. 95–121, hier S. 100.

Doch ganz gleich, welchen Wandel die Familie in den letzten Jahren erfahren hat, sie bleibt nach wie vor eine wichtige soziale Einheit in der Gesellschaft. Sie bietet Schutz und Fürsorge und ist zentraler Raum für Geborgenheit und Sozialisation. Sie sichert die Generationenfolge und ist ein zentraler Ort der Sozialisation und Erziehung, an dem Kompetenzen entwickelt und Handlungsfähigkeiten ausgebildet werden. Trotz des Bedeutungszuwachses kinderloser Lebensformen hat die Familie für eine Mehrheit der Bevölkerung auch heute noch einen hohen Stellenwert. So erklären im Rahmen einer Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie Allensbach 78 % der Befragten, dass ihnen die Familie sehr wichtig sei. Die Familie hatte damit eine höhere Bedeutung als die finanzielle Sicherheit, die Beziehung zu Freunden und Bekannten oder die Arbeit. Die Mehrheit der Jüngeren wünschte sich (später) eine Familie. Von den Kinderlosen wollten lediglich 20 % auch später kinderlos bleiben.¹³

Die Mehrheit der Deutschen, die in einem Alter sind, in dem die meisten Männer und Frauen Eltern werden, wünscht sich also nach wie vor Kinder und Familie. Zugleich ist der Beruf für viele Frauen zum zentralen Baustein ihrer Lebensplanung geworden. Der Herausforderung, berufliche Ziele zu verfolgen und gleichzeitig Familie zu haben, können oder wollen sich, wie z. B. die gerade erwähnte Allensbach-Umfrage gezeigt hat, nicht alle Frauen und Männer stellen. Familienpolitik kann, wie eine international vergleichende Studie zeigt, die Entscheidung, Kinder zu bekommen, zumindest teilweise beeinflussen. Diese „Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem staatlichen Transferleistungen (Kindergeld und die Höhe der Familienausgaben insgesamt in Relation zu den Rentenausgaben) sowie der Infrastrukturpolitik (staatliche Ausgaben für Kinderbetreuung und die Kinderbetreuungsquote von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren) eine erhebliche Erklärungskraft für die Höhe der Geburtenrate im internationalen Vergleich zukommt.“¹⁴ Auch wenn Familienpolitik die Geburtenhäufigkeit nur bedingt beeinflussen kann, hat sie doch erheblichen Einfluss darauf, wie Eltern ihre Aufgaben erfüllen und die Erfordernisse von Beruf und Familie aufeinander abstimmen. Wer in Deutschland Kinder aufziehen will, trifft jedoch auf Rahmenbedingungen, die es manchmal schwer machen, Familie und Beruf zufriedenstellend zu vereinbaren. Es fehlt oft an familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen und/oder einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung. An dieser Stelle ist die Familienpolitik gefordert. Sie muss die Bedingungen schaffen, die notwendig sind, damit die Organisation des Familienalltags die Kräfte der Eltern nicht überfordert und Familien ihre Aufgaben erfüllen und Kinder in einer für sie förderlichen Umgebung groß werden können. Hierbei müssen die je nach Haushaltstyp, Lebensstil, sozialer Schicht und Einkommenslage unterschiedlichen Problem- und Bedürfnislagen berücksichtigt werden.^{15, 16} Auch wenn hier die Hauptverantwortung auf der Bundes- und Landesebene liegt und vieles von den Aktivitäten anderer Akteure wie Unternehmen, Kirchen und Verbänden abhängt, kommt auch den Kommunen eine wichtige Rolle zu. Denn das Leben der Familien spielt sich immer an einem bestimmten Ort ab. Hier besuchen die Kinder eine Betreuungseinrichtung, gehen zur Schule, in einen Sportverein, eine Musikschule oder eine Jugendgruppe, hier suchen die Eltern bei Problemen Rat in einer Erziehungsberatungsstelle oder wollen ihre Erziehungskompetenz durch den Besuch einer Familienbildungsstätte erweitern. Für alle diese Angebote und Einrichtungen ist eine Stadt wie Frankfurt am Main als Jugendhilfe- und Schulträger zuständig. Gleichzeitig sind die Städte auch Arbeitgeber und können hier bei der Arbeitszeitgestaltung Vorbild für andere Betriebe sein.

Frankfurt am Main möchte „Familienstadt“ sein. Die Stadt hat es sich, wie viele andere Kommunen auch, zum Ziel gesetzt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der Familien gerecht werden, der Entwicklung von Kindern förderlich sind und die Nachteile wenigstens zum Teil ausgleichen, die Eltern aufgrund ihrer Unterhaltspflichten im Vergleich zu Kinderlosen haben. Vieles ist schon erreicht. Auch Vereine, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen, religiöse Gemeinschaften und Unternehmen

leisten einen Beitrag zur Familienfreundlichkeit der Stadt. Mit dem vorliegenden Familienbericht sollen weitere wichtige Schritte unternommen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Für eine zielgenaue Politik für Familien muss man die Lebens- und Problemlagen der Familien, aber auch ihre Bedürfnisse und Wünsche genau kennen. Nur so können die Strukturen und Angebote geschaffen werden, die Eltern und Kinder brauchen. Im Rahmen der Befragung, auf der dieser Bericht beruht, wurden deshalb die Lebensumstände und Unterstützungsbedarfe der Frankfurter Familien detailliert erhoben. Dabei sollte herausgefunden werden, welche Wohn- und Lebensbedingungen für Familien attraktiv sind und welche Maßnahmen eingeleitet werden müssen, damit sich Familien in Frankfurt am Main wohl fühlen. Wichtig war hierbei, die bestehende Angebotsstruktur auf ihre Nutzung hin zu überprüfen. Die zentralen Bereiche, zu denen im Rahmen der Umfrage Angaben erhoben wurden, sind:

- Wohnen und Wohnumfeld,
- Betreuung, Schulbesuch und Freizeitgestaltung der Kinder,
- Freizeit und Infrastruktur,
- Erwerbssituation und soziale Lage,
- Erwerbsbeteiligung und innerfamiliäre Arbeitsteilung,
- Nutzung von sozialen Dienstleistungen und Unterstützungsangebote bei verschiedenen Problemlagen,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf und
- Familienfreundlichkeit der Stadt aus Sicht der Eltern.

Die sozialen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse stellen viele Familien vor Herausforderungen, die viele von ihnen nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Ein besonderes Augenmerk galt deshalb der Fragestellung, ob

- die Kinderzahl,
- die Familienform,
- das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes,
- die Einkommenssituation und
- die soziale Struktur des Stadtteils

Einfluss auf die Lebenssituation, die Probleme und die Problemwahrnehmung der Befragten haben.

¹³ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Monitor Familienleben 2010, Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Berichtsband. Allensbach 2010, S. 9 f.

¹⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familienpolitik und Fertilität – demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Monitor Familienforschung. Ausgabe 27. Berlin 2012, S. 15.

¹⁵ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gewinnen mit Familie – Effekte von Familienfreundlichkeit. Berlin 2010, S. 20.

¹⁶ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Stadt als Wohnort für Familie, Ergebnisse der ExWoSt-Studie „Strategien und Aktionsfelder für städtisches Wohnen mit Familien“. Köln 2009, S. 10.



2

KONZEPT UND METHODE

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

2.1 FAMILIENUMFRAGE: STICHPROBE, METHODIK DER UMFRAGE UND GEWICHTUNG DES DATENSATZES

Für diesen Teil des Frankfurter Sozialberichts wurde erstmals eine umfangreiche empirische Erhebung durchgeführt. Familien waren schon einmal, und zwar 2006, Gegenstand des Frankfurter Sozialberichts.¹⁷ Der damalige Sozialbericht stützte sich aber auf bereits vorhandene amtliche Daten und Statistiken. Viele Aspekte der Lebenswirklichkeit von Familien bleiben bei einem solchen Vorgehen notwendigerweise unberücksichtigt. Diese Lücke zu schließen war Anlass für den hier vorgelegten Teil X des Frankfurter Sozialberichts. Bei der Realisierung der Befragung kam uns der Umstand zu Hilfe, dass es in den letzten Jahren bereits in einigen größeren und mittelgroßen Städten Familienbefragungen gegeben hat, die mehr oder weniger einem gemeinsamen Muster folgen und ein weitgehend gleiches Befragungsinstrument einsetzen, das von Forschern des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) bzw. der Faktor Familie GmbH entwickelt wurde.¹⁸ Diese Familienbefragungen wurden alle als schriftliche Befragungen durchgeführt. Für diese Zwecke wurde jeweils eine Zufallsstichprobe von Familien mit minderjährigen Kindern angeschrieben und um Teilnahme gebeten. Der für diese Befragungen entwickelte Fragebogen wurde uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt, so dass wir uns auf ein bereits erprobtes Erhebungsinstrument stützen konnten, das an die Frankfurter Gegebenheiten angepasst und um einige wenige Fragestellungen erweitert wurde.

Gegenstand der Befragungen waren vor allem Aspekte der sozialen und ökonomischen Lebenssituation von Familien, die mit den Daten der amtlichen Kommunalstatistik nicht oder nur sehr unzureichend abgebildet werden können. Der Fragebogen umfasst auf 20 Seiten insgesamt 79 Einzelfragen zur Lage von Familien, die sich zu folgenden Themenbereichen gruppieren lassen:

- Angaben zu den Personen in der Familie wie Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Schulbildung, Ausbildung und Beruf,
- Erwerbstätigkeit, Erwerbsumfang und wirtschaftliche Lage,
- Inanspruchnahme von Hilfeleistungen und Unterstützung,
- Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie sowie Beruf und Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Eltern,
- Schule,
- Pflege von Angehörigen innerhalb und außerhalb der Familie,
- Wohnen, Wohnumfeld und Lebensraum Stadt,
- Vorhandensein und Nutzung der sozialen und sonstigen Infrastruktur und
- Familienleben und Aktivitäten mit und für die Kinder.

Als Stichprobe wurden aus dem Frankfurter Einwohnermelderegister 15.000 Adressen von Familien mit mindestens einem im Haushalt lebenden minderjährigen Kind nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Die zufällige Ziehung der Adressen ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Befragungsergebnisse repräsentativ (verallgemeinerbar auf die Grundgesamtheit) sind und die bei ihnen gefundenen Ergebnisse für alle Frankfurter Familien gelten. Mit 15.000 Familien wurden mehr als zehnmals so viele Familien angeschrieben wie z. B. bei der Gelsenkirchener Erhebung. Wir haben uns für eine so große Stichprobe entschieden, um auch für bestimmte Familientypen, die unter den Frankfurter Familien eher selten anzutreffen sind, eine für Verallgemeinerungen ausreichend große Zahl von tatsächlich Befragten zu erreichen. Um die Bevölkerung über die Befragung zu informieren und um ihre Mitarbeit zu bitten, wurde unmittelbar vor dem Versand der Fragebogen eine Pressemitteilung herausgegeben und

¹⁷ Vgl. Jacobs, H.: Frankfurter Sozialbericht Teil VII: Aufwachsen in Frankfurt am Main – Kinder, Jugendliche und ihre Familien: Situation und Entwicklungschancen, hrsg. vom Dezernenten für Soziales, Jugend und Sport. Frankfurt am Main 2006.

¹⁸ Vgl. Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR): Familienbericht Gelsenkirchen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien; dasselbe: Familienbericht Oberhausen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien; Faktor Familie GmbH – Lokale Familienforschung und Familienpolitik: Familienbericht Gütersloh 2008. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien; Stadt Friedrichshafen (Hrsg.): 1. Friedrichshafener Familienbericht. Monitoring zur Lage der Familien in der Stadt. Friedrichshafen 2008.

die örtliche Presse informiert. Zur Erhöhung des Rücklaufs wurden darüber hinaus zahlreiche Multiplikatoren und Einrichtungen, die mit Familien zu tun haben, über die anstehende Befragung informiert und gebeten, bei eventuellen Rückfragen von Eltern, die im Rahmen der Befragung angeschrieben wurden, diese zur Teilnahme zu ermuntern. Um auch Personen, die mit der deutschen Sprache nicht (sehr gut) vertraut sind, eine Teilnahme an der Befragung zu ermöglichen, wurde der Fragebogen übersetzt, und zwar in die Landessprachen der Staaten, deren Staatsangehörigkeiten unter den Ausländerinnen und Ausländern in Frankfurt am Main am häufigsten vertreten sind. Das sind Türkisch, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Kroatisch und Serbisch. Zur Erhöhung des Rücklaufs wurde darüber hinaus nach Ablauf einer ersten Rücksendefrist ein Erinnerungsschreiben an alle Familien der Stichprobe verschickt, in dem diese nochmals um Beteiligung an der Befragung gebeten wurden.

Mit der Durchführung der Umfrage wurde das IFAK Institut GmbH & Co. KG für Markt- und Sozialforschung aus Taunusstein beauftragt. Das Institut führte einen Pretest mit dem von uns (weiter-)entwickelten Fragebogen durch, machte Vorschläge zur Verbesserung, druckte die Endversion des Fragebogens, schrieb die für die Stichproben ausgewählten Familien an, erfasste die ausgefüllten Fragebogen und stellte uns den fertigen Datensatz zur Verfügung. Die für die Umfrage ausgewählten Familien wurden im Dezember 2011 angeschrieben. Hierfür wurde dem IFAK eine vom Frankfurter Bürgeramt zusammengestellte Liste von zufällig ausgewählten Frankfurter Familien mit minderjährigen Kindern zur Verfügung gestellt. Anfang Januar 2012 wurde das oben erwähnte Erinnerungsschreiben verschickt. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass das Befragungsdesign mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Frankfurt am Main abgestimmt worden ist.

Von den 15.000 verschickten Fragebogen kamen fast 4.800 zurück. Allerdings waren auf einigen Fragebogen so wenig Fragen ausgefüllt, dass sie aus der Auswertung ausgeschlossen werden mussten. Im endgültigen Datensatz verblieben 4.746 Fragebogen. Das entspricht einer Ausschöpfungsquote von 31,7 %. Eine solche Quote ist für schriftliche Befragungen dieser Art sehr gut. Unter denjenigen, die den Fragebogen zurückgeschickt haben, sind Alleinerziehende leicht und Kinder im ALG II-Bezug deutlich unterrepräsentiert und Familien, in denen mindestens ein Elternteil Fachabitur oder Abitur hat, überrepräsentiert. Um die Anteile der hier genannten Gruppen ihrem Anteil in der Grundgesamtheit anzupassen, wurde uns von IFAK ein entsprechend gewichteter Datensatz zur Verfügung gestellt, dem alle im Folgenden berichteten Auswertungen zugrunde liegen. Insoweit darf der Datensatz als repräsentativ gelten, weshalb Rückschlüsse auf alle Frankfurter Familien möglich sind. Durch die Gewichtung konnten allerdings nicht alle Verzerrungen ausgeglichen werden, die dadurch zustande kommen, dass die Teilnahme an einer solchen Umfrage freiwillig ist und die um ihre Teilnahme Gebetenen selbst entscheiden, ob sie einen Fragebogen ausfüllen oder nicht.¹⁹

2.2 BILDUNG VON UNTERGRUPPEN

Bei der Auswertung einer Umfrage interessiert nicht nur, wie die Befragten insgesamt oder im Durchschnitt auf eine Frage geantwortet haben, sondern auch, ob sich die Antworten zwischen bestimmten Formen oder Typen von Familien, die durch bestimmte Merkmale gekennzeichnet sind, unterscheiden. Einige dieser Einteilungen ziehen sich durch den gesamten Bericht und sollen deshalb im Folgenden näher erläutert werden. Vorausgeschickt sei aber, dass es auch innerhalb der so gebildeten Untergruppen erhebliche Unterschiede gibt. So befinden sich z. B. nicht alle Alleinerziehenden oder Familien mit Migrationshintergrund in derselben Einkommenslage. Und nicht alle armutsgefährdeten Personen sind schlecht gebildet und haben Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

¹⁹ Dies gilt insbesondere für die Verteilung der Befragten im Stadtgebiet. So sind auch im gewichteten Datensatz nicht aus allen Stadtteilen so viele Familien vertreten, wie es aufgrund ihres Anteils an den Haushalten jeweils hätten sein müssen. Allerdings ist durch die Gewichtung eine bessere Anpassung an die „ideale“ Verteilung erreicht worden. So wurden Familien aus den auskunftsfreudigeren und oftmals bildungsnahen Stadtteilen etwas herunter- und bildungsferne Familien aus benachteiligten Stadtteilen, in denen die Bereitschaft, sich an sozialwissenschaftlichen Umfragen zu beteiligen, erfahrungsgemäß geringer ausgeprägt ist, hochgewichtet.

2.2.1 Familien mit einem, zwei und mehr Kindern

Im Bericht wird der Frage nachgegangen, ob die Zahl der minderjährigen Kinder in der Familie Einfluss auf ein Merkmal (z. B. die Erwerbsbeteiligung der Eltern oder die Einkommenssituation) hat. Es werden Familien mit einem, mit zwei und mit drei und mehr Kindern unterschieden. In 49 % der Familien, die sich an der Befragung beteiligt haben, lebte ein minderjähriges Kind, in 37 % zwei und in 13 % drei und mehr. Im Durchschnitt leben in jeder Familie 1,64 minderjährige Kinder.

2.2.2 Paar-Familien und Alleinerziehenden-Familien

Im vorliegenden Bericht wird zwischen Alleinerziehenden-Familien und Paar-Familien unterschieden. Im Verständnis dieses Berichts sind Alleinerziehenden-Haushalte solche, in denen eine erwachsene Person mit einem oder mehreren Kindern lebt. Ein Teil der Alleinerziehenden hat zwar einen festen Lebenspartner oder eine feste Lebenspartnerin, dieser oder diese lebt aber nicht mit der oder dem Alleinerziehenden zusammen in einem Haushalt. Sobald der oder die Partnerin mit im Haushalt lebt, liegt nach unserem Verständnis ein Paar-Haushalt mit Kindern vor.

Im gewichteten Datensatz liegt der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte bei 19 % und entspricht damit in etwa dem Anteil, den Alleinerziehende an allen Familien-Haushalten im Mikrozensus 2010 des Statistischen Landesamtes haben. 7 % der Alleinerziehenden sind Männer. Der Mikrozensus ist eine bundesweite Erhebung, die jedes Jahr durchgeführt wird. Befragt wird jeweils eine zufällig gezogene 1-Prozent-Stichprobe aller Haushalte. Die Teilnahme an dieser Umfrage ist verpflichtend. Allerdings sind Alleinerziehende auch in dieser großen Umfrage in so geringem Ausmaß vertreten, dass keine völlig sicheren Rückschlüsse auf ihren Anteil an der Grundgesamtheit erlaubt sind. Das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main hat mit 23,7 % für 2009 einen etwas höheren Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an allen Familien-Haushalten ausgewiesen als der Mikrozensus. Die Angaben zur Haushaltsstruktur beruhen auf einem Haushaltsgenerierungsverfahren, bei dem anhand von Angaben im Melderegister wie Name, Steuerklasse, und Einzugsdatum Personen mit derselben Wohnadresse zu „Wohnhaushalten“ verbunden werden.²⁰ Auch die Verbindung von Personen zu Wohnhaushalten mithilfe des Haushaltsgenerierungsverfahrens ist deshalb mit gewissen Unsicherheiten behaftet, denn das Haushaltsgenerierungsverfahren rekonstruiert lediglich Haushaltsbeziehungen zwischen Personen, die unter derselben Adresse gemeldet sind. Der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte liegt in der Familienbefragung (gewichteter Datensatz) in etwa auf dem Niveau dieser beiden hier zum Vergleich herangezogenen Datensätze.

2.2.3 Familien mit und ohne Migrationshintergrund

In diesem Bericht werden Haushalte von Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Ein Migrationshintergrund liegt bei einem Haushalt nach unserer Definition vor, wenn der oder die Befragte und/oder ihr Partner oder ihre Partnerin entweder über eine ausländische Staatsangehörigkeit verfügen oder im Ausland geboren sind. In unserer Familienumfrage hat genau die Hälfte der Familien einen Migrationshintergrund. Zu diesen Familien gehören im gewichteten Datensatz 53 % der Minderjährigen, die in den von uns befragten Familien leben.

Das Statistische Bundesamt definiert den Migrationshintergrund etwas anders. Nach seiner Definition zählen zu den Menschen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen

²⁰ Vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2011, S. 10 f.

Elternteil.“²¹ Auf der Grundlage dieser Definition wurde anhand der Mikrozensusdaten ein Anteil von Minderjährigen mit Migrationshintergrund in Frankfurt am Main von 68,6 % errechnet.²²

Nach der in diesem Bericht verwendeten Definition haben der gesamte Haushalt und damit auch die Kinder einen Migrationshintergrund, wenn ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit hat oder im Ausland geboren ist. In Deutschland geborene und später eingebürgerte Ausländer können wir mit unseren Daten anders als der Mikrozensus nicht identifizieren, so dass der Unterschied zwischen den Ergebnissen des Mikrozensus deutlich geringer ausfällt, als ein erster Blick auf die Prozentanteile – 53 % in unserem Datensatz und fast 69 % im Mikrozensus – vermuten lässt. Trotzdem dürften Kinder mit Migrationshintergrund in unserem Datensatz leicht unterrepräsentiert sein.

Wir verwenden den Migrationshintergrund im Unterschied zum Mikrozensus nicht als Personen-, sondern als Haushaltsmerkmal. Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn in Paar-Familien mindestens ein Elternteil oder in Alleinerziehenden-Haushalten die oder der Alleinerziehende einen Migrationshinweis hat.²³ Das Merkmal Migrationshintergrund dient üblicherweise dazu, eine Bevölkerungsgruppe zu beschreiben, die sich in vielen Merkmalen wie z. B. der Erwerbsbeteiligung, der Einkommenssituation oder Kinderzahl von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet. Die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird u. a. daran gemessen, ob sich diese in wesentlichen Merkmalen wie Bildung, Einkommen, berufliche Position o.ä. an die Mehrheitsbevölkerung angleicht (strukturelle Assimilation).²⁴ Wenn man das Merkmal Migrationshintergrund so vergibt, wie wir es tun, wird vielen Menschen ein Migrationshintergrund zugeschrieben, die sich selbst schon längst zur Mehrheitsbevölkerung rechnen. Eine strengere Fassung des Migrationshintergrundes würde deshalb wahrscheinlich die Unterschiede zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Menschen mit Migrationshintergrund schärfer zeichnen. Zudem sei darauf hingewiesen, dass viele Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund mit Schichtunterschieden einhergehen und dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Hinblick auf Bildung, Herkunft, Aufenthaltsrechtlichen Status usw. sehr heterogen ist.²⁵

2.2.4 Armutsgefährdete, nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Familien

Die von uns befragten Familien werden auch im Hinblick auf ihre Einkommenssituation in verschiedene Gruppen eingeteilt. Grundlage hierfür sind die Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen. Im Bericht werden armutsgefährdete, nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Haushalte bzw. Familien unterschieden. Um die Familien einer dieser Einkommensgruppen zuzuordnen zu können, muss das bedarfsgewichtete Netto-Äquivalenzeinkommen errechnet werden, das auf die Mitglieder einer Familie entfällt. Bei der Berechnung des Netto-Äquivalenzeinkommens wird das gesamte Haushaltsnettoeinkommen nicht durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt (hierbei würde man ein Pro-Kopf-Einkommen erhalten), sondern durch die Summe der sog. Bedarfsgewichte, die auf die Haushaltsmitglieder entfallen. Bei unseren Berechnungen erhält die erste erwachsene Person im Haushalt ein Bedarfsgewicht von 1, weitere Personen ab 15 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5 und Personen unter 15 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3. Es sind dieselben Bedarfsgewichte, die auch das Statistische Bundesamt bei

²¹ Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden 2010, S. 6.

²² Vgl. Schupp, P.: Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring 2012, hrsg. vom Dezernat für Integration der Stadt Frankfurt am Main, S. 31.

²³ Das Frankfurter Bürgeramt, Statistik und Wahlen verwendet nicht den Begriff Migrationshintergrund, sondern Migrationshinweis. Es unterscheidet in der Bevölkerungsstatistik zwischen Deutschen, Deutschen mit Migrationshinweis und Ausländerinnen und Ausländern. Ein Migrationshinweis liegt nach der Definition des Frankfurter Bürgeramtes bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit vor, wenn sie als Kind die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Optionsmodell erhalten haben, wenn sie neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit haben, wenn sie eingebürgert wurden oder wenn sie Spätaussiedlerinnen oder Spätaussiedler sind (vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2011, S. 9). Die Unterscheidung von Personen mit und ohne Migrationshinweis bezieht sich demnach nur auf die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit. Der Definition des Frankfurter Bürgeramtes zufolge hatten 2010 insgesamt 40,6 % der Minderjährigen in Frankfurt eine ausländische Staatsangehörigkeit oder waren Deutsche mit Migrationshinweis.

²⁴ Vgl. Schupp, P.: Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring 2012, hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Dezernat für Integration. Amt für Multikulturelle Angelegenheiten. Frankfurt am Main 2012.

²⁵ Vgl. Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden 2002, S. 282 ff.; Seifert, W.: Migration. In: Hradil, S. (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bonn 2012, S. 67 ff.

der Berechnung der Armutsbetroffenheit und Armutsgefährdung zugrunde legt. Durch die Bedarfsgewichtung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass größere Haushalte gegenüber kleineren Haushalten Einspareffekte realisieren können, etwa weil Ausgaben für bestimmte Dinge im Haushalt nur einmal anfallen, und dass Personen unterschiedlichen Alters auch unterschiedliche Bedarfe haben.²⁶

Haushalte, deren Mitglieder ein bedarfsgewichtetes Netto-Äquivalenzeinkommen von weniger als 1.000 Euro haben, gelten im Folgenden als armutsgefährdet. Liegt das bedarfsgewichtete Netto-Äquivalenzeinkommen der Haushaltsmitglieder zwischen 1.000 und unter 2.000 Euro, sprechen wir von nichtarmutsgefährdeten Familien. Und Familien mit einem Netto-Äquivalenzeinkommen von mindestens 2.000 Euro gelten als wohlhabend. Legt man diese Definition zugrunde, dann sind 35 % der von uns befragten Familien, von denen wir Angaben zum Einkommen haben, armutsgefährdet, 37 % nichtarmutsgefährdet und 26 % wohlhabend. Für den hier vorgelegten Familienbericht wurde mit 1.000 Euro die Grenze zur Armutsgefährdung etwas oberhalb des Niveaus festgelegt, das die Statistische Bundesamt bei seinen Berechnungen zur Armutsgefährdung in Deutschland zugrunde legt. 2010 waren dies 940 Euro im Monat.²⁷ Andere Untersuchungen kommen zu etwas niedrigeren Armutsgefährdungsgrenzen. So wurde anhand des Mikrozensus 2011 die Grenze zur Armutsgefährdung für Deutschland insgesamt bei einem Netto-Äquivalenzeinkommen von 848 Euro angesetzt. Berücksichtigt man nur das frühere Bundesgebiet ohne Westberlin, kommt man auf einen Betrag von 877 Euro, beschränkt man die Berechnungen auf Hessen, liegt die Grenze noch einmal 20 Euro höher.²⁸

2.2.5 Stadtteiltypen

In dem hier vorgelegten Familienbericht werden mehrere Stadtteiltypen unterschieden. Die Typisierung geht davon aus, dass es zwischen bestimmten Stadtteilen so große Ähnlichkeiten gibt, dass sie sich deutlich von anderen Stadtteilen unterscheiden, die ihrerseits untereinander große Ähnlichkeiten aufweisen. Solange man bei einer Typisierung Merkmale heranzieht, die auf derselben Dimension liegen, sind die Probleme bei der Typenbildung überschaubar. So wurde für das „Monitoring 2011“ des Jugend- und Sozialamtes ein Benachteiligungsindex berechnet, bei dem drei Merkmale berücksichtigt wurden, die soziale Ungleichheit ausdrücken. Der Indexwert drückt aus, ob der betreffende Teil der Stadt mehr oder weniger stark durch soziale Benachteiligung geprägt ist. Will man auch andere Dimensionen bei der Typisierung von Stadtteilen einfließen lassen, kann man die Merkmale nicht mehr additiv zu einem Index verrechnen. Das statistische Verfahren, das sich zur Typenbildung oder Klassifizierung anbietet, wenn Merkmale berücksichtigt werden sollen, die nicht alle in „dieselbe Richtung“ weisen, ist die sog. Clusteranalyse. Das Wort „Cluster“ kommt aus dem Englischen und bedeutet Klumpen oder Gruppe. Die Clusteranalyse ist ein Verfahren, das es ermöglicht, die Fälle einer Erhebung hinsichtlich ihrer Ähnlichkeit in Gruppen („Cluster“) von untereinander möglichst ähnlichen Fällen einzuteilen. Die Grundidee ist hierbei, dass die Unterschiede zwischen Angehörigen eines Clusters geringer sind als die Unterschiede zwischen den Gruppen.

Für unsere Typisierung wurden die folgenden Merkmale herangezogen:

- Anteil der Bevölkerung mit existenzsichernden Mindestleistungen (Dimension soziale Ungleichheit),
- Anteil der Haushalte mit Minderjährigen an allen Haushalten (Dimension Alters- und Haushaltszusammensetzung),
- Wanderungsrate (Dimension ruhige vs. bewegte Stadtteile),

²⁶ Die entsprechenden Berechnungen werden in den Abschnitten 5.5 und 5.6 ausführlich erläutert.

²⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt: Lebensbedingungen, Armutsgefährdung. Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Armutschwelle und Armutsgefährdung in Deutschland (https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Einkommen-KonsumLebensbedingungen/LebensbedingungenArmutsgefahrdung/Tabellen/EUArmutschwelleGefahrdung_SILC.html).

²⁸ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Armutsgefährdungsschwelle in Euro nach Bundesländern und Haushaltstyp (http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen_Excel/tabelleA2.xls).

- Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund (Dimension Nähe bzw. Distanz zur deutschen Mehrheitsbevölkerung),
- Haushalte pro Wohngebäude (Dimension Verdichtung) und
- Wohnfläche je Einwohner (Dimension soziale Ungleichheit).

Ebenso wie die Auswahl der Merkmale, die zur Bildung der Cluster herangezogen werden, stellen die Auswahl des Rechenverfahrens und die Zahl der Cluster, die man für geeignet hält, die Differenzen zwischen den Untersuchungseinheiten am besten auszudrücken, Entscheidungen dar, die auch anders hätten ausfallen können. Wir haben eine sog. „hierarchische“ Clusteranalyse durchgeführt und uns für eine „Lösung“ mit fünf Clustern entschieden.

Im Hinblick auf die sechs von uns betrachteten Merkmale weisen die fünf Cluster folgende Durchschnittswerte auf:

Stadtteiltyp (Cluster)	Anteil der Einwohner mit existenzsichernden Mindestleistungen in %	Wohnfläche pro Einwohner in m ²	Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten in %	Wanderungsrate	Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund in %	Haushalte pro Wohngebäude
1 (n = 1)	21	43	6	58	60	7
2 (n = 16)	9	40	15	27	33	6
3 (n = 18)	16	35	23	22	40	4
4 (n = 6)	19	33	17	36	53	7
5 (n = 3)	4	42	27	21	20	2
insgesamt	13	37	19	27	38	5

Zum **Cluster 1** gehört lediglich das Bahnhofsviertel. Es ist in vielerlei Hinsicht (Wanderungsrate, Anteil der Familien an allen Haushalten, Anteil der Personen mit Migrationshintergrund) wirklich einmalig. Da wir mit unserer Umfrage nur 6 Familien aus diesem Stadtteil erreicht haben, wird dieser Stadtteil bei kleinräumigen Auswertungen nicht betrachtet.

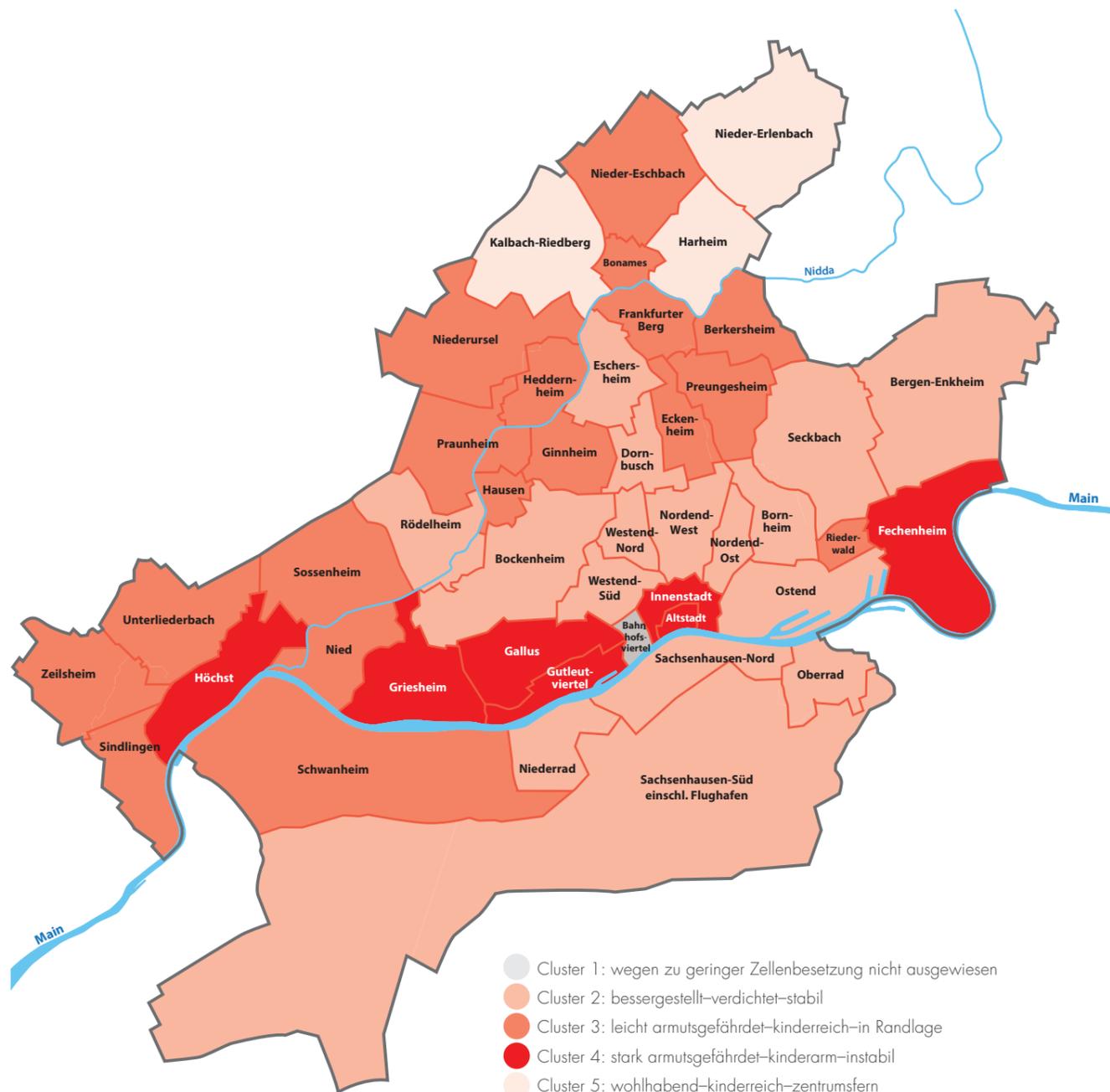
Zum **Cluster 2** gehören Stadtteile mit einer unterdurchschnittlichen Armutsgefährdung, unterdurchschnittlich vielen Familien und einem unterdurchschnittlichen Migrantenanteil. Die überdurchschnittliche Zahl von Haushalten pro Wohngebäude zeigt, dass es sich vor allem um verdichtete Stadtteile handelt. Die Mehrzahl von ihnen ist innenstadtnäher als die des Clusters 3. Die 16 Stadtteile des Clusters 2 lassen sich weiter nach räumlichen Gesichtspunkten zusammenfassen: nördlich des Zentrums die Stadtteile in einem breiten Streifen von Rödelheim über Bockenheim, Westend, Dornbusch, Eschersheim, Bornheim und Nordend bis hin zum Ostend, Seckbach und Bergen-Enkheim und südlich des Mains die Stadtteile von Niederrad über Sachsenhausen bis Oberrad. Charakterisierung: **bessergestellt-verdichtet-stabil**.

Zum **Cluster 3** gehören die meisten Stadtteile. Diese Stadtteile haben im Durchschnitt die zweithöchsten Anteile von armutsgefährdeten Einwohnern, den zweithöchsten Familienanteil, den zweithöchsten Migrantenanteil und die zweitniedrigste Wohnfläche je Einwohner. Die 18 Stadtteile dieses Clusters liegen im Durchschnitt weiter vom Stadtzentrum entfernt als die des Clusters 2 und bilden geografische „Klumpen“ im Frankfurter Norden (Berkersheim, Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg, Nieder-Eschbach und Preungesheim), im Westen (Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach und Zeilsheim) und im Nordwesten (Ginnheim, Hausen, Hedderheim, Niederursel, Praunheim. Charakterisierung: **leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage**.

Das **Cluster 4** umfasst die besonders benachteiligten Frankfurter Stadtteile. Die Stadtteile dieses Clusters zeichnen sich durch besonders hohe Anteile von Einwohnern, die existenzsichernde Mindestleistungen beziehen, besonders hohe Migrantenanteile und hohe Wanderungsraten aus. Zu diesem Cluster gehören Stadtteile wie Fechenheim, Gallus oder Griesheim. Charakterisierung: **stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil**.

Im **Cluster 5** sind die drei Stadtteile Harheim, Kalbach-Riedberg und Nieder-Erlenbach versammelt. Sie weisen die geringste Armutsgefährdung auf, haben den höchsten Anteil von Familien an allen Haushalten und die geringste Zahl von Haushalten pro Wohngebäude und den geringsten Migrantenanteil von allen Frankfurter Stadtteilen. Zudem liegen sie auch geografisch zusammen. Charakterisierung: **wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern**.

Die Stadtteile verteilen sich wie folgt auf die fünf Cluster (siehe Tabelle rechts):



Stadtteil	Cluster	Charakterisierung
Bahnhofsviertel	1	-
Bergen-Enkheim	2	bessergestellt-verdichtet-stabil
Bockenheim		
Bornheim		
Dornbusch		
Eschersheim		
Niederrad		
Nordend-Ost		
Nordend-West		
Oberrad		
Ostend		
Rödelheim		
Sachsenhausen-Nord		
Sachsenhausen-Süd		
Seckbach		
Westend-Nord	3	leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage
Westend-Süd		
Berkersheim		
Bonames		
Eckenheim		
Frankfurter Berg		
Ginnheim		
Hausen		
Heddernheim		
Nied		
Nieder-Eschbach		
Niederursel		
Praunheim		
Preungesheim		
Riederwald	4	stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil
Schwanheim		
Sindlingen		
Sossenheim		
Unterliederbach		
Zeilsheim		
Fechenheim		
Gallus		
Griesheim		
Gutleutviertel		
Höchst	5	wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern
Altstadt/Innenstadt		
Harheim		
Kalbach-Riedberg	5	wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern
Nieder-Erlenbach		

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

2.3 INTERPRETATION VON UNTERSCHIEDEN ZWISCHEN TEILGRUPPEN

Die in Abschnitt 2.2 beschriebenen Untergruppen (Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund etc.) sind gebildet worden, um herauszufinden, ob Unterschiede hinsichtlich der Familienform, der Kinderzahl usw. mit Unterschieden in anderen Merkmalen einhergehen, also ob z. B. alleinerziehende Mütter häufiger Teilzeit arbeiten als Mütter aus Paar-Familien oder ob Armutsgefährdete unzufriedener mit ihrem Wohnumfeld sind als Wohlhabende. Die Frage ist nun, ob es sich um „zufällige“ oder statistisch „signifikante“ oder „systematische“ Unterschiede handelt. Zufällig sind Unterschiede, die darauf zurückzuführen sind, dass jede zufällig „gezogene“ Stichprobe anders zusammengesetzt ist. Wenn man aus einer Grundgesamtheit mehrere zufällige Stichproben zieht, werden die meisten Werte eines Merkmals in einer Untergruppe (z. B. der Anteil der erwerbstätigen Alleinerziehenden an allen Alleinerziehenden) in den meisten dieser Stichproben nahe beieinander und nahe beim „wahren Wert“ liegen, bei einigen Stichproben weichen die ermittelten Werte aber weit vom Durchschnitt ab, den man anhand der Messwerte aus mehreren Stichproben errechnen könnte. Das Gleiche gilt für den Wert des gleichen Merkmals in einer anderen Untergruppe (z. B. der Anteil der erwerbstätigen Mütter an allen Müttern aus Paar-Familien). Die Werte für das Merkmal (z. B. die Erwerbsbeteiligung) können in beiden Untergruppen (alleinerziehende Mütter und Mütter aus Paar-Familien) in einer zufällig gezogenen Stichprobe unterschiedlich sein, obwohl in Wirklichkeit keine Differenzen vorhanden sind.

Die Frage ist, wie groß müssen Unterschiede sein, um nicht mehr als zufällig zu gelten. Bei den meisten Merkmalen, die in diesem Bericht behandelt werden, gibt es deutliche Differenzen zwischen den verschiedenen Untergruppen. Manche Differenzen sind nicht groß genug, um im statistischen Sinne als „signifikant“ zu gelten. Die statistische Signifikanz hängt generell von zwei Dingen ab, von dem Grad des Unterschiedes zwischen zwei Gruppen und der Größe der Stichprobe. Hierbei gilt: Je größer die Stichprobe, umso kleiner können Differenzen sein, um (noch) statistisch signifikant zu sein. Um zu klären, ob zwei Werte so weit auseinanderliegen, dass der Unterschied zwischen ihnen signifikant ist, muss man für beide Werte wissen, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie in einem bestimmten Bereich um den gemessenen Wert liegen. Wenn sich diese Wahrscheinlichkeitsbereiche für zwei Werte (z. B. die Erwerbsquoten von alleinerziehenden Müttern und Müttern aus Paar-Familien) überschneiden, ist der Unterschied zwischen ihnen nicht statistisch signifikant.²⁹

Der Bereich, in dem der „wahre Wert“ in der Grundgesamtheit mit großer Wahrscheinlichkeit liegt, wird mit steigendem Stichprobenumfang kleiner. Wenn ein Merkmal in einer Stichprobe von 100 Personen bei 50 % der Fälle vorliegt, dann liegt der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % rund zehn Prozentpunkte über oder unter diesem Wert, bei 500 Fällen gut vier Prozentpunkte über oder unter dem gemessenen Wert, bei 1.000 Fällen drei und bei 1.500 Fällen zweieinhalb Prozentpunkte. Liegt der Anteil, mit dem ein Merkmal in der Stichprobe vertreten ist, unter oder über 50 %, wird der Bereich, in dem der „wahre Wert“ mit großer Wahrscheinlichkeit liegt, etwas größer. In unserer Erhebung hatten wir rund 900 Alleinerziehende und 3.700 Paar-Familien, jeweils knapp 2.400 Familien mit und ohne Migrationshintergrund, rund 1.600 Armutsgefährdete, 1.700 Nicht-Armutsgefährdete und 1.200 Wohlhabende. Zwischen diesen Untergruppen sind schon Unterschiede von fünf Prozentpunkten statistisch signifikant. Bei den Stadtteiltypen ist der Typ 5 mit rund 170 Fällen am geringsten besetzt. Hier müssen Unterschiede zwischen diesem Stadtteiltyp und den anderen drei Stadtteiltypen bei acht bis neun Prozentpunkten liegen, um mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % signifikant zu sein.

Statistische Signifikanz bedeutet demnach, dass die in einer Stichprobe gefundenen Unterschiede so groß sind, dass sie mit großer Wahrscheinlichkeit auch in der Grundgesamtheit gegeben sind. Je größer die Zahl der Fälle ist, umso eher werden auch geringe Differenzen zwischen Gruppen statistisch signifikant. Nicht alle signifikanten Unterschiede sind inhaltlich bedeutsam.

²⁹ Vgl. Kriz, J: Statistik in den Sozialwissenschaften. Reinbek 1973, S. 174 ff.



1

2

3

4

5

6

7

8

9

10



3

TAGESGESTALTUNG UND LEBENSITUATION IN FRANKFURTER FAMILIEN

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

3.1 INSTITUTIONELLE BETREUUNG VON KINDERN IM VORSCHULALTER

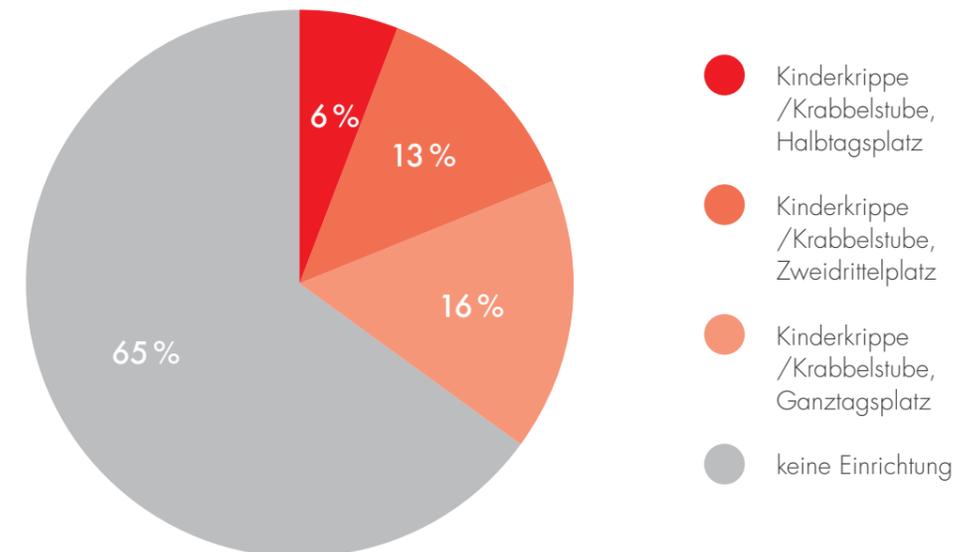
Zum Zeitpunkt der Befragung ließen 74 % der befragten Familien mit Kindern unter sechs Jahren ihr Kind in einer Kinderkrippe, einem Kindergarten oder einem Kinderladen betreuen. Beim Betreuungsumfang kann zwischen Halbtagsplätzen (vier Stunden Betreuung am Tag), Zweidrittelplätzen (bis zu sieben Stunden Betreuung am Tag) und Ganztagsplätzen (bis zu 9,5 Stunden Betreuung am Tag) unterschieden werden. Speziell den Ganztageseinrichtungen wird im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und im Rahmen der Chancengleichheit und Förderung von sozial benachteiligten Kindern eine entscheidende Rolle zugesprochen. Familien, deren Kinder derzeit eine Betreuungseinrichtung bis zum sechsten Lebensjahr besuchen, wurden gefragt, ob ihr Kind oder ihre Kinder einen Halbtags-, Zweidrittel- oder einen Ganztagsplatz in einer Betreuungseinrichtung haben. Im Folgenden soll dargestellt werden, welche Familien welches Betreuungsarrangement für ihr Kind nutzen und welche Gründe die Eltern für die Wahl einer Betreuungseinrichtung angeben. Situationen, in denen die Betreuung der Kinder besonders problematisch zu organisieren ist, und welche Betreuungspersonen in außergewöhnlichen Situationen um Hilfe gebeten werden, werden ebenfalls betrachtet. Des Weiteren wird gezeigt, welche Sprache die Befragten überwiegend mit ihren Kindern sprechen.

3.1.1 Betreuung von Kindern unter drei Jahren

Für unter Dreijährige gab es in Frankfurt am Main rund 5.500 Plätze in Betreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Krabbelstuben, altersgemischte Kindergartengruppen).³⁰ Dieses Betreuungsangebot ist vor allem für berufstätige Eltern von besonderer Bedeutung.³¹ In Frankfurt am Main reicht der Betreuungsumfang von einer Halbtags- bis zu einer Ganztagsbetreuung. Ende 2011 wurden 26 % der unter Dreijährigen in Frankfurt am Main institutionell betreut; rechnet man die von Tagesmüttern betreuten Kinder hinzu, steigt die Versorgungsquote auf 29 %.³² Die Stadt Frankfurt bemüht sich seit den 1990er Jahren, das Betreuungsplatzangebot auszubauen und unternimmt weitere Anstrengungen, um dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren und dem ab 2013 geltenden Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren gerecht zu werden.

Ob Kinder in den ersten drei Jahren eine Betreuungseinrichtung besuchen und in welchem Umfang dies jetzt schon geschieht, ist Gegenstand dieses Abschnitts. Insgesamt besuchen 35 % der Kinder unter drei Jahren aus den befragten Familien eine Betreuungseinrichtung, 16 % der Kinder werden in einer Kinderkrippe oder Krabbelstube ganztätig betreut, 13 % haben einen Zweidrittelplatz und 6 % gehen halbtags in eine Betreuungseinrichtung (siehe Grafik).

Grafik 1: Betreuungsumfang der Kinder unter drei Jahren in Kinderkrippen oder Krabbelstuben. Angaben in Prozent.



Mehr als jedes zweite unter dreijährige Kind ohne weitere Geschwisterkinder besucht keine Einrichtung (54 %). Sind weitere Geschwister in der Familie, erhöht sich ihr Anteil auf 69 % bei einem Geschwisterkind und auf 81 % bei zwei und mehr Geschwistern. Haben Familien nur ein Kind, geht jedes fünfte in eine Ganztageeinrichtung (21 %). Demnach lassen Eltern ihre Kinder im Alter von unter drei Jahren umso häufiger fremd betreuen, je weniger Kinder sie haben. Alleinerziehende haben ihre Kinder in diesem Alter etwas häufiger als Paar-Familien in keiner Einrichtung (71 gegenüber 64 %). Wenn Kinder aus Paar-Familien eine Kinderkrippe oder Krabbelstube besuchen, nehmen diese Eltern mit insgesamt 30 % einen Zweidrittel- oder Ganztagsplatz für ihr Kind in Anspruch. Fast jede zweite Familie ohne Migrationshintergrund hat ihr Kind in einer Betreuungseinrichtung (46 %), aber nur jede vierte Familie mit Migrationshintergrund (23 %). Mit steigendem Familieneinkommen erhöht sich auch die Anzahl der Kinder, die in einer Kinderkrippe oder Krabbelstube betreut werden.³³ 49 % der wohlhabenden Familien und 27 % der nicht-armutsgefährdeten Familien haben für ihre Kinder einen Zweidrittel- oder Ganztagsplatz in einer Betreuungseinrichtung. Ein Blick auf die Stadtteiltypen zeigt, dass Kinder, die in diesem Alter institutionell betreut werden, hauptsächlich aus bessergestellten, verdichteten und stabilen Stadtteilen des Stadtteiltyps 2 kommen (45 %), gegenüber 35 % im Frankfurter Durchschnitt.

³⁰ Vgl.: Magistratsbericht vom 18.01.2013, B 36: Stand und Perspektiven der Kindertagesstätten-Entwicklungsplanung für Frankfurt am Main – Fortschreibung 2012 – Kinderfreundliche Stadt: Zukunftsorientierte Planung der Betreuung der Kinder unter drei Jahren.

³¹ Hierzu heißt es im Achten Familienbericht: „Kinderbetreuungsplätze für Kinder in den ersten drei Lebensjahren tragen zur Zeitsouveränität der Eltern und insbesondere der Mütter bei und ermöglichen eine Wiederaufnahme der Berufstätigkeit und damit auch eine Zeitumverteilung zwischen den Eltern. Sie erfüllen dabei aber auch einen familienergänzenden Bildungs- und Erziehungsauftrag. Insbesondere für Kinder aus belasteten Lebenslagen kann der frühe Besuch einer Kindertageseinrichtung kompensatorisch wirken, wenn diese eine hohe pädagogische Qualität aufweist.“ (Deutscher Bundestag. 17. Wahlperiode. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Achter Familienbericht. Zeit für die Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Drucksache 17/9000 vom 15.03.2012, S. 73).

³² Vgl.: Magistratsbericht vom 18.01.2013, B 36: Stand und Perspektiven der Kindertagesstätten-Entwicklungsplanung für Frankfurt am Main – Fortschreibung 2012 – Kinderfreundliche Stadt: Zukunftsorientierte Planung der Betreuung der Kinder unter drei Jahren.

³³ Ggf. ist die Möglichkeit, das Kind in einer Einrichtung betreuen zu lassen, aber auch die Voraussetzung dafür, dass ein höheres Einkommen – durch eine (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Erweiterung des Erwerbsumfangs – erzielt werden kann.

Tabelle 1: Umfang der institutionellen Betreuung bei unter Dreijährigen; nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	Halbtagsplatz	Zweidrittelplatz	Ganztagsplatz	Keine Einrichtung
insgesamt	6	13	16	65
Kinderzahl				
1 Kind	9	17	21	54
2 Kinder	.*	13	14	69
3 und mehr Kinder	.*	.*	.*	81
Familienform				
Paar-Familien	6	14	16	64
Alleinerziehende	.*	.*	.*	71
Migrationshintergrund				
ohne	9	18	19	55
mit	.*	9	14	74
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	.*	.*	.*	85
nicht-armutsgefährdet	.*	13	14	67
wohlhabend	.*	23	26	41
Stadtteilty				
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	7	19	19	55
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	.*	.*	13	77
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	.*	.*	.*	75
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	.*	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

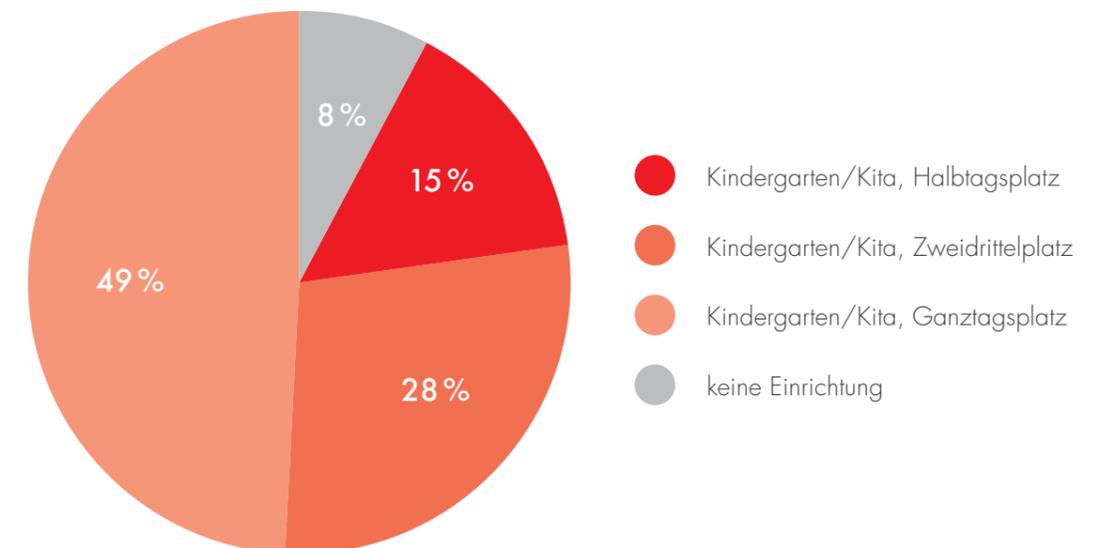
3.1.2 Betreuung von Kindern von drei bis sechs Jahren

Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren haben die Möglichkeit, eine Betreuungseinrichtung wie einen Kindergarten bzw. eine Kindertagesstätte (Kita) zu besuchen. Die Einrichtungen ergänzen entsprechend ihrem Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag nicht nur die Erziehung in der Familie, sondern geben darüber hinaus den Kindern auch die Gelegenheit, ihren Erfahrungshorizont über das familiäre Umfeld hinaus zu erweitern, und fördern die Entwicklung der Kinder und ihre Gemeinschaftsfähigkeit. In Deutschland hat jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

In der Familienbefragung konnten Eltern angeben, in welchem Umfang ihre Kinder diese Betreuungsmöglichkeiten nutzen. Demnach besuchen 92 % der Kinder eine Kindertageseinrichtung bzw. einen

Kindergarten.³⁴ Jedes zweite Kind in einer Betreuungseinrichtung nutzt die Angebote einer ganztägig arbeitenden Einrichtung (49 %) und fast jedes dritte Kind hat einen Zweidrittelplatz und kann bis zu 7,5 Stunden in seiner Kindertagesstätte betreut werden (28 %). Nur 8 % der Kinder aus der Stichprobe besuchen keine Einrichtung (siehe Grafik).³⁵

Grafik 2: Betreuungsumfang der Kinder von drei bis sechs Jahren in Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderläden. Angaben in Prozent.



Familien mit nur einem Kind nutzen bevorzugt die Ganztagsbetreuung für ihr Kind (57 %), gefolgt von der Zweidrittelbetreuung mit 28 %. Kinder aus Familien mit drei und mehr Kindern nehmen ebenfalls vorrangig die Ganztagsangebote wahr (47 %). Fast jedes fünfte Kind hat einen Zweidrittelplatz und jedes fünfte besucht eine Kinderbetreuungseinrichtung bis zu 4,5 Stunden täglich. Des Weiteren ist erkennbar, dass der Prozentsatz der Kinder, die keine Einrichtung besuchen, steigt, je mehr Kinder in der Familie leben. Je nachdem, ob die Kinder in einer Paar-Familie oder einer Alleinerziehenden-Familie leben, zeigen sich deutliche Unterschiede im Betreuungsumfang. 70 % der Kinder aus Alleinerziehenden-Familien werden in einer Ganztageeinrichtung betreut, im Gegensatz zu 46 % der Kinder aus Paar-Familien.

Paar-Familien schicken hingegen öfter als Alleinerziehende ihre Kinder in Kindergärten bzw. in Kindertagesstätten, die Halbtags- oder Zweidrittelplätze anbieten. Kinder mit und ohne Migrationshintergrund verteilen sich annähernd gleich über die verschiedenen Betreuungsangebote der Kindertagesstätten bzw. der Kindergärten. Tendenziell nutzen Familien ohne Migrationshintergrund die längeren Betreuungszeiten in den Einrichtungen häufiger als Familien mit Migrationshintergrund. Leichte Differenzen finden sich in der Halbtagsbetreuung der Kinder und bei den Kindern, die in keine Kinderbetreuungseinrichtung gehen. Fast jedes fünfte Kind mit Migrationshintergrund ist in einer Kinderbetreuungseinrichtung mit Halbtagsangeboten, während dies nur auf jedes zehnte Kind ohne Migrationshintergrund zutrifft. Darüber hinaus besucht jedes zehnte Kind im Alter von drei bis sechs Jahren mit Migrationshintergrund keine/-n Kindergarten bzw. Kindertagesstätte.

Bei der Betrachtung der Einkommenssituation der Eltern fällt auf, dass Kinder aus armutsgefährdeten Familien häufiger einen geringeren Betreuungsumfang in Kindergärten bzw. in Kindertagesstätten haben als nicht-armutsgefährdete oder wohlhabende Familien. Fast jedes vierte armutsgefährdete Kind

³⁴ Von den sechsjährigen Kindern wurden nur die berücksichtigt, die noch nicht eingeschult sind.

³⁵ In Frankfurt am Main lag der Versorgungsgrad der Drei- bis Sechsjährigen, bezogen auf 3,5 Jahrgänge, 2011 bei 93 % (vgl.: Magistratsbericht vom 18.01.2013, B 36: Stand und Perspektiven der Kindertagesstätten-Entwicklungsplanung für Frankfurt am Main – Fortschreibung 2012).

hat einen Halbtagsplatz, jedes fünfte Kind einen Zweidrittelplatz und weitere 45 % gehen ganztägig in eine Betreuungseinrichtung, während 11 % der Kinder keine Einrichtung besuchen. Armutsgefährdete Kinder haben, wenn man die Stadt insgesamt betrachtet, eine geringere Quote in Ganztageseinrichtung als Kinder aus nicht-armutsgefährdeten oder wohlhabenden Familien. Hingegen haben 62 % der Kinder, die im Stadtteiltyp 4 wohnen (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil), einen Ganztagsplatz in einer Kindertageseinrichtung. Kinder aus leicht armutsgefährdeten, kinderreichen und in Randlage befindlichen Stadtteilen des Typs 3 haben häufiger Halbtagsplätze oder Zweidrittelplätze. Jedes zehnte Kind aus diesem Stadtteiltyp geht in keine Kinderbetreuungseinrichtung.

Die Ganztagsbetreuung dominiert bei allen untersuchten Personengruppen. Eine Halbtagsbetreuung wird überdurchschnittlich häufig von Kindern genutzt, die aus Familien mit drei und mehr Kindern, Familien mit Migrationshintergrund und armutsgefährdeten Familien kommen.

Tabelle 2: Umfang der institutionellen Betreuung bei Drei- bis Sechsjährigen; nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Angaben in Prozent.

	Halbtagsplatz	Zweidrittelplatz	Ganztagsplatz	Keine Einrichtung
insgesamt	15	28	49	8
Kinderzahl				
1 Kind	.*	28	57	.*
2 Kinder	16	31	46	7
3 und mehr Kinder	19	23	47	12
Familienform				
Paar-Familien	16	30	46	8
Alleinerziehende	.*	.*	70	.*
Migrationshintergrund				
ohne	11	31	52	.*
mit	18	26	46	10
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	23	21	45	11
nicht-armutsgefährdet	11	33	50	.*
wohlhabend	.*	33	56	.*
Stadtteiltyp				
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	12	35	48	.*
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	19	25	45	10
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	.*	.*	62	.*
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	.*	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

3.1.3 Betreuung und Alltagssprache von Kindern im Vorschulalter

Im Hinblick auf die Herstellung von Chancengleichheit und Förderung von sozial benachteiligten Kindern wird den Kinderbetreuungseinrichtungen eine wichtige Rolle zugesprochen.³⁶ So werden neben dem pädagogischen Auftrag der Einrichtung auch frühkindliche und vorschulische Bildungsangebote stetig ausgebaut, um die Entwicklungschancen der Kinder umfassend zu verbessern und Bildungs- und Sprachdefizite vor Schulbeginn auszugleichen. Das Beherrschen der deutschen Sprache trägt entscheidend zur Integration und zur Schaffung gleicher Startbedingungen im schulischen Bereich bei. Die Eltern bzw. ihre Kenntnisse der deutschen Sprache und der Umfang, in dem sie mit ihren Kindern Deutsch sprechen, bestimmen mit, wie leicht es Kindern fällt, sich in eine Kinderbetreuungseinrichtung zu integrieren, und wie gut sie am Ende der Vorschulzeit Deutsch sprechen. Wenn Kinder wenig oder kein Deutsch sprechen, kommt – unabhängig von der Rolle und Verantwortung der Eltern – den Betreuungseinrichtungen für den Erwerb der deutschen Sprache eine besondere Bedeutung zu.³⁷

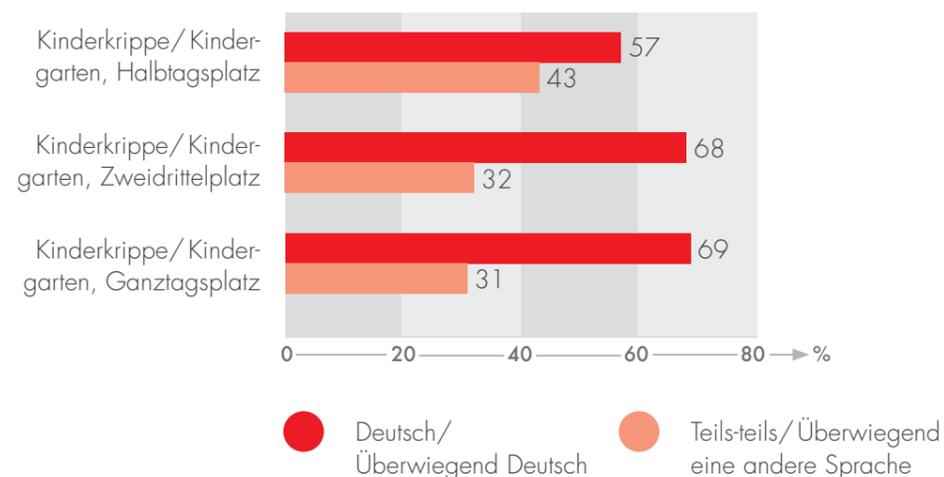
Anhand der Fragestellung: „Welche Sprache sprechen Sie normalerweise im Alltag mit Ihrem Kind/Ihren Kindern?“, sollte insbesondere herausgefunden werden, ob und wie viel Deutsch mit den Kindern gesprochen wird. Die vier möglichen Auswahlkategorien „Deutsch“, „Überwiegend Deutsch“, „Teils-teils“ und „Überwiegend eine andere Sprache“ wurden später zu jeweils zwei Kategorien zusammengefasst. Insgesamt sprechen zwei Drittel der Befragten im Alltag „Deutsch“ oder „Überwiegend Deutsch“ mit ihren Kindern, ein Drittel gab an „Teils-teils“ oder „Überwiegend eine andere Sprache“. Bei dieser Fragestellung spiegelt sich besonders stark der Migrationshintergrund der Befragten wider. 57 % der Befragten mit Migrationshintergrund fallen im Alltag unter die Kategorie „Teils-teils“ oder „Überwiegend eine andere Sprache“. Bricht man dieses Merkmal nach der Einkommenssituation auf, zeigt sich, dass 49 % der armutsgefährdeten Befragten in die Kategorie „Teils-teils“ oder „Überwiegend eine andere Sprache“ fallen, wenn es um die Kommunikation mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern geht. Dies trifft auch auf 23 % der nicht-armutsgefährdeten Befragten und 17 % der Wohlhabenden zu. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Betrachtung der Stadtteiltypen. 43 % der Befragten, die in stark armutsgefährdeten-kinderarmen-instabilen Stadtteilen des Typs 4 wohnen, fallen im Alltag unter die Kategorie „Teils-teils“ oder „Überwiegend eine andere Sprache“ (ohne Tabelle).

Fast jedes zweite Kind, das eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten halbtags besucht, spricht zu Hause nur teilweise Deutsch oder überwiegend eine andere Sprache. Hingegen sprechen zwei Drittel der Kinder, die einen längeren Betreuungsumfang haben, zu Hause Deutsch oder überwiegend Deutsch. Welchen Zusammenhang es jeweils zwischen dem Umfang des Besuchs einer Betreuungseinrichtung und dem Umfang, mit dem die Eltern mit ihren Kindern Deutsch sprechen, gibt, zeigt die folgende Grafik.

³⁶ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin 2012; dasselbe: Familienpolitik und Fertilität – demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Monitor Familienforschung, Ausgabe 27. Berlin 2012.

³⁷ Die Erfolge von speziellen Sprachförderprogrammen sind aber eher gering. Entscheidender für den erfolgreichen Erwerb der deutschen Sprache scheint bei Vorschulkindern die Zusammensetzung der Kita-Gruppe zu sein, zu der sie gehören. Hierzu heißt es in einem Bericht des Berlin-Instituts: „Wenn Kinder mehrere Jahre vor der Einschulung eine Kita besuchen, können die ErzieherInnen und anderen Kinder genügend Anregung bieten, um sprachliche Defizite auszugleichen – sofern die Bedingungen günstig sind. Allerdings nutzen gerade Kinder mit Migrationshintergrund und aus sogenannten bildungsfernen Schichten vergleichsweise selten und spät Bildungsangebote außerhalb der Familie. Aufgrund von demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen ist auch keineswegs garantiert, dass die Kinder in der Kita das ‚Sprachbad‘ erhalten, das für einen leichten und schnellen Erwerb des Deutschen nötig wäre.“ (Berlin-Institut: Dem Nachwuchs eine Chance geben. Was frühkindliche Sprachförderung leisten kann. <http://www.berlin-institut.org/publikationen/discussion-paper/dem-nachwuchs-eine-sprache-geben.html>. Zugriff: 5.12.2012).

Grafik 3: Alltagssprache der Eltern mit ihren Kindern und Betreuungsumfang in einer Einrichtung bei Kindern bis zum sechsten Lebensjahr. Angaben in Prozent.

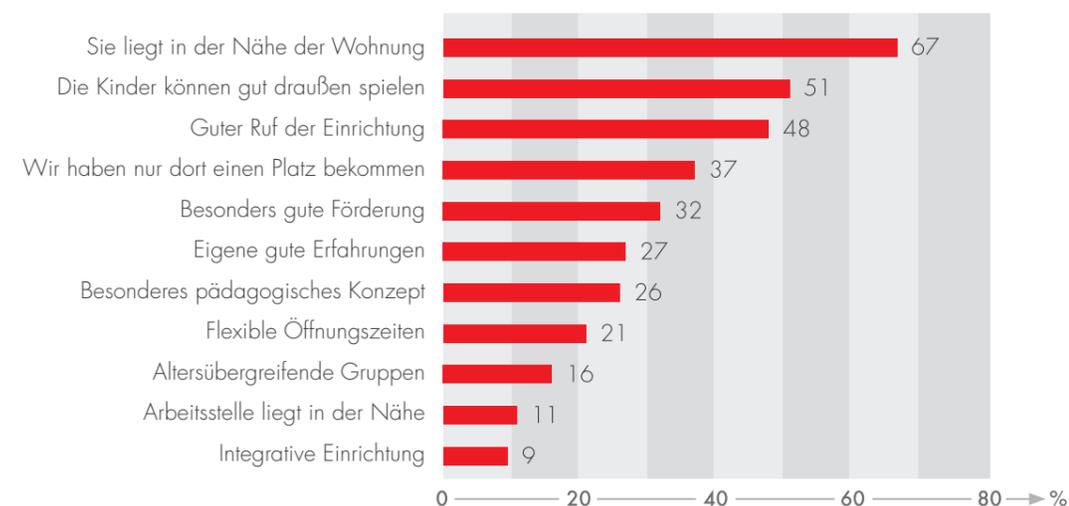


Eine Halbtagsbetreuung von bis zu vier Stunden täglich wird demnach tendenziell häufiger von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, Kindern aus Familien mit drei und mehr Kindern und Kindern aus armutsgefährdeten Familien in Anspruch genommen. Hier fallen viele Eltern in die Kategorie „Teils-teils“ oder „Überwiegend eine andere Sprache“.

3.1.4 Gründe für die Wahl einer Betreuungseinrichtung für Kinder unter sechs Jahren

Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutsamkeit der Kinderbetreuungseinrichtungen unter dem Bildungsaspekt, der Schaffung gleicher Startbedingungen und Entwicklungschancen werden auch die Konzepte der Einrichtungen, ihre pädagogische Ausrichtung und ihr Angebotsspektrum für Eltern immer wichtiger. Aus welchen Gründen die befragten Eltern für ihr Kind/ihre Kinder eine bestimmte Kinderbetreuungseinrichtung gewählt haben, kann sehr verschiedene Gründe haben. Eltern, die derzeit ein Kind oder mehrere Kinder in einer Betreuungseinrichtung haben, wurden gefragt, welches für sie die ausschlaggebenden Gründe für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung waren. Die fünf am häufigsten genannten „ausschlaggebenden Gründe“ für die Wahl einer Kinderbetreuungseinrichtung sind bei den befragten Müttern und Vätern „die Nähe zur Wohnung“ (67 %), „die Kinder können gut draußen spielen“ (51 %), „der gute Ruf der Einrichtung aus Erfahrung anderer Eltern“ (48 %), die Eltern „haben nur dort einen Platz bekommen“ (37 %) und „eine besonders gute Förderung der Kinder durch die Einrichtung“ (32 %).

Grafik 4: Ausschlaggebende Gründe für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung. Auskunftspersonen mit Kindern zwischen null und sechs Jahren. Mehrfachantworten möglich. Angaben in Prozent.



Die Nähe zur eigenen Wohnung

60 % der Eltern mit einem Kind und 72 % der Eltern mit drei und mehr Kindern geben an, dass die Nähe zur eigenen Wohnung ausschlaggebend für die Wahl ihrer Kinderbetreuungseinrichtung war. Dies trifft ebenfalls auf 67 % der Paar-Familien zu (Alleinerziehende: 62 %) und auf 69 % der Familien mit Migrationshintergrund (Familien ohne Migrationshintergrund: 64 %). Die meisten Prozentpunktunterschiede werden bei der Einkommenssituation der Familien sichtbar. Während die Nähe zur eigenen Wohnung nur für 58 % der wohlhabenden Familien wichtig ist, ist dies für insgesamt 73 % armutsgefährdete Familien wichtig. Bei der Betrachtung der Stadtteiltypen zeigt sich diese Tendenz ebenfalls. Für 70 % der Familien, die in stark armutsgefährdeten-kinderarmen-instabilen Stadtteilen des Stadtteiltyps 4 wie Fechenheim, Gallus, Griesheim, Gutleutviertel oder Höchst wohnen, liegt einer der Hauptgründe bei der Wahl einer Kinderbetreuungseinrichtung in der Nähe zur eigenen Wohnung. Ebenfalls sehen dies 73 % aus leicht armutsgefährdeten-kinderreichen Stadtteilen-in Randlage des Stadtteiltyps 3 (wie z. B. Bonames, Berkersheim, Frankfurter Berg, Ginnheim, Nied, Riederwald und Schwanheim) als wichtig an.

Die Kinder können gut draußen spielen

Als zweithäufigster Grund wurde von den Befragten angeführt, dass die Kinder „gut draußen spielen“ können. Mit steigender Kinderzahl erhöht sich tendenziell der Anteil derjenigen, die angeben, eine Kinderbetreuungseinrichtung nach diesem Kriterium ausgewählt zu haben (47 % der Familien mit einem Kind, 59 % der Familien mit drei und mehr Kindern). Familien, die in stark armutsgefährdeten, kinderarmen und instabilen Stadtteilen des Stadtteiltyps 4 wohnen, geben dies sogar zu 64 % an, während dies für 47 % der Familien aus bessergestellten-verdichteten-stabilen Stadtteilen des Typs 2 ein Grund ist.

Der gute Ruf der Einrichtung (gute Erfahrungen anderer Eltern)

Der „gute Ruf der Einrichtung“ ist der dritthäufigste Grund für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung. Insgesamt 48 % der Befragten, die sich zu dieser Frage äußerten, sehen dies als bedeutend an. Von Paar-Familien ist der „gute Ruf einer Einrichtung“ häufiger als Auswahlkriterium angegeben worden als von Alleinerziehenden (50 zu 40 %). Ebenfalls nennen Familien ohne Migrationshintergrund diese Begründung öfter als Familien mit Migrationshintergrund. Auch bei der Einkommenssituation sind leichte Unterschiede vorzufinden. Während 44 % der armutsgefährdeten Familien den guten Ruf als Grund für die Wahl ihrer Kinderbetreuungseinrichtung angeben, sind es bei den wohlhabenden Familien 52 %.

Die Kinder werden besonders gut gefördert

Jede dritte Auskunftsperson gibt darüber hinaus an, dass ihnen „eine besonders gute Förderung für ihr Kind“ als Begründung für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung wichtig war (32 %). Dieses Argument trifft auf 28 % der Familien mit einem Kind zu. Der Anteil steigt auf bis zu 39 % bei Familien mit drei und mehr Kindern. Auffällig ist bei dieser Begründung, dass dies mehr als jede dritte Familie mit Migrationshintergrund angibt (36 %) und mehr als jede dritte armutsgefährdete Familie (38 %). Auch für 41 % der befragten Familien, die in stark armutsgefährdeten-kinderarmen-instabilen Stadtteilen des Stadtteilty 4 wohnen, ist „eine besonders gute Förderung für ihr Kind“ ein wichtiger Aspekt bei der Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung.

Ich habe nur dort einen Platz bekommen

Die Begründung „Wir haben nur dort einen Platz bekommen“ konnte ebenfalls von den Auskunftspersonen angekreuzt werden. Insgesamt hat mehr als jede dritte Person dies als Begründung für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung genannt (37 %). Jede zweite befragte Person mit einem Kind gibt an,

dass ein ausschlaggebender Grund für die Wahl der Einrichtung war, dass sie nur dort einen Platz bekommen habe. Dies trifft aber nur auf jede dritte Auskunftsperson mit zwei Kindern und mehr als jede vierte befragte Person mit drei und mehr Kindern zu. Dies zeigt, dass Familien mit einem Kind erheblich größere Schwierigkeiten haben, einen Betreuungsplatz ihrer Wahl zu bekommen, als Familien mit mehreren Kindern. Hier zeigt sich, dass die in Frankfurt am Main vielfach praktizierte „Geschwisterkind-Regelung“, also die Möglichkeit zur vorrangigen Aufnahme eines Kindes in eine Betreuungseinrichtung, wenn in der Einrichtung schon das ältere Geschwisterkind ist, positive Auswirkungen für Mehrkindfamilien hat. So werden besonders Mehrkindfamilien im Alltag entlastet und bei der Betreuung und Förderung ihrer Kinder unterstützt, da die betroffenen Eltern ihre Kinder nicht aufwendig in unterschiedliche Einrichtungen bringen müssen. Familien ohne Migrationshintergrund nennen dieses Argument tendenziell häufiger für die Betreuungsplatzwahl als Familien mit Migrationshintergrund (41 zu 36 %). Bezüglich der Einkommenssituation zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Mehr als jede dritte armutsgefährdete Familie (36 %) und nicht-armutsgefährdete Familie (37 %) geben ihr Kind in eine Einrichtung, weil sie nur dort einen Platz bekommen haben. Bei wohlhabenden Familien steigt dieser Anteil weiter auf 43 %. Diese Ergebnisse zeigen sich auch bei einer Betrachtung der Stadtteilty. Jede zweite Familie, die in einem wohlhabenden-kinderreichen-zentrumsfernen Stadtteil (Stadtteilty 5) wohnt, gibt „Wir haben nur hier einen Platz bekommen“ als Begründung für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung an. In bessergestell-verdichteten-stabilen Stadtteilen des Stadtteilty 2 sind dies noch 44 %. Der Prozentanteil sinkt über 34 % in leicht armutsgefährdeten-kinderreichen Stadtteilen in Randlage (Stadtteilty 3) bis hin zu 28 % in stark armutsgefährdeten-kinderarmen-instabilen Stadtteilen (Stadtteilty 4).

Tabelle 3: Ausschlaggebende Gründe für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung; nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachnennungen möglich. Nur Familien mit Vorschulkindern zwischen null und sechs Jahren. Angaben in Prozent.

	Sie liegt in der Nähe der Wohnung	Die Kinder können gut draußen spielen	Guter Ruf der Einrichtung	Wir haben nur dort einen Platz bekommen	Besonders gute Förderung	Eigene gute Erfahrungen	Besonderes pädagogisches Konzept	Flexible Öffnungszeiten	Altersübergreifende Gruppen (0 - 6 Jahre)	Arbeitsstelle liegt in der Nähe	Integrative Einrichtung
insgesamt	67	51	48	37	32	27	26	21	16	11	9
Kinderzahl											
1 Kind	60	47	46	50	28	14	26	23	14	14	7
2 Kinder	70	51	49	33	33	31	23	20	17	11	9
3 und mehr Kinder	72	59	52	27	39	44	31	22	19	.*	.*
Familienform											
Paar-Familien	67	50	50	38	32	28	26	21	16	12	9
Alleinerziehende	62	54	40	42	35	23	26	22	.*	7	.*
Migrationshintergrund											
ohne	64	51	52	41	29	27	28	21	16	12	10
mit	69	51	45	36	36	27	24	22	17	10	8
Einkommenssituation											
armutsgefährdet	73	52	44	36	38	26	22	23	19	.*	.*
nicht-armutsgefährdet	70	51	47	37	30	29	26	16	17	12	.*
wohlhabend	58	49	52	43	30	26	29	25	14	15	.*
Stadtteilty											
(2) bessergestell-verdichtet-stabil	61	47	50	44	28	27	26	21	13	14	9
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	73	50	48	34	35	27	27	20	21	.*	9
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	70	64	44	28	41	29	21	25	.*	.*	.*
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	64	50	44	51	30	29	23	.*	.*	.*	.*

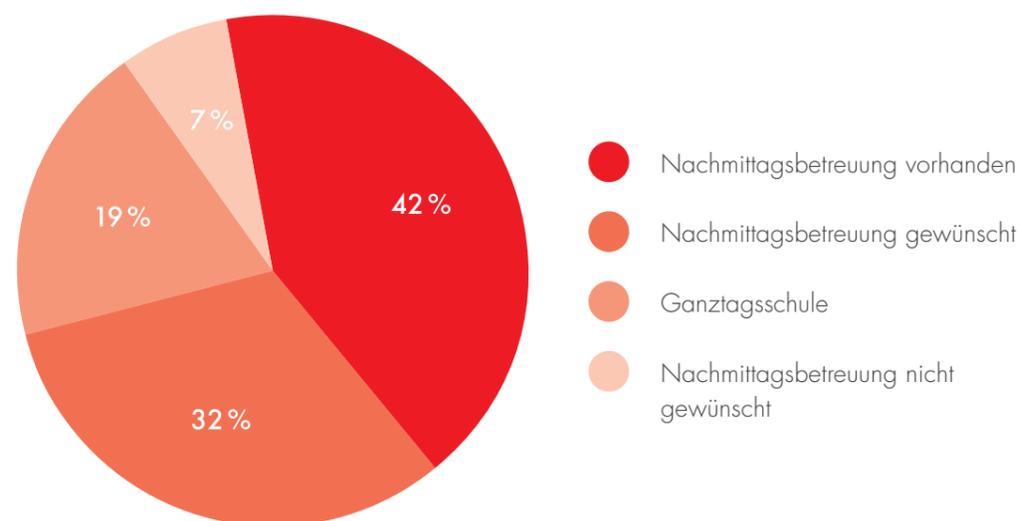
* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

3.1.5 Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern

Ein immer wichtiger werdender Aspekt im Alltag von Schulkindern, vor allem von Grundschulkindern, ist die Nachmittagsbetreuung. Hierbei geht es nicht nur um die von erwerbstätigen Eltern benötigte Betreuung ihrer Kinder bis in den späten Nachmittag, sondern auch um ergänzende schulische Hilfen und ganzheitliche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder. Die Zahl der Schulen mit Ganztagsbetreuung, pädagogischer Mittagsbetreuung oder nachmittäglichen Schulaktivitäten (wie AGs) hat in den vergangenen Jahren in Frankfurt am Main deutlich zugenommen und soll weiter erhöht werden.³⁸

Für viele Eltern ist die nachmittägliche Betreuung ihrer Schulkinder besonders wichtig, um eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile auch nach der Kindergartenzeit (weiterhin) zu ermöglichen. Speziell wenn Kinder eine Halbtagsgrundschule besuchen und wenn beide Elternteile erwerbstätig sind, wird eine zusätzliche Nachmittagsbetreuung benötigt. Von den Kindern zwischen sechs und zehn Jahren gehen 81 % auf eine Grundschule, die nur vormittags unterrichtet, und 19 % besuchen eine Grundschule mit Ganztagsangeboten. 42 % der Grundschulkindern besuchen zudem einen Hort, der die Nachmittagsbetreuung gewährleistet.³⁹ Weitere 32 % der Befragten mit einem Grundschulkind würden eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung in Anspruch nehmen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten.

Grafik 5: Inanspruchnahme einer Nachmittagsbetreuung und Wunsch nach einer Nachmittagsbetreuung für das eigene Grundschulkind. Angaben in Prozent.



3.1.6 Problematische Betreuungssituationen für Eltern

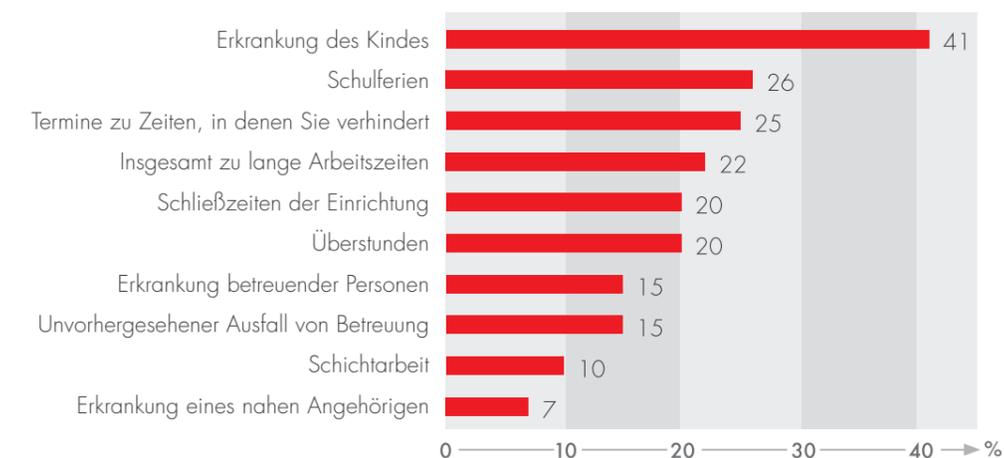
Es gibt immer wieder Situationen für Familien, in denen sich die Betreuung des Kindes oder der Kinder besonders problematisch gestaltet. Auch wenn das Kind/die Kinder regulär in Betreuungseinrichtungen untergebracht ist/sind, können äußere Faktoren wie zu lange Arbeitszeiten, unvorhergesehene Überstunden, Schließzeiten der Betreuungseinrichtung oder Termine zu Zeiten, in denen das betreuende Elternteil selber verhindert ist (z. B. Arzttermine oder Behördengänge) die Zeitorganisation ins Wanken bringen. Unabhängig von den individuellen Tagesabläufen der einzelnen Kinder, ihrem Betreuungsumfang in den Einrichtungen und ihren Freizeitaktivitäten werden im Folgenden die Situationen beleuchtet, die besonders schwierig für den Familienalltag sein können. Hierzu zählen z. B. unvorhergesehene Situationen wie Arzttermine oder die Erkrankung des Kindes sowie langfristig planbare Situa-

³⁸ Vgl. Magistratsbericht der Stadt Frankfurt am Main B 19/2012 vom 13.1.2012: Schule und Jugendhilfe im Wandel.

³⁹ Das entspricht in etwa der Hortversorgungsquote, die das Stadtschulamt für Frankfurt am Main angibt. Ende 2011 standen für 23.178 Grundschulkindern 9.720 Hortplätze und 3.054 Plätze in schulischer Betreuung zur Verfügung (Versorgungsquote = 53 %) (vgl.: Magistratsbericht vom 18.01.2013, B 36: Stand und Perspektiven der Kindertagesstätten-Entwicklungsplanung für Frankfurt am Main – Fortschreibung 2012).

tionen wie Schulferien oder die Schließzeiten der Betreuungseinrichtungen. Um welche Situationen es sich handelt, sollten die Befragten anhand einer vorgegebenen Liste angeben.

Grafik 6: Situationen, in denen sich die Betreuung der Kinder für die Auskunftspersonen besonders problematisch gestaltet. Mehrfachantworten möglich. Angaben in Prozent.



Erkrankung eines Kindes

Die Erkrankung des eigenen Kindes ist die am häufigsten genannte Situation, in der sich für die Auskunftspersonen die Betreuung als besonders problematisch erweist. Mit insgesamt 41 % hebt sie sich deutlich von allen anderen möglichen Situationen ab. Fast jede zweite befragte Mutter empfindet die Betreuungssituation bei „Erkrankung des Kindes“ problematisch (47 %) und mehr als jeder dritte Vater (36 %). Die besondere Bedeutung der Erkrankung eines Kindes findet sich bei allen Befragten unabhängig von der Kinderzahl oder der Familienform. Personen ohne Migrationshintergrund nennen diese Situationen häufiger als Personen mit Migrationshintergrund (48 % gegenüber 34 %). Eine Begründung hierfür könnte im höheren Erwerbsumfang der Eltern ohne Migrationshintergrund liegen, da auch über die Hälfte der wohlhabenden Familien (57 %) und 42 % der nicht-armutsgefährdeten Familien am stärksten von dieser Problematik betroffen sind. Auch wenn es für berufstätige Eltern gesetzliche Regelungen⁴⁰ gibt, denen zufolge man bei der Erkrankung der eigenen Kinder dem Arbeitsplatz fernbleiben darf, scheint dieses unvorhergesehene Ereignis eine besonders schwierig zu „organisierende“ Betreuungssituation zu sein.

Schulferien

Die Sicherstellung der Betreuung in den Schulferien wird am zweithäufigsten angegeben. Etwas mehr als jede vierte befragte Person empfindet die Betreuung der eigenen Kinder in den Schulferien als problematisch, wobei der Anteil bei den Müttern deutlich höher ist als bei den Vätern (30 % zu 21 %). Alleinerziehende haben in den Schulferien etwas häufiger Schwierigkeiten, die Betreuung sicherzustellen, als Paar-Familien (31 % zu 25 %). Differenzen zeigen sich auch bei den Personen mit und ohne Migrationshintergrund. In der Kategorie „Betreuung in den Schulferien“ gibt fast jede dritte Auskunfts-

⁴⁰ Die Betreuung von kranken Kindern ist insoweit geregelt, als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach § 45 SGB V („Krankengeld bei Erkrankung des Kindes“) Anspruch auf unbezahlte Freistellung durch den Arbeitgeber und auf Krankengeld von der Krankenkasse haben. Die Voraussetzung hierfür ist, dass das erkrankte Kind jünger als 12 Jahre ist, dass keine andere im Haushalt lebende Person das Kind betreuen kann, dass eine ärztliche Bescheinigung über die Notwendigkeit der Betreuung des Kindes vorliegt und dass kein Anspruch auf bezahlte Freistellung durch den Arbeitgeber besteht. Der Anspruch besteht je Kind für maximal zehn Arbeitstage im Jahr, je Elternteil und für maximal 25 Arbeitstage bei mindestens drei Kindern. Im Schnitt beträgt das Krankengeld etwa 75 % des Nettoeinkommens bei Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze, die im Augenblick bei 4.237,50 Euro brutto im Monat liegt. Bei höheren Einkommen ist der Verdienstausfall entsprechend höher. Ebenfalls gilt in diesen Fällen der § 616 BGB, wenn vertraglich nichts anderes mit dem Arbeitgeber vereinbart wurde. Hiernach hat ein Arbeitnehmer das Recht auf Freistellung, wenn er aus Gründen, die in seiner Person liegen, aber nicht selbstverschuldet sind, nicht zum Dienst erscheinen kann, wie z. B. wegen der Pflege naher Angehöriger oder der Pflege bzw. Betreuung der eigenen Kinder im Krankheitsfall.

person ohne Migrationshintergrund an, Betreuungsschwierigkeiten zu haben (31 %), aber nur jede fünfte Auskunftspersonen mit Migrationshintergrund (21 %).

Termine zu Zeiten, in denen man selbst verhindert ist (Arzttermine, Behördengänge)

Probleme gibt es auch in Situationen, in denen die Auskunftspersonen selbst durch Termine (Arztbesuch, Behördengänge o.ä.) verhindert sind (25 %). Mütter sind tendenziell von diesen Situationen etwas häufiger betroffen als Väter. Jede dritte Familie mit drei und mehr Kindern sowie jede/-r dritte Alleinerziehende sieht die Betreuung der Kinder in solchen Situationen als schwierig an.

Tabelle 4: Situationen, in denen es besonders problematisch ist, die Betreuung der Kinder sicherzustellen; nach Geschlecht, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Erkrankung des Kindes	Termine zu Zeiten, in denen man selber verhindert ist	Schulferien	Insgesamt zu lange Arbeitszeiten	Überstunden	Schließzeiten der Einrichtungen	Unvorhergesehener Ausfall von Betreuung	Erkrankung betreuender Personen	Schichtarbeit	Erkrankung eines nahen Angehörigen
insgesamt	41	25	26	22	20	20	15	15	10	7
Auskunft Mutter	47	27	30	20	21	23	17	16	9	7
Auskunft Vater	36	22	21	27	21	17	13	17	11	6
Kinderzahl										
1 Kind	40	24	24	23	21	20	15	15	9	8
2 Kinder	44	25	30	21	20	22	16	15	11	6
3 und mehr Kinder	40	31	25	16	16	17	13	17	11	5
Familienform										
Paar-Familien	41	24	25	22	21	20	15	15	10	7
Alleinerziehende	41	31	31	19	17	20	16	14	9	8
Migrationshintergrund										
ohne	48	26	31	23	24	25	19	17	8	7
mit	34	24	21	20	16	15	11	14	11	6
Einkommenssituation										
armutsgefährdet	29	25	19	13	10	10	9	12	10	8
nicht-armutsgefährdet	42	28	29	25	23	22	19	17	14	7
wohlhabend	57	23	31	29	29	32	19	18	4	6
Stadtteilty										
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	47	25	28	24	23	24	16	17	7	7
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	36	25	24	20	17	15	13	13	12	6
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	36	27	22	19	18	19	18	15	13	8
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	51	22	34	24	25	27	17	19	8	9

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Insgesamt zu lange Arbeitszeiten

27 % der männlichen und 20 % der weiblichen Auskunftspersonen geben an, dass bei ihnen „insgesamt zu lange Arbeitszeiten“ die Betreuung der Kinder erschweren. Familien mit einem Kind geben dies etwas häufiger an als Familien mit mehreren Kindern. Auskunftspersonen ohne Migrationshintergrund, nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Befragte sind ebenfalls von dieser Thematik stärker betroffen als solche mit Migrationshintergrund und armutsgefährdete Befragte.

Schließzeiten der Betreuungseinrichtungen

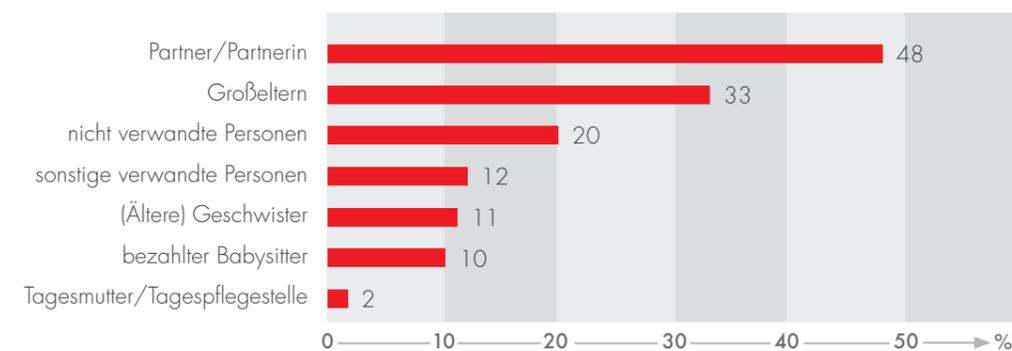
Des Weiteren sind die „Schließzeiten der Betreuungseinrichtungen“ für die Befragten eine schwierige Situation. Paar-Familien und Alleinerziehende sind von dieser Problematik gleichermaßen betroffen (beide 20 %). Diese Situationen gestalten sich für Mütter schwieriger als für Väter (23 zu 17 %). Jede vierte Auskunftsperson ohne Migrationshintergrund sieht diese Situationen als problematisch an, hingegen nur 15 % der Befragten mit Migrationshintergrund. Auch sind, ähnlich wie in der Kategorie „Schulferien“, die nicht-armutsgefährdeten und wohlhabenden Familien stärker betroffen als die armutsgefährdeten Familien.

3.1.7 Betreuungsarrangements in besonderen Situationen

Treten Situationen für Familien ein, in denen die Eltern sich nicht selber um die Betreuung der Kinder kümmern können, müssen andere Betreuungsarrangements bzw. Personen gefunden werden, die die Betreuung des Kindes oder der Kinder kurzfristig bzw. vorübergehend übernehmen können. Wer sich um die Betreuung der Kinder kümmert, wenn die Kinder nicht in Betreuungs- oder Bildungseinrichtungen sind und auch die befragten Personen aufgrund anderer (beruflicher oder privater) Verpflichtungen die Betreuung nicht übernehmen können, soll im Folgenden beleuchtet werden.

Wenn keine Betreuungs- oder Bildungseinrichtung die Betreuung der Kinder sicherstellen kann, ist der Partner oder die Partnerin der Auskunftsperson die häufigste Betreuungsperson, unabhängig von der Anzahl der Kinder, der Familienform, dem Einkommen und dem Vorhandensein eines Migrationshintergrundes. So gibt fast die Hälfte aller Auskunftspersonen den Partner oder die Partnerin als erste Wahl für die Betreuung der Kinder in besonderen Situationen (48 %) an. Des Weiteren greift fast jede dritte Auskunftsperson in diesen Fällen auf die Hilfe der Großeltern zurück (33 %) und nur jede fünfte auf die Hilfe von nicht verwandten Personen wie Freunde, Nachbarn oder Kollegen (20 %) (siehe Grafik).

Grafik 7: Wahl der Betreuungsperson für die Kinder in besonderen Situationen. Befragte insgesamt. Angaben in Prozent. Mehrfachnennungen möglich.



Partner/ Partnerin

Kann sich die Auskunftsperson nicht selber um die Betreuung der Kinder kümmern, wird mit Abstand am häufigsten der Partner oder die Partnerin für die Betreuung der Kinder gewählt. Nach Auskunft der Mütter ist in den Situationen, in denen sie sich nicht selbst um die Betreuung der Kinder kümmern kann, die wichtigste Betreuungsperson der Partner (47 %). Andersherum gilt dies ebenso (54 %). Aufgeschlüsselt nach der Kinderzahl lässt sich feststellen, dass die Anzahl der Kinder ebenfalls einen Einfluss auf die Wahl der Betreuungspersonen haben kann. Die Hilfe des Partners bzw. der Partnerin erhöht sich mit steigender Kinderzahl. Während bei einem Kind 44 % der Auskunftspersonen sagen, den Partner bzw. die Partnerin in solchen problematischen Situationen einzubeziehen, sind es bei drei und mehr Kindern 57 %. Auch das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes hat Einfluss auf die Wahl der Betreuungspersonen. So gaben 53 % der Personen mit Migrationshintergrund an, dass der Partner oder die Partnerin in diesen Fällen die Betreuung der Kinder sicherstellt. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund waren diese Angaben mit 45 % leicht unterdurchschnittlich.

(Ältere) Geschwister

Mit der Zahl der Kinder steigt die Übernahme der Betreuung durch (ältere) Geschwister. Während in einem Familien-Haushalt mit zwei Kindern 12 % der (älteren) Geschwister bei der Betreuung helfen, sind es in einem Familienhaushalt mit drei und mehr Kindern 25 %. Auch kümmern sich in armutsgefährdeten Familien mit zwei und mehr Kindern häufiger die älteren Geschwister um die jüngeren, als dies in nicht-armutsgefährdeten oder wohlhabenden Familien der Fall ist. Unterschiede zwischen Paar-Familien und Alleinerziehenden oder Familien mit und ohne Migrationshintergrund sind allerdings nicht festzustellen.

Großeltern

Die Hilfe der Großeltern wird insgesamt von 33 % der Befragten genutzt. Aufgeschlüsselt nach Geschlecht zeigt sich, dass überdurchschnittlich häufig Mütter die Großeltern als Betreuungspersonen wählen (39 %), gegenüber 27 % bei auskunftgebenden Vätern. Unabhängig davon, ob die Befragten in einer Paar-Familie leben oder alleinerziehend sind, gibt jede dritte Person an, dass die Großeltern in diesen Situationen die Betreuung der Kinder übernehmen. Während von den Personen mit Migrationshintergrund 23 % die Hilfe der Großeltern nennen, sind es von den Befragten ohne Migrationshintergrund mit 44 % deutlich mehr. Betrachtet man die Einkommenssituation der Familien, differiert der Anteil der Befragten, bei denen die Großeltern als Betreuungspersonen einspringen, zwischen 20 % bei armutsgefährdeten Familien und 43 % bei wohlhabenden Familien. Am häufigsten werden die Großeltern in schwierigen Betreuungssituationen um Hilfe gebeten, wenn die befragten Familien in den wohlhabenden-kinderreichen-zentrumsfernen Stadtteilen wie Nieder-Erlenbach, Harheim oder Kalbach-Riedberg (Typ 5) wohnen (52 %). In den stark armutsgefährdeten-kinderarmen-instabilen Stadtteilen des Typs 4 wie Fechenheim, Gallus, Griesheim oder Höchst werden die Großeltern mit insgesamt 27 % deutlich seltener um Hilfe in schwierigen Betreuungssituationen gebeten.

Sonstige verwandte Personen (Tanten, Onkel)

Sonstige verwandte Personen wie Tanten und Onkel werden insgesamt nur von etwas mehr als jeder zehnten Auskunftsperson als Betreuungsperson in Betracht gezogen. Die Unterstützung seitens einer verwandten Person steigt mit der Zahl der Kinder, die in den Familien leben, von 10 % bei einem Kind auf 15 % bei zwei und mehr Kindern. Armutsgefährdete Familien wählen verwandte Personen mit 13 % etwas häufiger als Betreuungspersonen als wohlhabende Familien (9 %).

Nicht verwandte Personen (Freunde, Nachbarn, Kollegen)

Die Unterstützung durch nicht verwandte Personen wie Freunde und Nachbarn wird etwas häufiger von Müttern (22 %) als von befragten Vätern genannt (17 %). Jede vierte Alleinerziehende nutzt die Hilfe von Freunden, Nachbarn oder Kollegen (24 %), im Gegensatz zu jeder fünften Paar-Familie (19 %). Auch wählen Familien ohne Migrationshintergrund häufiger als Personen mit Migrationshintergrund nicht verwandte Personen, wenn die Kinder nicht in Betreuungs- oder Bildungseinrichtungen sind. In der Kategorie der „nicht verwandten Personen als Betreuungsperson“ steigen die Nennungen von 15 % bei den armutsgefährdeten auf 25 % bei den wohlhabenden Familien. Schaut man sich darüber hinaus die Stadtteile an, in denen die befragten Familien wohnen, wird ebenfalls deutlich, dass in stark armutsgefährdeten-kinderarmen-instabilen Stadtteilclustern (Typ 4) nur 18 % der befragten Familien auf die Hilfe von nicht verwandten Personen zurückgreifen, in wohlhabenden-kinderreichen-zentrumsfernen Stadtteilclustern (Typ 5) hingegen 30 %.

Tagesmutter/Tagespflegestelle

Die Sicherung der Betreuung durch eine Tagesmutter ist nur selten genannt worden und spielt demnach nur eine marginale Rolle bei der Wahl der Betreuungsperson in außergewöhnlichen Situationen. Genannt wurde die Hilfe einer Tagesmutter oder Tagespflegestelle bei wohlhabenden Paar-Familien mit einem Kind, die in bessergestellte-verdichteten-stabilen Stadtteilen (Typ 2) wohnen und keinen Migrationshintergrund haben. Es liegt nahe, dass die Tagesmutter, die das Kind auch sonst schon betreut, in Notsituationen ihren Betreuungsumfang für das Kind etwas ausweitet.

Bezahlter Babysitter

Die Hilfe von bezahlten Babysittern nimmt nur jede zehnte Familie in Anspruch. Überdurchschnittlich häufig werden bezahlte Babysitter gewählt, wenn in den Familien mehrere Kinder leben. Paar-Familien ziehen diese Hilfe tendenziell etwas öfter in Betracht als Alleinerziehende (11 % gegenüber 7 %), dies trifft ebenfalls auf Familien ohne Migrationhintergrund zu (14 %). Vor allem wohlhabende Familien greifen in schwierigen Betreuungssituationen auf einen bezahlten Babysitter zurück (24 %).

Tabelle 5: Wahl der Betreuungsperson, wenn die Kinder nicht in Betreuungs- oder Bildungseinrichtungen sind und auch die Auskunftsperson sich nicht selbst um die Betreuung der Kinder kümmern kann, nach Geschlecht, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Partner/ Partnerin	Groß- eltern	Nicht verwandte Personen (Freunde, Nachbarn)	Sonstige verwandte Personen (Tanten, Onkel)	(Ältere) Ge- schwister	Bezahlter Babysitter	Tages- mutter
insgesamt	48	33	20	12	11	10	2
Auskunft Mutter	47	39	22	13	10	12	2
Auskunft Vater	54	27	17	11	11	8	.*
Kinderzahl							
1 Kind	44	33	18	10	-	8	3
2 Kinder	54	35	22	15	12	12	.*
3 und mehr Kinder	57	28	22	15	25	12	.*
Familienform							
Paar-Familien	54	34	19	12	10	11	3
Alleinerziehende	26	30	24	14	11	7	.*
Migrationshintergrund							
ohne	45	44	23	12	10	14	3
mit	53	23	17	13	11	7	.*
Einkommenssituation							
armutsgefährdet	48	20	15	13	14	.*	.*
nicht-armutsgefährdet	48	38	21	14	11	7	.*
wohlhabend	53	43	25	9	6	26	6
Stadtteilty							
(2) bessergestell- verdichtet-stabil	51	37	21	11	9	16	3
(3) leicht armutsgefährdet- kinderreich-in Randlage	55	29	19	12	12	5	.*
(4) stark armutsgefährdet- kinderarm-instabil	53	27	18	17	11	.*	.*
(5) wohlhabend-kinder- reich-zentrumsfern	56	52	30	.*	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

3.1.8 Informelle Betreuungsarrangements und Wohndauer

Wenn Familien in außergewöhnliche Betreuungssituationen kommen, in denen sie sich nicht selber um die Betreuung ihrer Kinder kümmern können, kann bei der Wahl der möglichen Betreuungspersonen die Wohndauer in Frankfurt eine entscheidende Rolle spielen. Zu nicht verwandten Personen wie Freunden, Nachbarn oder Kollegen muss Vertrauen und eine gewisse (freundschaftliche) Beziehung bestehen, damit sie in schwierigen Betreuungssituationen um Hilfe gebeten werden können. In der folgenden Grafik zeigt sich deutlich, dass mit steigender Wohndauer der Auskunftspersonen auch die informellen Betreuungsarrangements zunehmen. Die meisten informellen Betreuungsarrangements ha-

ben die Auskunftspersonen, die länger als zehn Jahre in Frankfurt am Main wohnen, sie sind mit insgesamt 62 % die größte Befragtengruppe. Von den Befragten, die länger als zehn Jahre in Frankfurt wohnen, leben 26 % seit ihrer Geburt in der Stadt. Bei mehr als der Hälfte der Befragten, die länger als zehn Jahre in Frankfurt am Main leben, unterstützen die Großeltern (56 %), sonstige Verwandte (63 %) wie Tanten und Onkel und nicht verwandte Personen (62 %) wie Freunde und Nachbarn die Eltern bei der Betreuung der Kinder.

Bei einer Wohndauer bis zu fünf Jahren werden nicht verwandte Personen seltener um Hilfe gebeten (13 %), mit steigender Wohndauer werden sie aber zunehmend in den Kreis der möglichen Betreuungspersonen aufgenommen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass neben den Eltern auch die Kinder ihren eigenen Freundeskreis aufbauen oder aufgebaut haben und die Betreuung des Kindes mit einer Verabredung unter Freunden (zum Spielen oder Zeit-zusammen-Verbringen) verbunden werden kann. Hierdurch erweitert sich zwangsläufig auch der Kreis an Personen, die für informelle Betreuungsarrangements in Frage kommen. Fast jede fünfte Auskunftsperson, die bis zu fünf Jahre in Frankfurt am Main wohnt, lässt ihre Kinder durch die Großeltern betreuen. Ebenfalls wird die Betreuung durch einen Babysitter von jeder fünften dieser Familien in Anspruch genommen. Insgesamt verfügen die Familien mit der kürzesten Wohndauer über die wenigsten informellen Betreuungsarrangements.

Tabelle 6: Informelle Betreuungsarrangements nach Wohndauer der Auskunftsperson in Frankfurt am Main. Angaben in Prozent.

	1-5 Jahre	6-10 Jahre	ab 11 Jahre
Großeltern	19	25	56
Sonstige verwandte Personen	15	22	63
Nicht verwandte Personen	13	25	62
Babysitter	21	31	47

3.2 SCHULE

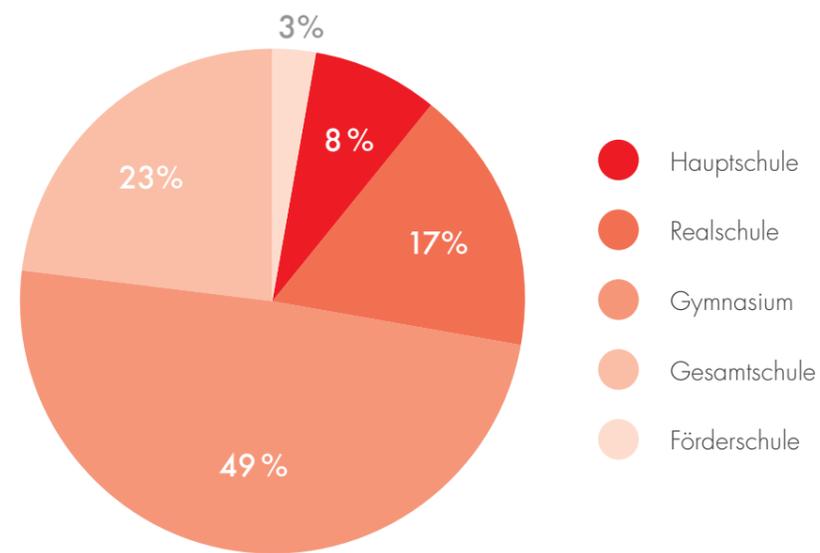
Kinder, die eine weiterführende Schule in Frankfurt am Main besuchen, stehen in diesem Abschnitt im Fokus des Interesses. Während die Grundschulen in Frankfurt am Main nach Schulbezirken aufgeteilt sind, und die Kinder aus einem bestimmten Schulbezirk alle zusammen eine Grundschule besuchen (sollten), können Eltern nach der Grundschule entscheiden, auf welche weiterführende Schulform ihr Kind gehen soll. Ebenfalls können Wünsche nach bestimmten Schulstandorten angegeben werden. Wie sich die Kinder aus der Familienbefragung auf die verschiedenen gängigen Schulformen verteilen, wird im Folgenden dargestellt. Darüber hinaus werden die Einschätzungen der Eltern aufgezeigt, ob die schulischen Anforderungen der jeweiligen Schulform zu viel Zeit in der Familie in Anspruch nehmen und welche Anforderungen dies im Speziellen sind.

3.2.1 Besuch weiterführender Schulen

Für diesen und den darauffolgenden Abschnitt wurden für die Auswertungen nicht die Familien, sondern die einzelnen Kinder als Bezugsgröße gewählt, da die befragten Familien mehrere Kinder auf jeweils unterschiedlichen (weiterführenden) Schulformen haben können. Kinder ab dem zehnten Lebensjahr, die eine weiterführende Schule besuchen, verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Schulformen: 8 % der Kinder besuchen eine Hauptschule, weitere 17 % die Realschule und 49 % ein Gymnasium.

Fast jedes vierte Kind aus der Befragung, das eine weiterführende Schule besucht, wird in Frankfurt am Main auf einer Gesamtschule beschult (23 %). Weitere 3 % der Kinder sind auf einer Förderschule.

Grafik 8: Schulformen, die die Kinder nach Beendigung der Grundschule besuchen. Angaben in Prozent.



Schaut man sich die Aufteilung nach der Kinderzahl in den Familien an, fällt auf, dass in einer Familie mit einem Kind fast jedes zweite Kind und in Familien mit zwei Kindern jedes zweite Kind ein Gymnasium besucht. Kinder aus Familien mit drei und mehr Kindern gehen zu 41 % auf ein Gymnasium. 22 bis 23 % der Kinder gehen auf eine Gesamtschule⁴¹, 16 % besuchen jeweils eine Realschule – unabhängig davon, ob und wie viele Geschwister sie haben. Der Anteil der Hauptschüler ist mit 11 % in großen Familien etwas höher als in Familien mit weniger Kindern.

Kinder aus Paar-Familien besuchen häufiger das Gymnasium als Kinder von Alleinerziehenden (51 zu 40 %). Der Anteil der Kinder, die aus einer Alleinerziehenden-Familie auf eine Gesamtschule gehen, liegt mit insgesamt 27 % etwas höher als bei Kindern aus Paar-Familien (22 %). Kinder ohne Migrationshintergrund werden zu 56 % auf einem Gymnasium, zu 25 % auf einer Gesamtschule, zu 12 % auf einer Realschule und zu 5 % auf einer Hauptschule beschult. Hingegen verteilen sich Kinder mit Migrationshintergrund zu 42 % auf ein Gymnasium, zu 21 % auf eine Gesamtschule, zu 22 % auf eine Realschule und zu 12 % auf eine Hauptschule.

Schaut man sich des Weiteren die Einkommenssituation der Familien an, aus denen die Kinder kommen, so fällt auf, dass sich Kinder aus armutsgefährdeten Familien fast gleichmäßig über die Schulformen Realschule, Gymnasium und Gesamtschule hinweg verteilen. Der Besuch einer Hauptschule ist mit insgesamt 17 % bei armutsgefährdeten Kindern am häufigsten. Mit 28 % wird zwar auch bei ihnen der Besuch eines Gymnasiums sehr oft, aber deutlich seltener als in den höheren Einkommensgruppen genannt. Nicht-armutsgefährdete Familien neigen eher dazu, ihre Kinder auf ein Gymnasium (52 %) oder eine Gesamtschule (27 %) zu schicken. Weniger als jedes fünfte Kind aus einer nicht-armutsgefährdeten Familie besucht die Realschule. Kinder aus wohlhabenden Familien gehen hauptsächlich auf ein Gymnasium (75 %). Nur etwa jedes sechste Kind einer wohlhabenden Familie wird auf einer Gesamtschule unterrichtet (15 %).

Es ist nicht verwunderlich, dass die Betrachtung der Stadtteiltypen ein ähnliches Bild zeigt wie die

⁴¹ In Frankfurt am Main besuchten Ende 2011 insgesamt 10.441 Schüler eine Gesamtschule, darunter 29,5 % eine kooperative Gesamtschule. Unter den Schülern, die eine Gesamtschule besuchen, finden sich deshalb auch Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten.

Aufteilung nach der Einkommenssituation. Kinder aus wohlhabenden-kinderreichen-zentrumsfernen Stadtteilen (Typ 5), zu denen Harheim, Kalbach-Riedberg und Nieder-Erlenbach gehören, werden hauptsächlich auf einem Gymnasium unterrichtet (66 %). Auch in den bessergestell-verdichteten-stabilen Stadtteilen (Typ 2), zu denen die meisten innenstadtnahen Stadtteile gehören, gehen die Kinder meist auf ein Gymnasium (56 %), gefolgt von Gesamtschulen (21 %) und Realschulen (13 %). Hingegen besucht fast jedes fünfte Kind aus stark armutsgefährdeten-kinderarmen-instabilen Stadtteilen (Typ 4) wie Fechenheim, Gallus, Griesheim oder Höchst eine Hauptschule (18 %), während der Hauptschüleranteil in den anderen Stadtteilen nur halb so groß ist.

Die Befragungsergebnisse belegen zudem, dass das Schulsystem Bildungsungleichheiten eher abbildet als ausgleicht. Betrachtet man nur Familien mit Kindern auf weiterführenden Schulen, dann zeigt sich, dass 72 % der Kinder aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil Abitur hat, ein Gymnasium und 18 % eine Gesamtschule besuchen und dass Kinder aus Familien, deren Eltern höchstens einen Hauptschulabschluss haben, nur zu 26 % ein Gymnasium und zu 22 % eine Gesamtschule besuchen. Am höchsten ist die Gymnasialquote mit 84 % bei Kindern aus Akademikerhaushalten.

Tabelle 7: Schulformen, die die Kinder nach Beendigung der Grundschule besuchen; nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule	Förderschule
insgesamt	8	17	49	23	3
Kinderzahl					
1 Kind	7	16	45	23	-*
2 Kinder	6	16	50	22	-*
3 und mehr Kinder	11	16	41	22	-*
Familienform					
Paar-Familien	7	17	51	22	3
Alleinerziehende	13	17	40	27	-*
Migrationshintergrund					
ohne	5	12	56	25	-*
mit	12	22	42	21	-*
Einkommenssituation					
armutsgefährdet	17	25	28	25	-*
nicht-armutsgefährdet	-*	16	52	27	-*
wohlhabend	-*	-*	75	15	-*
Stadtteilty					
(2) bessergestell-verdichtet-stabil	5	13	56	21	-*
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	9	21	44	24	-*
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	18	21	33	25	-*
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	-*	-*	66	-*	-*

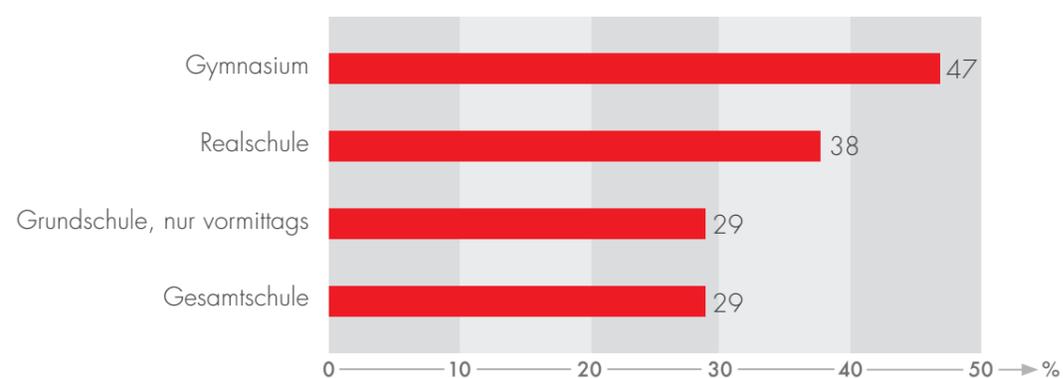
* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

3.2.2 Schulform und schulische Anforderungen

Im Zusammenhang mit dem Schulbesuch der Kinder wurde ebenfalls gefragt, ob die Anforderungen der Schule wie z. B. Hilfe bei den Hausaufgaben oder begleitendes Üben nach Meinung der Auskunftsperson „zu viel Zeit in der Familie in Anspruch“ nehmen. Mehr als die Hälfte der Auskunftspersonen mit mindestens einem schulpflichtigen Kind in der Grundschule oder an einer weiterführenden Schule stimmt dieser Aussage nicht zu (59 %), während 41 % der Auskunftspersonen angeben, dass die Anforderungen der Schule in der Familie zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Für die Einschätzung ist die Kinderzahl in den Familien ein nicht unerheblicher Faktor. Während Auskunftspersonen mit einem schulpflichtigen Kind zu 35 % dieser Aussage zustimmen, sind es bei Auskunftspersonen mit zwei schulpflichtigen Kindern bereits 46 % und bei drei und mehr Kindern 47 %. Schaut man sich des Weiteren nur Familien mit Kindern an, die bereits eine weiterführende Schule besuchen, steigt der Anteil weiter an. So geben 51 % der Befragten, die zwei Kinder auf einer weiterführenden Schule haben, an, dass die Anforderungen der Schule an die Eltern ihrer Meinung nach den angemessenen Rahmen übersteigen und zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Mehr als jede dritte Familie mit Migrationshintergrund (38 %) und fast jede zweite Familie ohne Migrationshintergrund (45 %) kann sich dieser Aussage anschließen. Ebenfalls stimmen 44 % der Auskunftspersonen aus armutsgefährdeten Familien und 37 % der Personen aus wohlhabenden Familien dieser Aussage zu. Der Arbeitsumfang der Elternteile spielt für die Einschätzung nach den Anforderungen der Schule nur eine marginale Rolle.

Um herauszufinden, ob diese Einschätzungen von der Schulform abhängen, die die Kinder besuchen, wurden im weiteren Verlauf nur die Familien betrachtet, die nur ein Kind haben. Nur so ist es möglich, aus dem vorliegenden Datensatz Erkenntnisse über den Einfluss der Schulform auf die Einschätzungen der Befragten zu gewinnen. Generell ist festzustellen, dass 38 % der Eltern mit Realschulkindern sowie fast die Hälfte der Eltern mit Kindern auf einem Gymnasium (47 %) der Aussage zustimmen, dass die schulischen Anforderungen zu viel Zeit in der Familie in Anspruch nehmen. Dies sagt hingegen weniger als jede dritte Auskunftsperson mit einem Kind auf der Gesamtschule (29 %) und/oder auf einer auf den Vormittag beschränkten Grundschule (29 %).⁴²

Grafik 9: Befragte mit einem Kind, die angeben, dass die Anforderungen der Schule ihrer Meinung nach zu viel Zeit in ihrer Familie in Anspruch nehmen; nach Schulformen.* Angaben in Prozent.



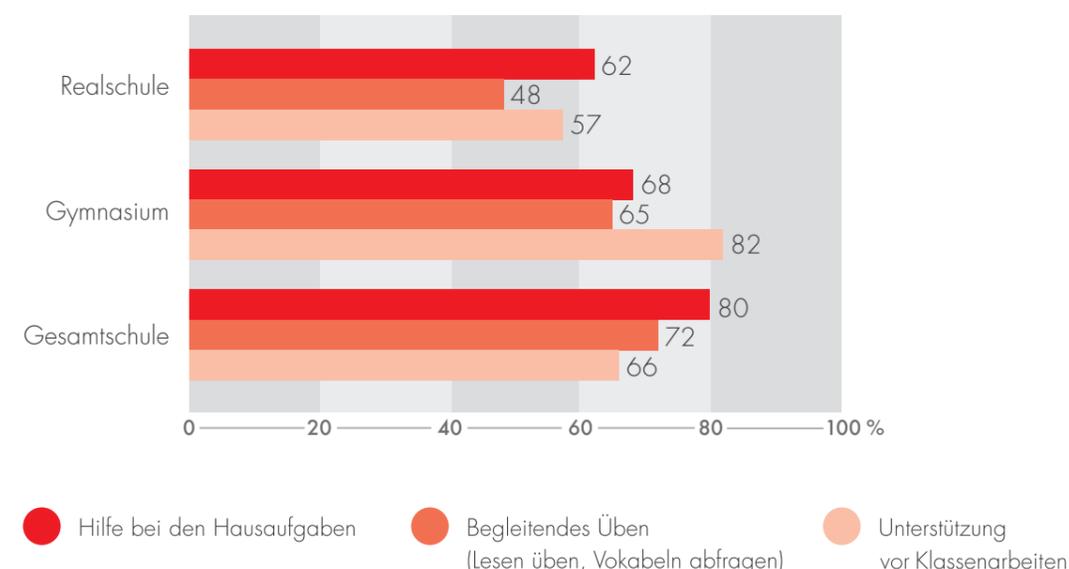
* Die Schulformen Hauptschule, Ganztagsgrundschule und Förderschule konnten aufgrund zu geringer Zellenbesetzung bei Familien mit einem Kind nicht berücksichtigt werden.

⁴² Die Schulformen Hauptschule, Ganztagsgrundschule und Förderschule konnten aufgrund zu geringer Zellenbesetzung bei Familien mit einem Kind nicht berücksichtigt werden.

Gefragt nach der Art der Anforderung, die zu viel Zeit zu Hause in Anspruch nimmt, werden von den Befragten mit einem Kind mehrheitlich die „Hilfe bei den Hausaufgaben“, das „begleitende häusliche Üben“ und die „elterliche Unterstützung vor den Klassenarbeiten“ angegeben. „Elternarbeit“, „Unterrichtsausfälle“ und „Arbeiten als Elternvertreter/-in“ werden hingegen kaum genannt.

Hinsichtlich der unterschiedlichen Schulformen, die die Kinder besuchen, zeigen sich einige Differenzen zwischen der Realschule, dem Gymnasium und der Gesamtschule in den schulischen Anforderungen „Hilfe bei den Hausaufgaben“, „begleitendes häusliches Üben“ und elterliche „Unterstützung vor den Klassenarbeiten“. Eltern von Realschulkindern führen insbesondere die Hilfe bei den Hausaufgaben (62 %) und die Unterstützung vor den Klassenarbeiten (57 %) als Gründe an. Für Eltern von Gymnasialschulkindern ist die Unterstützung vor den Klassenarbeiten mit insgesamt 82 % die meistgenannte Anforderung und bei den Eltern mit einem Kind auf der Gesamtschule sind es vor allem die Hilfe bei den Hausaufgaben (80 %) und das begleitende Üben (72 %). Eine Übersicht der Verteilung findet sich in der folgenden Grafik wieder.

Grafik 10: Schulform* und Einschätzung der Art der schulischen Anforderungen, die zu viel Zeit in Anspruch nehmen, bei Familien mit einem Kind ab zehn Jahren. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.



* Die Schulformen Hauptschule, Ganztagsgrundschule und Förderschule konnten aufgrund zu geringer Zellenbesetzung bei Familien mit einem Kind nicht berücksichtigt werden.

3.3 FREIZEITAKTIVITÄTEN VON UND MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN

Kinder gehen nicht nur zu Schule oder in eine Betreuungseinrichtung. Wenn die Kinder zu Hause sind und wenn sie noch nicht das Jugendalter erreicht haben, sind es vor allem die Eltern, die für Anregung und Abwechslung sorgen. In diesem Abschnitt geht es zum einen um Aktivitäten, die die Eltern mit dem jüngsten Kind in der Familie unternehmen, und zum anderen um die Nutzung von Freizeitangeboten durch die Kinder selber. Was die Eltern mit ihren Kindern unternehmen und was die Kinder selber in ihrer Freizeit machen, hängt ganz entscheidend vom Alter der Kinder ab.

3.3.1 Unternehmungen der Eltern mit dem jüngsten Kind

Eltern unternehmen in ihrer Freizeit verschiedene Dinge mit ihren Kindern. Je nach Lebensalter gestalten sich diese Dinge recht unterschiedlich. Um einen Einblick in das breite Spektrum elterlicher Aktivitäten mit ihren Kindern zu gewinnen, sollten die Auskunftspersonen angeben, wie oft sie welche Aktivitäten gemeinsam mit ihrem jüngsten Kind unternehmen. Die Liste der Aktivitäten reicht vom Spaziergehen über das Fernsehen, den Besuch eines Spielplatzes bis hin zu Ausflügen und Radtouren. Insgesamt wurde nach 15 Aktivitäten gefragt. Die Häufigkeit wurde mit den Kategorien „mehrmals pro Woche“, „einmal pro Woche“, „mehrmals im Monat“, „seltener“ und „nie“ erfasst. Für die folgenden Auswertungen wurden nur Aktivitäten berücksichtigt, die von mehr als 10 % der Befragten einmal oder mehrmals in der Woche mit dem jüngsten Kind unternommen werden.

Die häufigste gemeinsame Aktivität, die mit dem jüngsten Kind – ohne hierbei nach dem Alter zu differenzieren – mindestens einmal in der Woche ausgeübt wird, ist das Lesen bzw. Vorlesen (64 %), gefolgt vom Fernsehen (63 %) und vom Spaziergehen (62 %). Mit einigem Abstand folgen dann der Spielplatzbesuch (45 %), der Besuch bei Freunden oder Verwandten (41 %), das Malen oder Basteln (39 %) und die Karten- oder Brettspiele (36 %). Alle anderen Aktivitäten werden von höchstens einem Viertel der Befragten einmal oder öfter pro Woche mit dem jüngsten Kind unternommen.

Welche Aktivitäten mit dem jüngsten Kind unternommen werden, hängt ganz entscheidend von seinem Alter ab. Während 89 % der Auskunftspersonen mit ihrem jüngsten Kind mindestens einmal in der Woche spazieren gehen, wenn es unter drei Jahren alt ist, sinkt dieser Prozentsatz auf 21 % bei den 14- bis 17-jährigen jüngsten Kindern. Ein ähnliches Altersgefälle findet sich bei den Karten- und Brettspielen, dem Malen und Basteln, dem Schwimmen oder dem Radfahren. Diese Dinge werden bei den Kindergarten- und den Grundschulkindern am häufigsten genannt, da die Kinder für diese Dinge ein bestimmtes Alter erreicht haben müssen.

Generell gilt, dass mit zunehmendem Alter des Kindes die Häufigkeit gemeinsamer Aktivitäten der Auskunftsperson mit dem jüngsten Kind sinkt. Mit Jugendlichen unternehmen die Auskunftspersonen nur noch wenig zusammen. Die häufigste gemeinsame Aktivität mit Jugendlichen ist das Fernsehen. 53 % der Auskunftsperson nennen diese Aktivität, wenn ihr jüngstes Kind 14 bis 17 Jahre alt ist. Fast genauso häufig sehen die Auskunftspersonen allerdings auch mit ihrem jüngsten Kind fern, wenn es unter drei Jahren alt ist. Mit Kindern dieser Altersgruppe gehen die Auskunftspersonen aber vor allem spazieren (89 %), lesen ihnen vor (81 %), malen oder basteln mit ihnen (61 %) oder besuchen Verwandte oder Freunde (55 %). Davon abgesehen ist das Spektrum der Dinge, die Eltern mit ihren (jüngsten) Kindern unternehmen, sehr breit. Frankfurter Eltern unternehmen viel mit ihren Kindern, insbesondere dann, wenn sie noch im Vorschul- und Grundschulalter sind.

Tabelle 8: Aktivitäten, die die Auskunftsperson einmal oder öfter in der Woche mit dem jüngsten Kind unternehmen; nach Alter des jüngsten Kindes. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Alter					Insg.
	0-2	3-5	6-9	10-13	14-17	
spazieren gehen	89	75	55	39	21	62
fernsehen	49	77	73	74	53	63
Spielplatz besuchen	77	70	39	14	-*	45
lesen/vorlesen	81	87	81	44	11	64
Karten-/Brettspiele	26	57	56	32	14	36
malen/basteln o.ä.	61	67	41	14	-*	39
Video-/Computerspiele	9	18	27	20	8	16
Fahrrad fahren	25	38	37	22	9	26
Freunde/Verwandte besuchen	55	47	40	27	19	41
Schwimmen oder andere Sportart	27	36	40	22	9	28
Ausflüge/ins Grüne fahren	25	22	20	11	-*	19
anderen gemeinsamen Hobbys nachgehen	24	26	26	20	14	23

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

In den ersten Lebensjahren werden wichtige Weichen für die weitere intellektuelle, emotionale und soziale Entwicklung der Kinder gestellt. Insbesondere dem Vorlesen wird eine große Bedeutung für die weitere geistige und sprachliche Entwicklung der Kinder zugeschrieben. Kinder, denen in frühem und sehr frühem Alter vorgelesen wurde, haben z. B. bessere Schulnoten als Kinder, denen nicht vorgelesen wurde.⁴³ Der sprachliche Förderbedarf bei Kindern, die eingeschult werden sollen, ist deutlich geringer, wenn ihnen regelmäßig vorgelesen wurde.⁴⁴

Bei den befragten Familien gibt es beim Lesen/Vorlesen, aber auch bei anderen Aktivitäten, die die Befragten mit Vorschulkindern unternehmen, deutliche Differenzen, je nach Einkommenssituation und Vorhandensein eines Migrationshintergrundes, wobei Letzteres und Armutsgefährdung häufig zusammen auftreten. Armutsgefährdete Befragte und Befragte mit Migrationshintergrund sehen mit ihren Vorschulkindern häufiger fern (71 und 68%) und spielen häufiger mit ihnen Video- oder Computerspiele (23 und 21 %) als wohlhabende Befragte (56 und 7 %) und als Befragte ohne Migrationshintergrund (58 und 6 %). Beim Spaziergehen und beim Malen oder Basteln gibt es nur geringe Differenzen zwischen armutsgefährdeten und wohlhabenden Befragten und solchen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle anderen hier betrachteten Aktivitäten unternehmen nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Befragte sowie Befragte ohne Migrationshintergrund mit ihren Kindern häufiger als armutsgefährdete Befragte und solche mit Migrationshintergrund. Die größten Prozentpunktdifferenzen gibt es beim Vorlesen (27 Prozentpunkte), bei den Video- und Computerspielen (16 Prozentpunkte) und beim Schwimmen oder bei einer anderen Sportart (18 Prozentpunkte).

43 Vgl. Stiftung Lesen: „Vorlesen fördert die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse der Vorlesestudie 2011“ (<http://www.lesen-in-deutschland.de/html/content.php?object=journal&lid=1065>. Zugriff: 18.9.2012).

44 Vgl. Stadt Mannheim (Hrsg.): Wir haben vieles. Außer Lust zu warten. 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010, S. 59.

Tabelle 9: Aktivitäten, die die Auskunftsperson einmal oder öfter in der Woche mit dem jüngsten Kind unternehmen; nach Einkommenssituation und Migrationshintergrund. Nur Kinder unter 6 Jahren. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Einkommenssituation			Migrationshintergrund		Kinder unter 6 Jahren insg.
	armutsgefährdet	nicht-armutsgefährdet	wohlhabend	ohne	mit	
spazieren gehen	83	80	82	82	82	82
fernsehen	71	63	56	58	68	63
Spielplatz besuchen	72	74	77	75	72	74
lesen/vorlesen	70	85	97	92	76	84
Karten-/Brettspiele	40	41	46	47	37	42
malen/basteln o.ä.	62	62	68	67	60	64
Video-/Computerspiele	23	10	7	6	21	14
Fahrrad fahren	27	31	37	37	27	32
Freunde/Verwandte besuchen	44	53	55	60	43	51
Schwimmen oder andere Sportart	22	32	40	38	26	31
Ausflüge/ins Grüne fahren	18	23	29	27	20	23
anderen gemeinsamen Hobbys nachgehen	24	26	26	20	14	23

Die bisherigen Auswertungen zu den Aktivitäten mit dem jüngsten Kind in der Familie haben keine Rücksicht darauf genommen, ob noch weitere Kinder in der Familie leben, ob also das jüngste Kind noch ältere Geschwister hat. Nun ist es denkbar, dass das, was man mit dem jüngsten Kind macht, auch davon abhängt, ob noch ältere Kinder in der Familie leben. Eine entsprechende Überprüfung für die unter 6-jährigen jüngsten Kinder ergab, dass das Vorhandensein von älteren Geschwistern tatsächlich Einfluss darauf hat, mit welcher Häufigkeit die Befragten bestimmte Dinge mit dem jüngsten Kind machen. Der Einfluss wirkt in zweierlei Hinsicht. Wenn mehrere Kinder in der Familie leben, können sich die Eltern weniger um das eine Kind kümmern. Die Häufigkeit bestimmter Aktivitäten profitiert davon, wenn kein weiteres Kind da ist. So steigt der Anteil der Auskunftspersonen, die mindestens einmal mit dem jüngsten Kind spazieren gehen, von 82 auf 88 %, die ihm vorlesen von 84 auf 88 % und mit denen sie Verwandte oder Freunde besuchen, von 51 auf 57 %, wenn das jüngste Kind das einzige Kind in der Familie ist. Demgegenüber sinkt der Anteil der Auskunftspersonen, die mit dem jüngsten Kind Karten- oder Brettspiele spielen von 42 auf 36 %, die mit ihm Video- oder Computerspiele spielen von 14 auf 5 % und die mit ihm fernsehen von 63 auf 58 %, wenn das jüngste Kind das einzige Kind in der Familie ist. Brettspiele sind interessanter, wenn mehr als zwei Personen dabei mitspielen, und Computerspiele hat häufig das ältere Geschwisterkind in die Familie „eingeführt“.

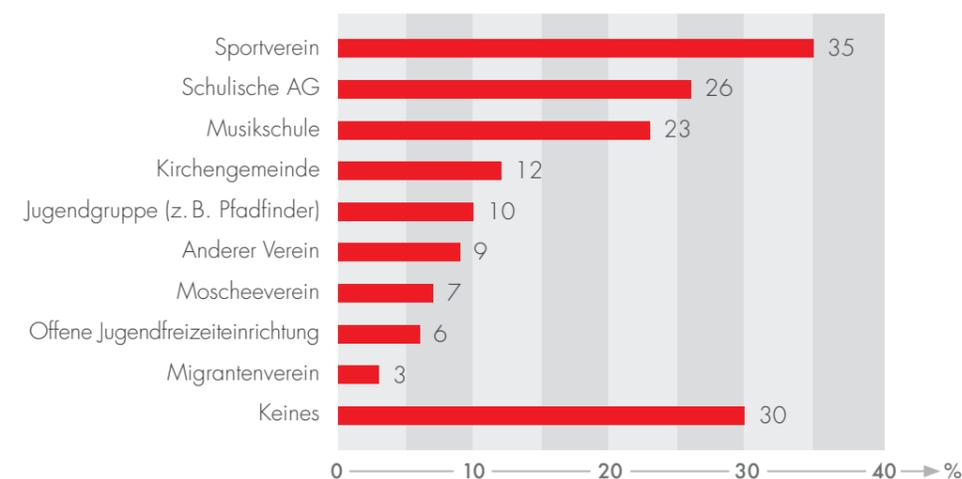
3.3.2 Nutzung von Freizeitangeboten durch Kinder und Jugendliche

Für Kinder gibt es in Frankfurt am Main viele Möglichkeiten, ihre Freizeit zu verbringen. Neben Sportvereinen, Jugendgruppen, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Kinderhäuser, Teenieclubs, Jugendzentren) gibt es z. B. die Möglichkeit, eine Musikschule zu besuchen oder die Angebote einer Kirchengemeinde oder einer anderen Glaubensgemeinschaft zu nutzen. Die Frage, wo

junge Menschen in Frankfurt ihre Freizeit verbringen, wurde schon in einer früheren Untersuchung zum Freizeitverhalten von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I behandelt.⁴⁵ Auf die Frage, welche Angebote sie nachmittags nach der Schule nutzen, gaben damals 43 % der Befragten an, dass sie in einen Sportverein gehen, 15 %, dass sie in eine Kinder- oder Jugendeinrichtung gehen, 10 %, dass sie die Angebote einer Kirchengemeinde oder einer anderen Glaubensgemeinschaft nutzen, während 29 % ankreuzten, dass sie „in der Stadt“ oder „irgendwo draußen“ sind. Die Freizeitgestaltung hing deutlich vom Geschlecht der jungen Menschen, von der Art der weiterführenden Schule, die sie besuchten, und von ihrem Alter ab. So besuchten damals 52 % der Jungen und 51 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten einen Sportverein, aber nur 35 % der Mädchen und nur 27 % der Hauptschülerinnen und Hauptschüler. In ihrer Freizeit einfach nur „in der Stadt“ bzw. „irgendwo draußen“ waren 20 % der unter 14-Jährigen, aber 38 % der Älteren.

Die für den hier vorgelegten Bericht durchgeführte Familienbefragung erlaubt es, an diesen Befunden anzuknüpfen. Auskunft über das Freizeitverhalten und die Nutzung verschiedener Angebote gaben aber nicht die jungen Menschen selbst, sondern einer ihrer Elternteile. Gefragt wurde, welche Angebote die einzelnen Kinder in ihrer Freizeit nutzen. Bei den folgenden Auswertungen wurden Kinder unter drei Jahren nicht berücksichtigt. 35 % der Kinder aus den befragten Familien besuchen einen Sportverein, 26 % beteiligten sich in ihrer Freizeit an schulischen AGs, 23 % besuchen eine Musikschule, 12 % nutzen die Angebote einer Kirchengemeinde, und 10 % sind Mitglied in einer Jugendgruppe. Alle anderen Angebote werden von weniger als 10 % der Kinder genutzt, während 30 % der Kinder keines der in der Liste aufgeführten Angebote in Anspruch nehmen.

Grafik 11: Freizeitangebote in der Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Nutzung durch Kinder im Alter von 3 bis 17 Jahren. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.



Bei der Nutzung der Freizeitangebote gibt es Unterschiede, je nachdem, wie alt die jungen Menschen sind und in welchen Familien und Lebensverhältnissen sie leben. So nutzen Mädchen häufiger die Angebote einer Kirchengemeinde und besuchen häufiger eine Musikschule als Jungen. Sie nehmen auch öfter an schulischen Arbeitsgruppen teil als Jungen, während Jungen häufiger als Mädchen einen Sportverein besuchen. Bei einigen Angeboten ist der Einfluss des Alters besonders ausgeprägt. Ältere Kinder (14 bis 17 Jahre) gehen häufiger in einen Sportverein, sind seltener Mitglied in einer Jugendgruppe, nutzen seltener die Angebote einer Musikschule und nehmen seltener an einer schulischen AG teil als andere Kinder im schulpflichtigen Alter. Rund ein Viertel der Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren besucht jeweils einen Sportverein oder eine Musikschule. Bei den Sportvereinen steigt die Mit-

⁴⁵ Vgl. Jacobs, H., unter Mitarbeit von Becker, R., Haldijk, H.-A., Rose, L. und Voil, E.: Frankfurter Freizeitwelten. Untersuchung zum Freizeitverhalten Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10, hrsg. vom Dezernenten für Soziales, Jugend und Sport, Frankfurt am Main 2007.

gliedschaft mit dem Schuleintritt und bleibt dann bis zum Erreichen der Volljährigkeit auf hohem Niveau. Demgegenüber sinken die Nutzung einer Musikschule und die Mitgliedschaft in einer Jugendgruppe mit der Pubertät deutlich. Während in der Altersgruppe der Drei- bis 13-Jährigen zwischen 23 und 29 % der Kinder eine Musikschule besuchen, sind es von den 14- bis 17-Jährigen nur noch 13 %. Und der Anteil der Kinder, die Mitglied in einer Jugendgruppe sind, halbiert sich bei den Kindern, die älter als 13 Jahre sind, auf 5 %. Auch der Umstand, dass ein Kind bei Alleinerziehenden oder in einer Paar-Familie lebt oder dass seine Eltern einen Migrationshintergrund haben, hat Einfluss auf die Nutzung der verschiedenen Freizeitangebote. Kinder aus einer Paar-Familie sind häufiger im Sportverein, in einer Jugendgruppe und einer Musikschule als Kinder von Alleinerziehenden. Kinder ohne Migrationshintergrund sind häufiger in einem Sportverein, nutzen häufiger die Angebote einer Kirchengemeinde, sind häufiger Mitglied in einer Jugendgruppe und besuchen häufiger eine Musikschule als Kinder mit Migrationshintergrund. Armutsgefährdete Kinder nutzen fast alle Angebote seltener als Kinder aus finanziell besser gestellten Familien. Dies gilt insbesondere für Sportvereine, Ange-

bote von Kirchengemeinden, Jugendgruppen und Musikschulen.⁴⁶ Kinder aus Stadtteilen des Typs 4 (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil) gehen seltener in einen Sportverein und eine Musikschule als Kinder aus anderen Stadtteilen, besuchen dafür aber etwas häufiger offene Jugendfreizeiteinrichtungen als Kinder aus anderen Stadtteilen. Der Anteil der Kinder, die keines der hier aufgeführten Angebote nutzen, ist bei den Kindern aus den Stadtteilen des Typs 4 (34 %) und bei armutsgefährdeten Kindern (32 %) am höchsten. Allerdings sind die Abstände vom Durchschnitt mit vier bzw. zwei Prozentpunkten nicht besonders ausgeprägt.⁴⁷

Tabelle 10: Nutzung von Freizeitangeboten durch Kinder im Alter von drei bis 17 Jahren; nach Geschlecht, Alter, Familienform, Migrationshintergrund, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Sportverein	keines	schulische AG	Musikschule	Migrantenverein	Kirchengemeinde	Jugendgruppe, z. B. Pfadfinder	anderer Verein	Moscheeverein	offene Jugendfreizeiteinrichtung
insgesamt	35	30	26	23	3	12	10	9	7	6
Geschlecht										
männlich	39	31	24	20	3	10	10	7	6	7
weiblich	31	29	29	26	3	14	10	10	7	5
Alter										
3–5 Jahre	28	34	16	23	4	11	11	6	7	..**
6–9 Jahre	36	29	29	29	3	13	13	10	8	6
10–13 Jahre	37	29	38	25	2	13	9	9	8	7
14–17 Jahre	40	30	23	13	..*	10	5	9	4	8
Familienform										
Paar-Familien	37	30	26	24	3	12	11	9	7	6
Alleinerziehende	30	31	29	18	1	10	5	9	3	8
Migrationshintergrund										
ohne	40	30	27	27	2	15	12	8	7	6
mit	31	31	26	20	4	9	8	9	7	7
Einkommenssituation										
armutsgefährdet	25	32	25	15	3	8	6	8	6	8
nicht-armutsgefährdet	38	30	28	24	3	13	10	9	7	6
wohlhabend	45	28	27	34	..*	16	16	7	8	5
Stadtteilty										
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	36	28	27	29	2	11	12	8	6	6
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	35	31	25	20	3	12	9	8	7	6
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	24	34	27	15	4	11	5	11	7	8
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrum fern	51	27	28	27	..*	..*	..*	..*	..*	..*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

** Einrichtungen der offenen Kinderarbeit richten sich an Kinder ab 6 Jahren.

46 Bundesweite Studien kommen hier zu ähnlichen Befunden wie unsere Erhebung. So ergab die 1. World Vision Kinderstudie für Deutschland beispielsweise, dass die Mitgliedschaft in einem Sportverein von Kindern im Alter von acht bis elf Jahren umso höher ist, je höher die Herkunftsschicht der Eltern ist. Des Weiteren zeigte sich, dass Mädchen häufiger als Jungen und Kinder aus höheren sozialen Schichten häufiger als Kinder aus unteren sozialen Schichten Mitglied einer Musikgruppe sind oder eine Musikschule besuchen (vgl. Andresen, S.; Hurrelmann, K. u. a.: Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie, hrsg. von World Vision Deutschland e.V. Frankfurt am Main 2007, S. 165 ff.).

47 Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen der älteren Freizeitstudie, dann zeigen sich einige Übereinstimmungen. So zeigt auch die jetzt durchgeführte Familienbefragung, dass Jungen häufiger als Mädchen in einem Sportverein sind. Eine zusätzliche Auswertung ergab, dass Gymnasiastinnen und Gymnasiasten deutlich häufiger als Hauptschülerinnen und Hauptschüler einen Sportverein besuchen (47 gegenüber 24 %), ein Ergebnis, das auch schon die ältere Freizeitstudie zeigte. Genauso wie in der älteren Studie ist, wie eine weitere Auswertung ergab, in der Altersgruppe der über Zehnjährigen der Anteil der Jungen, die eine offene Jugendfreizeiteinrichtung besuchen, höher als der der Mädchen (6 gegenüber 9 %).



4 WOHNEN

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

4.1 DER WOHNUNGSMARKT IN FRANKFURT AM MAIN UND SEINE BEDEUTUNG FÜR FAMILIEN

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind zentrale Orte des familiären Geschehens. Hier findet Versorgung, Zusammensein, Erholung und ein großer Teil der Freizeitgestaltung statt. Angemessener Wohnraum und ein familienfreundliches Wohnumfeld sind wichtige Voraussetzungen, den Familienalltag reibungslos zu gestalten. Diese Voraussetzungen zu schaffen, ist eine Aufgabe, die für viele Großstädte nicht einfach zu bewältigen ist. Besonders dann, wenn diese Städte, wie z. B. Frankfurt am Main, zentrale Knotenpunkte des internationalen Wirtschaftsgeschehens darstellen und damit der Wohnungs- und Immobilienmarkt eine hohe Nachfrage erfährt.

Seit Mitte der 1990er Jahre wird in vielen Großstädten des Bundesgebietes eine sehr hohe Beschäftigungsdynamik beobachtet. Von dieser Entwicklung haben besonders Städte wie München, Köln und nicht zuletzt Frankfurt am Main profitiert. Träger dieses Wachstums sind überregionale Dienstleistungen wie Finanz- und Beratungsdienste, Medien und Tourismus. Ihre Standorte befinden sich vorwiegend in urbanen Zentren.⁴⁸ Dort haben insbesondere hochqualifizierte Arbeitskräfte gute Beschäftigungschancen.⁴⁹ Dies trifft auf Frankfurt am Main in besonderem Maße zu und soll auch in Zukunft so bleiben, wenn sich eine entsprechende Prognose der Prognos AG bestätigt.⁵⁰

Diese Entwicklung wirkte sich auch auf die Einwohnerzahl Frankfurts aus: Ist auf Bundesebene seit Jahren ein Bevölkerungsrückgang zu beobachten (2000 – 2010: -0,6 %)⁵¹, zählt Frankfurt am Main zu den wenigen Regionen Deutschlands, die eine Bevölkerungszunahme verzeichnen (2000 – 2010: +5,0 %)⁵². Die Gründe hierfür liegen zum einen im Geburtenüberschuss – seit 2004 übertrifft die Zahl der Geburten die der Sterbefälle – und zum anderen in dem hohen positiven Wanderungssaldo, der sich aus einem starken Bevölkerungszuzug aus anderen Bundesländern und dem Ausland speist.⁵³ Betrag dieser Wanderungssaldo im Jahr 2000 4.714 Personen, stieg er bis 2010 auf 7.014 an; das entspricht einem Anstieg um 48,8 %. Auch für die Zukunft ist mit einer weiteren Bevölkerungszunahme zu rechnen. Eine Bevölkerungsprognose des Frankfurter Bürgeramtes sagt bis 2030 ein Bevölkerungswachstum von rund 42.000 Personen voraus. Dabei werden vor allem die Altersjahrgänge der schulpflichtigen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (ca. 6 – 24 Jahre) um jeweils 500 bis 1.000 Personen stärker besetzt sein als heute.⁵⁴

Frankfurt zählt zu den wenigen Städten Deutschlands, die auch zukünftig ein Bevölkerungswachstum erwarten dürften.⁵⁵ Dies bedeutet eine große Herausforderung für die Wohnungspolitik. Denn all die Menschen, die in Frankfurt leben möchten, erhöhen die Nachfrage nach Wohnungen. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass es schon heute in Frankfurt am Main einen Mangel an Wohnungen, insbesondere an preisgünstigen, gibt.⁵⁶ Es fehlen, wenn eine vom Darmstädter Institut für Wohnen und Umwelt erstellte Wohnungsbedarfsprognose zutrifft, allein aufgrund des Bevölkerungswachstums bis zum Jahr 2020 ca. 27.000 Wohnungen.⁵⁷ Hinzu kommt, dass Frankfurt am Main ein vielversprechender Standort für Investitionen in Immobilien ist. Hierbei steht der Erwerb aus dem Bestand, nicht der

Neubau im Vordergrund. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt durch die Finanzmarktkrise ausgelöst und ist auch in anderen Großstädten mit positiver Zukunftsperspektive festzustellen.⁵⁸ In Frankfurt am Main werden seit mehreren Jahren Wohnimmobilien, besonders solche in guten Lagen, stark nachgefragt und weisen steigende Kaufpreise auf. Besonders betroffen ist der Markt der Neubauwohnungen.⁵⁹ Doch auch in problembehafteten Wohnanlagen steigen inzwischen aufgrund der hohen Nachfrage die Preise, wie der Gutachterausschuss der Stadt Frankfurt berichtet.

Außerdem werden Mietwohnungen in besseren und innenstadtnahen Wohnlagen oft als lohnende Anlagemöglichkeit aufgekauft und nach dem Erwerb in Wohneigentum umgewandelt, was zur Verdrängung von Haushalten mit geringem Einkommen führt.⁶⁰

Die Mietpreise in Frankfurt am Main sind sehr hoch. Wie anhand des amtlichen Mikrozensus ermittelt wurde, ist die durchschnittliche Bruttokaltmiete pro m² (Bestandsmiete) in der Zeit von 2002 bis 2010 von 7,93 Euro über 8,07 im Jahre 2006 auf 8,87 Euro gestiegen. Hierbei lag der Anstieg zwischen 2006 und 2010 bei fast 10 %, während es in der Zeit von 2002 bis 2006 nur 1,8 % waren.⁶¹ Bei Neuvermietungen sind die Mieten noch höher. Betrachtet man die inserierten Mietpreise bei Neuvermietungen, so zählt Frankfurt am Main im Jahr 2012 zu den zehn teuersten Städten Deutschlands.⁶² Insbesondere in stark nachgefragten Ballungsgebieten wie Frankfurt am Main kann die Bruttokaltmiete pro m² sogar bei über 12 Euro liegen.⁶³

Um eine hohe Miete tragen zu können, muss man über ein entsprechendes Einkommen verfügen. Ist nur ein geringes Einkommen vorhanden, können monatliche Mietzahlungen bzw. die Suche nach einer ausreichend großen Wohnung zu einer großen Belastung für die Familie werden. Dem Mikrozensus zufolge lag 2010 die durchschnittliche Mietbelastung der Frankfurter Haushalte bei 23,3 %.⁶⁴ Bei Familien mit Kindern unter 18 Jahren war die Belastungsquote mit 24,4 % etwas höher. In Hessen insgesamt lag dieser Wert bei 22,8 %. Während rund 28 % der Frankfurter Familien eine Mietbelastungsquote zwischen 30 und 40 % zu tragen haben, waren es in Hessen insgesamt nur rund 21 %.⁶⁵ Hohe Mieten in Frankfurt am Main sind auch ein wichtiger Grund, den Familien für einen Umzug ins Umland angeben. So ergab eine Umfrage des Bürgeramtes aus dem Jahre 2008, dass jede fünfte Familie, die wegzog, im Umland leben wollte, weil die Wohnung in Frankfurt zu teuer sei.⁶⁶

Der erhöhte Nachfragedruck auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt hat zur Folge, dass sich das Segment der preisgünstigen Wohnungen in der Stadt verkleinert. Besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen ist es oftmals schwierig, sich angemessen mit Wohnraum zu versorgen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Bestand des geförderten Wohnungsbaus seit Jahren abnimmt. Standen im Jahr

58 Vgl. http://wirtschaft.tonline.de/immobilien-wohnen-immer-teurer-grosser-mangel-in-grossstaedten/id_59830348/index, Zugriff: 16.01.2013.

59 Im ersten Halbjahr verzeichnete der Gutachterausschuss für Immobilienwerte einen Anstieg der Verkäufe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 25 %. Auch die Preise erreichten Höchstwerte. Insbesondere das Westend und das Nordend waren mit durchschnittlichen Preisen von über 5.000 Euro/m² sehr begehrt. Insgesamt stieg der durchschnittliche Kaufpreis um 7 % und lag bei 3.310 Euro/m² (vgl. Gutachterausschuss für Immobilienwerte für den Bereich der Stadt Frankfurt am Main: Immobilienmarkt Frankfurt am Main 2011 – 1. Halbjahr).

60 So heißt es im Immobilienmarktbericht für den Bereich Frankfurt am Main: „Die Umwandlung von Mietwohnobjekten in Eigentumswohnungen findet überwiegend in innenstadtnahen Lagen statt, da nur in solchen Lagen davon ausgegangen werden kann, dass Bestandswohnungen mit Gewinn umgewandelt und weiterveräußert werden können. Zu den beliebten innenstadtnahen Lagen zählen vor allem das Westend, Nordend, Bornheim und Sachsenhausen. In den letzten Jahren hat die Attraktivität des Ostends ebenfalls stark zugenommen. Da diese Lagen von Investoren schon seit Jahren vermarktet werden, fällt das Interesse der ‚Umwandler‘ zunehmend auf die angrenzenden Gebiete wie Bockenheim und Ginnheim. (...) Bei den ‚Umwandlern‘ sind vor allem Objekte mit acht bis zwölf Wohneinheiten beliebt. Diese von den Investoren z.T. durchgeführten vollständigen Modernisierungen (Luxussanierungen) führen aber auch zu Mieterverdrängungen und einer Segregation der Bevölkerung.“ (Gutachterausschuss für Immobilienwerte für den Bereich der Stadt Frankfurt am Main: Immobilienmarktbericht für den Bereich Frankfurt am Main 2011, S. 25).

61 Vgl. Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Wohnungsmarkt. Bericht 2008, S. 38, und Wohnungsmarkt. Bericht 2011, S. 39. Die Angabe für 2002 wurde uns freundlicherweise direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.

62 Vgl. empirica-Deutschlandindex und Mietpreis-Ranking 1/2012, empirica-institut.de/kufa/Ranking+2012_MIET.pdf, Zugriff: 16.01.2013.

63 Vgl. Die Zeit: Teure Wohnimmobilien liegen im Trend, <http://www.zeit.de/wirtschaft/geldanlage/2012-06/wohnungsmarkt-luxus-mietpreise>.

64 Vgl. Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Wohnungsmarktbericht 2011, S. 40.

65 Die Angabe wurde uns freundlicherweise vom Hessischen Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.

66 Vgl. Dobroschke, W.: Ergebnisse der Frankfurter Wegzugsbefragung 2008. In: Frankfurter Statistische Berichte 2'2008, S. 66 ff.

48 Vgl. Geppert, K.; Gornig, M.: Die Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins. In: DIW Wochenbericht 26/2003, S. 411 – 418.

49 Vgl. Prognos AG Karriereatlas 2008. Deutschlands Top-Regionen für Denker und Lenker. Der Karriereatlas ist online zugänglich unter: http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/Atlanten/Karriereatlas_2008/Prognos_Karriereatlas_2008_Auf_einen_Blick.pdf; Zugriff: 27.08.2012.

50 Laut „Zukunftsatlas 2010“ der Prognos AG zählt Frankfurt am Main zu den Regionen mit „Top-Zukunftschancen“. Der Zukunftsatlas ist online zugänglich unter: http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/Atlanten/Karriereatlas_2008/Prognos_Karriereatlas_2008_Auf_einen_Blick.pdf.

51 So stieg die Bevölkerungszahl im Bundesgebiet 2011 erstmals seit 2002 wieder leicht an (vgl. Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 255 vom 25.07.2012: Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2011 erstmals seit 2002 wieder gestiegen; https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemittelungen/2012/07/PD12_255_12411.html).

52 Vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2011, Tabelle 2.2 und 2.6.

53 Vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2011, Tabelle 2.61.

54 Vgl. Frankfurt Statistik aktuell, Nr. 26/2010.

55 Vgl. http://www.comdirect.de/cms/ueberuns/de/presse/cori6663_comstudie_2012_uebersicht.html, Zugriff: 16.01.2013.

56 Vgl. z. B. Pestel Institut: „In Deutschland fehlen 4 Mio. Sozialwohnungen“ (<http://www.pestel-institut.de/sites/0710241701100.html>). Zugriff: 14.06.2012).

57 Wohnungsbedarfsprognose 2011, berechnet vom Institut für Wohnen und Umwelt, Darmstadt, im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main. Vgl. Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Wohnungsmarkt. Bericht 2011, S. 53.

2006 noch 41.324 Sozialwohnungen zur Verfügung, waren es 2010 nur noch 30.271.^{67,68}

Bis 2020 wird der Bestand auf 22.000 Sozialwohnungen zurückgegangen sein.⁶⁹ Besonders betroffen sind hierbei die Haushalte mit niedrigem Einkommen, unter ihnen viele Migranten, Alleinerziehende und kinderreiche Familien.

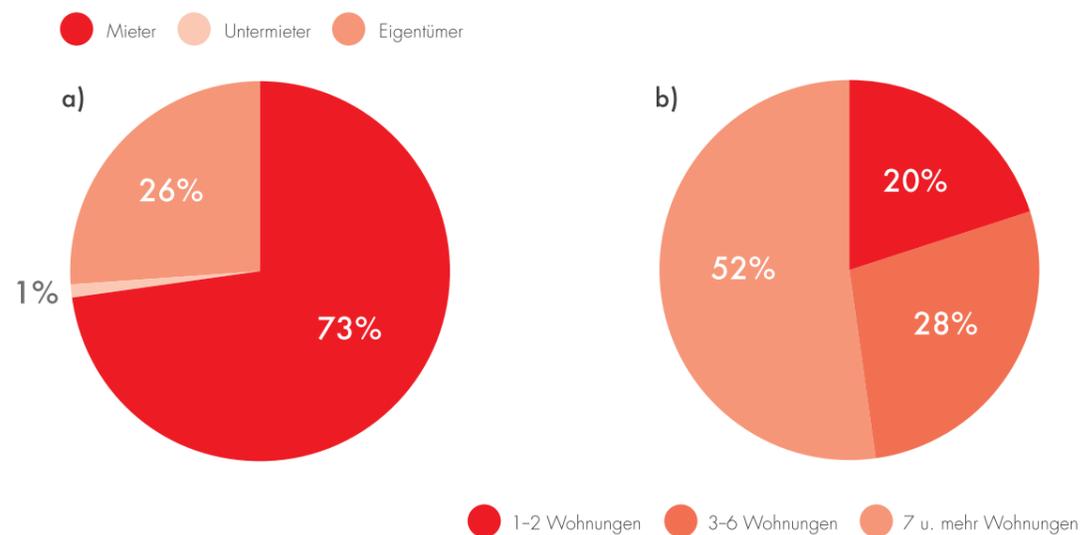
Der dynamische Frankfurter Arbeitsmarkt zieht insbesondere junge Menschen und damit auch junge Familien an. Doch Familien, die nach Frankfurt kommen, und natürlich auch Familien, die hier schon länger leben, möchten ihre Wohnwünsche realisieren. Gefragt sind finanzierbare, gut ausgestattete und ausreichend große Wohnungen sowie ein Wohnumfeld, das eine möglichst reibungslose Organisation des Alltags ermöglicht. Gelingt es, diese Rahmenbedingungen zu erfüllen, sind wichtige Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Wohnsituation gegeben. Im Rahmen der Familienbefragung sollte deshalb herausgefunden werden, wie Frankfurter Familien wohnen und wie sich ihre Wohnsituation insgesamt gestaltet. Dabei interessiert die Versorgung mit Wohnraum gleichermaßen wie die Frage, welche Mängel es im Wohnumfeld gibt. Wichtig ist außerdem, ob die Familien, die hier leben, auch weiterhin in Frankfurt am Main wohnen bleiben möchten oder ob in nächster Zeit ein Umzug ins Auge gefasst wird und wenn ja, wohin.

4.2 DIE WOHNUNG

4.2.1 Wohnstatus und Gebäudeart

Drei Viertel der befragten Familien wohnen als Mieter oder Untermieter (zusammen 73 %) und etwa ein Viertel im selbstgenutzten Wohneigentum. Bei der Gebäudeart dominieren die Mehrfamilienhäuser (80 %) und hier vor allem Gebäude mit sieben und mehr Wohnungen (52 %). Weitere 28 % wohnen in Gebäuden mit drei bis sechs Wohnungen. Ein Fünftel der Befragten wohnt in Gebäuden mit einer oder zwei Wohnungen. Bei diesen Gebäuden dürfte es sich in der Regel um Ein- oder Zweifamilienhäuser handeln.

Grafik 12: a) Wohnstatus und b) Zahl der Wohnungen im Gebäude, in dem die Familie wohnt. Angaben in Prozent.



67 Vgl. Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Kommunale Wohnraumversorgung, Jahresbericht 2006, S. 33.

68 Vgl. Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Wohnungsmarkt. Bericht 2011, S. 44.

69 Vgl. Amt für Wohnungswesen Frankfurt am Main: Wohnungsmarkt. Bericht 2006, S. 47.

Steht der Familie ein hohes Einkommen zur Verfügung oder liegt der Wohnsitz in einem wohlhabenden Stadtteil des Stadtteiltyps 5, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Familie in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus lebt. Fast die Hälfte der befragten wohlhabenden Familien verfügt über Wohneigentum, und ein Drittel von ihnen wohnt in einem Gebäude mit einer oder zwei Wohnungen. Sehr konzentriert findet sich Wohneigentum bei Familien im Stadtteiltyp 5, d.h. in den Stadtteilen mit der geringsten Armutsgefährdung. Dort leben etwa 62 % der befragten Familien in selbstgenutztem Wohneigentum und etwa gleich viele in einem Gebäude mit einer oder zwei Wohnungen. Anders sieht es bei den Alleinerziehenden, den Familien mit Migrationshintergrund, den armutsgefährdeten Familien sowie bei denen aus, die in Stadtteilen des Typs 4 (Stadtteile mit höchster Armutsgefährdung) zu Hause sind. Sie sind sehr viel seltener Eigentümer ihrer Wohnung. Bei den Alleinerziehenden ist es nur jede zehnte Familie, bei den Familien mit Migrationshintergrund nur jede fünfte und bei den Armutsgefährdeten nur jede siebzehnte, die über Wohneigentum verfügt. Im Stadtteiltyp 4 ist nur jede sechste Familie im Besitz der eigenen Wohnung bzw. des eigenen Hauses. Auch kommt es weniger häufig vor, dass die zuletzt genannten Personengruppen in einem Gebäude mit bis zu zwei Wohnungen wohnen. Bei den Alleinerziehenden und den Familien mit Migrationshintergrund ist es etwa jede zehnte Familie und bei den armutsgefährdeten Familien nur etwa jede zwanzigste, die in dieser Gebäudeart zu Hause ist. In Gebäuden mit mehr als sechs Wohnungen leben vor allem Alleinerziehende (62 %), Befragte mit Migrationshintergrund (64 %) und Armutsgefährdete (70 %).

Tabelle 11: Wohnstatus der Familie und Zahl der Wohnungen im Gebäude, in dem die Befragten wohnen, nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Angaben in Prozent.

	Wohnstatus		Zahl der Wohnungen im Gebäude		
	Mieter	Eigentümer	1-2	3-6	über 6
insgesamt	74	26	20	28	52
Kinderzahl					
1 und 2 Kinder	74	26	19	29	52
3 und mehr Kinder	76	24	21	24	55
Familienform					
Paar-Familien	70	30	22	28	50
Alleinerziehende	90	10	9	29	62
Migrationshintergrund					
ohne	68	32	28	31	41
mit	80	20	11	25	64
Wohnstatus					
Mieter			8	31	62
Wohneigentümer			52	21	27
Einkommenssituation					
armutsgefährdet	94	6	5	25	70
nicht-armutsgefährdet	73	27	21	28	50
wohlhabend	52	48	34	30	36
Stadtteiltyp					
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	73	27	14	32	54
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	75	25	25	23	52
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-in stabil	84	16	11	29	60
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	38	62	67	18	15

4.2.2 Familien mit unzureichender Wohnraumversorgung

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, ob die Befragten ausreichend mit Wohnraum versorgt sind. Zur Beurteilung der Versorgung wird die im Rahmen der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus jeweils als angemessen geltende Wohnfläche und Zahl der Wohnräume als Maßstab herangezogen.

Beginnen wir mit der Wohnfläche. Nach Maßstäben des Sozialen Wohnungsbaus ist ein Haushalt förderfähig, wenn die Größe des Wohnraums angemessen ist. Bei einem Zwei-Personen-Haushalt sind dies im Regelfall 60 m² und bei einem Drei-Personen-Haushalt 75 m². Für jede weitere Person kommen jeweils 10 m² Wohnfläche hinzu.⁷⁰ Der folgenden Tabelle lässt sich der Anteil der jeweiligen Haushalte entnehmen, die über weniger Wohnfläche verfügen, als ihnen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus zustehen würde. Hierbei wurde zusätzlich nach der Haushaltsgröße differenziert. Demnach leben insgesamt 38 % der befragten Familien in Wohnungen, deren Wohnfläche geringer ist, als dies die Förderrichtlinien des Sozialen Wohnungsbaus vorgeben. Hierbei zeigt sich folgender Zusammenhang: Je mehr Personen in einer Familie leben, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Wohnfläche unter den Richtwerten liegt. Ausnahmen von dieser Regel bilden wohlhabende Familien und Familien ohne Migrationshintergrund.

Zu geringe Wohnflächen lassen sich insbesondere bei armutsgefährdeten Familien, bei Familien mit Migrationshintergrund, bei Familien mit drei und mehr Kindern und bei Familien aus Stadtteilen des Typs 4 feststellen. Besonders beengt wohnen hierbei armutsgefährdete Familien mit vier und mehr Personen. Von ihnen müssen 78 % mit einer Wohnfläche auskommen, die unter den Fördervorgaben des Sozialen Wohnungsbaus liegt. Etwas besser gestaltet sich die Wohnsituation bei Familien mit Migrationshintergrund und bei Familien mit drei und mehr Kindern. Doch auch hier liegen die Anteile der nicht angemessen mit Wohnraum ausgestatteten Familien weit über dem Durchschnitt, insbesondere bei Haushalten mit vier und mehr Personen. So verfügen 61 % der größeren Familien (vier und mehr Personen) mit Migrationshintergrund und 72 % der vier- oder mehrköpfigen Familien aus Stadtteilen des Stadtteiltyps 4 über weniger Wohnfläche, als im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus für sie als angemessen gilt. Deutlich günstiger gestaltet sich die Wohnungsgröße bei den wohlhabenden Familien und den Eigentümer-Haushalten. Von diesen ist nur rund ein Zehntel nicht angemessen mit Wohnfläche versorgt, wobei anzumerken ist, dass eine Unterversorgung mit Wohnraum bei wohlhabenden Familien bzw. Eigentümer-Haushalten einer persönlichen Entscheidung geschuldet sein dürfte, während armutsgefährdete Haushalte aufgrund ihres Einkommens kaum Entscheidungsspielräume haben. Hartmut Häussermann hat diese Situation in seinen Segregationsstudien wie folgt beschrieben: „Die Reichen wohnen, wo sie wollen, die Armen dort, wo sie müssen.“⁷¹ Weitere Analysen ergaben, dass ein großer Teil der Wohlhabenden, die in Wohnungen leben, die über weniger Wohnfläche bzw. weniger Wohnräume verfügen, als für sie aufgrund der Fördervorgaben des Sozialen Wohnungsbaus angemessen wären, in begehrten Stadtteilen wie Nordend, Bornheim, Westend oder Sachsenhausen wohnen. Sie könnten sich aufgrund ihres Einkommens an anderer Stelle, vor allem in weniger begehrten Stadtteilen, größere Wohnungen leisten, tun dies aber, so ist zu vermuten, nicht, weil sie – aus welchen Gründen auch immer – dort wohnen bleiben wollen, wo sie jetzt leben.

⁷⁰ Vgl. „Einkommensorientierte Wohnungsbauförderung der Stadt Frankfurt am Main“ ([http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2860&ffmpar\[_id_inhalt\]=23254](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2860&ffmpar[_id_inhalt]=23254)).

⁷¹ Häussermann, H.: Effekte der Segregation. In: vhw FW 5, Okt.–Nov. 2007, S. 234 – 240, hier S. 237.

Tabelle 12: Familien mit einer Wohnfläche unter den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus nach Haushaltsgröße, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	2- und 3-P-HH	4-P-HH u. mehr	insgesamt
insgesamt	32	44	38
Kinderzahl			
1 und 2 Kinder	32	40	36
3 und mehr Kinder		55	55
Familienform			
Paar-Familien	32	43	39
Alleinerziehende	33	51	35
Migrationshintergrund			
ohne	24	20	22
mit	44	61	54
Wohnstatus			
Mieter	38	59	48
Wohneigentümer	9	10	10
Einkommenssituation			
armutsgefährdet	53	78	66
nicht-armutsgefährdet	34	38	36
wohlhabend	9	.*	7
Stadtteilty			
(2) bessergestellt–verdichtet–stabil	31	39	33
(3) leicht armutsgefährdet–kinderreich–in Randlage	34	55	43
(4) stark armutsgefährdet–kinderarm–instabil	40	72	52
(5) wohlhabend–kinderreich–zentrumfern	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Eine nicht angemessene Versorgung mit Wohnraum ist auch dann gegeben, wenn die Zahl der Wohnräume, über die eine Familie verfügt, bestimmte Standards unterschreitet. Legt man auch hier als Maßstab für eine ausreichende Wohnraumversorgung die Bedarfsnorm des Sozialen Wohnungsbaus zu Grunde, wonach rein rechnerisch jedes Haushaltsmitglied über einen Raum, Küche nicht mitgerechnet, verfügen soll, dann lebt fast jede dritte befragte Familie in einer zu kleinen Wohnung. Besonders hoch ist der Anteil der Familien in zu kleinen Wohnungen bei Familien mit vier und mehr Personen, bei Familien mit drei oder mehr Kindern, bei armutsgefährdeten Familien und bei Familien mit Migrationshintergrund.

Tabelle 13: Familien, deren Zahl der Wohnräume unter den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus liegt, nach Haushaltsgröße, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	2- und 3-P-HH	4-P-HH u. mehr	insgesamt
insgesamt	8	49	29
Kinderzahl			
1 und 2 Kinder	8	43	24
3 und mehr Kinder		67	67
Familienform			
Paar-Familien	10	49	34
Alleinerziehende	.*	50	10
Migrationshintergrund			
ohne	3	25	13
mit	16	67	46
Wohnstatus			
Mieter	10	64	35
Wohneigentümer	.*	17	11
Einkommenssituation			
armutsgefährdet	16	80	53
nicht-armutsgefährdet	6	45	26
wohlhabend	.*	14	7
Stadtteilty			
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	8	43	25
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	8	53	33
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	.*	67	41
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Besonders gravierend ist der Grad der Unterversorgung bei Familien, die aus mindestens vier Personen bestehen und bei denen zusätzlich ein weiteres Merkmal gegeben ist, das für sich die Wahrscheinlichkeit, über zu wenige Wohnräume zu verfügen, erhöht. So verfügen beispielsweise 80 % der armutsgefährdeten Familien mit mindestens vier Personen über weniger Wohnraum, als die Richtwerte für den Sozialwohnungsbau vorsehen. Bei den Familien mit Migrationshintergrund und bei den Familien mit mehr als drei Kindern, die aus mindestens vier Personen bestehen, sind es jeweils 67 %.

Bestimmte Gruppen von Familien sind häufiger als andere nicht angemessen mit Wohnraum versorgt. Vergleicht man die beiden letzten Tabellen, dann zeigt sich, dass eine Gruppe von Familien, bei der der Anteil derjenigen mit einer nicht angemessenen Wohnfläche besonders hoch ist, auch meist im Hinblick auf die Zahl der Wohnräume nicht angemessen versorgt ist, wie die folgende Tabelle zeigt. Insgesamt sind 2.072 oder 44 % der befragten Familien nach einem der beiden Kriterien nicht angemessen mit Wohnraum versorgt. Zwischen den beiden Kriterien für Wohnraumunterversorgung, also einer unzureichenden Wohnfläche einerseits und einer unzureichenden Zahl von Wohnräumen andererseits, besteht ein mittelstarker statistischer Zusammenhang. So haben 1.397 Familien aus der Befragung zu wenige Wohnräume und 1.807 Familien verfügen über eine zu geringe Wohnfläche.

1.132 sind nach beiden Kriterien unterversorgt, während 675 Familien lediglich eine zu geringe Wohnfläche und 265 Familien zu wenige Wohnräume haben. D.h., dass 81 % der Familien, die zu wenige Wohnräume haben, gleichzeitig auch über eine zu geringe Wohnfläche verfügen. Allerdings geht eine nicht angemessene Wohnfläche nur in 63 % mit einer zu geringen Zahl an Wohnräumen einher. Dies bedeutet, dass es zwischen beiden Merkmalen eine große Schnittmenge gibt, dass es aber eine große Zahl von Familien gibt, die entweder nur nach dem einen oder nur nach dem anderen Kriterium unterversorgt ist. Während 38 % der Familien über zu wenig Wohnraum und 29 % über zu wenige Wohnräume verfügen, sind 44 % der Familien nach einem oder dem anderen Kriterium nicht angemessen mit Wohnraum ausgestattet. Überdurchschnittlich hoch ist, wie die folgende Tabelle zeigt, der Anteil der nicht angemessen versorgten Familien unter den Familien mit drei und mehr Kindern, unter den Familien mit Migrationshintergrund, unter den zur Miete wohnenden Familien, unter den armutsgefährdeten Familien und unter den Familien aus Stadtteilen des Typs 4, die als stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil klassifiziert wurden.

Tabelle 14: Familien, deren Wohnfläche oder Zahl der Wohnräume unter den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus liegt, nach Haushaltsgröße, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	nur Wohnfläche	nur Zahl der Wohnräume	Wohnfläche oder Raumzahl
insgesamt	38	29	44
Kinderzahl			
1 und 2 Kinder	36	24	40
3 und mehr Kinder	55	67	71
Familienform			
Paar-Familien	39	34	45
Alleinerziehende	35	10	37
Migrationshintergrund			
ohne	22	13	27
mit	54	46	61
Wohnstatus			
Mieter	48	35	54
Wohneigentümer	10	11	16
Einkommenssituation			
armutsgefährdet	66	53	72
nicht-armutsgefährdet	36	26	43
wohlhabend	7	7	12
Stadtteilty			
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	33	25	39
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	43	33	48
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	52	41	59
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

4.2.3 Vorhandensein eines Gartens

Immerhin 32 % der von uns Befragten gaben an, dass zu ihrer Wohnung ein Garten gehört, den sie benutzen können. Die Wahrscheinlichkeit, als Kind in einem Haus mit Garten aufzuwachsen, ist besonders groß, wenn die Eltern über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen. So haben 70 % der Familien, die Eigentümer ihrer Wohnung bzw. ihres Hauses sind, einen Garten, der zur Wohnung gehört. Wohnt dagegen die Familie zur Miete, bedeutet dies in den meisten Fällen, dass kein Garten zur Verfügung steht. So haben nur 17 % der Familien, die zur Miete wohnen, einen Garten, der zur Wohnung gehört. Fast ebenso gering sind die Anteile bei Alleinerziehenden (18 %) und bei Familien mit Migrationshintergrund (21 %) und noch geringer bei Familien, die armutsgefährdet sind (11 %). Räumlich betrachtet, schneiden die wohlhabenden Stadtteile an der Stadtgrenze am besten ab. So verfügen fast 80 % der Familien in Cluster 5 über einen Garten. Das sind fast 60 Prozentpunkte mehr als bei den Familien aus den stark armutsgefährdeten Stadtteilen des Stadtteiltyps 4.

Tabelle 15: Vorhandensein eines Gartens, der zur Wohnung gehört, nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Angaben in Prozent.

insgesamt	32
Kinderzahl	
1 und 2 Kinder	32
3 und mehr Kinder	33
Familienform	
Paar-Familien	35
Alleinerziehende	18
Migrationshintergrund	
ohne	43
mit	21
Wohnstatus	
Mieter	17
Wohneigentümer	70
Einkommenssituation	
armutsgefährdet	11
nicht-armutsgefährdet	35
wohlhabend	51
Stadtteiltyp	
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	29
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	34
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	21
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	79

Bezieht man die Ergebnisse hinsichtlich der Wohnraumunterversorgung in die Betrachtung mit ein, bedeutet dies, dass Familien, die von geringer Wohnfläche bzw. von einer Unterversorgung mit Wohnraum betroffen sind, gleichzeitig seltener über einen Garten verfügen als alle anderen Familien. Während von den Familien, die mit Wohnraum unterversorgt sind, 85 % über keinen Garten verfügen, der zur Wohnung gehört, sind es von den Familien, die ausreichend mit Wohnraum versorgt sind, nur 55 %.



4.2.4 Zufriedenheit mit der Wohnung

Trotz überdurchschnittlich hoher Mieten in Frankfurt am Main, einer insgesamt angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt und relativ beengter Wohnverhältnisse bei vielen der von uns befragten Familien sind die meisten befragten Familien mit ihrer Wohnung zufrieden. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass sich andere gewünschte Faktoren erfüllen, wie z. B. die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld, die Lage der Wohnung, Zuschnitt und Ausstattung der Wohnung. Mehr als zwei Drittel der Familien geben im Rahmen der Befragung an, „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit ihrer Wohnung zu sein, während nur 12 % „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ sind. Am zufriedensten mit ihrer Wohnung bzw. mit ihrem Haus sind von allen Familien die Wohneigentümer: Fast alle von ihnen (94 %) sind „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Anders sieht es bei den Familien mit drei und mehr Kindern und bei den Familien mit Migrationshintergrund aus. Hier gibt fast jede vierte bzw. fast jede fünfte Familie an, „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ mit der Wohnsituation zu sein. Die Zufriedenheit mit der Wohnung ist zudem eng mit der Höhe des Einkommens verknüpft. Mit zunehmendem Einkommen der Familie steigt auch die Zufriedenheit mit der Wohnung. So sind 88 % der wohlhabenden Familien mit ihrer Wohnung „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“, während es bei den armutsgefährdeten nur 47 % sind. In den Stadtteilen Harheim, Kalbach-Riedberg und Nieder-Erlenbach (Stadtteiltyp 5), in denen die Armutsgefährdung in der Gesamtbevölkerung am geringsten ist, ist die Zufriedenheit mit der Wohnung bei den von uns Befragten am größten. In den benachteiligten Stadtteilen des Typs 4 wie z. B. Fechenheim, Gallus, Griesheim und Gutleutviertel, in denen sehr viele armutsgefährdete Personen leben, ist hingegen der Anteil der Familien, die mit ihrer Wohnung unzufrieden sind, am höchsten (19 %). Doch auch hier überwiegt der Anteil derjenigen, die „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ mit ihrer Wohnung sind (57 %).

Tabelle 16: Zufriedenheit der Befragten mit ihrer Wohnung nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Angaben in Prozent.

	eher zufrieden/ sehr zufrieden	teils/teils	unzufrieden/ absolut unzufrieden
insgesamt	67	21	12
Kinderzahl			
1 und 2 Kinder	69	11	20
3 und mehr Kinder	54	21	25
Familienform			
Paar-Familien	70	19	12
Alleinerziehende	57	28	16
Migrationshintergrund			
ohne	75	18	7
mit	59	23	18
Wohnstatus			
Mieter	58	26	16
Wohneigentümer	94	5	-*
Einkommenssituation			
armutsgefährdet	47	29	24
nicht-armutsgefährdet	71	20	9
wohlhabend	88	11	2
Stadtteiltyp			
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	70	20	10
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	64	22	14
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	57	25	19
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	90	5	-*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Kritische Beobachter sehen in deutschen Großstädten schon einen „neuen Häuserkampf“ toben.⁷² Bei der Mehrheit der von uns befragten Familien ist hiervon (noch) wenig zu spüren. Das mag daran liegen, dass Familien, die mit ihrer Wohnung sehr unzufrieden sind, nicht nur an einen Umzug denken (siehe Abschnitt 4.4), sondern der Stadt tatsächlich schon den Rücken gekehrt haben. Angesichts der vielen Zu- und Wegzüge nach Frankfurt und aus Frankfurt weg ist es sehr wahrscheinlich, dass in der Stadt vor allem die bleiben, die mit ihrer Wohnsituation einigermaßen zufrieden sind. Zum anderen ist die Miete nur ein Faktor, der die Zufriedenheit mit der Wohnung bestimmt. Man kann mit seiner Wohnung zufrieden sein, auch wenn man die Miete eigentlich für zu hoch hält. Oder man will in seinem angestammten Stadtteil bleiben, obwohl die Wohnung eigentlich (etwas) zu klein ist und man sich aufgrund der finanziellen Verhältnisse durchaus eine teurere Wohnung leisten könnte, die es allerdings nur in einem anderen Stadtteil gibt.

72 Vgl. Ankebrand, H., Kloepfer, I.: „Der neue Häuserkampf“. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20.01.2013.

4.3 DAS WOHNUMFELD

Will man die Wohnsituation der Familien näher beurteilen, müssen neben der Wohnung selbst auch die Vorteile und Mängel des Wohnumfeldes betrachtet werden. Die Qualität des Wohnumfeldes ist häufig ein zentrales Kriterium, wenn Familien entscheiden, ob sie in der Stadt bzw. wo sie in der Stadt leben möchten. Für viele Eltern ist es dabei wichtig, ob es genügend Spiel- und Freizeitfläche für die Kinder gibt, wie sich die Einkaufsmöglichkeiten gestalten und wie der Ruf der Gegend ist. Von Belang sind auch die Entfernungen zu Einrichtungen wie Kinderkrippe und Kindergarten und zu Ärzten sowie der Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr.⁷³ Im folgenden Abschnitt wird deshalb auf die am häufigsten genannten Mängel im Wohnumfeld eingegangen, zudem werden die Wege, die man zurücklegen muss, um verschiedene Einrichtungen und Angebote zu erreichen, dargestellt. Im Anschluss daran soll die generelle Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld näher betrachtet werden.

4.3.1 Mängel im Wohnumfeld

Grundlage für diesen Abschnitt war die Frage, ob es im Wohnumfeld der Familien bzw. in ihrer näheren Umgebung „irgendwelche Mängel oder Nachteile“ gibt. Anhand einer vorgegebenen Liste hatten die Befragten Gelegenheit, diese zu benennen.

Am häufigsten wurde von den Befragten angegeben, dass es zu wenig Freizeitangebote bzw. -einrichtungen für Kinder und Jugendliche gibt. Mehr als die Hälfte der Befragten (55 %) beurteilten das Freizeitangebot als nicht ausreichend. Noch höher liegt der Anteil bei armutsgefährdeten Familien (65 %), bei Alleinerziehenden (63 %), bei Befragten aus Familien mit drei und mehr Kindern (61 %), bei Befragten mit Migrationshintergrund (59 %), bei Befragten aus Stadtteilen des Stadtteiltyps 3, d.h. aus Stadtteilen, die leicht armutsgefährdet und kinderreich sind sowie eher am Stadtrand liegen (61 %), und aus Stadtteilen des Stadtteiltyps 4, zu dem vor allem die stark armutsgefährdeten sowie die sozial und ökonomisch instabilen Stadtteilen zählen (60 %). Von Befragten aus wohlhabenden Familien geben nur 43 % diesen Mangel an.

Am zweithäufigsten wurde kritisiert, dass es keinen Platz gibt, wo ältere Kinder und Jugendliche sich treffen können (50 %). Besonders Familien mit eigener Wohnung bzw. eigenem Haus (56 %), kinderreiche Familien (55 %), Alleinerziehende (55 %) und Befragte aus Stadtteilen des Typs 5 (wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern) (57 %) sehen hier Mängel in ihrem Wohnumfeld.⁷⁴

An dritter Stelle auf der Mängelliste steht das hohe Verkehrsaufkommen. 47 % der Befragten stimmten der Einschätzung, dass es viel Verkehr gibt und die Kinder nicht alleine rausgehen können, zu. Überdurchschnittlich häufig war dies bei Mietern (51 %), Befragten aus wohlhabenden Familien (51 %) und Befragten aus Stadtteilen des Stadtteiltyps 2 (60 %) und 4 (56 %) der Fall.

Jede dritte der befragten Familien (33 %) gab an, dass ihr der schlechte Ruf der Gegend Probleme bereitet. Wenn es um die Beurteilung des Wohnumfeldes geht, steht dieses Merkmal auf Platz vier der Mängelliste. Besonders in den Vordergrund tritt dies bei armutsgefährdeten Familien (45 %), bei Familien mit drei und mehr Kindern (41 %) und bei Alleinerziehenden-Familien (39 %) sowie bei Familien mit Migrationshintergrund (37 %). Bei den wohlhabenden Familien problematisieren dagegen nur 18 % der Befragten den schlechten Ruf, auch Familien mit eigenem Wohnraum liegen unter dem Durchschnitt (25 %). Für zwei Drittel der Familien aus armutsgefährdeten Stadtteilen (Stadtteiltyp 4) ist der schlechte Ruf ihres unmittelbaren Wohnumfeldes ein Problem.

73 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Lokale Bündnisse für Familien, Online-Handbuch, Familienfreundliches Wohnumfeld, Leitkriterien. Siehe: <http://familienhandbuch.ies.uni-hannover.de/index.php?id=37>. Zugriff: 03.08.2012.

74 Zu den Stadtteilen des Typs 5 gehört auch Kalbach-Riedberg. Am Riedberg hat im Sommer 2013 ein neues Jugendhaus seinen Betrieb aufgenommen, so dass sich hier die Situation deutlich verbessern wird.

Fast jede(r) vierte Befragte gibt an, dass im unmittelbaren Wohnumfeld die Einkaufsmöglichkeiten schlecht sind. Differenziert man wie in der folgenden Tabelle nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund usw., so lassen sich keine größeren Abweichungen feststellen.

19 % der Befragten beklagen das Fehlen von Spielplätzen für kleinere Kinder. Etwas häufiger tun das Befragte aus Familien mit mehreren Kindern (23 %) und Familien mit Migrationshintergrund (22 %) sowie aus armutsgefährdeten Familien (28 %). Seltener wird dieser Mangel von Befragten aus wohlhabenden Familien (11 %) und Familien, die über Wohneigentum verfügen (14 %), angegeben, also genau von den Gruppen, die am häufigsten über einen Garten verfügen.

Dass es kaum bzw. keine Grünflächen bzw. keinen Park gibt, bemängeln 14 % der Eltern. Am häufigsten empfunden wird dieser Mangel von Armutsgefährdeten (21 %), von Befragten aus Familien mit drei und mehr Kindern (19 %) und Befragten mit Migrationshintergrund (18 %). Weniger häufig beklagen sich dagegen Wohneigentümer (10 %) und wohlhabende Familien (8 %) über zu wenig Grün. Räumlich betrachtet, fehlen Grünflächen besonders in den Stadtteilen, die unter Stadtteiltyp 4 zusammengefasst sind. Von den Befragten aus Stadtteilen des Typs 5 (wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern) monieren so wenige das Fehlen von Grünflächen und Parks, dass ihr Prozentsatz nicht exakt bestimmt werden kann.

Der Mangel schlechte Verkehrsanbindung wurde von allen vorgegebenen Merkmalen mit 9 % am seltensten angekreuzt. Als Problem wird dies besonders in den stark armutsgefährdeten Stadtteilen (Stadtteiltyp 4: 14 %) wahrgenommen. Relativ unproblematisch scheint hingegen die Verkehrsanbindung in den bessergestellten und stabilen Stadtteilen zu sein (Stadtteiltyp 2: 5 %).

Tabelle 17: Mängel im Wohnumfeld nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus; Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	zu wenig Freizeitangebote	kein Treffpunkt für Jugendliche	viel Verkehr	schlechter Ruf der Gegend	schlechte Einkaufsmöglichkeiten	kein Spielplatz	keine Grünflächen	schlechte Verkehrsanbindung
insgesamt	55	50	47	33	24	19	14	9
Kinderzahl								
1 und 2 Kinder	55	50	48	32	23	19	14	9
3 und mehr Kinder	61	55	46	41	26	23	19	14
Familienform								
Paar-Familien	53	50	48	32	23	19	14	10
Alleinerziehende	63	55	45	39	27	21	15	7
Migrationshintergrund								
ohne	52	52	47	29	23	16	10	7
mit	59	49	47	37	25	22	18	12
Wohnstatus								
Mieter	57	49	51	36	22	20	16	10
Wohneigentümer	52	56	37	25	26	14	10	9
Einkommenssituation								
armutsgefährdet	65	50	44	45	26	28	21	13
nicht-armutsgefährdet	55	52	47	34	23	17	12	7
wohlhabend	43	50	51	18	21	11	8	6
Stadtteiltyp								
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	48	47	60	13	21	14	13	5
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	61	55	34	46	27	23	14	11
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	60	45	56	66	24	24	21	14
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	55	57	.*	.*	.*	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Wurde oben die Frage verfolgt, welche Mängel es in erster Linie sind, die die Familien in ihrem Wohnumfeld sehen, so geht es im Folgenden darum herauszufinden, welche Familien besonders viele Mängel in ihrem Wohnumfeld angegeben haben und welche besonders wenige. Hierfür wurde für jede Familie die Anzahl der von ihr benannten Mängel errechnet. Wie folgende Tabelle zeigt, werden von allen befragten Familien durchschnittlich 2,6 Mängel im Wohnumfeld angezeigt. Am höchsten ist der Wert bei armutsgefährdeten Familien (durchschnittlich drei Mängel), dicht gefolgt von Familien mit drei und mehr Kindern (durchschnittlich 2,9 Mängel), Alleinerziehenden (durchschnittlich 2,8 Mängel), bei Familien, die zur Miete wohnen, und bei Familien mit Migrationshintergrund (jeweils durchschnittlich 2,7 Mängel). Weniger Mängel im Wohnumfeld beanstanden dagegen wohlhabende Familien und Wohneigentümer (durchschnittlich 2,1 bzw. 2,3 Mängel). Je höher der soziale Status der Befragten, umso geringer ist die Zahl der Mängel im Wohnumfeld. Offensichtlich haben diese Familien am ehesten die Chance, ein Wohnumfeld zu wählen, das ihren Ansprüchen genügt.

Tabelle 18: Durchschnittliche Anzahl von Mängeln im Wohnumfeld nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteiltyp.

insgesamt	2,6
Kinderzahl	
1 und 2 Kinder	2,5
3 und mehr Kinder	2,9
Familienform	
Paar-Familien	2,5
Alleinerziehende	2,8
Migrationshintergrund	
ohne	2,4
mit	2,7
Wohnstatus	
Mieter	2,7
Wohneigentümer	2,3
Einkommenssituation	
armutsgefährdet	3,0
nicht-armutsgefährdet	2,5
wohlhabend	2,1
Stadtteiltyp	
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	2,1
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	2,9
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-in stabil	3,5
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	1,7

4.3.2 Entfernung zu wichtigen Einrichtungen, Angeboten und Dienstleistungen

In der Organisation des Familienalltags spielt der Faktor Zeit eine zentrale Rolle. Liegen die Orte, die täglich aufgesucht werden müssen wie z. B. Supermarkt, Kinderkrippe oder Spielplatz, in unmittelbarer Nähe der Wohnung, spart dies viel Zeit im Tagesablauf und gibt Spielraum für andere Dinge. Liegen die „Ziele“ hingegen weit außerhalb, kann dies eine wesentlich aufwendigere Organisation des Alltags nach sich ziehen. Im Rahmen der Befragung wurde deshalb nach der Zeit gefragt, die Familien benötigen, um bestimmte Ziele in ihrem Wohnumfeld zu erreichen. Sie konnten hierbei angeben, ob sie zu Fuß „bis zu 15 Minuten“ benötigen oder länger. Hierbei orientiert sich die Grenze von 15 Gehminuten an großstädtischen Gegebenheiten. Im ländlichen Raum sind aufgrund der geringeren Versorgungsdichte meist längere Fußwege erforderlich oder können die betreffenden Ziele gar nicht ohne Auto oder Bus erreicht werden.

Bei etwas mehr als der Hälfte der angegebenen Zielorte (Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs, Einkaufsmöglichkeiten, Kindereinrichtungen, Hausarzt oder Spielplatz bzw. Grünanlagen) liegt der Anteil der befragten Familien, die für deren Erreichen zu Fuß mehr als 15 Minuten benötigen, unter 20 %. Höher ist der Anteil der Familien dagegen, wenn es um den Besuch des Kinderarztes (44 %), der Bücherei (41 %), des Sportplatzes (29 %) oder des Jugendzentrums (24 %) geht.

Zieht man die finanzielle Situation mit in Betracht, zeigen sich bei den meisten „Zielen“ Unterschiede zwischen armutsgefährdeten und wohlhabenden Familien. Befragte mit höherem Einkommen erreichen wichtige Einrichtungen und Dienstleistungen schneller als armutsgefährdete Befragte. Besonders wenn es um die medizinische Versorgung geht, müssen die Familien mit wenig Einkommen im Durchschnitt mehr Zeit aufwenden als wohlhabende. So muss jede vierte bzw. jede zweite der armutsgefährdeten Familien für den Besuch bei einem Hausarzt bzw. einem Kinderarzt mehr als 15 Minuten Wegzeit einplanen. Bei den wohlhabenden Familien sind es dagegen nur 14 % bzw. 36 %.

Bei den anderen betrachteten Familiengruppen liegen die Werte meist sehr nahe am Durchschnitt. Es gibt nur wenige Ausnahmen. So gibt es mehr Alleinerziehende als Befragte aus Paar-Familien, deren Weg zum Hausarzt mehr als 15 Minuten beträgt (26 % vs. 19 %). Auch bei den Familien mit Migrationshintergrund zeigt sich beim Weg zum Arzt im Vergleich zu Familien ohne Migrationshintergrund eine ähnliche Differenz (24 vs. 17 %). Auch der Weg zum Sportplatz beansprucht bei Familien mit Migrationshintergrund mehr Zeit als bei Familien ohne Migrationshintergrund. Gleiches gilt für Mieter im Vergleich zu Wohneigentümern. Fast ein Drittel von ihnen benötigt mehr als eine Viertelstunde für den Weg zum Sportplatz, bei den Wohneigentümern ist es etwa ein Viertel (31 vs. 26 %). Auch der Weg zum Park bzw. zur nächsten Grünanlage bedeutet für Mieter durchschnittlich einen etwas höheren Zeitaufwand als für Eigentümer (16 vs. 11 %). Etwas kürzer ist dafür die Entfernung für die Mieter zum nächsten Jugendzentrum: 22 % von ihnen benötigen mehr als 15 Minuten dorthin, bei den Wohneigentümern sind es 29 %. Räumlich gesehen, schneidet von allen Stadtteiltypen der Typ 2 aufgrund der Zentrumsnähe am besten ab. Für alle angegebenen Zielorte, mit Ausnahme Sportplatz und Kinderkrippe, sind hier die Anteile der Familien, die für den entsprechenden Fußweg mehr als 15 Minuten benötigen, am niedrigsten.

Am Ende dieses Abschnitts wollen wir der Frage nachgehen, welche Familien besonders viele der oben genannten „Ziele“ haben, für deren Erreichen sie zu Fuß mehr als 15 Minuten benötigen. Hierzu wurde für jede Familie die Zahl der „Ziele“ ermittelt, auf die dies zutrifft. Die Ergebnisse zeigen, dass der zeitliche Aufwand für das Erreichen der täglichen Zielorte vor allem von der finanziellen Situation der Familien abhängt. Geben alle befragten Familien durchschnittlich 2,4 Zielorte an, für die sie mehr als 15 Minuten Fußweg einkalkulieren müssen, so sind es bei den armutsgefährdeten Familien im Durchschnitt 2,8, bei den wohlhabenden Familien hingegen nur 2,0 Zielorte. Auch räumlich betrachtet, sind es die armutsgefährdeten Stadtteile, in denen die Familien einen höheren zeitlichen Aufwand für das Erreichen der Einrichtungen bzw. Zielorte einplanen müssen als in den Stadtteilen, in denen mehr bessergestellte Haushalte wohnen. So sind es in den Stadtteilen des Stadtteiltyps 2 durch-

Tabelle 19: Anteil der Familien, die für das Erreichen der Zielorte im Familienalltag mehr als 15 Minuten benötigen, nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	U-Bahn/ S-Bahn	Straßen- bahn/Bus	Einkaufs- möglichkeiten	Arzt (allg.)	Sportplatz	Park/ Grünan- lage	Ki-Krippe/ Ki-Hort	Schulhort	Jugend- zentrum	Kinderarzt	Spielplatz	Bücherei
insgesamt	18	2	14	20	29	14	11	14	24	44	9	41
Kinderzahl												
1 und 2 Kinder	17	2	14	20	30	15	11	14	24	43	9	41
3 und mehr Kinder	22	2	17	23	27	13	11	13	23	46	10	40
Familienform												
Paar-Familien	18	2	13	19	29	14	11	13	24	43	9	41
Alleinerziehende	18	3	17	26	30	17	11	16	25	45	9	39
Migrationshintergrund												
ohne	18	1	12	17	27	13	11	12	23	43	8	40
mit	18	3	16	24	32	16	11	16	25	44	10	41
Wohnstatus												
Mieter	17	3	15	21	31	16	11	14	22	44	9	40
Wohneigentümer	21	0	12	18	26	11	11	13	29	43	7	45
Einkommenssituation												
armutsgefährdet	19	4	20	27	31	19	11	18	27	50	12	41
nicht-armutsgefährdet	20	1	13	20	29	14	10	13	24	44	8	43
wohlhabend	14	1	9	14	28	10	13	11	21	36	6	38
Stadtteilty												
(2) bessergestellt–verdichtet–stabil	11	–*	11	17	31	14	12	13	21	34	7	37
(3) leicht armutsgefährdet–kinderreich– in Randlage	20	3	17	25	28	15	9	13	27	53	11	44
(4) stark armutsgefährdet–kinderarm– instabil	28	–*	16	22	28	20	13	17	25	42	11	38
(5) wohlhabend–kinderreich– zentrumfern	37	–*	–*	12	–*	–*	–*	–*	–*	64	–*	49

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

schnittlich 2,0 Einrichtungen und in den Stadtteilen der Stadtteilty 3 und 4 jeweils 2,6 Einrichtungen pro Familie, für deren Erreichen mehr als 15 Minuten benötigt werden. Relativ unabhängig ist dagegen die Anzahl der „Ziele“, deren Erreichen mehr als 15 Minuten Fußweg bedeutet, von der Kinderzahl der Familien, von der Familienform, dem Migrationshintergrund und dem Wohnstatus.

4.3.3 Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld

Trotz vielfältiger Kritik am Wohnumfeld belegen die Befragungsergebnisse, dass die Familien in Frankfurt am Main ihr Wohnumfeld ähnlich positiv bewerten wie ihre Wohnung. Etwa zwei Drittel der Familien gaben im Rahmen der Befragung an, mit ihrem Wohnumfeld „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ zu sein, während nur 11 % „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ sind. Doch auch hier lässt sich feststellen, dass die Wohnzufriedenheit mit zunehmendem ökonomischen Status steigt. So sind es bei den wohlhabenden Familien über 80 %, die angeben, mit ihrem Wohnumfeld „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ zu sein, bei den Familien, die als armutsgefährdet eingeschätzt werden, sind es

dagegen nur 53 %. Diese Differenzen spiegeln sich auch räumlich wider. So zeigt sich die höchste Zufriedenheit (89 %) mit dem Wohnumfeld bei Befragten aus Stadtteilen des Stadtteilty 5, in dem Stadtteile zusammengefasst sind, in denen wohlhabende Familien leben. Im Stadtteilty 4 hingegen, zu dem die Stadtteile zählen, in denen sehr viele armutsgefährdete Familien zu Hause sind, ist die Unzufriedenheit mit dem Wohnumfeld am höchsten (38 %). Große Differenzen gibt es auch zwischen einzelnen ausgewählten Personengruppen. So bewerten im Durchschnitt Paar-Familien ihr Wohnumfeld besser als Alleinerziehenden-Familien (67 vs. 57 %) und Familien, die im Besitz ihrer Wohnung sind, positiver als die Familien, die zur Miete wohnen (77 vs. 61 %).

Tabelle 20: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	eher zufrieden/ sehr zufrieden	teils/teils	unzufrieden/ absolut unzufrieden
insgesamt	65	25	11
Kinderzahl			
1 und 2 Kinder	65	25	10
3 und mehr Kinder	61	24	15
Familienform			
Paar-Familien	67	24	9
Alleinerziehende	57	27	16
Migrationshintergrund			
ohne	68	24	8
mit	62	26	13
Wohnstatus			
Mieter	61	27	13
Wohneigentümer	77	19	4
Einkommenssituation			
armutsgefährdet	53	30	17
nicht-armutsgefährdet	64	26	10
wohlhabend	81	16	3
Stadtteilty			
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	76	5	19
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	56	15	29
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	41	21	38
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrum fern	89	1	10

Befragte, die mit ihrem Wohnumfeld „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ sind, wohnen eher zur Miete, haben häufiger einen Migrationshintergrund, sind eher alleinerziehend, haben überdurchschnittlich viele Kinder und sind häufiger armutsgefährdet als andere Befragte. Sie beklagen überdurchschnittlich häufig Mängel im Wohnumfeld und haben überdurchschnittlich lange Wegzeiten, wenn sie wichtige Einrichtungen, Angebote und Dienstleistungen erreichen wollen.

Die Vermutung liegt nahe, dass sich die Mängel im Wohnumfeld und zu große Entfernungen zu wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen und -angeboten wie Kindergarten, Kinderarzt oder Lebensmittelgeschäft negativ auf die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld auswirken. Tatsächlich ist es so, dass überdurchschnittlich viele Familien, die mit ihrem Wohnumfeld „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ sind, Mängel in ihrem Wohnumfeld benennen. Während 33 % aller Befragten Probleme mit dem schlechten Ruf ihrer Wohngegend haben, sind es bei denjenigen, die mit ihrem Wohnumfeld „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ sind, 76 %. Auch die Mängel „wenig Freizeitangebote“, „schlechte Einkaufsmöglichkeiten“ und „keinen Spielplatz“ werden von denen, die mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden sind, deutlich häufiger genannt als vom Durchschnitt aller Befragten.

Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei den Entfernungen zu den Orten bzw. Einrichtungen, die im Familienalltag relevant sind. Vor allem Befragte, die mit ihrem Wohnumfeld „unzufrieden“ oder „abso-



lut unzufrieden“ sind, geben häufiger als andere Fußwege von mehr als 15 Minuten zu wichtigen Orten und Einrichtungen an. Dies gilt insbesondere für die Erreichbarkeit von Park- und Grünanlagen, Spielplätzen, Hausärzten und Kinderärzten.

4.4 WECHSEL DER WOHNUNG

4.4.1 Umzugswünsche

Die Befragungsergebnisse belegen eine hohe allgemeine Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld. Bedeutet dies nun gleichzeitig, dass die Familien in Frankfurt am Main ihren Wohnsitz beibehalten wollen, oder denken trotzdem viele darüber nach, ihren Wohnstandort zu verändern? Um dieser Frage nachzugehen, wurden die Familien gefragt, ob sie vorhaben, in der nächsten Zeit umzuziehen.

Rund ein Drittel der Familien plant, wie die folgende Tabelle zeigt, einen Umzug. Besonders Familien mit drei und mehr Kindern (47 %), armutsgefährdete Familien (45 %), Familien, die zur Miete wohnen (43 %), und Familien, die einen Migrationshintergrund (41 %) haben, möchten gerne ihre Wohnsituation ändern. Besonders groß ist der Wunsch nach einem Wohnungswechsel bei denjenigen, die mit ihrer Wohnung bzw. mit ihrem Wohnumfeld „unzufrieden“ oder „absolut unzufrieden“ sind. Von ihnen wollen 83 % bzw. 70 % ihre jetzige Wohnung aufgeben. Sehr viel geringer ist dagegen der Wunsch bei Familien, die in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus wohnen. Von ihnen möchte weniger als jede zehnte umziehen (9 %). Auch wohlhabende Familien liegen mit 28 % unter dem Durchschnitt, und ihr Anteil steht deutlich im Kontrast zu dem der armutsgefährdeten Familien (45 %).

Tabelle 21: Anteil der Familien, die vorhaben, in nächster Zeit umzuziehen, nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Angaben in Prozent.

insgesamt	35
Kinderzahl	
1 und 2 Kinder	33
3 und mehr Kinder	47
Familienform	
Paar-Familien	34
Alleinerziehende	37
Migrationshintergrund	
ohne	28
mit	41
Wohnstatus	
Mieter	43
Wohneigentümer	9
Einkommenssituation	
armutsgefährdet	45
nicht-armutsgefährdet	32
wohlhabend	28
Stadtteiltyp	
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	36
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	33
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	42
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	_*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

4.4.2 Gründe für einen möglichen Umzug

Mehr als ein Drittel aller von uns befragten Familien denken an einen Umzug. Hierfür haben die Befragten verschiedene Gründe angegeben. Im Folgenden werden die Umzugsgründe, die von mehr als 10 % der Familien angegeben wurden, näher betrachtet.

Der Hauptgrund, warum Familien in Frankfurt am Main umziehen wollen, ist eine zu kleine Wohnung. Dies ist bei 70 % der befragten Familien, die vorhaben umzuziehen, der Fall. Bereits die Betrachtung der zur Verfügung stehenden Wohnfläche und der Raumanzahl hat gezeigt, dass ein großer Teil der von uns befragten Familien in Wohnungen leben, deren Fläche und Raumanzahl unter den Fördervorgaben des Sozialen Wohnungsbaus liegen. Vor diesem Hintergrund ist es nur allzu verständlich, dass die zu kleine Wohnung der am häufigsten genannte Grund für einen gewünschten Umzug ist. Am häufigsten geben die Familien diesen Umzugsgrund an, wenn sie armutsgefährdet (78 %) bzw. eine Familie mit drei und mehr Kindern sind (77 %) oder einen Migrationshintergrund haben (76 %). Weniger betroffen sind wohlhabende Familien (61 %) und Familien, die in ihren eigenen vier Wänden leben (56 %).

Im Abschnitt 4.1 wurde die Mietpreisentwicklung für Frankfurt am Main dargestellt. Besonders für die letzten Jahre lässt sich ein deutlicher Anstieg feststellen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht,

dass für fast jede dritte Familie die Miete zu hoch ist und dies als Grund für einen geplanten Wohnungswechsel angegeben wird. Eine besonders hohe Belastung stellt die Miete für Alleinerziehende und für armutsgefährdete Familien dar. 43 % bzw. 37 % dieser Familien geben an, deshalb umziehen zu wollen bzw. zu müssen. Einfacher scheint es für die meisten der wohlhabenden Familien zu sein, die Belastung zu tragen. Hier gaben nur 16 % die hohe Miete als Umzugsgrund an. Familien, die eine zu hohe Miete als Umzugsgrund angeben, wohnen vorrangig in Stadtteilen des Stadtteiltyps 4, deren Bevölkerung als stark armutsgefährdet, eher kinderarm und wegen der hohen Umzugsquoten als instabil charakterisiert wurde.

Am dritthäufigsten wurde die hohe Lärmbelastung als Ursache für einen gewünschten Umzug genannt. Am meisten wurde dieser Grund von Familien ohne Migrationshintergrund (30 %) und nicht-armutsgefährdeten Familien (28 %) angegeben, am wenigsten von Familien mit Migrationshintergrund (21 %), armutsgefährdeten Familien (21 %) und Familien mit drei und mehr Kindern (22 %). In den Stadtteilen des Stadtteiltyps 4 sowie des Stadtteiltyps 2 sind die Anteile der Familien am höchsten, die diesen Grund für den geplanten Umzug angeben.

Etwa jede fünfte Familie möchte wegen schlechter bzw. nicht bedarfsgerechter Ausstattung in absehbarer Zeit umziehen. Bei armutsgefährdeten Familien ist es fast jede dritte Familie, bei Alleinerziehenden-Familien und Familien mit Migrationshintergrund mehr als jede vierte, die aus diesem Grund die Wohnung wechseln möchte. Weniger häufig wird dieser Grund von wohlhabenden Familien bzw. Wohneigentümern genannt (beide 10 %).

Der Erwerb von Wohneigentum ist bei einigen Familien ein wichtiges Thema, besonders wenn die finanziellen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind. So möchte fast jede zweite wohlhabende Familie (46 %) die jetzige Wohnung aufgeben, weil sie den Kauf einer Eigentumswohnung bzw. eines eigenen Hauses plant. Eine eigene Immobilie kommt zudem eher für kleinere Familien mit einem oder zwei Kindern in Frage (20 %) als für Familien mit drei und mehr Kindern (6 %), für Paar-Familien wesentlich häufiger (20 %) als für Alleinerziehenden-Familien (4 %) und auch Familien ohne Migrationshintergrund streben öfter Wohneigentum an (23 %) als Familien mit Migrationshintergrund (13 %).

Die zu hohe soziale Belastung im Stadtteil ist für 16 % der Familien ein Problem, das einen möglichen Umzug begründet. Besonders Alleinerziehenden-Familien (jede vierte) und nicht armutsgefährdete Familien (jede fünfte) geben die soziale Belastung als Umzugsgrund an. Bei den wohlhabenden Familien ist es dagegen nur jede zehnte, der die soziale Belastung zu hoch ist. Räumlich sind am meisten die Stadtteile mit dem höchsten bzw. zweithöchsten Anteil armutsgefährdeter Familien betroffen (Stadtteiltyp 3 und Stadtteiltyp 4).

Ein nicht kindgerechtes Wohnumfeld führt bei 16 % der Familien zum Umzugswunsch. Höher ist der Anteil bei Familien mit drei und mehr Kindern, Alleinerziehenden und armutsgefährdeten Familien. Hier ist es jeweils jede fünfte Familie, die den Wohnsitz verändern möchte, weil sie das Umfeld als nicht kindgerecht einschätzt. Besonders viele Familien, die sich eine Verbesserung des Wohnumfeldes für ihre Kinder wünschen, leben in den Stadtteilen des Typs 4.

Der gefährliche Straßenverkehr ist für 15 % der Familien ein Grund für einen Umzug. Am häufigsten wird der Faktor Straßenverkehr von Familien mit drei und mehr Kindern (24 %) und Alleinerziehenden-Familien (18 %) genannt. Auch hier sind wiederum die Stadtteile, in denen der Anteil armutsgefährdeter Familien sehr hoch ist, am meisten betroffen (Stadtteiltyp 4).

Zu laute Nachbarn gaben 14 % der Familien als Umzugsgrund an. Bei Alleinerziehenden-Familien und armutsgefährdeten Familien ist es jede fünfte Familie, die aufgrund von Nachbarschaftsproblemen in eine andere Wohnung umziehen möchte.

Jede zehnte Familie gab einen fehlenden Aufzug im Haus als Grund für einen möglichen Umzug an. Bei armutsgefährdeten Familien ist der Anteil um vier Prozentpunkte höher als der Durchschnitt.

Tabelle 22: Umzugsgründe der Familien nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Wohnstatus, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Wohnung zu klein	zu hohe Miete	Hohe Lärm-belästigung	schlechte Ausstattung	Erwerb von Wohneigentum	zu hohe soziale Belastung	Wohnumfeld nicht kind-gerecht	gefährlicher Straßenverkehr	zu laute Nachbarn	fehlender Aufzug
insgesamt	70	30	25	22	17	16	16	15	14	10
Kinderzahl										
1 und 2 Kinder	69	30	26	22	20	16	15	13	14	10
3 und mehr Kinder	77	27	22	23	6	15	20	24	16	11
Familienform										
Paar-Familien	73	26	24	21	20	14	15	14	13	9
Alleinerziehende	57	43	27	25	4	25	20	18	19	11
Migrationshintergrund										
ohne	61	30	30	15	23	18	15	15	12	7
mit	76	30	21	27	13	15	17	15	16	12
Wohnstatus										
Mieter	71	32	24	22	17	15	16	15	14	10
Wohneigentümer	56	.*	.*	10	.*	.*	.*	.*	.*	.*
Einkommenssituation										
armutsgefährdet	78	37	21	31	3	16	20	16	19	14
nicht-armutsgefährdet	67	30	28	19	16	19	12	14	15	7
wohlhabend	61	16	26	10	46	10	12	13	5	6
Stadtteilty										
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	71	28	31	19	23	8	12	15	9	10
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	69	31	15	22	13	22	16	11	19	.*
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	71	34	35	31	.*	28	27	26	.*	.*
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	.*	.*	.*	.*	.*	.*	.*	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10



4.4.3 Ziel eines möglichen Umzugs

Mit 79 % wollen die meisten Familien, die einen Umzug planen, auch nach dem Wohnungswechsel weiterhin in Frankfurt wohnen.⁷⁵ 18 % der umzugswilligen Familien ziehen das Umland und 4 % einen anderen Ort in Deutschland vor.⁷⁶ Besonders Familien mit drei und mehr Kindern (92 %), Familien, die armutsgefährdet sind (88 %), und Familien mit Migrationshintergrund (87 %) möchten in der Stadt bleiben. Etwas weniger oft beabsichtigen dies Familien ohne Migrationshintergrund (69 %) und wohlhabende Familien (65 %). Diese ziehen etwas häufiger das Umland als neuen Wohnstandort in Erwägung, als dies durchschnittlich der Fall ist (23 % bzw. 27 % gegenüber 18 % bei allen Umzugswilligen). Zudem lässt sich feststellen, dass bei allen untersuchten Familiengruppen der Anteil der Familien, die im gleichen Stadtteil eine neue Wohnung suchen, höher ist (durchschnittlich 43 %) als der Anteil derer, die sich bei der Wohnungssuche auf andere Stadtteile konzentrierten (durchschnittlich 36 %). D. h., dass Familien, die an einen Umzug denken, vorzugsweise im bisherigen Stadtteil wohnen bleiben wollen. Dies dürfte sicherlich mit den vertrauten Strukturen vor Ort, aber auch mit dem Wunsch, einen Wechsel der Betreuungseinrichtungen bzw. einen Schulwechsel der Kinder zu vermeiden, zusammenhängen. Als Alternative zum Wohnsitz in Frankfurt gilt aber für viele noch immer das Umland. Fast jede fünfte Familie plant den Umzug in die Vororte der Stadt. Wie bereits erwähnt, wählen vorrangig wohlhabende sowie Familien ohne Migrationshintergrund und weniger armutsgefährdete Familien und Familien mit Migrationshintergrund diesen Weg.⁷⁷ Auch einige der Familien, die mit ihrem Wohnumfeld unzufrieden bzw. sehr unzufrieden sind, wünschen sich einen Wohnort im Umland (23 %). Allerdings wollen auch bei dieser Gruppe zukünftig die meisten in der Stadt bleiben; das Gros von ihnen wählt jedoch einen anderen Stadtteil (57 %) als den bisherigen (17 %). Etwa jede zweite Familie, die in innenstadtnahen und wenig armutsgefährdeten Wohnquartieren lebt (Stadtteiltyp 2), möchte auch nach einem Wohnungswechsel dort wohnen bleiben. Wohnen die Familien dagegen in armutsgefährdeten Stadtteilen (Stadtteiltyp 3 und 4), zieht fast die Hälfte von ihnen den Umzug in einen anderen Stadtteil vor.

⁷⁵ Nach jahrzehntelanger Abwanderung in die Vororte – Familien galten als tragende Gruppe im Rahmen der Suburbanisierung – überrascht der hohe Anteil. Die hohe Wertschätzung der Stadt Frankfurt am Main ist u. a. mit den gewandelten Geschlechterrollen und Familienmodellen zu erklären. Immer häufiger möchten bzw. müssen Männer und Frauen aufgrund persönlicher oder ökonomischer Gründe Familie und Beruf unter einen Hut bringen. Um dies zu bewältigen, sind Voraussetzungen zu schaffen, die dieser Herausforderung gerecht werden, wie z. B. personen- und familienbezogene Infrastrukturen und Dienstleistungen, die auf kurzen Wegen erreichbar und organisierbar sind. Diese Bedingungen sind in der Stadt eher vorzufinden als in den Vororten. Zudem besteht häufig bei den Eltern der Wunsch, den urbanen Lebensstil auch mit Familie fortzuführen (vgl. Frank, S.: Die „Rückkehr“ der Familien in die Stadt. Ende der Suburbanisierung? In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Themenschwerpunkt: Stadt und Familie, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, 1/2011).

⁷⁶ Das Ausland konnte zwar als mögliches Ziel eines Umzugs angegeben werden, wurde aber so selten genannt, dass es bei den weiteren Auswertungen nicht berücksichtigt wird.

⁷⁷ Relevant ist hier die Frage, warum die Familien das Umland als Wohnstandort vorziehen. Konnten Wünsche nach einer größeren Wohnung und nach Wohneigentumsbildung usw. in der Stadt nicht realisiert werden oder sind wohnumfeldbezogene Gründe das entscheidende Abwanderungsmotiv? Mit der Wegzugsbefragung des Bürgeramtes für Statistik und Wahlen wurde herausgefunden, dass die Wahl des neuen Wohnorts im Umland vor allem durch die Wohnqualität geprägt ist. Für Familien und Alleinerziehenden-Familien war der wichtigste Grund „die Wohnung war zu klein geworden“ (44 %), gefolgt von „Wohngegend war nichts für Kinder“ (30 %), „wollte im Grünen wohnen“ (29 %), „wollte Eigentum erwerben“ (27 %), „Wohnung war zu teuer“ (19 %) und „bessere Schule für Kinder“ (19 %). Auch gaben 39 % der befragten Familien an, dass sie in Frankfurt geblieben wären, wenn sie etwas Passendes gefunden hätten. 51 % hatten mit der Wohnungssuche in Frankfurt begonnen (vgl. Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Frankfurter Statistische Berichte 2/2008).

Tabelle 23: Wohin umzugswillige Familien ziehen wollen nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Angaben in Prozent.

	gleicher Stadtteil	anderer Stadtteil	Umland	anderer Ort in Deutschland
insgesamt	43	36	18	4
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	42	35	19	4
3 und mehr Kinder	48	44	-*	-*
Familienform				
Paar-Familien	43	36	18	4
Alleinerziehende	42	36	17	-*
Migrationshintergrund				
ohne	42	27	23	-*
mit	44	43	14	-*
Wohnstatus				
Mieter	44	36	17	4
Wohneigentümer	-*	-*	-*	-*
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	45	43	12	-*
nicht-armutsgefährdet	45	30	20	-*
wohlhabend	37	28	27	-*
Stadtteiltyp				
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	51	26	16	-*
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	37	44	21	-*
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	33	48	-*	-*
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	48	35	-*	-*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.



5

ERWERBSSITUATION DER ELTERN UND FINANZIELLE LAGE DER FAMILIEN

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

In diesem Kapitel stehen zwei für die soziale Lage der Familien zentrale Bedingungen im Zentrum des Interesses: die Erwerbssituation der Eltern und die finanzielle Lage der Familien. Auch wenn beide als Bedingungen der sozialen Lage der Familie getrennt betrachtet werden können, sind sie nicht unabhängig voneinander. So hängt die finanzielle Situation von Familien insgesamt und damit auch der Kinder unmittelbar davon ab, ob die Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen und in welchem Umfang sie dies tun. Arbeitslose und/oder SGB II-Leistungsempfänger gehören, wie man weiß, zu den Bevölkerungsgruppen, die das höchste Armutsrisiko aufweisen.⁷⁸ Aber auch umgekehrt gilt: Je schlechter die finanzielle Situation von Familien ist, umso größer ist der Druck, die Erwerbsbeteiligung auszuweiten, sei es, dass Überstunden gemacht werden, sei es, dass beide Elternteile gezwungen sind, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.⁷⁹ Die sich hieraus möglicherweise ergebenden Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden im folgenden Kapitel behandelt. Mütter und Väter gehen nicht nur arbeiten, weil sie es aus finanziellen Gründen müssen, sondern auch, weil sie eine Erwerbstätigkeit als zentralen Bestandteil ihres Lebensentwurfs ansehen. Häufig sind insbesondere bei Müttern die finanzielle Notwendigkeit, der Wunsch nach Selbstverwirklichung im Beruf und die Befürchtung, die Investitionen in die eigene Bildung durch eine zu lange Erwerbspause zu entwerten, als Motive so eng miteinander verwoben, dass sie selbst kaum sagen können, was wichtiger ist.⁸⁰

Viele Frankfurter Familien müssen mit wenig Geld zurechtkommen. Mehr als ein Fünftel der Frankfurter Kinder unter 15 Jahren bezog im Durchschnitt der letzten Jahre (2006 bis 2012) Sozialgeld nach dem SGB II. D.h., dass ihre Mutter und ihr Vater bzw. bei Alleinerziehenden der Elternteil, bei dem sie leben, Arbeitslosengeld II bekommen. Die Angehörigen dieser Familien leben in prekären finanziellen Verhältnissen und gelten als arm oder armutsgefährdet. Sie wohnen, wie im letzten Frankfurter Sozialbericht⁸¹ gezeigt werden konnte, überdurchschnittlich häufig in den Teilen der Stadt, die durch eine hohe Arbeitslosendichte und einen hohen Migrantenanteil geprägt sind.⁸²

5.1 ERWERBSSTATUS DER ELTERN

Mit dem Erwerbsstatus wird erfasst, ob und in welchem Umfang jemand erwerbstätig ist oder nicht. Das Spektrum der Erwerbstätigkeit reicht von gelegentlichen und unregelmäßigen Beschäftigungsverhältnissen bis zu einer Vollzeit-erwerbstätigkeit. Bei Nichterwerbstätigen wird beispielsweise zwischen dem Erwerbsstatus Hausfrau, Student oder Rentner unterschieden. Personen können mehr als einen Erwerbsstatus haben. So können Hausfrauen und Studenten geringfügig beschäftigt sein, und wer beim Arbeitsamt als arbeitslos registriert ist, darf einer Erwerbstätigkeit von bis zu 15 Wochenstunden nachgehen, ohne seinen Status als Arbeitsloser zu verlieren.

Der Erwerbsstatus der von uns befragten Eltern differiert stark nach Geschlecht und Familienform, wie die folgende Tabelle zeigt. Eine Vollzeit-erwerbstätigkeit wird vorrangig von Vätern aus Paar-Familien ausgeübt, während Mütter unabhängig von der Familienform deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten. Während 77 % der Väter aus Paar-Familien vollzeiterwerbstätig sind, sind es von den Müttern aus Paar-Fa-

milien 19 % und von den alleinerziehenden Müttern 22 %.⁸³ Alleinerziehende Mütter und Mütter aus Paar-Familien sind häufiger teilzeit- als vollzeiterwerbstätig als Väter aus Paar-Familien. Alleinerziehende Mütter sind häufiger arbeitslos, seltener in Mutterschaftszeit bzw. Elternzeit und seltener Hausfrau als Mütter aus Paar-Familien. Letzteres hängt damit zusammen, dass die alleinerziehenden Mütter in unserer Stichprobe im Durchschnitt ältere Kinder haben als die Mütter aus Paar-Familien. Wenn man nur die Familien, in denen das jüngste Kind höchstens ein Jahr alt ist, vergleicht, dann sind 52 % der Mütter aus Paar-Familien und 60 % der alleinerziehenden Mütter in Mutterschaftszeit oder Elternzeit. Und betrachtet man nur die Mütter, deren jüngstes Kind unter sechs Jahre alt ist, dann sind 46 % der Mütter aus Paar-Familien und 36 % der alleinerziehenden Mütter vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig und 7 % der Mütter aus Paar-Familien und 31 % der alleinerziehenden Mütter sind arbeitslos.

Tabelle 24: Erwerbsstatus von Müttern und Vätern nach Familienform. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Paar-Familien		
	alleinerziehende Mutter	Mutter	Vater
vollzeiterwerbstätig	22	19	77
teilzeiterwerbstätig	36	37	9
arbeitslos	20	6	6
Hausfrau/Hausmann	17	22	3
geringfügig erwerbstätig, Mini-Job	7	8	2
„Ein-Euro-Job“	.*	.*	.*
gelegentlich oder unregelmäßig beschäftigt	.*	2	2
berufliche Ausbildung/Lehre/Umschulung	.*	2	.*
Praktikum	.*	.*	.*
Schüler(in)/Student(in)	.*	2	1
Mutterschaftszeit, Elternzeit	9	16	2
Rentner(in), Pensionär(in), im Vorruhestand	.*	.*	2
sonstiges	.*	2	2

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Betrachtet man nur Familien, in denen das jüngste Kind unter sechs Jahre alt ist, dann sind die Anteile der Mütter, die Hausfrauen (23 und 24 %) oder in Mutterschaftszeit bzw. Elternzeit (jeweils 28 %) sind, bei alleinerziehenden Müttern und Müttern aus Paar-Familien identisch. Alleinerziehende, deren jüngstes Kind unter sechs Jahre alt ist, sind des Weiteren zu 35 % vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig und zu 20 % arbeitslos, während Mütter aus Paar-Familien nur zu 6 % arbeitslos, aber zu 47 % vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig sind. Arbeitslose alleinerziehende Mütter mit einem Kind unter sechs Jahren beziehen zu 90 % Arbeitslosengeld II. Bei Familien, in denen das jüngste Kind sechs Jahre oder älter ist, gleicht sich die Erwerbsbeteiligung von alleinerziehenden Müttern und Müttern aus Paar-Familien hingegen an: 68 % der Mütter aus Paar-Familien und 69 % der alleinerziehenden Mütter sind vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig. Alleinerziehende Mütter sind aber immer noch häufiger arbeitslos (14 gegenüber 5 %) und seltener Hausfrau (13 gegenüber 21 %) als Mütter aus Paar-Familien. Von den arbeitslosen alleinerziehenden Müttern, deren jüngstes Kind mindestens sechs Jahre alt ist, beziehen 83 % Arbeitslosengeld II.

78 Vgl. Goebel, J.; Habich, R., Krause, P.: Einkommen – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011, S. 162 – 179.

79 Vgl. Wagner, S.: Erwerbsbeteiligung von Frauen. Mit halben Zeiten im Spiel. In: IAB – Forum 1/2009, S. 10–17.

80 Vgl. Schmitt, C.: Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 7/2007, S. 3 – 8.

81 Vgl. Jacobs, H.: Frankfurter Sozialbericht, Teil IX: Zukunft für Frankfurter Kinder sichern! SGB II-Leistungsbezug von Kindern und soziale Segregation in Frankfurt am Main – eine kleinräumige Analyse und Diskussion von Ansätzen zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung von Kindern, hrsg. von der Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht, Frankfurt am Main 2010.

82 Wenn im Durchschnitt der letzten Jahre mehr als ein Fünftel der Frankfurter unter 15-Jährigen von Sozialgeld nach dem SGB II leben muss, dann handelt es sich um einen Wert, der die Situation jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt beschreibt. Allerdings gibt es eine beträchtliche Fluktuation in und aus dem SGB II-Leistungsbezug. Dies bedeutet, dass die mit dem SGB II-Leistungsbezug verbundenen finanziellen Einschränkungen für viele Betroffene zwar eine vorübergehende Erfahrung sind, dass aber deutlich mehr Kinder und Familien Erfahrungen mit Armut machen, als der Betroffenenanteil von einem knappen Fünftel vermuten lässt. So gab es im Durchschnitt der Monate September 2011 bis September 2012 in Frankfurt am Main rund 47.000 ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger. Im gleichen Zeitraum gab es insgesamt 21.000 Zugänge in den ALG II-Bezug und 22.000 Abgänge aus dem ALG II-Bezug. Ein Drittel derjenigen, deren ALG II-Bezug begonnen hat, hatte in den letzten drei Monaten vor Bezugsbeginn schon einmal ALG II bezogen. Bei den anderen Betroffenen kann von einem erstmaligen Bezug oder einer längeren Bezugsunterbrechung ausgegangen werden.

83 Alleinerziehende Väter wurden bei diesen Analysen nicht berücksichtigt, weil aufgrund ihrer geringen Zahl die Zellenbesetzungen so gering ausfallen, dass gesicherte Aussagen kaum möglich sind.

Ob Mütter – egal ob sie alleinerziehend sind oder in einer Paar-Familie leben – überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgehen, hängt entscheidend von der Zahl und dem Alter der Kinder ab: Lebt kein oder nur ein Kind unter 15 Jahren in der Familie, dann sind rund 59 % der Mütter aus den von uns befragten Familien erwerbstätig. Bei zwei Kindern unter 15 Jahren sind es 53 % und bei drei Kindern 35 %. Ist – unabhängig von der Zahl der Kinder – das jüngste Kind unter drei Jahre alt, dann sind 44 % der Mütter erwerbstätig, ist das jüngste Kind mindestens drei Jahre, aber jünger als sechs Jahre, sind es 54 %. Ist das jüngste Kind hingegen im Grundschulalter, erreicht die Erwerbsbeteiligung von Müttern 60 %.

Im Folgenden wird die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern aus Paar-Familien näher betrachtet. Wenn Mütter vollzeiterwerbstätig sind, haben 68 % von ihnen einen ebenfalls vollzeiterwerbstätigen Partner, 11 % einen in Teilzeit arbeitenden Partner und 8 % einen Partner, der Hausmann ist. Umgekehrt gilt dies allerdings nicht: Die Partnerinnen von vollzeiterwerbstätigen Vätern arbeiten selber nur zu 16 % in Vollzeit, aber zu 39 % in Teilzeit, weitere 20 % dieser Mütter sind Hausfrauen und 15 % sind in Mutterschaftszeit oder Elternzeit. 82 % der teilzeiterwerbstätigen Mütter aus Paar-Familien haben einen vollzeit- und 6 % einen teilzeiterwerbstätigen Partner. 70 % der Mütter, die Hausfrauen sind, haben einen vollzeit- und 7 % einen teilzeiterwerbstätigen Partner.

In Paar-Familien sind verschiedene Kombinationen von Teilzeit- und Vollzeiterwerbstätigkeiten möglich. Für die folgende Tabelle wurden auf Basis der Angaben, ob die Auskunftsperson oder ihr Partner bzw. ihre Partnerin einer Vollzeit- oder einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachgehen, fünf Gruppen gebildet. Hierbei wurden zwei Teilzeiterwerbstätigkeiten als eine Vollzeiterwerbstätigkeit gewertet. Geringfügige oder gelegentliche Beschäftigungsverhältnisse und Ein-Euro-Jobs wurden nicht berücksichtigt. Je nach Kinderzahl, Migrationshintergrund, Einkommenssituation und Stadtteiltyt unterscheiden sich, wie die Tabelle zeigt, der Umfang der Erwerbstätigkeit und die Kombination von Teilzeit- und Vollzeiterwerbstätigkeiten in Paar-Familien deutlich. Sind drei und mehr Kinder in der Familie vorhanden, sind die Kombinationen „eine Vollzeit- und eine Teilzeiterwerbstätigkeit“ und „zwei Vollzeiterwerbstätigkeiten“ seltener als in Familien mit einem oder zwei Kindern. Armutsgefährdete Familien und Familien mit Migrationshintergrund weisen eine deutlich geringere Erwerbsbeteiligung auf als nicht-armutsgefährdete und wohlhabende Familien und als Familien ohne Migrationshintergrund. So haben 30 % der Paar-Familien mit Migrationshintergrund einen Erwerbsumfang von höchstens einer Teilzeiterwerbstätigkeit, aber nur 12 % der Familien ohne Migrationshintergrund. Das Muster „eine Vollzeit- und eine Teilzeiterwerbstätigkeit“ trifft man am häufigsten bei Paar-Familien, die in den drei Stadtteilen des Typs 5 wohnen (48 %). Demgegenüber ist bei den Paar-Familien aus den Stadtteilen des Typs 4 der Anteil der Familien, in denen kein Elternteil wenigstens einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachgeht (20 %), und der Anteil der Familien mit einer Vollzeiterwerbstätigkeit und keiner weiteren Erwerbstätigkeit (41 %) am höchsten. Die Stadtteile der Typen 2 und 3 liegen zwischen diesen Extremen, wobei die Erwerbsbeteiligung bei den Müttern und Vätern aus Paar-Familien aus den Stadtteilen des Typs 2 am höchsten ist. Hier findet man auch den höchsten Anteil von Paar-Familien mit zwei vollzeiterwerbstätigen Eltern (13 %). Ähnliche Differenzen gibt es auch bei den Alleinerziehenden (ohne Tabelle). Während 28 % der Alleinerziehenden aus Stadtteilen des Typs 2 in Vollzeit arbeiten, sind es von den Alleinerziehenden aus Stadtteilen des Typs 4 nur 15 %.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass die Kombination vollzeiterwerbstätiger Vater und vollzeiterwerbstätige Mutter eher selten ist. Gerade einmal auf 11 % der Paar-Familien trifft dies zu. Nur in 2 % der Familien arbeiten sowohl Mutter als auch Vater in Teilzeit. Häufiger ist mit 25 % die Kombination vollzeiterwerbstätiger Vater und teilzeiterwerbstätige Mutter und mit 13 % die Verbindung eines vollzeiterwerbstätigen Vaters mit einer Mutter, die Hausfrau ist. In 5 % der Paar-Familien ist die Mutter geringfügig beschäftigt und der Vater arbeitet in Vollzeit, in 10 % der Familien ist die Mutter in Mutterschaftszeit oder Elternzeit und der Vater arbeitet in Vollzeit.

Tabelle 25: Umfang der Erwerbstätigkeit in Paar-Familien nach Kinderzahl, Migrationshintergrund, Einkommenssituation und Stadtteiltyt. Angaben in Prozent.

	keine Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit	eine Teilzeiterwerbstätigkeit	eine Vollzeiterwerbstätigkeit	eine Voll- u. eine Teilzeiterwerbstätigkeit	zwei Vollzeiterwerbstätigkeiten
insgesamt	13	9	38	29	11
Kinderzahl					
1 und 2 Kinder	11	8	38	31	12
3 und mehr Kinder	20	13	39	21	7
Migrationshintergrund					
ohne	7	5	36	40	13
mit	18	12	40	20	10
Einkommenssituation					
armutsgefährdet	32	21	34	9	.*
nicht-armutsgefährdet	6	5	43	33	13
wohlhabend	.*	.*	36	42	17
Stadtteiltyt					
(2) bessergestell- verdichtet-stabil	10	7	39	32	13
(3) leicht armutsgefährdet- kinderreich-in Randlage	15	11	37	28	10
(4) stark armutsgefährdet- kinderarm-in stabil	20	12	41	18	9
(5) wohlhabend-kinderreich- zentrumfern	4	4	32	48	9

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

5.2 SOZIALE LAGE DER ELTERN

Mit dem Begriff der sozialen Lage wird versucht, die Bevölkerung im gesellschaftlichen Gefüge zu verorten. Die soziale Lage wird üblicherweise aufgrund der derzeitigen oder früheren Stellung im Beruf und des derzeitigen Erwerbsstatus bestimmt.⁸⁴ Die Stellung im Beruf drückt die Stellung in der betrieblichen Hierarchie und indirekt auch das Qualifikationsniveau der Betroffenen aus wie z. B. bei leitenden Angestellten, Meistern oder Facharbeitern. Mit dem Erwerbsstatus wird hingegen erfasst, ob und in welchem Umfang jemand erwerbstätig ist oder nicht (siehe Abschnitt 5.1). Die folgende Tabelle zeigt, welche soziale Lagen die von uns befragten Väter und Mütter aus Paar-Familien und welche soziale Lagen alleinerziehende Mütter haben. Alleinerziehende Väter wurden aufgrund ihrer geringen Anzahl hierbei nicht berücksichtigt.

84 Vgl. Habich, R.: Soziale Lagen und soziale Schichtung. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011, S. 175–179.

Tabelle 26: Soziale Lage von Müttern und Vätern nach Familienform. Angaben in Prozent.

	alleinerziehende Mütter	Paar-Familien	
		Mutter	Vater
leitende Angestellte/höhere Beamte	.*	3	8
hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte	10	19	27
qualifizierte Angestellte/mittlere Beamte	27	25	12
einfache Angestellte/Beamte	13	6	5
Meister/Vorarbeiter	.*	.*	2
Facharbeiter	.*	2	6
un-, angelernte Arbeiter	7	5	11
Selbständige, akademische freie Berufe	} 6	5	6
sonstige Selbständige		4	8
Arbeitslose	12	3	5
Hausfrauen/-männer	15	20	3
Studium/Lehre/berufliche Ausbildung	3	3	2
Vorruhestand/Rente	.*	.*	2
noch nie erwerbstätig	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Väter aus Paar-Familien sind häufiger als ihre Partnerin leitende Angestellte/höhere Beamte (8 gegenüber 3 %), hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte (27 gegenüber 19 %), un-, angelernte Arbeiter (11 gegenüber 5 %) und selbständig (zusammen 14 gegenüber 9 %). Die Mütter aus Paar-Familien sind demgegenüber häufiger qualifizierte Angestellte/mittlere Beamte (25 gegenüber 12 %) und Hausfrauen (20 gegenüber 3 % Hausmänner). Alleinerziehende Mütter sind häufiger als Mütter aus Paar-Familien einfache Angestellte (13 gegenüber 6 %), arbeitslos (12 gegenüber 3 %) und in geringerem Umfang hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte (10 gegenüber 19 %) und Hausfrau (15 gegenüber 20 %).

Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Haushalte haben eine soziale Lage, wobei üblicherweise unterstellt wird, dass die soziale Lage eines Haushaltsmitglieds die der anderen mitprägt. Nicht ohne Grund spricht man von einem Unternehmerhaushalt, einem Rentnerhaushalt oder einem Arbeitslosenhaushalt. In Paar-Haushalten haben Mütter und Väter häufig nicht dieselbe individuelle soziale Lage im oben beschriebenen Sinne. Während die Mutter z. B. als höhere Beamtin arbeitet, kann ihr Partner gerade arbeitslos geworden sein oder einen freien Beruf ausüben. Will man wie wir im Folgenden die soziale Lage der Familie in ihrer Gesamtheit bestimmen, muss ein Weg gefunden werden, solche Inkonsistenzen zu „verrechnen“. Ansonsten würden bei Paar-Familien alle möglichen Kombinationen der sozialen Lagen von Müttern und Vätern eine eigene soziale Lage bilden. Bei Inkonsistenzen zwischen den sozialen Lagen von Vater und Mutter haben wir uns deshalb an der höchsten sozialen Lage orientiert, die einer der beiden Eltern hat. Das ist bei abhängig Beschäftigten relativ einfach, da hier die verschiedenen sozialen Lagen eine eindeutige Hierarchie aufweisen. Bei Selbständigen ist dies hingegen etwas schwieriger. Hier haben wir festgelegt, dass, wenn ein Elternteil einen freien Beruf ausübt oder als selbständiger Akademiker tätig ist, dies die soziale Lage der Familie kennzeichnet, unabhängig davon, welchen Erwerbsstatus der Partner oder die Partnerin hat.

Die soziale Lage der Familie unterscheidet sich stark nach Familienform und dem Vorhandensein bzw.

Fehlen eines Migrationshintergrundes bei den Eltern. Alleinerziehende haben häufiger als Paar-Familien die soziale Lage „Hausfrau/Hausmann“ (18 gegenüber 2 %), „Arbeitslose“ (12 gegenüber 5 %) und „einfache Angestellte/Beamte“ (12 gegenüber 8 %).⁸⁵ Demgegenüber nehmen Paar-Familien deutlich häufiger als Alleinerziehende die höheren sozialen Lagen „leitende Angestellte/höhere Beamte“ und „hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte“ (zusammen 41 gegenüber 10 %) ein. Die in vielen Fällen niedrigere soziale Lage von Alleinerziehenden ist auch Resultat ihrer geringeren Bildungsabschlüsse. Vergleicht man den höchsten Schulabschluss von Eltern aus Paar-Familien und von Alleinerziehenden, dann zeigt sich, dass in 62 % der Paar-Familien mindestens ein Elternteil Abitur oder Fachabitur hat, dass es bei den Alleinerziehenden hingegen nur 33 % sind (ohne Tabelle). Des Weiteren haben 30 % der Alleinerziehenden einen Volks- oder Hauptschulabschluss. Dies ist nur in 16 % der Paar-Familien der höchste Schulabschluss von Vater oder Mutter. Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, gehören seltener als Familien ohne Migrationshintergrund den drei oberen sozialen Lagen an (zusammen 37 gegenüber 71 %), sind aber häufiger einfache Angestellte oder einfache Beamte (12 gegenüber 5 %), Facharbeiter oder un-, angelernte Arbeiter (zusammen 25 gegenüber 6 %). Die niedrigere soziale Lage von Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, ist das Ergebnis niedrigerer Bildungsabschlüsse. Vergleicht man den höchsten Schulabschluss von Eltern aus Familien mit und ohne Migrationshintergrund, dann hat in 65 % der Familien ohne Migrationshintergrund mindestens ein Elternteil Abitur oder Fachabitur, bei den Familien mit Migrationshintergrund sind es hingegen nur 49 %.

Tabelle 27: Soziale Lage der Familien nach Familienform und Migrationshintergrund von Mutter und/oder Vater. Angaben in Prozent.

	Paar-Familien	Alleinerziehende	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
leitende Angestellte/höhere Beamte	10	.*	11	5
hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte	31	10	36	17
qualifizierte Angestellte/mittlere Beamte	19	23	24	15
einfache Angestellte/Beamte	8	12	5	12
Meister/Vorarbeiter	2	.*	0	3
Facharbeiter	4	.*	2	6
un-, angelernte Arbeiter	12	8	4	19
Selbständige, akad. freie Berufe	3	} 7	5	2
sonstige Selbständige	3		3	4
Arbeitslose	5	12	3	9
Hausfrauen/-männer	2	18	5	5
Sonstiges	2	4	3	3

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Die soziale Lage der von uns befragten Familien differiert sehr stark nach dem Typ des Stadtteils, in dem die Familie wohnt, wie die folgende Tabelle zeigt.

⁸⁵ Hier wurden alle Alleinerziehenden unabhängig von ihrem Geschlecht berücksichtigt.

Tabelle 28: Soziale Lage der Familien nach Stadtteiltyp. Angaben in Prozent.

	(2) bessergestellt- verdichtet- stabil	(3) leicht armuts- gefährdet- kinderreich- in Randlage	(4) stark armuts- gefährdet- kinderarm- instabil	(5) wohlhabend- kinderreich- zentrum fern
leitende Angestellte/ höhere Beamte	12	5	.*	} 83
hochqualifizierte Angestellte/ gehobene Beamte	35	20	13	
qualifizierte Angestellte/ mittlere Beamte	19	21	15	
einfache Angestellte/ Beamte	7	10	11	.*
Meister/Vorarbeiter	.*	2	} 8	.*
Facharbeiter	3	5		.*
un-, angeleitete Arbeiter	6	15	24	.*
Selbständige, akad. freie Berufe	4	} 4	.*	.*
sonstige Selbständige	4		.*	.*
Arbeitslose	5	8	7	.*
Hausfrauen/-männer	3	6	9	.*
Sonstiges	3	3	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Die Familien aus Stadtteilen des Typs 4 („stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil“) haben zu einem Viertel die soziale Lage „un-, angeleitete Arbeiter“. In den anderen Stadtteiltypen dominieren hingegen die ersten drei sozialen Lagen. Von den Familien aus den Stadtteilen des Typs 5 („wohlhabend-kinderreich-zentrum fern“) gehören insgesamt 83 % diesen drei sozialen Lagen an.

5.3 WOCHENARBEITSZEIT VON MÜTTERN UND VÄTERN

Während alleinerziehende Frauen genauso häufig teilzeit- oder vollzeiterwerbstätig sind wie Frauen aus Paar-Familien (58 bzw. 59 %), arbeiten sie im Durchschnitt in der Woche etwas länger als nicht alleinerziehende Frauen, nämlich 30,5 gegenüber 28,9 Wochenstunden. Auch die Kinderzahl hat nur geringen Einfluss auf die wöchentlichen Arbeitszeiten erwerbstätiger Mütter. Mit keinem oder einem Kind unter 15 Jahren liegt die Wochenarbeitszeit von Müttern im Durchschnitt bei 30 Stunden, mit zwei oder drei Kindern unter 15 bei 27 Stunden. Für die Wochenarbeitszeit von Müttern gilt zudem: Je höher der berufliche Ausbildungsabschluss, umso länger wird gearbeitet. Während Mütter, die als ungelernete oder angeleitete Arbeiterinnen beschäftigt sind, eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 24,5 Stunden haben, sind es bei Frauen, die als einfache Angestellte tätig sind, 26,7 Stunden, bei hochqualifizierten Angestellten und gehobenen Beamtinnen 32,9 Wochenstunden und bei leitenden Angestellten oder höheren Beamtinnen sogar 36,6 Stunden. Bei Vätern sind die Unterschiede bei der wöchentlichen Arbeitszeit ebenfalls groß, allerdings auf deutlich höherem Niveau: Ungelernte oder angeleitete Arbeiter haben eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 37,6 Stunden, leitende Angestellte und höhere Beamte eine von 46,6 Stunden.

In Paar-Familien besteht nur ein geringer Zusammenhang zwischen der Zahl der Kinder unter 15 Jahren und der Wochenarbeitszeit, die von Vater und Mutter insgesamt geleistet wird. Während bei einem

Kind unter 15 Jahren die durchschnittliche Gesamtwochenarbeitszeit von Müttern und Vätern in Paar-Familien bei 60 Stunden liegt, sind es bei zwei Kindern 56,4 Stunden und bei drei Kindern unter 15 Jahren 52,7 Stunden.⁸⁶ Deutlich größer ist hingegen der Zusammenhang der sozialen Lage mit der von Müttern und Vätern in Paar-Familien insgesamt geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit. Bei den von uns befragten Paar-Familien mit der sozialen Lage „leitende Angestellte/höhere Beamte“ war die von Vater und Mutter insgesamt geleistete Wochenarbeitszeit mit 69,4 Stunden am höchsten und bei Paar-Familien mit der sozialen Lage „un-, angeleitete Arbeiter“ mit 42,8 Stunden am niedrigsten. Die geringere Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern der sozialen Lage „un-, angeleitete Arbeiter“ ist hierbei nicht auf eine überdurchschnittlich große Zahl von Kindern oder darauf, dass ihre Kinder jünger sind als die anderer Familien, zurückzuführen. Die Unterschiede zwischen den sozialen Lagen bleiben erhalten, wenn man nur Familien mit einem oder mit zwei Kindern unter 15 Jahren betrachtet.

Wenn die Wochenarbeitszeiten hoch sind, nehmen insbesondere Paar-Familien die Unterstützung einer Putz- oder Haushaltshilfe in Anspruch. Liegt die Gesamtwochenarbeitszeit von Vater und Mutter unter 60 Stunden, dann haben 12 % der Paare eine Putz- oder Haushaltshilfe, beträgt die Wochenarbeitszeit 60 Stunden und mehr, dann sind es 29 %. Es sind insbesondere die Paar-Familien höherer sozialer Lage, und zwar 53 % der Paar-Familien leitender Angestellter und höherer Beamt(inn)en und 30 % der Paar-Familien hochqualifizierter Angestellter bzw. gehobener Beamt(inn)en, die die Unterstützung einer Putz- oder Haushaltshilfe in Anspruch nehmen.

Tabelle 29: Durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Vätern und Müttern zusammen in Paar-Familien insgesamt und in Paar-Familien mit einem und zwei Kindern unter 15 Jahren nach sozialer Lage der Familie. Angaben in Stunden.

	Paar-Familien insgesamt	Paar-Familien mit einem Kind unter 15 Jahren	Paar-Familien mit zwei Kindern unter 15 Jahren
leitende Angestellte/höhere Beamte	69,4	73,2	64,2
hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte	64,2	65,3	62,9
qualifizierte Angestellte/ mittlere Beamte	57,6	59,8	55,2
einfache Angestellte/Beamte	49,0	51,4	46,8
Meister/Vorarbeiter	50,9	.*	.*
Facharbeiter	50,5	53,4	50,9
un-, angeleitete Arbeiter	42,8	43,2	40,1
Selbständige, akademische freie Berufe	61,2	.*	.*
sonstige Selbständige	64,1	.*	.*
insgesamt	57,8	60,0	56,4

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

⁸⁶ Bei dieser Berechnung wurden alle Paar-Familien berücksichtigt, bei denen mindestens ein Elternteil erwerbstätig ist. Wenn ein Elternteil nicht erwerbstätig ist, geht er mit null Stunden in die Berechnung ein.

5.4 ERWERBSBETEILIGUNG UND INNERFAMILIÄRE ARBEITSTEILUNG IN PAAR-FAMILIEN

Mütter und Väter unterscheiden sich nicht nur im Hinblick auf den zeitlichen Umfang ihrer Erwerbstätigkeit, sondern auch darin, welche Aufgaben sie im Haushalt vorrangig übernehmen. Wie die Tätigkeiten zwischen den Eltern im Haushalt aufgeteilt sind, zeigt die folgende Tabelle. Die Befragten konnten angeben, ob die Tätigkeiten jeweils vorrangig von ihnen selbst, überwiegend vom Partner bzw. von der Partnerin oder von beiden zu etwa gleichen Teilen übernommen werden.

Betrachten wir zunächst, wie die Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern in Paar-Familien aussieht. Die Daten zeigen im Wesentlichen das „traditionelle“ Verteilungsmuster der Aufgaben von Müttern und Vätern.⁸⁷ Während die im engeren Sinne haushaltsbezogenen Tätigkeiten wie Kochen, Putzen und Wäschewaschen überwiegend von den Müttern übernommen werden, sind nur die „kleineren Reparaturen“ im Haushalt eine „Männerdomäne“. Zu einem beträchtlichen Prozentsatz kaufen Mütter und Väter zu etwa gleichen Teilen ein, betreuen ihre Kinder und spielen mit ihnen, übernehmen pflegerische Tätigkeiten und geben Hilfestellung bei den Schularbeiten. Im Gegensatz zu den haushaltsbezogenen Aufgaben im engeren Sinne beteiligen sich die Väter an den kindbezogenen Tätigkeiten in großem Umfang.

Tabelle 30: Innerfamiliäre Arbeitsteilung im Haushalt. Angaben in Prozent.*

	überwiegend von der Mutter	überwiegend vom Vater	von beiden zu etwa gleichen Teilen
Einkaufen	43	13	44
Putzen	67	4	29
Wäschewaschen	77	7	17
Kochen	63	11	26
Kinder betreuen	53	4	43
Hilfestellung bei Schularbeiten	49	12	39
mit den Kindern spielen	27	6	67
pflegerische Tätigkeiten (z.B. Wickeln)	49	3	48
Kleinere Reparaturen im Haushalt	10	68	22
„Papierkram“, Behördengänge	35	32	32
durchschnittlicher Prozentsatz	47	16	37

* Es wurden nur Tätigkeiten berücksichtigt, die in der Familie tatsächlich jeweils anfallen.

Bei diesen Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass die häusliche Arbeitsteilung im Verlauf einer Partnerschaft oftmals einem Wandel unterzogen ist. Der entscheidende Wendepunkt ist – zumindest in westdeutschen Ehen – die Geburt des ersten Kindes. Während zu Beginn der Ehe und vor der Geburt des ersten Kindes noch eine partnerschaftliche Arbeitsteilung vorherrscht, kehren die Eheleute nach der Geburt des ersten Kindes zu einer eher „traditionellen“ Form der Arbeitsteilung zurück, die sich weitgehend an herkömmlichen Rollenbildern orientiert: „Die Frau konzentriert sich auf den Haushalt und der

⁸⁷ So ist in Paar-Haushalten einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge das Fensterputzen, das Bekochen von Gästen und die Wäsche nach wie vor „Frauensache“, während Reparaturen meistens von den Männern übernommen werden (vgl. Huinink, J.: Familienleben und Alltagsorganisation. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 301/2008 „Familie und Familienpolitik“, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 15 – 27, hier S. 21 ff.). Empirische Erhebungen zeigen, dass sich das Engagement der Männer im Haushalt in den letzten Jahrzehnten erhöht hat, dass aber Frauen nach wie vor sehr viel mehr Zeit auf die Hausarbeit verwenden als Männer (vgl. Pirl, C.: Wo bleibt die Zeit. Die Zeitbudgeterhebung 2001/02 des Statistischen Bundesamtes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31 – 32/2004, S. 19 – 25, hier: S. 23 ff.).

Mann auf die Erwerbstätigkeit“, wie Schulz⁸⁸ anhand einer Langzeituntersuchung westdeutscher Paare herausfand: „Je länger eine Ehe andauert, desto mehr verfestigen sich geschlechtstypische arbeitsteilige Strukturen im Lebensalltag, z. B. durch Absprachen zwischen den Ehepartnern oder durch die Herausbildung von Routinen. Für die Ehegatten wird es immer schwieriger, sich zu verändern, und die Aussichten der Frauen, ihre Ehemänner zu einer stärkeren Beteiligung zu bewegen, schwinden zusehends.“

Die Ergebnisse von Schulz lassen offen, ob sich hieran etwas ändert, wenn die Mütter (wieder) einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Wir wollen dieser Frage anhand unserer Befragungsergebnisse nachgehen. Hierbei werden nur solche Paar-Familien berücksichtigt, in denen der Vater einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgeht. Wir konzentrieren uns hierbei auf regelmäßig anfallende Hausarbeiten im engeren Sinne wie Kochen, Putzen, Wäsche-waschen und pflegerische Tätigkeiten wie das Wickeln. Das Ergebnis zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle 31: Aufgaben, die überwiegend von der Mutter erledigt werden, in Paar-Familien mit vollzeiterwerbstätigem Vater nach Erwerbsstatus der Mutter. Angaben in Prozent.

	Mutter Hausfrau	Mutter teilzeiterwerbstätig	Mutter vollzeiterwerbstätig
Putzen	87	74	59
Wäschewaschen	90	84	69
Kochen	85	67	52
pflegerische Tätigkeiten (z. B. Wickeln)	60	51	35

Mit steigendem Erwerbsumfang der Mütter sinkt bei allen hier betrachteten Aufgaben der Anteil der Mütter, die diese Tätigkeiten überwiegend selbst übernehmen. Während 87 % der Mütter mit einem vollzeiterwerbstätigen Partner überwiegend putzen, sind es von den vollzeiterwerbstätigen Müttern mit vollzeiterwerbstätigem Partner noch 59 %. Die Väter entlasten demnach ihre Partnerin im Bereich der Hausarbeit, wenn diese erwerbstätig ist. Dieses Engagement reicht aber nicht aus, um hier eine gleichgewichtige Übernahme der Aufgaben durch Vater und Mutter zu erreichen, selbst dann nicht, wenn beide in etwa gleichem Umfang beruflich engagiert sind.⁸⁹ Ein beträchtlicher Teil der Paar-Familien, in denen der Vater vollzeiterwerbstätig ist und die Mutter einer Teilzeit- oder Vollzeiterwerbstätigkeit nachgeht, holt sich bei der Hausarbeit Hilfe von außen. 28 % dieser Paar-Familien haben eine Putz- oder Haushaltshilfe, insbesondere, wie im letzten Abschnitt gezeigt wurde, Paare aus höheren sozialen Lagen. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass viele, aber nicht alle erwerbstätigen Mütter in Paar-Familien bei der Hausarbeit entlastet werden, sei es durch den Partner und/oder eine Putz- oder Haushaltshilfe.

5.5 DIE EINKOMMENSITUATION

Will man die Einkommenssituation von Haushalten verschiedener Zusammensetzung vergleichen, darf man das Haushaltseinkommen nicht einfach durch die Zahl der Haushaltsmitglieder teilen, weil bei einem solchen Vorgehen die unterschiedlichen Bedarfe der verschiedenen Haushaltsmitglieder unberücksichtigt blieben. Kommt z. B. in einen bereits bestehenden Zwei-Personen-Haushalt eine weitere Person hinzu, steigen die Ausgaben, die dieser jetzt aus drei Personen bestehende Haushalt hätte, um seinen Lebensstandard beibehalten zu können, nicht um 50 %. Einige Kosten fallen in Haushalten nur einmal an wie z. B. Grundgebühren für Telefon und Strom oder das Abonnement einer Tageszeitung.

⁸⁸ Vgl. Schulz, F.: Häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf (<https://www.familienhandbuch.de/familienforschung/rollen-in-der-familie/haeusliche-arbeitsteilung-im-eheverlauf>. Zugriff: 24.08.2012).

⁸⁹ Auch wenn die Daten es nicht eindeutig belegen, da kein Vorhernachervergleich vorgenommen wird, so liegt doch die Vermutung nahe, dass das stärkere Engagement der Väter eine Folge der längeren Arbeitszeiten der Mütter ist.

Auch reicht die Kapazität von Geräten wie Waschmaschine oder Kühlschrank in der Regel noch aus, wenn ein Haushalt von zwei auf drei Personen anwächst. Auch das Alter der hinzukommenden Person hat Einfluss auf den finanziellen Bedarf des Haushalts. Um die Einkommenssituation von unterschiedlich großen und unterschiedlich zusammengesetzten Haushalten vergleichen zu können, sind Äquivalenzskalen entwickelt worden. In der Armutsberichterstattung hat sich eine von der OECD entwickelte Skala durchgesetzt, der zufolge die erste Person im Haushalt das Bedarfsgewicht von 1 hat, Personen ab 15 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5 und Personen unter 15 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3. Bei einer Paar-Familie mit zwei Kindern im Alter von sieben und zehn Jahren ist die Summe der Bedarfsgewichte 2,1 (1. Erwachsener: 1; 2. Erwachsener: 0,5; 1. Kind: 0,3 und 2. Kind: 0,3). Wenn dieser Haushalt ein Netto-Einkommen von 3.150 Euro hat, beträgt das Netto-Äquivalenzeinkommen der Haushaltsmitglieder 1.500 Euro. Ein Alleinerziehenden-Haushalt mit zwei Kindern unter 15 Jahren müsste ein Netto-Haushaltseinkommen von 2.400 Euro haben, damit die Alleinerziehende und ihre beiden Kinder dieselbe Einkommensposition einnehmen. Die Summe der Bedarfsgewichte beträgt hier 1,6 (Erwachsener: 1; 1. Kind: 0,3 und 2. Kind: 0,3), und 1.500 mal 1,6 ist genau 2.400.

94 % der von uns befragten Haushalte haben Angaben zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen gemacht. Hierbei wurde das Einkommen in 21 Einkommensintervallen (z. B. 1.000 bis unter 1.250 oder 5.500 bis 6.000 Euro) erfragt. Das unterste (unter 500 Euro) und das oberste Einkommensintervall (7.500 Euro und mehr) sind jeweils nach einer Seite „offen“. Wenn man die Netto-Äquivalenzeinkommen berechnet, müssen hier Grenzen gesetzt werden. Wir haben das unterste Einkommen auf 499 und das höchste auf 7.999 Euro festgelegt und für jeden Haushalt zwei Netto-Äquivalenzeinkommen berechnet, nämlich für die untere und für die obere Grenze des Bereichs, in den das Einkommen fällt. Das mit der unteren Grenze des jeweiligen Einkommensintervalls errechnete Äquivalenzeinkommen stellt damit ein Mindesteinkommen, das mit der oberen Grenze berechnete Äquivalenzeinkommen ein Höchsteinkommen dar.

Insgesamt liegen die durchschnittlichen Netto-Äquivalenzeinkommen der von uns befragten Haushalte zwischen 1.447 (Mindesteinkommen) und 1.622 Euro (Höchsteinkommen). Hierbei haben 25 % der Familien ein Netto-Äquivalenzeinkommen bis höchstens 769 Euro, 50 % eines bis 1.200 Euro und 75 % bis 1.945 Euro.

Die Äquivalenzeinkommen differieren deutlich nach sozialer Lage, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund und Typ des Stadtteils, in dem die Familie wohnt. Die höchsten Einkommen haben Haushalte von leitenden Angestellten bzw. höheren Beamten, hochqualifizierten Angestellten und gehobenen Beamten sowie Selbständigen und Angehörigen der freien Berufe. Die geringsten Einkommen finden sich in Arbeitslosen-Haushalten.⁹⁰

⁹⁰ Es sei daran erinnert, dass für die Bestimmung der sozialen Lage die höchste Stellung im Beruf in der Familie ausschlaggebend war. Ein Arbeitslosen-Haushalt ist im Falle einer Paar-Familie ein Haushalt, in dem es neben Arbeitslosen keine weitere Person gibt, die erwerbstätig ist.

Tabelle 32: Durchschnittliches Mindest- und Höchst-Netto-Äquivalenzeinkommen nach sozialer Lage, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern und Stadtteilty. Angaben in Euro.

	Mindesteinkommen	Höchsteinkommen
insgesamt	1.447	1.622
Soziale Lage		
leitende Angestellte/höhere Beamte	2.710	3.006
hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte	2.064	2.292
qualifizierte Angestellte/mittlere Beamte	1.387	1.540
einfache Angestellte/Beamte	884	1.017
Meister/Vorarbeiter	1.049	1.166
Facharbeiter	1.024	1.146
un-, angelernte Arbeiter	785	904
Selbständige, akademische freie Berufe	1.953	2.165
sonstige Selbständige	1.424	1.597
Arbeitslose	593	714
Hausfrauen/-männer	603	725
Studium/Lehre/berufliche Ausbildung	946	1.112
Vorruhestand/Rente	1.079	1.216
Kinderzahl		
1 und 2 Kinder	1.498	1.678
3 und mehr Kinder	1.100	1.239
Familienform		
Paar-Familie	1.566	1.744
Alleinerziehende	963	1.124
Migrationshintergrund		
ohne	1.697	1.897
mit	1.199	1.348
Stadtteilty		
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	1.738	1.936
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	1.196	1.348
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	1.045	1.189
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	2.027	2.268

Die Kinderzahl hat ebenfalls einen deutlichen Einfluss auf das Einkommen. So liegt das Netto-Äquivalenzeinkommen von Familien mit drei und mehr Kindern um rund 400 Euro unter dem von Familien mit einem oder zwei Kindern. Ein Grund hierfür ist, dass mit steigender Kinderzahl die Erwerbsbeteiligung von Müttern und damit auch das Familieneinkommen zurückgehen. Lebt ein Kind in der Familie, dann sind 24 % der von uns befragten Mütter vollzeiterwerbstätig, bei zwei und mehr Kindern sind es 14 bzw. 13 %. Bei einem Kind sind 60 % der Mütter vollzeit oder teilzeiterwerbstätig. Bei zwei Kindern sind es mit 57 % kaum weniger. Allerdings hat sich das Verhältnis von Teilzeit- zu Vollzeiterwerbstätigen

Müttern deutlich verschoben. Bei Müttern mit drei und vier Kindern sinkt die Erwerbsbeteiligung deutlich: Von diesen Müttern sind nur noch 40 % vollzeit oder teilzeiterwerbstätig. Das geringere Netto-Äquivalenzeinkommen von Familien mit drei und mehr Kindern gegenüber kleineren Familien hat demnach seine Ursache in der mit steigender Kinderzahl sinkenden Erwerbsbeteiligung der Mütter.⁹¹

Tabelle 33: Erwerbsbeteiligung der Mütter nach Zahl der Kinder unter 18 im Haushalt. Angaben in Prozent.

	1 Kind	2 Kinder	3 und 4 Kinder
vollzeiterwerbstätig	24	14	13
teilzeiterwerbstätig	36	43	27
geringfügig erwerbstätig, Mini-Job	7	9	7
Hausfrau	16	22	38

Das durchschnittliche Netto-Äquivalenzeinkommen ist in Familien, in denen mindestens ein Elternteil bzw. bei Alleinerziehenden Mutter oder Vater einen Migrationshintergrund haben, deutlich niedriger als in Familien, in denen die Eltern keinen Migrationshintergrund haben. Ausnahmen von dieser Regel sind z.B. Familien, bei denen die Auskunftsperson französischer oder japanischer Staatsangehörigkeit ist.

Bricht man die untersuchten Haushalte nach Familienform und dem Vorhandensein eines Migrationshintergrundes auf, dann zeigt sich, dass das Netto-Äquivalenzeinkommen von Personen aus Alleinerziehenden-Haushalten und aus Familien mit Migrationshintergrund nur rund zwei Drittel des Netto-Äquivalenzeinkommens von Paar-Familien erreicht. Die niedrigeren Netto-Äquivalenzeinkommen von Personen aus Alleinerziehenden-Haushalten und aus Familien mit nichtdeutscher Auskunftsperson gehen allerdings mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Volks- oder Hauptschulabschlüssen als höchstem Schulabschluss von Mutter oder Vater einher. Ein großer Teil der Einkommensunterschiede zwischen Paar-Familien und Alleinerziehenden und zwischen Familien mit und Familien ohne Migrationshintergrund geht auf Bildungsunterschiede zurück.⁹²

Familien mit niedrigem Einkommen wohnen überdurchschnittlich häufig in Stadtteilen, in denen der Anteil der Einwohner, die existenzsichernde Mindestleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung im Alter beziehen, überdurchschnittlich hoch ist. Dies zeigt sich, wenn man die Einkommen der von uns befragten Familien nach Stadtteil aufbricht und mit den Daten zum Bezug von existenzsichernden Mindestleistungen zusammenbringt, die im Monitoring 2011 zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main veröffentlicht wurden. Die Korrelation zwischen dem Anteil der Wohnbevölkerung, der existenzsichernde Mindestleistungen bezieht und dem Netto-Äquivalenzeinkommen der von uns befragten Familien in den verschiedenen Frankfurter Stadtteilen beträgt $r = -0,85$ und ist damit sehr hoch.⁹³ Wohlhabende Familien wohnen, wie kaum anders zu erwarten, in den Stadtteilen, in denen der Anteil der Armen bzw. Armutsgefährdeten an der Wohnbevölkerung insgesamt gering ist. Dieser Befund mag auch als weiterer Beleg für die insgesamt hohe Repräsentativität unserer Familienbefragung dienen. Weitere Analysen zeigen, dass Familien aus Stadtteilen des Typs 5 (wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern) über ein fast doppelt so hohes Netto-Äquivalenzeinkommen verfügen wie Familien aus Stadtteilen des Typs 4 (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil).

⁹¹ Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in bundesweiten Erhebungen (vgl. Strantz, C.: Familien, Kinder und das liebe Geld. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2005, S. 3–7).

⁹² Bei Paar-Familien ergeben weitere regressionsstatistische Analysen folgendes Bild: Das Vorhandensein eines Hochschulabschlusses bei den Eltern erhöht das Netto-Äquivalenzeinkommen doppelt so hoch, wie das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes das Netto-Äquivalenzeinkommen verringert, während die Zahl der Kinder sich wiederum nur halb so negativ auf das Netto-Äquivalenzeinkommen auswirkt wie das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes. Bezieht man Alleinerziehende in die Analysen mit ein, dann zeigt sich, dass das Leben in einer Ein-Eltern-Familie sich ähnlich negativ auf das Netto-Äquivalenzeinkommen auswirkt wie das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes, dass aber das Vorhandensein oder Fehlen eines Hochschulabschlusses ein deutlich höheres Gewicht hat als die Familienform.

⁹³ Wegen geringer Fallzahlen in der Familienbefragung wurden für diese Analyse die Stadtteile Altstadt, Innenstadt, Bahnhofsviertel und Gutleut zusammengefasst.

5.6 ARMUTSGEFÄHRDUNG UND LEBENSSTANDARD

Für weitere Analysen, bei denen es um die Frage geht, welchen Einfluss das Einkommen auf bestimmte andere Merkmale und Aussagen der Befragten hat, ist es sinnvoll, die Familien anhand ihrer Netto-Äquivalenzeinkommen in einige wenige Gruppen einzuteilen. Wir haben hierfür die Grenzen bei 1.000 und 2.000 Euro Netto-Äquivalenzeinkommen angesetzt und uns hierbei an der oberen Bereichsgrenze (Höchst-Netto-Äquivalenzeinkommen) orientiert.

Ein gutes Drittel (35 %) der von uns befragten Familien hat ein Höchst-Netto-Äquivalenzeinkommen von unter 1.000 Euro und wird in diesem Bericht als armutsgefährdet bezeichnet. Bei diesen Familien liegt das durchschnittliche Höchst-Netto-Äquivalenzeinkommen bei 750 Euro. Wir bezeichnen die Gruppe der Familien mit einem Netto-Äquivalenzeinkommen von unter 1.000 Euro im Folgenden als armutsgefährdet. 2009 lag nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Grenze zur Armutsgefährdung in Deutschland bei 940 Euro.⁹⁴ Berücksichtigt man, dass unsere Berechnungen sich am höchstmöglichen Einkommen orientieren, das eine Familie haben kann, die tatsächlichen Einkommen der Familie aber irgendwo zwischen der unteren und oberen Grenze des jeweiligen Einkommensintervalls angesiedelt sind, dann ist die Grenze von 1.000 Euro zur Bestimmung der Armutsgefährdung realistisch. 89 % der Familien, die Arbeitslosengeld II bekommen, gehören zur Gruppe der Familien, die von uns anhand des Netto-Einkommens als armutsgefährdet klassifiziert wurden. An die Gruppe der armutsgefährdeten Familien schließt sich die Gruppe der Familien an, deren Netto-Äquivalenzeinkommen bei mindestens 1.000 und höchstens 1.999 Euro liegt. Zur Gruppe der nicht-armutsgefährdeten gehören 37 % der von uns befragten Familien. Bei ihnen liegt das durchschnittliche Höchst-Netto-Äquivalenzeinkommen bei 1.459 Euro. Die dritte Gruppe ist die der Wohlhabenden (26 % der befragten Familien). Hier liegt das Netto-Äquivalenzeinkommen bei 2.000 Euro und darüber. Im Durchschnitt haben die Angehörigen der Familien dieser Einkommensgruppe ein Netto-Äquivalenzeinkommen von 2.951 Euro.

Die Armutsgefährdung differiert deutlich nach Familienform, Migrationshintergrund der Eltern und Stadtteil, in dem die Familie lebt. So sind 30 % der Paar-Familien, aber 55 % der Alleinerziehenden armutsgefährdet. Und 50 % der Familien, in denen mindestens ein in der Familie lebendes Elternteil einen Migrationshintergrund hat, zählen zu den Armutsgefährdeten, während dieser Anteil bei Familien ohne Elternteil mit Migrationshintergrund um 30 Prozentpunkte niedriger liegt. Umgekehrt sind 68 % der Familien ohne ein Elternteil mit Migrationshintergrund wohlhabend, aber nur 38 % der Familien mit einem Elternteil mit Migrationshintergrund. Besonders hoch ist mit 53 % der Anteil armutsgefährdeter Familien in Stadtteilen des Typs 4, zu dem die Stadtteile Fechenheim, Gallus, Griesheim, Gutleut, Höchst und Altstadt/Innenstadt gehören. Die Stadtteile dieses Typs unterscheiden sich von den anderen Stadtteilen durch besonders hohe Anteile von Einwohnern, die existenzsichernde Mindestleistungen beziehen, durch besonders hohe Migrantenanteile und hohe Wanderungsraten. Die niedrigsten Anteile mit 9 % finden sich demgegenüber in den Stadtteilen des Typs 5, also in Harheim, Nieder-Erlenbach und Kalbach-Riedberg. In diesen Stadtteilen ist in der Gesamtbevölkerung der Bezug von existenzsichernden Mindestleistungen am niedrigsten in ganz Frankfurt, sie haben den höchsten Anteil von Familien an allen Haushalten, die geringste Zahl von Haushalten pro Wohngebäude und den geringsten Migrantenanteil von allen Frankfurter Stadtteilen.

Je nachdem, welcher der drei hier gebildeten Einkommensgruppen eine Familie angehört, ist genug bzw. nicht genug Geld für bestimmte Dinge vorhanden. Die entsprechende Frage lautete: „Wie schätzen Sie die finanzielle Situation Ihres Haushalts ein? Haben Sie genug Geld für die im Folgenden

⁹⁴ Vgl. Pressemitteilung Nr. 109 „Armutsgefährdung und Einkommensungleichheit: Deutschland auch 2009 unter EU-Durchschnitt“ des Statistischen Bundesamtes vom 27.03.2012. Hier heißt es: „Eine Person ist nach EU-Definition armutsgefährdet, wenn sie nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung des Landes, in dem sie lebt, zur Verfügung hat. In Deutschland belief sich der Schwellenwert für Armutsgefährdung im Jahr 2009 für eine alleinlebende Person auf 11.278 Euro im Jahr. Das entspricht rund 940 Euro pro Monat.“ Die Datenbasis ist eine für den Vergleich der Einkommenssituation in den verschiedenen Ländern der EU durchgeführte Erhebung (European Union Statistics on Income and Living Conditions, kurz EU-SILC). Andere Erhebungen kommen z.T. zu niedrigeren Werten. So wird in der Studie „Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011“, Hrsg. Der Paritätische Gesamtverband, ein Betrag von 826 Euro für das Jahr 2010 genannt. Datenbasis ist hier der amtliche Mikrozensus.

genannten Dinge?“ Was die Befragten unter „genug Geld“ verstehen, ist uns nicht bekannt. Man weiß aber, dass z. B. Sozialhilfeempfänger, wenn danach gefragt wurde, welche „Dinge“ aus einer vorgelegten Liste – es wurde z. B. nach einem Auto, der Möglichkeit, abends auszugehen, oder einer einwöchigen Urlaubsreise gefragt – notwendig oder entbehrlich sind, mehr „Dinge“ als entbehrlich einstufen als Befragte in besseren finanziellen Verhältnissen.⁹⁵ Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Maßstäbe dafür, was „genug Geld“ für bestimmte Dinge zu haben bedeutet, in den höheren Einkommensgruppen andere sind als bei den Armutsgefährdeten.

Während die zur Gruppe der Wohlhabenden zählenden Familien sich fast alle genannten Dinge zu jeweils 90 % und mehr leisten können, fehlt insbesondere bei der Gruppe der armutsgefährdeten Familien für viele Dinge einfach das Geld. Für Urlaubsreisen, Kulturveranstaltungen, das eigene Auto und bestimmte Freizeitaktivitäten ist bei den meisten dieser Familien nicht genug Geld vorhanden. Nur bei rund der Hälfte dieser Familien ist zudem genug Geld für Wohnung/Wohnungseinrichtung, Kleidung der Auskunftsperson, Haushaltswaren, Spielzeug für die Kinder, den Kindergarten bzw. die Schulkin-derbetreuung oder Aufwendungen für Verkehr vorhanden. In den mittleren Einkommensgruppen fehlt es vor allem an Geld für Urlaubsreisen und Kulturveranstaltungen sowie – etwas weniger häufig als bei den beiden erstgenannten Kategorien – an Geld für Freizeitaktivitäten, die finanzielle Unterstützung der Kinder und das eigene Auto.

Tabelle 34: Wofür die Familien nach Einschätzung der Auskunftsperson genug Geld haben nach Einkommenssituation der Familie. Angaben in Prozent.

genug Geld für ...	armuts-gefährdet	nicht-armuts-gefährdet	wohl-habend	insgesamt
Wohnung/Wohnungseinrichtung	51	82	96	76
Kleidung (Auskunftsperson)	52	84	97	77
Kleidung für die Kinder	72	94	99	88
Lebensmittel	91	99	100	96
Auto	30	71	93	64
Haushaltswaren (ohne Lebensmittel)	51	85	99	78
Spielzeug für die Kinder	54	87	98	79
Freizeitaktivitäten	28	70	96	63
Kindergarten/Schulkin-derbetreuung	43	69	93	67
finanzielle Unterstützung der Kinder	35	68	94	64
Kulturveranstaltungen (Konzerte u. a.)	13	53	93	51
Urlaubsreisen	13	50	89	49
Verkehrsaufwand (Bahnfahrkarten u. a.)	56	82	97	78
Aufwand für Kommunikationsmittel (Telefon u. a.)	70	93	99	87

Wenn man danach fragt, was die Befragten tun, wenn das Geld knapp wird oder bis zum Monatsende nicht ausreicht, zeigen sich ähnliche Differenzen zwischen den drei Einkommensgruppen. Ein kleiner, aber wegen zu geringer Zellenbesetzung nicht genau bestimmbarer Prozentsatz der Armutsgefährdeten, 10 % der Nicht-Armutsgefährdeten und 35 % der Wohlhabenden geben bei dieser Frage an, dass dies nicht vorkommt und sie „über ausreichendes Einkommen (verfügen)“. Wer mit seinem

⁹⁵ Vgl. Andres, H.-J.; Lipsmeier, G.: Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept der Armuts-messung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31–32/95, S. 35–49.

Einkommen nicht auskommt, kann entweder zusätzliche Einkommensquellen erschließen oder seine Ausgaben einschränken. Während knapp die Hälfte der Befragten aus der mittleren und oberen Einkommensgruppe in dieser Situation auf Spareinlagen zurückgreift, sind es, vermutlich weil entsprechende Rücklagen nicht vorhanden sind, von den Armutsgefährdeten nur halb so viele. Hier leiht man sich häufig Geld von Verwandten oder Freunden (47 %), was bei den beiden höheren Einkommensgruppen deutlich seltener bzw. kaum vorkommt (24 bzw. 8 %). Neben der Beschaffung zusätzlicher finanzieller Mittel kommen viele Befragte bei finanziellen Engpässen nicht darum herum, ihre Ausgaben einzuschränken. In einer solchen Situation ihre „Einkäufe einzuschränken“ oder „günstig einzukaufen“, geben 77 % der Armutsgefährdeten und 40 % der Wohlhabenden an. Viele Befragte nennen auch den Verzicht auf Urlaub und teure Freizeitaktivitäten, und eine nennenswerte Zahl der Armutsgefährdeten (20 %) gibt „weniger essen“ an.

Tabelle 35: Was die Befragten tun, wenn das Geld knapp wird oder bis zum Monatsende nicht ausreicht, nach Einkommenssituation der Familie. Angaben in Prozent.

	armuts-gefährdet	nicht-armuts-gefährdet	wohl-habend	insgesamt
auf Spareinlagen zurückgreifen	25	49	48	40
Überstunden machen	12	11	.*	9
einen zusätzlichen Job annehmen	11	13	4	10
Kredite aufnehmen	9	10	5	8
Konto überziehen	29	45	30	34
bei Verwandten oder Freunden Geld leihen	47	24	8	27
Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen	11	5	.*	6
Einkäufe einschränken/günstig einkaufen	77	68	40	62
gebrauchte Dinge kaufen	38	30	17	28
weniger essen	20	7	.*	10
Kleidung länger tragen, ggf. ausbessern	41	29	14	29
auf Urlaub verzichten	70	57	28	53
auf teure Freizeitaktivitäten verzichten	69	67	41	60
das kommt nicht vor, verfüge über ausreichendes Einkommen	.*	10	35	15

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

5.7 BILDUNG VON FINANZIELLEN RÜCKLAGEN

Ein Spiegelbild der Einkommenssituation ist die Möglichkeit, Rücklagen bzw. Vermögen zu bilden. Die Befragten sollten deshalb auch darüber Auskunft geben, ob sie monatlich einen gewissen Geldbetrag sparen und wie hoch dieser Betrag ist. Fast die Hälfte der Befragten spart. Im Durchschnitt handelt es sich um einen Betrag von 207 Euro im Monat. Der Anteil der Familien, die sparen, und die von ihnen jeweils monatlich gesparten Beträge sind bei den Familien von leitenden Angestellten und höheren Beam(t)in(n)en, von hochqualifizierten Angestellten und gehobenen Beam(t)in(n)en und von Selbständi-gen bzw. Angehörigen der akademischen freien Berufe, bei Familien mit weniger als drei Kindern, bei Paar-Familien, bei Familien ohne Migrationshintergrund und bei wohlhabenden Familien überdurchschnittlich hoch. Besonders geringe Sparquoten und Sparbeträge finden sich bei Arbeitslosen, bei un- und angelernten Arbeitern, bei Alleinerziehenden und Armutsgefährdeten. Die oben beschriebenen

Einkommensdifferenzen zwischen den verschiedenen sozialen Lagen und Einkommensgruppen führen dazu, dass sich auch die Vermögenssituation der verschiedenen Familien deutlich auseinanderentwickelt.

Tabelle 36: Anteil der Familien, die monatlich einen gewissen Geldbetrag sparen, und durchschnittlicher Sparbetrag nach sozialer Lage, Kinderzahl, Familienform, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent bzw. in Euro.

	Spareranteil in %	Sparbetrag in Euro
insgesamt	47	207
soziale Lage		
leitende Angestellte/höhere Beamte	76	652
hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte	70	364
qualifizierte Angestellte/mittlere Beamte	54	146
einfache Angestellte/Beamte	26	50
Meister/Vorarbeiter	36	169
Facharbeiter	37	95
un-, angelernte Arbeiter	18	35
Selbständige, akademische freie Berufe	58	276
sonstige Selbständige	45	157
Arbeitslose	8	6
Hausfrauen/-männer	13	12
Studium/Lehre/berufliche Ausbildung	14	76
Vorruhestand/Rente	30	30
Kinderzahl		
1 und 2 Kinder	48	216
3 und mehr Kinder	35	154
Familienform		
Paar-Familie	51	243
Alleinerziehende	26	54
Migrationshintergrund		
ohne	57	251
mit	36	163
Einkommenssituation		
armutsgefährdet	38	19
nicht-armutsgefährdet	51	129
wohlhabend	56	590
Stadtteilty		
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	53	290
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	42	127
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	31	109
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	69	386

5.8 ARMUTSGEFÄHRDUNG TROTZ ERWERBSTÄTIGKEIT

Auch eine Vollzeit-erwerbstätigkeit schützt nicht in jedem Fall vor Armutsgefährdung. Während bei Alleinlebenden mit einer Vollzeit-erwerbstätigkeit allein die Lohnhöhe für das Ausmaß der Armutsbetroffenheit entscheidend ist, kommt bei Familien als weiterer Faktor die Zahl der Personen hinzu, die von dem erzielten Einkommen leben müssen.⁹⁶ Für die von uns befragten Frankfurter Familien gilt: Je umfangreicher die Erwerbstätigkeit der Eltern ist, umso niedriger ist die Armutsgefährdung (siehe oben Abschnitt 5.5). Für die folgende Tabelle wurden auf Basis der Angaben, ob die Auskunftsperson oder ihr Partner bzw. ihre Partnerin einer Vollzeit- oder einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachgehen, fünf Gruppen gebildet. In Paar-Familien wurden zwei Teilzeiterwerbstätigkeiten als eine Vollzeit-erwerbstätigkeit gewertet. Geringfügige oder gelegentliche Beschäftigungsverhältnisse und Ein-Euro-Jobs wurden nicht berücksichtigt.

Tabelle 37: Armutsgefährdung nach Umfang der Erwerbstätigkeit bei Alleinerziehenden und Paar-Familien. Angaben in Prozent.

	weder Voll- noch Teilzeit-erwerbstätigkeit	eine Teilzeit-erwerbstätigkeit	eine Vollzeit-erwerbstätigkeit	eine Voll- und eine Teilzeit-erwerbstätigkeit	zwei Vollzeit-erwerbstätigkeiten
Alleinerziehende	81	43	26	-	-
Paar-Familie	78	70	27	10	8

Wird weder eine Vollzeit- noch eine Teilzeiterwerbstätigkeit ausgeübt, sind rund vier Fünftel der von uns befragten Familien armutsgefährdet. Eine Teilzeiterwerbstätigkeit reduziert bei Alleinerziehenden die Armutsgefährdung auf die Hälfte (von 81 auf 43 %), bei Paar-Familien gerade einmal um ein Zehntel (von 78 auf 70 %). Wird eine Vollzeit-erwerbstätigkeit ausgeübt, sinkt die Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden und Paar-Familien auf etwas mehr als ein Viertel. Bei Paar-Familien ist erst die Kombination einer Vollzeit-erwerbstätigkeit mit einer Teilzeiterwerbstätigkeit ein Garant dafür, dass die Armutsgefährdung deutlich sinkt. Aber selbst dann sind noch 10 % der Paar-Familien armutsgefährdet. Für die Armutsgefährdung trotz einer Vollzeit-erwerbstätigkeit ist die soziale Lage (siehe Abschnitt 5.2) von entscheidender Bedeutung. 56 % der armutsgefährdeten Familien mit einem vollzeiterwerbstätigen Elternteil haben die soziale Lage „un-, angelernte Arbeiter“ oder „einfache Angestellte/Beamte“. Der Anteil von Familien mit diesen sozialen Lagen liegt bei nicht armutsgefährdeten Familien mit einem vollzeiterwerbstätigen Elternteil lediglich bei 9 %.

⁹⁶ Vgl. Strengmann-Kuhn, W.: Armut trotz Erwerbstätigkeit – empirisches Ausmaß und sozialpolitische Schlussfolgerungen. Wolfgang Strengmann-Kuhn (2004): In: Josef-Popper-Nährpflichtstiftung (Hrsg.): Broschüre zur Verleihung des Forschungspreises 2003/2004 der Josef-Popper-Nährpflichtstiftung (<http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/~strengma/Popperbroschuere.pdf>).



6

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

1

2

3

4

5

6

7

8

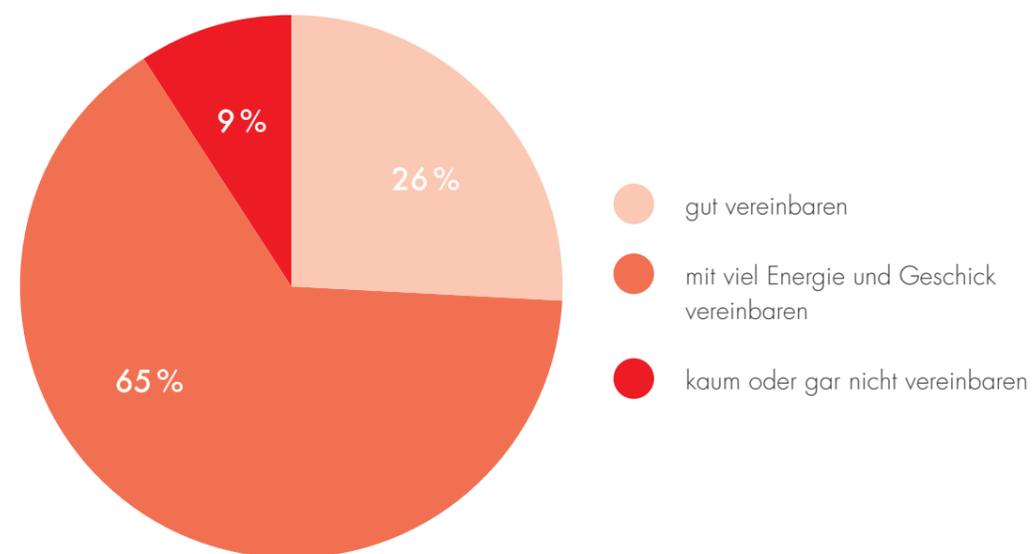
9

10

Kaum ein Thema hat in den letzten Jahren die Diskussion um Familie, Eltern und Kinder so dominiert wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.⁹⁷ Aufgrund der Heterogenität von Familien, der jeweiligen Haushaltszusammensetzung und der unterschiedlichen Tagesabläufe der verschiedenen Familienmitglieder ist es nur schwer möglich, generelle Aussagen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu treffen. So sind vor allem die Erwerbssituationen der Eltern, deren Arbeitszeiten und die durch den Beruf geforderte Flexibilität und Mobilität Taktgeber für die Tagesstruktur und -organisation der Familien. Sie setzen oftmals den zeitlichen Rahmen für die verbleibende Zeit, die man als Vater oder Mutter hat, um für die Kinder da zu sein.

Wie die befragten Frankfurter Familien die Balance zwischen Familie und Beruf erleben, soll im Folgenden aufgezeigt werden. In der Familienbefragung wurden deshalb nur die erwerbstätigen Auskunftspersonen und diejenigen, die in Elternzeit sind, nach ihrer Einschätzung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt. Die folgenden Auswertungen zur Vereinbarkeit basieren auf der Frage, wie die Auskunftsperson „für sich persönlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (empfindet)“. Die Befragten konnten hierbei zwischen den Antwortkategorien „Beruf und Familie lassen sich gut vereinbaren“, „mit viel Energie und Geschick vereinbaren“ und „kaum oder gar nicht vereinbaren“ wählen. 79 % der Befragten insgesamt gaben Auskunft zu ihrer Vereinbarkeitssituation. Ein Viertel von ihnen gab an, dass sie Beruf und Familie „gut miteinander vereinbaren“ können. Der überwiegende Teil der Befragten empfindet, dass Beruf und Familie nur „mit viel Energie und Geschick“ zu vereinbaren ist (65 %). Lediglich 9 % sehen diese beiden Bereiche als „kaum oder gar nicht vereinbar“ an.

Grafik 13: Persönliche Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Angaben in Prozent.



⁹⁷ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin 2012; dasselbe: Familienpolitik und Fertilität – demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Monitor Familienforschung, Ausgabe 27. Berlin 2012; Deutsches Jugendinstitut e. V.: Experiment Familie – der globale Wandel und seine Folgen. Wie Mütter, Väter und Kinder den Alltag bewältigen. DJI Impulse, München 4/2009, Heft 88; Henri-Huhmacher, C.; Borchard, M.: Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Stuttgart 2008.

6.1 DER EINFLUSS DER REGULÄREN ARBEITSZEITEN UND WEGZEITEN ZUR ARBEIT AUF DIE VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

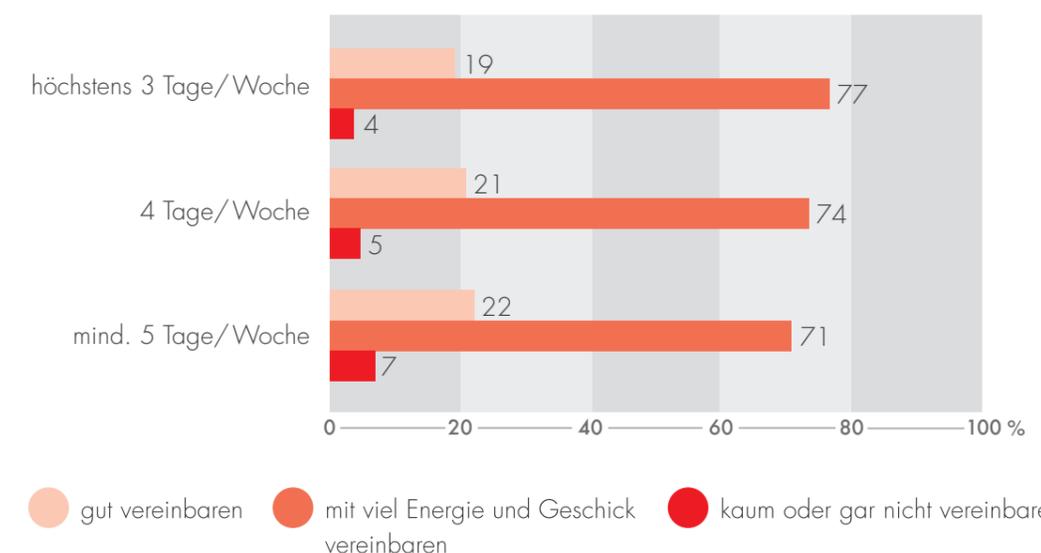
Neben den reinen Arbeitszeiten, dem Erwerbsstatus und Erwerbsumfang haben die Wegzeiten zur Arbeit, der Umstand, dass einige Eltern Schichtarbeit leisten, und regelmäßig oder gelegentlich anfallende Überstunden Einfluss darauf, wie Eltern den Alltag zeitlich organisieren und die Aufgaben in der Familie untereinander aufteilen. Welcher Elternteil wie viel arbeitet, wer das Kind oder die Kinder zur Kindertagesstätte bringt und abholt oder die anfallende Hausarbeit übernimmt, sind nur einige Beispiele für die organisatorischen Hürden, die Eltern bewältigen müssen, um Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Jede dritte Mutter arbeitet in Teilzeit und jede fünfte in Vollzeit. Hierbei sind die Differenzen hinsichtlich des Arbeitsumfangs zwischen alleinerziehenden Müttern und Müttern aus Paar-Familien eher gering. Befragte Väter sind hauptsächlich in Vollzeit berufstätig (siehe Kapitel 5.1). Üben Mütter aus Paar-Familien mit Kindern unter 15 Jahren eine Erwerbstätigkeit aus, verringert sich der wöchentliche Arbeitsumfang mit der Zahl der Kinder. Mit einem Kind gehen in Teilzeit arbeitende Mütter durchschnittlich noch 30 Stunden/Woche arbeiten, mit zwei bis drei Kindern durchschnittlich 27 Stunden/Woche. Auch wenn die Gesamtwochenarbeitszeit von Mutter und Vater zusammen betrachtet wird, reduziert sich der Erwerbsumfang bei steigender Kinderzahl. So gehen Väter und Mütter aus Paar-Familien mit einem Kind zusammen durchschnittlich 60 Stunden pro Woche arbeiten, mit zwei oder drei Kindern durchschnittlich noch 53 Stunden die Woche, dies allerdings bei sinkendem Arbeitsumfang der Mütter. Die Anzahl der Kinder hat bei Vätern – anders als bei Müttern – kaum Einfluss auf den Erwerbsumfang und die Erwerbsbeteiligung an sich.

67 % der erwerbstätigen Mütter gehen mindestens fünf Tage die Woche arbeiten, weitere 19 % haben eine Viertagewoche und 14 % gehen höchstens drei Tage die Woche arbeiten.

Fragt man des Weiteren, wie Mütter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter Berücksichtigung ihres Erwerbsumfangs einschätzen, so zeigt sich, dass die Anzahl der Wochentage, an denen gearbeitet wird, keinen Einfluss darauf hat, dass die Vereinbarkeit gut eingeschätzt wird. Jede fünfte Mutter gibt an, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut ist, unabhängig davon, ob sie nun bis drei oder an vier und mehr Tagen in der Woche arbeitet.

Grafik 14: Persönliche Einschätzung der Vereinbarkeit nach Erwerbsumfang der Mütter.
Angaben in Prozent.



Des Weiteren zeigen sich nur geringe Differenzen bei der Aussage, dass Familie und Beruf sich gut vereinbaren lassen, zwischen erwerbstätigen Müttern aus Paar-Familien und erwerbstätigen alleinerziehenden Müttern. 22 % der Mütter aus Paar-Familien und 20 % der Alleinerziehenden-Mütter, die mindestens fünf Tage in der Woche arbeiten, schätzen die Vereinbarkeit als gut ein (ohne Grafik). Zum Vergleich: Erwerbstätige Väter mit mindestens einer Fünftagewoche bewerten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich positiver. 35 % der Väter aus Paar-Familien und 46 % der alleinerziehenden Väter geben an, Familie und Beruf „gut vereinbaren“ zu können. Zu beachten ist allerdings hierbei, dass im Rahmen der Befragung alleinerziehende Väter im Durchschnitt ältere Kinder haben als alleinerziehende Mütter oder Eltern aus Paar-Familien (siehe auch Kapitel 6.2.1).

57 % aller erwerbstätigen Befragten benötigen durchschnittlich höchstens 30 Minuten Wegzeit, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Hiervon gibt fast jede(r) dritte Befragte an, dass Familie und Beruf „gut miteinander zu vereinbaren“ sind (29 %). Die Mehrheit der in Teilzeit arbeitenden Mütter hat eine durchschnittliche Wegzeit von weniger als 30 Minuten bis zu ihrem Arbeitsplatz. Von diesen bewertet mehr als jede vierte Befragte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als gut (26 %). In Vollzeit arbeitende Mütter mit der gleichen Wegzeit schätzen ihre Situation mit insgesamt 22 % als „gut vereinbar“ ein. Auch bei der Familienform ergeben sich keine großen Unterschiede zwischen Müttern aus Paar-Familien und Alleinerziehenden-Müttern. Bei einer Wegzeit von mindestens 30 Minuten bewerteten 25 % der Mütter aus Paar-Familien und 27 % der Alleinerziehenden-Mütter die Vereinbarkeit als gut. Bei der Analyse längerer Wegzeiten zur Arbeit ergibt sich ein ähnliches Bild.

6.2 VEREINBARKEIT BEI UNTERSCHIEDLICHEN FAMILIENTYPEN

Bei der Analyse der Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigen sich einige Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Familientypen. Im Durchschnitt gaben insgesamt zwei Drittel der erwerbstätigen Auskunftspersonen⁹⁸ an, „Familie und Beruf mit viel Energie und Geschick“ vereinbaren zu können. Hier reichen die Angaben von 50 % bei Befragten aus erwerbstätigen armutsgefährdeten Familien bis hin zu 75 % bei wohlhabenden Befragten. Eine gute Vereinbarkeit empfinden vor allem erwerbstätige Armutsgefährdete (36 %), gefolgt von den Befragten mit Migrationshintergrund (33 %) und den Befragten mit drei und mehr Kindern (28 %). Zusammen mit den Alleinerziehenden zeigen die oben genannten Familientypen aber gleichzeitig auch die höchsten Werte in der Kategorie „Familie und Beruf sind kaum oder gar nicht zu vereinbaren“ (jeweils 14 %).

Befragte aus Familien mit drei Kindern sagen zu 14 %, dass sie Beruf und Familie „gut miteinander vereinbaren“ können, dies gilt jedoch nur für 9 % der Befragten aus Familien mit einem Kind. Familien mit Migrationshintergrund empfinden die Vereinbarkeit tendenziell positiver als Familien ohne Migrationshintergrund. Fast jeder dritte Befragte mit Migrationshintergrund hält die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für „gut“. Im Gegensatz dazu trifft dies nur auf jeden fünften Befragten ohne Migrationshintergrund zu. Für diese Gruppe ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich häufiger nur „mit viel Energie und Geschick“ zu ermöglichen als für Befragte aus Familien mit Migrationshintergrund (70 gegenüber 58 %).

Tabelle 38: Wie die Auskunftspersonen persönlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf empfinden, nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilyp. Angaben in Prozent.

Beruf und Familie lassen sich gut vereinbaren	... mit viel Energie und Geschick vereinbaren	... kaum oder gar nicht vereinbaren
insgesamt	26	65	9
Kinderzahl			
1 Kind	26	65	9
2 Kinder	25	66	9
3 und mehr Kinder	28	58	14
Familienform			
Paar-Familien	27	65	8
Alleinerziehende	23	63	14
Migrationshintergrund			
ohne	21	70	9
mit	33	58	9
Einkommenssituation			
armutsgefährdet	36	50	14
nicht-armutsgefährdet	25	66	9
wohlhabend	20	75	5
Stadtteilyp			
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	23	69	8
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	29	61	10
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	29	59	12
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	21	69	10

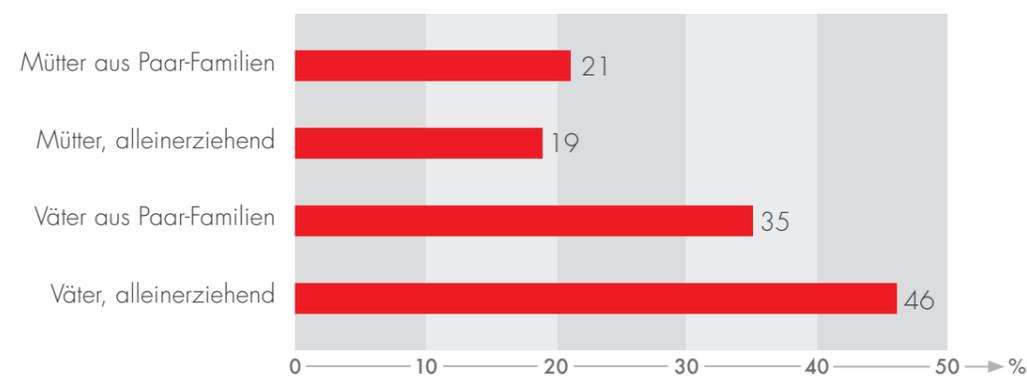
Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welches der oben beschriebenen Merkmale den größten Einfluss auf das Antwortverhalten der Befragten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat. Einen Hinweis hierauf geben die Prozentpunktdifferenzen zwischen den unterschiedlichen Ausprägungen der einzelnen Merkmale Kinderzahl, Familienform, Einkommenssituation und Stadtteilyp. So liegt bei der Kinderzahl in der Antwortkategorie „gut vereinbar“ der Unterschied bei drei Prozentpunkten. Dieser Wert wird mit den entsprechenden Werten der beiden anderen Antwortkategorien addiert und ergibt in der Summe einen Wert von 16. Wendet man diese Methodik auf alle Familientypen innerhalb der oben aufgeführten Tabelle an, entsteht eine Rangreihe, die zu erkennen gibt, welche Merkmale mehr oder weniger Einfluss auf die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf haben. Den stärksten Einfluss auf die Vereinbarkeit hat demnach die Einkommenssituation der Befragten. Hingegen haben die Kinderzahl und die Familienform der Befragten den geringsten Einfluss darauf, wie erwerbstätige Befragte für sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einschätzen.

⁹⁸ Bei den folgenden Auswertungen sehen wir vom Geschlecht der Auskunftspersonen ab.

6.2.1 Die Perspektive von Müttern und Vätern

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Thema, das, wie unsere Ergebnisse zeigen, von Frauen und Männern unterschiedlich erlebt wird.⁹⁹ Dies ist u. a. abhängig vom Erwerbsumfang der Elternteile und von den individuellen Absprachen, die die Eltern zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie treffen. Von Bedeutung dürfte aber auch das jeweils unterschiedliche Rollenverständnis von Männern und Frauen sein, das auch zu der an anderer Stelle bereits dargestellten unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung und innerfamiliären Arbeitsteilung von Müttern und Vätern in Paar-Familien beiträgt. In der Regel sind es die Väter, die länger arbeiten, mehr Überstunden leisten und sich weniger an der Hausarbeit beteiligen als die Mütter (siehe Kapitel 5). Unabhängig davon, ob Väter in einer Paar-Familie leben oder alleinerziehend sind, beantworten sie die Frage nach der Vereinbarkeit positiver als Mütter. Während mehr als jede dritte männliche Auskunftsperson angibt, Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren zu können (35 %), ist dies nur bei jeder fünften weiblichen Auskunftsperson (20 %) der Fall. Mütter geben häufiger als Väter an, Beruf und Familie nur „mit viel Energie und Geschick vereinbaren“ zu können (70 vs. 56 %). Jede fünfte erwerbstätige Mutter aus einer Paar-Familie und auch jede fünfte alleinerziehende Mutter schätzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als „gut“ ein (21 und 19 %). „Kaum oder gar nicht zu vereinbaren“ sehen 15 % der alleinerziehenden Mütter den Beruf mit der Familie, im Gegensatz zu 8 % der Mütter aus Paar-Familien.

Grafik 15: Familie und Beruf lassen sich gut vereinbaren nach Geschlecht und Familienform der Auskunftsperson. Angaben in Prozent.



Schaut man sich des Weiteren an, wie viele Kinder durchschnittlich in den Familien leben, zeigt sich, dass Paar-Familien im Durchschnitt mehr Kinder haben als Alleinerziehende. Die durchschnittliche Kinderzahl in Paar-Familien liegt bei 1,7 Kindern, die von alleinerziehenden Müttern und Vätern bei 1,4 Kindern. Auch beim Alter des jüngsten Kindes zeigen sich deutliche Unterschiede. Das jüngste Kind aus einer Paar-Familie ist durchschnittlich sechs Jahre, von alleinerziehenden Müttern neun Jahre und von alleinerziehenden Vätern zwölf Jahre alt. Mütter aus Paar-Familien haben unabhängig von ihrem Erwerbsumfang und bei tendenziell höherer Kinderzahl und jüngeren Kindern ein ähnliches Auskunftsverhalten bezüglich einer guten Vereinbarkeit wie alleinerziehende Mütter. Väter aus Paar-Familien üben eher eine Vollzeitberufstätigkeit mit einer höheren durchschnittlichen Wochenarbeitszeit aus als alleinerziehende Frauen oder Männer. Auch wird die Hausarbeit unabhängig vom Erwerbsumfang häufiger von den Müttern aus einer Paar-Familie erledigt (siehe oben, Abschnitt 5.4).

Ebenfalls lässt sich festhalten, dass mit steigendem Erwerbsumfang der befragten Mütter und Väter auch die Einschätzung steigt, dass Familie und Beruf nur mit viel Energie und Geschick zu vereinbaren sind.

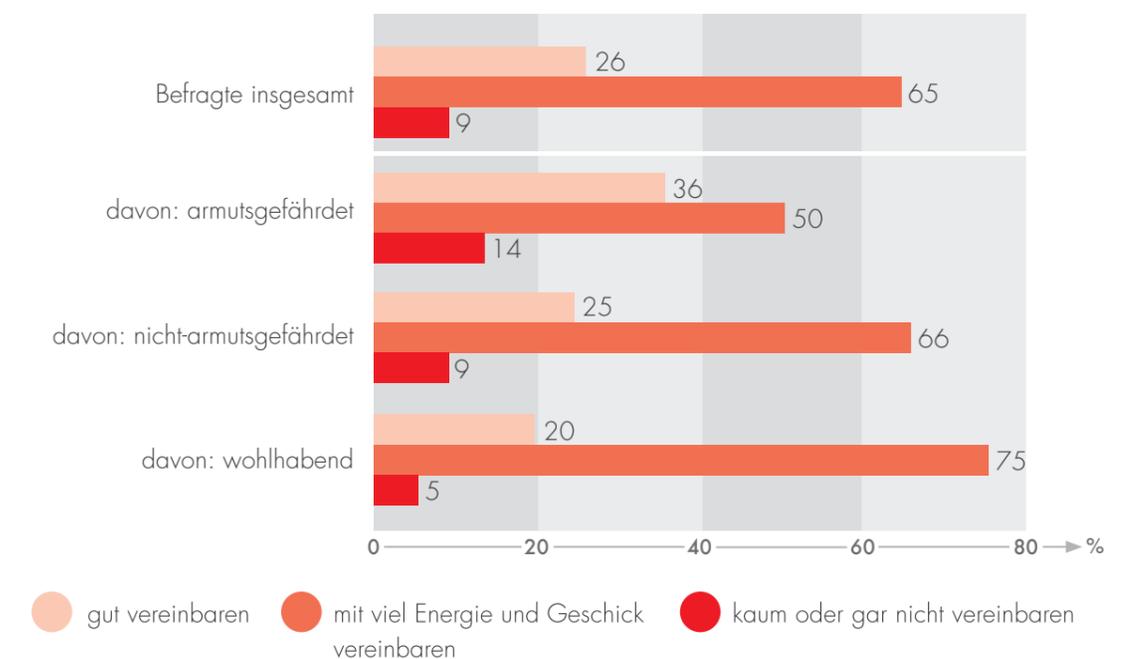
⁹⁹ Die hier berichteten Einschätzungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beruhen nur auf den Angaben von Befragten, die selbst erwerbstätig sind. Für unsere Befragung standen sowohl Frauen als auch Männer als Auskunftspersonen zur Verfügung, so dass im Folgenden die Sichtweise von befragten erwerbstätigen Müttern und von befragten erwerbstätigen Vätern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf näher betrachtet werden kann. Da immer nur ein Elternteil der Familie die Auskunftgebende Person ist, können unterschiedliche Geschlechterperspektiven zwischen den Partnern nicht betrachtet werden.

Zudem sinkt mit steigendem Erwerbseinkommen der Befragten die Einschätzung, dass Familie und Beruf gut zu vereinbaren sind.

6.2.2 Vereinbarkeit bei armutsgefährdeten und wohlhabenden Familien

Mehr als jede dritte armutsgefährdete Auskunftsperson sieht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für sich selbst als unproblematisch an (36 %), dies trifft aber nur auf jeden fünften wohlhabenden Befragten zu. Letztere sind diejenigen, die von allen Befragten am häufigsten die Antwortmöglichkeit „mit viel Energie und Geschick zu vereinbaren“ wählten (75 %). Dies mag, wie bereits in Kapitel 5 dargestellt, an der jeweiligen Erwerbstätigkeit und dem Erwerbsumfang der Eltern liegen.

Grafik 16: Wie sich Familie und Beruf vereinbaren lassen nach finanzieller Situation der Familie. Angaben in Prozent.



Betrachtet man die Gruppe der armutsgefährdeten Befragten genauer, schätzen sie, wie oben bereits angeführt wird, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchweg positiver ein als Befragte in besseren finanziellen Verhältnissen. Armutsgefährdete, egal ob alleinerziehend oder in einer Paar-Familie lebend, empfinden die Vereinbarkeit mit einem Kind als einfacher als mit mehreren Kindern. 23 % der armutsgefährdeten Befragten mit drei und mehr Kindern sagen des Weiteren, dass Beruf und Familie „kaum oder gar nicht zu vereinbaren“ sind. Fast jede dritte alleinerziehende Auskunftsperson sieht die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf als „gut“. Alleinerziehende, die sich in dieser Kategorie wiederfinden, arbeiten in Teilzeit und haben Betreuungsarrangements für ihre Kinder bzw. schulpflichtige oder ältere Kinder. 17 % der alleinerziehenden Armutsgefährdeten geben an, Beruf und Familie „kaum oder gar nicht miteinander vereinbaren“ zu können.

Wohlhabende Befragte haben unabhängig von ihrer Familienform, Kinderzahl oder ihrem Migrationshintergrund ein sehr ähnliches Auskunftsverhalten. Wohlhabende Befragte mit drei und mehr Kindern geben etwas häufiger als Wohlhabende mit ein bis zwei Kindern an, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf „nur mit viel Energie und Geschick“ zu bewältigen ist. Wohlhabende Befragte mit Migrationshintergrund haben eine positivere Wahrnehmung ihrer Vereinbarkeitssituation als wohlhabende Befragte ohne Migrationshintergrund.

6.2.3 Vereinbarkeit und soziale Lage der Auskunftspersonen

Die Erwerbstätigkeit der Eltern und ihre soziale Lage sind, wie bereits in Kapitel 5 herausgestellt, stark miteinander verzahnt. So ist es nicht verwunderlich, dass die soziale Lage und die damit verbundene finanzielle Situation der Familie unmittelbar von der Erwerbstätigkeit und dem Erwerbsstatus abhängen. Betrachtet man die soziale Lage der Befragten näher, fällt auf, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umso schlechter eingeschätzt wird, je höher die soziale Lage des Befragten ist. So empfinden 37 % der einfachen Angestellten und Beamten und 36 % der Facharbeiter die Vereinbarkeit als gut. Im Vergleich dazu geben nur 26 % der leitenden Angestellten und höheren Beamten sowie 16 % der hochqualifizierten Angestellten und gehobenen Beamten eine gute Vereinbarkeit an.

Mehrheitlich sagen alle ausgewählten Personengruppen, dass die Vereinbarkeit „nur mit viel Energie und Geschick“ zu bewältigen ist. Hier reichen die Anteile von 54 % beim einfachen Angestellten und Beamten bis hin zu 77 % bei hochqualifizierten Angestellten und gehobenen Beamten. Die größte Differenz zwischen den Kategorien „gut vereinbar“ und „mit viel Energie und Geschick zu vereinbaren“ haben mit 61 Prozentpunkten hochqualifizierte Angestellte und gehobene Beamte. Leitende Angestellte und höhere Beamte schätzen die Vereinbarkeit hingegen als etwas positiver ein.

Tabelle 39: Vereinbarkeit nach ausgewählten sozialen Lagen der Befragten. Angaben in Prozent.

Beruf und Familie lassen sich gut vereinbaren	... mit viel Energie und Geschick vereinbaren	... kaum oder gar nicht vereinbaren
leitende Angestellte/höhere Beamte	26	68	6
hochqualifizierte Angestellte/gehobene Beamte	16	77	7
qualifizierte Angestellte/mittlere Beamte	22	72	7
einfache Angestellte/Beamte	37	54	~*
Facharbeiter	36	56	~*
insgesamt	26	65	~*

6.3 VEREINBARKEIT NACH ALTER, BETREUUNGSUMFANG IN KINDERTAGESEINRICHTUNGEN UND SCHULFORM DER KINDER

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Betreuung der eigenen Kinder spielen das Alter der Kinder und die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder eine entscheidende Rolle. Je jünger die Kinder sind, desto mehr (elterliche) Fürsorge und Betreuung sind notwendig. Da der zeitliche Betreuungs- und Pflegeumfang bei Kindern unter drei Jahren am höchsten ist, haben Mütter, wenn sie bereits erwerbstätig sind, in diesem Zeitraum einen geringeren Erwerbsumfang als in späteren Lebensphasen ihrer Kinder. Ebenfalls reduziert sich die Erwerbstätigkeit bei Müttern mit steigender Kinderanzahl.

Die befragten erwerbstätigen Auskunftspersonen, deren Kinder eine Betreuungseinrichtung oder Schule besuchen, wurden im Folgenden ausgewählt, um der Frage nachzugehen, ob das Alter oder die Anzahl der Kinder in der Familie, der Betreuungsumfang oder die Schulform Einfluss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben.

Befragte, die ausschließlich Kinder unter drei Jahren, unter sechs bzw. unter zehn Jahren haben, haben eine ähnliche Einschätzung der Vereinbarkeit. Mehr als jede fünfte Familie mit Kindern unter zehn

Jahren schätzt die Vereinbarkeit als gut ein. Dies sagen ebenfalls die befragten Familien mit Kindern unter drei und unter sechs Jahren (21 % bzw. 24 %). Nur kleine Prozentpunktdifferenzen in den Einschätzungen findet man hingegen zwischen Familien mit einem oder mit zwei Kindern in der Kategorie der guten Vereinbarkeit. Bis zu einem Alter von zehn Jahren scheint der elterliche Betreuungsaufwand auf einem ähnlichen Niveau zu liegen. Familien, deren Kinder älter als zehn Jahre sind, schätzen die Vereinbarkeit hingegen weitaus besser ein. Fast jede dritte Auskunftsperson, die kein(e) Kind(er) unter zehn Jahren hat, gibt an, Beruf und Familie „gut vereinbaren zu können“ (30 bzw. 31 %), und dies unabhängig von der Kinderzahl. In Familien mit Kindern zwischen 15 und 18 Jahren steigt die positive Einschätzung auf 35 % an, bei sinkenden Nennungen in der Kategorie „Beruf und Familie lassen sich nur mit viel Energie und Geschick vereinbaren“. Dieser Prozentpunktunterschied ist wahrscheinlich vor allem auf die wachsende Selbständigkeit der Kinder zurückzuführen.

Tabelle 40: Vereinbarkeit nach Alter und Anzahl der Kinder. Angaben in Prozent.

Beruf und Familie lassen sich gut vereinbaren	... mit viel Energie und Geschick vereinbaren	... kaum oder gar nicht vereinbaren
Familien nur mit Kindern unter 3 Jahren	1 Kind	21	68	11
	2 Kinder	~*	63	~*
Familien nur mit Kindern unter 6 Jahren	1 Kind	21	68	11
	2 Kinder	24	65	11
Familien nur mit Kindern unter 10 Jahren	1 Kind	22	68	10
	2 Kinder	23	66	11
Familien nur mit Kindern ab 10 Jahren	1 Kind	30	62	8
	2 Kinder	31	63	6
Familien nur mit Kindern ab 15 bis unter 18 Jahren	1 Kind	35	59	6
	2 Kinder	~*	57	~*
gesamt		26	65	9

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

Der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung für Kinder unter sechs Jahren spielt im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle, denn nur wenn das Kind einen Betreuungsplatz findet, ist es für den Elternteil, der die Betreuung der Kinder maßgeblich übernimmt, möglich, eine Erwerbstätigkeit (wieder) aufzunehmen oder erwerbstätig zu sein. In den meisten Fällen sind die Mütter diejenigen, die nach der Geburt des Kindes in Elternzeit gehen. Ob Eltern in einer Kinderbetreuungseinrichtung eine Halbtags-, Zweidrittel- oder Ganztagsbetreuung wählen, setzt häufig auch den zeitlichen Rahmen, in dem der Elternteil, der ansonsten die Betreuung der Kinder übernehmen würde, einer Erwerbstätigkeit nachgehen kann.

Im Folgenden wurde deshalb der Betreuungsumfang des Kindes/der Kinder unter drei und unter sechs Jahren (Halbtags-, Zweidrittel- oder Ganztagsbetreuung) im Zusammenhang mit der Einschätzung der Befragten zur Vereinbarkeit analysiert. Entgegen der Vermutung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigt, wenn die Eltern für ihre Kinder eine längere Betreuung in Anspruch nehmen, zeigt sich bei den Befragten ein umgekehrter Trend. 30 % der Befragten, deren Kinder unter sechs Jahren einen Halbtags-Betreuungsplatz haben, und 26 % der Befragten, die für ihre Kinder eine Zweidrittelbetreuung haben, geben an, dass sie Beruf und Familie „gut miteinander vereinbaren“ können, während nur 17 % der Befragten mit einer Ganztagsbetreuung dieser Ansicht sind. Dieser Trend ist unabhängig davon, ob die Mütter in Teilzeit oder in Vollzeit arbeiten. Anscheinend muss davon ausgegangen werden, dass einerseits die (institutionelle) Kinderbetreuung zwar ein entscheidender Faktor ist, um eine Erwerbstätigkeit (wieder) aufzunehmen oder den Erwerbsumfang auszudehnen, dass andererseits

eine längere institutionelle Kinderbetreuung aber nicht zwangsläufig die Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei bereits erwerbstätigen Müttern verbessert, vor allem, wenn der Erwerbsumfang mit der Betreuungszeit wächst. Gründe hierfür könnten z. B. in einer unterschiedlichen Auffassung der Befragten liegen, welche Faktoren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf positiv beeinflussen. Außer auf die Erwerbstätigkeit und die Möglichkeit zur Kinderbetreuung als wichtigste Faktoren richtet beispielsweise der Achte Familienbericht der Bundesregierung den Blick auf das familiäre Zeitmanagement und die Zeitgestaltung von und für Familien.¹⁰⁰

Tabelle 41: Vereinbarkeit nach Umfang der institutionellen Betreuung der Kinder unter drei und unter sechs Jahren. Befragte insgesamt. Angaben in Prozent.

Beruf und Familie lassen sich ...	Anzahl der Kinder	Betreuungs-umfang	... gut vereinbaren	... mit viel Energie und Geschick vereinbaren	... kaum oder gar nicht vereinbaren
Familien nur mit Kind(ern) unter 3 Jahren**	1 Kind	halbtags	-*	62	-*
		zwei Drittel	23	69	-*
		ganztags	13	80	-*
	insgesamt	halbtags	30	50	20
		zwei Drittel	26	67	7
		ganztags	17	74	9
Familien nur mit Kind(ern) unter 6 Jahren**	1 Kind	Hhalbtags	27	57	-*
		zwei Drittel	29	64	-*
		ganztags	14	77	9
	2 Kinder	halbtags	31	44	-*
		zwei Drittel	25	70	-*
		ganztags	21	73	-*
	insgesamt	halbtags	30	50	20
		zwei Drittel	26	67	7
		ganztags	17	74	9

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

** Familien mit zwei und mehr Kindern unter drei Jahren sowie Familien mit drei und mehr Kindern unter sechs Jahren, die in einer Betreuungseinrichtung sind, konnten aufgrund zu geringer Zellenbesetzung nicht ausgewiesen werden.

Wie bereits in Kapitel 3 dargestellt, können die Schulform des Kindes und die damit verbundenen Anforderungen wie Hilfe bei den Hausaufgaben, begleitendes Üben oder Unterstützung vor Klassenarbeiten Einfluss auf das Zeitmanagement in Familien haben. Auch wenn diese elterlichen Hilfestellungen in jeder Familie unterschiedlich ausgeprägt sind, wird deutlich, dass Eltern, deren Kinder in eine Grundschule (vormittags), eine Realschule oder ein Gymnasium gehen, die schulischen Anforderungen als zeitaufwendiger empfinden als Eltern von Kindern in anderen Schulformen. Um den Einfluss der jeweiligen Schulform auf die Vereinbarkeit herauszustellen, wurden für die weitere Analyse nur Familien mit einem Kind betrachtet.

Unabhängig von der Schulform der Kinder teilt die Mehrheit der Befragten die Einschätzung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur „mit viel Energie und Geschick“ zu organisieren ist. Bis zu drei Viertel der Befragten finden sich in dieser Kategorie wieder. Betrachtet man in diesem Zusammenhang

nur die Grundschul Kinder, zeigt sich, dass eine vormittags arbeitende Grundschule nur etwas schlechter mit dem Beruf zu vereinbaren ist als eine Grundschule mit Ganztagsangeboten. Diese Prozentpunktunterschiede gleichen sich allerdings aneinander an, wenn das Kind eine außerschulische Nachmittagsbetreuung wie einen Hort oder einen Schülerladen besucht. Viele befragte Familien nutzen darüber hinaus informelle Betreuungsarrangements durch Freunde und Nachbarn oder bekommen Unterstützung durch Großeltern sowie andere verwandte Personen.

Während 30 % der Eltern mit einem Realschulkind von einer guten Vereinbarkeit mit dem Beruf sprechen, ist die Einschätzung von Eltern, deren Kind ein Gymnasium besucht, leicht überdurchschnittlich. So geben 35 % dieser letztgenannten Auskunftspersonen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Eltern mit einem Kind auf der Gesamtschule empfinden die Vereinbarkeit als problematisch als Eltern von Gymnasialkindern. Nur etwas mehr als jede fünfte Auskunftsperson mit einem Kind auf der Gesamtschule nennt eine gute Vereinbarkeit (22 %), auch wenn die Anforderungen der Schule weniger Zeit in der Familie in Anspruch nehmen, als Eltern diese mit Gymnasialkindern empfinden. Eine zusätzliche Analyse über den Arbeitsumfang der Eltern oder die soziale Lage der Familie konnte hierfür auch keine klärenden Informationen geben.

Tabelle 42: Vereinbarkeit und Schulbesuch bei Familien mit einem Kind nach Schulform der Kinder. Angaben in Prozent.

Beruf und Familie lassen sich gut vereinbaren	... mit viel Energie und Geschick vereinbaren	... gar nicht vereinbaren
Hauptschule	-*	-*	-*
Realschule	30	63	-*
Gymnasium	35	59	-*
Gesamtschule	22	73	-*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

100 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin 2012.



6.4 GRÜNDE FÜR EINE SCHWIERIGE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aus verschiedenen Gründen für die Befragten schwierig sicherzustellen. Bei der Frage „Falls die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig ist, woran liegt es und für wen ist es schwierig?“ hatten die Befragten die Möglichkeit, berufliche, schulische, betreuungsbezogene und private Gründe wie z. B. die Pflege eines Angehörigen aufzulisten. Die Auskunftspersonen geben insgesamt als häufigste Ursache an, dass die „Arbeitszeiten zu lang sind und regelmäßige Überstunden“ die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschweren (23 %). Gewünschte „kurzfristig erforderliche Flexibilität durch den Beruf und wechselnde Arbeitszeiten“ (18 %), eine „unzureichende externe Kinderbetreuung“ (12 %) und die „zeitliche Einbindung in schulbezogene Aktivitäten (z. B. Begleitung auf dem Schulweg, Hilfe bei den Hausaufgaben)“ (12 %) werden als weitere Gründe aufgeführt (siehe Tabelle).¹⁰¹

Unabhängig davon, ob die Auskunftsperson Mutter oder Vater ist, werden Vorgaben und Zwänge, die mit der Erwerbstätigkeit der Befragten zusammenhängen, am häufigsten angeführt. „Zu lange Arbeitszeiten, regelmäßige Überstunden“, „wechselnde Arbeitszeiten und eine kurzfristig erforderliche Flexibilität“ sind mit Abstand die meistgenannten Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit.

„Zu lange Arbeitszeiten, regelmäßige Überstunden“ werden insbesondere von wohlhabenden Befragten (34 %) und Befragten mit einem Kind (26 %) überdurchschnittlich häufig genannt. Mehr als jede fünfte Auskunftsperson mit zwei Kindern ist ebenfalls dieser Meinung (22 %). Befragte mit ein und zwei Kindern haben darüber hinaus die meisten Nennungen bei der Kategorie „wechselnde Arbeitszeiten, kurzfristige Flexibilität erforderlich“.

12 % der Befragten sehen mitunter einen Grund für eine schwierige Vereinbarkeit in einer „unzureichenden externen Kinderbetreuung“. Vor allem Mütter (16 %), Befragte ohne Migrationshintergrund (16 %) und Wohlhabende (20 %) haben in dieser Kategorie die höchsten Werte, im Gegensatz zu Vätern, Befragten mit Migrationshintergrund, nicht armutsgefährdeten oder armutsgefährdeten Befragten. Des Weiteren nehmen die Nennungen bei der „Einbindung der Eltern durch schulbezogene Aktivitäten“ mit steigender Kinderzahl bis auf 17 % zu. Eine fehlende Flexibilität der Arbeitgeber geben überwiegend Befragte mit einem Kind an.

Bei der Unterscheidung zwischen Paar-Familien und Alleinerziehenden gibt es nur geringfügige Unterschiede. Die „Einbindung durch schulbezogene Aktivitäten“ empfinden allerdings Alleinerziehende als problematischer als Paar-Familien (17 vs. 11 %). Nicht-Armutsgefährdete und Wohlhabende sehen weitaus häufiger die Ursache in „langen Arbeitszeiten und regelmäßigen Überstunden“ sowie „wechselnden Arbeitszeiten“, als Armutsgefährdete dies tun. Jede(r) fünfte wohlhabende Befragte hält zudem die externe Kinderbetreuung (20 %) für unzureichend.

Eine Betrachtung der Stadtteiltypen bestätigt dieses Bild. Befragte aus allen vier Stadtteiltypen geben vorrangig berufliche Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf an, gefolgt von einer unzureichenden externen Kinderbetreuung und der Einbindung in schulbezogene Aktivitäten, wie z. B. die Begleitung auf dem Schulweg oder die Hilfe bei den Hausaufgaben.

¹⁰¹ Im Zuge der Bevölkerungsentwicklung und der damit verbundenen Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung durch eine Zunahme der älteren und hochbetagten Menschen werden private Pflegeleistungen für (ältere) Angehörige auch im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer bedeutsamer werden. In der Familienbefragung erbrachten zum Zeitpunkt der Befragung 15 % der Familien Pflegeleistungen für das eigene Kind, den Partner/die Partnerin oder weitere Familienangehörige. Hiervon wurden 6 % aus Krankheits- oder Altersgründen im eigenen Haushalt gepflegt. Die Hälfte der hilfe- oder pflegebedürftigen Personen waren Kinder. Tätigkeiten, die von den Familienmitgliedern übernommen werden, reichen von Besorgungen und Erledigungen außer Haus wie Botengängen (3 %) über die Haushaltsführung und Versorgung mit Mahlzeiten und Getränken wie Kochen (3 %) bis hin zu einfachen Pflegetätigkeiten wie An- und Auskleiden, Waschen und Füttern (3 %). 2 % der Befragten gaben an, auch schwere Pflegetätigkeiten, beispielsweise Umbetten oder Toilettengänge, zu übernehmen. Bei 9 % der Auskunftspersonen lebt die zu pflegende Person außerhalb des eigenen Haushalts und wird von der Auskunftsperson selber oder dem Partner/der Partnerin unterstützt. In den meisten Fällen übernehmen die Mütter die Pflege des Angehörigen mit einem Pflegepensum von ca. zehn Stunden die Woche. Bezüglich der Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit mit dem Beruf gaben nur 2 % der Auskunftspersonen an, dass die zeitliche Einbindung durch zu pflegende Angehörige die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert.

Tabelle 43: Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nach Geschlecht, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern und Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	Arbeitszeiten zu lang, regelmäßige Überstunden	Arbeitszeiten häufig wechselnd, kurzfristige Flexibilität erforderlich	externe Kinderbetreuung unzureichend	schulbezogene Aktivitäten (Begleitung Schulweg, Hausaufgabenhilfe)	zu starre Vorgaben, keine Flexibilität von Arbeitgeberseite	längere Abwesenheit von zu Hause
insgesamt	23	18	12	12	11	8
Auskunft Mutter	22	19	16	15	13	7
Auskunft Vater	28	18	8	5	8	13
Kinderzahl						
1 Kind	26	18	13	8	12	8
2 Kinder	22	20	11	15	10	10
3 und mehr Kinder	15	15	13	17	9	.*
Familienform						
Paar-Familien	23	18	12	11	10	9
Alleinerziehende	21	20	14	17	14	6
Migrationshintergrund						
ohne	26	21	16	14	13	10
mit	19	15	9	9	8	6
Einkommenssituation						
armutsgefährdet	11	16	7	9	10	.*
nicht-armutsgefährdet	25	20	11	15	13	7
wohlhabend	34	19	20	12	10	17
Stadtteiltyp						
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	25	19	15	13	11	11
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	19	17	10	12	10	6
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	20	18	10	10	12	.*
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	30	.*	.*	.*	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10



7

UNTERSTÜTZUNG IN VERSCHIEDENEN LEBENSITUATIONEN

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10



Eltern nehmen in bestimmten Situationen die Unterstützung anderer Menschen aus ihrem privaten Umfeld oder von Fachleuten, die in verschiedenen Einrichtungen arbeiten, in Anspruch. In diesem Kapitel geht es um die Nutzung von Unterstützungsnetzwerken und von verschiedenen professionellen (Hilfs-) Angeboten durch die Eltern bei bestimmten Problemen. Aus der individuellen Perspektive einer Mutter oder eines Vaters ist, wo vorhanden und erreichbar, meist der Partner oder die Partnerin der erste Ansprechpartner bzw. die erste Ansprechpartnerin, wenn es um Hilfe und Unterstützung bei bestimmten Problemen geht. Hierbei gehen wir der Frage nach, welche Befragte in welchen Situationen die Unterstützung von Partner oder Partnerin, Freunden und Verwandten oder professionelle Hilfe in Anspruch nehmen. Es geht ebenso darum zu untersuchen, ob bestimmte Problemsituationen bei bestimmten Befragten häufiger auftreten als bei anderen und welche Einrichtungen und Angebote bei welchen Problemkonstellationen von ihnen jeweils genutzt werden.

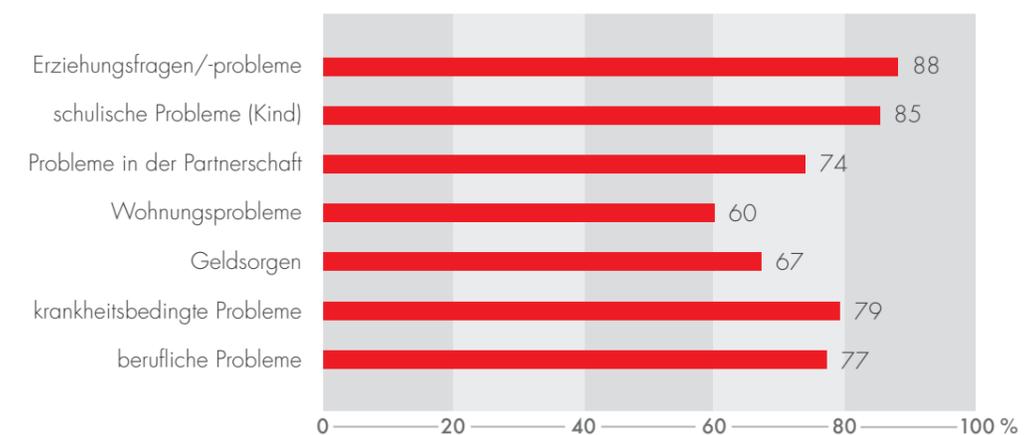
7.1 UNTERSTÜTZUNG IN VERSCHIEDENEN PROBLEMLAGEN

Im Familienleben tauchen immer wieder Probleme auf, bei denen man auf die Unterstützung durch Freunde, Nachbarn oder Verwandte zurückgreifen muss bzw. gerne auf eine solche Unterstützung zurückgreifen würde. In der Familienbefragung wurde den Befragten folgende Frage vorgelegt: „Jeder Mensch braucht in seinem Leben mal Unterstützung oder Hilfe. Wenn Sie einmal zurückdenken, an wen haben Sie sich bei folgenden Problemen gewendet?“ Es folgt eine Liste von sieben unterschiedlichen Problemen, bei denen die Befragten angeben konnten, ob sie im Alltag Unterstützung vom Partner bzw. von der Partnerin, von Verwandten, von Freunden oder Nachbarn oder von Fachkräften bekommen haben, ob sie sich an niemanden gewendet haben oder ob es das Problem noch nicht gab.

Ob etwas als „Problem“ wahrgenommen wird, hängt dabei von der jeweils individuellen Bewertung der Befragten ab. Die im Folgenden berichteten Unterschiede zwischen den Befragten können auch auf unterschiedlichen Maßstäben beruhen.

Schauen wir zunächst, welche Problembereiche bei den Befragten besonders häufig vorkommen. Wie die folgende Grafik zeigt, spielen Erziehungsfragen und -probleme und schulische Probleme bei neun von zehn Befragten eine Rolle, während Wohnungsprobleme und Geldsorgen deutlich seltener, aber immer noch von mehr als der Hälfte der Befragten angegeben wurden. Bei den schulischen Problemen wurden nur Befragte berücksichtigt, die mindestens ein Kind haben, das sechs Jahre oder älter ist.

Grafik 17: Bereiche, in denen Eltern Probleme haben. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.



Im Folgenden gehen wir der Frage nach, von wem die Befragten Hilfe und/oder Unterstützung bekommen haben, wenn sie eines der oben genannten Probleme hatten. Für diese Auswertungen haben wir die Antwortmöglichkeiten „Partnerin bzw. Partner“, „Verwandte“ und „Freunde/Nachbarn“ zu „privater Unterstützung“ zusammengefasst. Einschränkend sei darauf hingewiesen, dass man aus der Tatsache, dass man von einer bestimmten Person Hilfe und Unterstützung bekommt, nichts über den zeitlichen Umfang dieser Hilfe und Unterstützung ableiten kann. Aus den Antworten, die wir auf die oben zitierte Frage bekommen haben, kann demnach eher die Breite und Vielfalt der Unterstützungsnetzwerke der Befragten abgeleitet werden als die Intensität der Unterstützung und Hilfe, die die Befragten erfahren haben.

7.1.1 Hilfe und Unterstützung bei Erziehungsproblemen und Erziehungsfragen

Die erste Problemkonstellation, nach der gefragt wurde, waren Erziehungsfragen und Erziehungsprobleme. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (76 %) konnte bei Erziehungsproblemen oder Erziehungsfragen auf private Hilfe und Unterstützung zurückgreifen. Am häufigsten wurde dies von Befragten aus wohlhabenden Familien (90 %), aus Familien ohne Migrationshintergrund (83 %) und aus Stadtteilen des Typs 5 (wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern) (91 %) angegeben. Am seltensten nannten private Unterstützung Befragte aus armutsgefährdeten Familien (60 %), aus Familien mit Migrationshintergrund (68 %), aus Familien aus Stadtteilen des Typs 4 (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil) (64 %) und Alleinerziehende (65 %). Hilfe und Unterstützung durch Fachkräfte nahmen 25 % aller Befragten, aber 37 % der Alleinerziehenden und 30 % der Befragten aus Familien ohne Migrationshintergrund und aus nicht-armutsgefährdeten Familien (29 %) und aus Stadtteilen des Typs 5 (wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern) (31 %) in Anspruch. An niemanden gewendet haben sich nur weni-

ge Befragte (4 % aller Befragten). Nennenswerte Anteile finden sich aber bei Alleinerziehenden (8 %), bei Befragten aus armutsgefährdeten Familien (8 %) und bei Befragten, die in Stadtteilen des Typs 4 (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil) leben (7 %). Dass sie noch nie ein Erziehungsproblem gehabt haben, gaben vor allem Befragte aus armutsgefährdeten Familien (21 %) und aus Familien mit Migrationshintergrund (18 %) sowie Befragte aus Stadtteilen des Typs 4 (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil) (19 %) an.

Tabelle 44: Unterstützung oder bei Erziehungsfragen und -problemen nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachantworten möglich. Angaben in Prozent.

	private Unterstützung oder Hilfe	Unterstützung durch Fachkräfte	an niemanden gewendet	das Problem gab es noch nicht
insgesamt	76	25	4	12
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	77	26	4	12
3 und mehr Kinder	69	25	6	16
Familienform				
Paar-Familie	78	23	4	13
Alleinerziehende	65	37	8	11
Migrationshintergrund				
ohne	83	30	3	7
mit	68	20	6	18
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	60	21	8	21
nicht-armutsgefährdet	79	29	4	10
wohlhabend	90	26	1	6
Stadtteilty				
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	80	26	4	10
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	73	24	5	14
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	64	23	7	19
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	91	31	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

7.1.2 Hilfe und Unterstützung bei schulischen Problemen der Kinder

Schulische Probleme der Kinder spielen bei den meisten Befragten, die Kinder im schulpflichtigen Alter haben, eine Rolle. Da nicht alle Familien schulpflichtige Kinder haben, wurden hier nur Befragte mit Kindern ab sechs Jahren berücksichtigt. Die meisten der Befragten haben Kinder, die schulische Probleme haben (85 %). Nur jede(r) siebte Befragte gab an, dass es bei ihnen solche Probleme (noch) nicht gegeben hat. Private Unterstützung oder Hilfe bei schulischen Problemen der Kinder bekamen 60 % der Befragten. Überdurchschnittlich hoch war dieser Anteil bei Befragten aus wohlhabenden Familien (68 %) und aus Familien ohne Migrationshintergrund (65 %). Am seltensten gab es diese Form der Unterstützung bei armutsgefährdeten (51 %) und alleinerziehenden Befragten (55 %). Hilfe und Unterstützung durch Fachkräfte bei Problemen in der Schule nahmen 42 % der Befragten mit Kindern im schulpflichtigen Alter in Anspruch. Am häufigsten war dies bei Befragten aus nicht-armutsgefährdeten

Familien (48 %), aus Alleinerziehenden-Familien (46 %) und aus Familien ohne Migrationshintergrund (45 %) der Fall. An niemanden gewendet haben sich insgesamt nur wenige Befragte (4 %). Am häufigsten kam dies noch bei Alleinerziehenden (7 %) vor, die auch am seltensten angegeben haben, dass sie solche Probleme noch nie hatten.

Tabelle 45: Unterstützung oder Hilfe bei schulischen Problemen nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Nur Familien mit Kindern ab 6 Jahren. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	private Unterstützung oder Hilfe	Unterstützung durch Fachkräfte	an niemanden gewendet	das Problem gab es noch nicht
insgesamt	60	42	4	15
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	60	42	4	15
3 und mehr Kinder	64	45	.*	.*
Familienform				
Paar-Familie	62	40	3	16
Alleinerziehende	55	46	7	12
Migrationshintergrund				
ohne	65	45	4	13
mit	54	37	5	17
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	51	40	6	15
nicht-armutsgefährdet	62	48	3	13
wohlhabend	68	36	2	18
Stadtteilty				
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	62	41	5	14
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	57	43	4	15
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	63	39	2	15
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	70	49	.*	.*

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

7.1.3 Hilfe und Unterstützung bei Problemen in der Partnerschaft

Probleme in der Partnerschaft hatten rund drei Viertel der Befragten. Ein Viertel der Befragten gab an, bislang keine Probleme in der Partnerschaft gehabt zu haben. Überdurchschnittlich häufig kam dies bei Befragten aus Paar-Familien (28 %), aus Familien mit drei und mehr Kindern (32 %) und aus Familien mit Migrationshintergrund (31 %) vor. Am häufigsten kommt Unterstützung bei solchen Problemen von privater Seite (60 %), während Fachkräfte nur von 10 % der Befragten in Anspruch genommen wurden. Private Unterstützung und Hilfe bekamen vor allem Befragte ohne Migrationshintergrund (63 %) und wohlhabende Befragte (62 %). Hilfe und Unterstützung durch Fachkräfte nahmen vor allem Alleinerziehende in Anspruch (17 %), während Befragte aus armutsgefährdeten Familien (6 %) und aus Familien mit Migrationshintergrund (8 %) dies eher selten taten. Insgesamt ist aber die Inanspruchnahme von Fachkräften gering und deutlich seltener als private Unterstützung durch Verwandte, Freunde oder

Nachbarn. An niemanden gewendet haben sich in erster Linie Alleinerziehende (18 %), die auch deutlich seltener als Befragte aus Paar-Familien angeben, dass es solche Probleme bei ihnen noch nie gegeben hat (15 gegenüber 28 %).

Tabelle 46: Unterstützung oder Hilfe bei Problemen in der Partnerschaft nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachantworten möglich. Angaben in Prozent.

	private Unterstützung oder Hilfe	Unterstützung durch Fachkräfte	an niemanden gewendet	das Problem gab es noch nicht
insgesamt	60	10	13	26
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	59	10	13	25
3 und mehr Kinder	48	9	16	32
Familienform				
Paar-Familie	57	9	12	28
Alleinerziehende	58	17	18	15
Migrationshintergrund				
ohne	63	12	11	21
mit	51	8	15	31
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	51	6	16	29
nicht-armutsgefährdet	58	12	15	22
wohlhabend	62	13	9	25
Stadtteilty				
(2) bessergestell- verdichtet-stabil	60	12	11	24
(3) leicht armutsgefährdet- kinderreich-in Randlage	55	9	14	27
(4) stark armutsgefährdet- kinderarm-instabil	48	8	17	30
(5) wohlhabend-kinderreich- zentrumsfern	62	.*	.*	25

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

7.1.4 Hilfe und Unterstützung bei Wohnungsproblemen

60 % der Befragten hatten schon einmal ein Wohnungsproblem, 40 % hingegen nicht. Damit sind Wohnungsprobleme die Probleme, von denen am häufigsten angegeben wird, dass die Befragten sie noch nie hatten. Vor dem Hintergrund, dass zwei Drittel der Befragten äußern, dass sie mit ihrer Wohnsituation zufrieden sind (vgl. Kapitel 3), verwundert dieses Ergebnis jedoch nicht. Insgesamt 40 % der Befragten gaben an, keine Wohnungsprobleme gehabt zu haben, während 60 % solche Probleme hatten und in der einen oder anderen Form Hilfe und Unterstützung bekommen haben. Besonders hoch ist der Anteil derjenigen, die Wohnungsprobleme hatten, unter Befragten mit drei und mehr Kindern (69 %), unter Alleinerziehenden (28 %), unter Armutsgefährdeten (75 %) und unter Befragten aus Stadtteilen des Typs 4 (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil) (70 %). Vor dem Hintergrund der angespannten Situation auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt verwundert es nicht, dass gerade diese Befragten in besonderem Maße Wohnungsprobleme gehabt haben. Private Unterstützung und Hilfe bei Wohnungsproblemen haben im Durchschnitt 42 % aller Befragten in Anspruch genommen. Höher ist

dieser Anteil bei Armutsgefährdeten (45 %), Nicht-Armutsgefährdeten (44 %) und Befragten aus Stadtteilen des Typs 4 (stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil) (47 %). Hilfe und Unterstützung von Fachkräften nahmen vor allem Befragte mit drei und mehr Kindern (22 %), Alleinerziehende (23 %), armutsgefährdete Befragte (25 %) und Befragte mit Migrationshintergrund (21 %) in Anspruch, während es im Durchschnitt aller Befragten 15 % waren. An niemanden gewendet haben sich 8 % der Befragten. Unter den Alleinerziehenden war dieser Anteil mit 13 % am höchsten.

Tabelle 47: Unterstützung oder Hilfe bei Wohnungsproblemen nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachantworten möglich. Angaben in Prozent.

	private Unterstützung oder Hilfe	Unterstützung durch Fachkräfte	an niemanden gewendet	das Problem gab es noch nicht
insgesamt	42	15	8	40
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	42	14	8	41
3 und mehr Kinder	43	22	9	31
Familienform				
Paar-Familie	42	13	7	43
Alleinerziehende	43	23	13	28
Migrationshintergrund				
ohne	43	9	8	45
mit	42	21	8	34
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	45	25	10	25
nicht-armutsgefährdet	44	12	9	40
wohlhabend	38	7	5	55
Stadtteilty				
(2) bessergestell- verdichtet-stabil	43	12	8	41
(3) leicht armutsgefährdet- kinderreich-in Randlage	40	16	9	39
(4) stark armutsgefährdet- kinderarm-instabil	47	19	7	30
(5) wohlhabend-kinderreich- zentrumsfern	40	6	.*	55

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

7.1.5 Hilfe und Unterstützung bei Geldsorgen

Ein gutes Drittel der Befragten lebt in einer Familie, die nach den angelegten Kriterien als armutsgefährdet gelten muss. Von den Armutsgefährdeten beziehen 54 % SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und 89 % der Familien in der Befragung, die SGB II-Leistungen bekommen, zählen zur Gruppe der Armutsgefährdeten. Insbesondere SGB II-Empfänger verfügen, wie man aus früheren Untersuchungen weiß, häufig nicht über Dinge, die für andere selbstverständlich sind. Dies betrifft vor allem Aktivitäten und „Dinge“, die den Bereich der „sozialen Teilhabe“ betreffen wie z. B. Freunde zum Essen einzuladen, einmal im Monat ins Kino oder Theater zu gehen oder auswärts zu essen.¹⁰² Das

¹⁰² Vgl. Christoph, B.: Was fehlt bei Hartz IV? Zum Lebensstandard der Empfänger von Leistungen nach SGB II. In: ISI 40 – Juli 2008, S. 7 – 10.

sind genau die Dinge bzw. Aktivitäten, für die die Armutsgefährdeten deutlich seltener „genug Geld haben“ als Befragte in besseren finanziellen Verhältnissen (vgl. Abschnitt 5.5).

Viele Armutsgefährdete hatten schon einmal Geldsorgen (86 %). Aber Geldsorgen sind nicht auf die Armutsgefährdeten beschränkt. Insgesamt gab ein Drittel aller Befragten an, dass es dieses Problem bei ihnen noch nie gegeben hat. Vor allem Befragte aus Paar-Familien (37 %), Befragte ohne Migrationshintergrund (39 %), wohlhabende Befragte (58 %) und Befragte aus Stadtteilen des Typs 5 (wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern) (45 %) hatten noch keine Geldsorgen gehabt. Demgegenüber hatten vor allem Befragte mit drei und mehr Kindern (70 %) und Alleinerziehende (86 %) schon einmal Geldsorgen. Geldsorgen sind jedoch nicht auf diese beiden Gruppen beschränkt. Selbst unter den Befragten aus der mittleren Einkommensgruppe sind es 71 %.

Befragte aus armutsgefährdeten Familien und Alleinerziehende bekamen bei Geldsorgen am häufigsten von privater Seite (62 bzw. 58 %) und deutlich seltener von Fachkräften (17 bzw. 19 %) Hilfe oder Unterstützung. Wer unterdurchschnittlich häufig Geldsorgen hatte wie Befragte aus wohlhabenden Familien oder aus Familien ohne Migrationshintergrund, nahm auch seltener als andere Befragte Hilfe oder Unterstützung von professioneller Seite oder von Privatpersonen in Anspruch. 19 % der Alleinerziehenden und 17 % der Armutsgefährdeten hatten sich an niemanden gewendet, obwohl sie Geldsorgen hatten. Bei allen Befragten lag der entsprechende Anteil bei 12 %.

Tabelle 48: Unterstützung oder Hilfe bei Geldsorgen nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	private Unterstützung oder Hilfe	Unterstützung durch Fachkräfte	an niemanden gewendet	das Problem gab es noch nicht
insgesamt	52	6	12	33
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	52	6	12	33
3 und mehr Kinder	49	8	15	30
Familienform				
Paar-Familie	50	5	10	37
Alleinerziehende	58	11	19	14
Migrationshintergrund				
ohne	49	4	11	39
mit	54	8	14	27
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	62	10	17	14
nicht-armutsgefährdet	55	6	13	29
wohlhabend	37	2	5	58
Stadtteiltyp				
(2) bessergestellt-verdichtet-stabil	48	5	12	38
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	55	7	12	28
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	56	8	15	24
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	48	.*	.*	45

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.



7.1.6 Hilfe und Unterstützung bei krankheitsbedingten Problemen

Sowohl Kinder als auch Eltern können erkranken. Wenn Kinder krank sind, kann das gesamte Zeitmanagement der Familie durcheinandergeraten. Glücklicherweise ist, wer in solchen Situationen auf Verwandte oder Freunde zurückgreifen kann, die einspringen und die Betreuung des Kindes sicherstellen. Häufig bleibt aber den Eltern nichts anderes übrig, als sich frei zu nehmen, bis das Kind wieder gesund ist. Wenn niemand aus der Verwandtschaft, dem Freundeskreis oder der Nachbarschaft sich um das kranke Kind kümmern kann, müssen die Eltern zu Hause bleiben. Auch wenn man einen gesetzlich geregelten Anspruch¹⁰³ darauf hat, ein krankes Kind selbst zu betreuen und deshalb der Arbeit fernzubleiben, ist die Inanspruchnahme dieses Rechts nicht unproblematisch. Zwar hat der Betrieb für die Zeit des Krankengeldbezugs keine Lohnkosten, die Arbeit muss aber trotzdem erledigt werden. Hinzu kommt, dass gerade bei kleinen Kindern die vom Gesetzgeber zugestandenen zehn Tage pro Kind häufig nicht ausreichen, da mehrere mehrtägige Erkrankungen im Laufe eines Jahres auftreten können, so dass die Eltern im Notfall auch ihren Urlaub „opfern“ müssen. Andere Probleme ergeben sich, wenn die Eltern selbst erkranken und nicht aus dem Haus können. Insbesondere bei kleineren Kindern muss dann geregelt werden, wie sie zum Kindergarten oder zur Schule kommen, wer die Einkäufe erledigt usw.

Bei krankheitsbedingten Problemen nehmen 57 % der Befragten private Hilfe und Unterstützung in Anspruch, 29 % die Unterstützung von Fachkräften. 21 % der Befragten hatten solche krankheitsbedingten Probleme noch nie, und 5 % hatten sich bei solchen Problemen an niemanden gewendet. Private Unterstützung erfuhren am häufigsten Befragte ohne Migrationshintergrund (62 %), wohlhabende Befragte (60 %) und Befragte aus Stadtteilen des Typs 5 (wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern) (65 %), am seltensten Befragte mit Migrationshintergrund und Armutsgefährdete (jeweils 53 %). In Bezug auf die Unterstützung durch Fachkräfte waren die Differenzen zwischen den Befragtengruppen

¹⁰³ Vgl. oben, Abschnitt 3.1.6.

gering. Noch nie krankheitsbedingte Probleme hatten vor allem wohlhabende Befragte (27 %). Unklar ist, woran das liegt. Eine mögliche Erklärung ist, dass Personen aus wohlhabenden Haushalten insgesamt seltener krank sind als Personen aus mittleren und unteren Einkommenslagen.¹⁰⁴

Tabelle 49: Unterstützung oder Hilfe bei krankheitsbedingten Problemen nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	private Unterstützung oder Hilfe	Unterstützung durch Fachkräfte	an niemanden gewendet	das Problem gab es noch nicht
insgesamt	57	29	5	21
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	58	29	5	21
3 und mehr Kinder	53	28	7	24
Familienform				
Paar-Familie	57	28	4	23
Alleinerziehende	58	29	9	14
Migrationshintergrund				
ohne	62	27	5	21
mit	53	30	6	22
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	53	27	9	19
nicht-armutsgefährdet	59	31	5	20
wohlhabend	60	27	.*	27
Stadtteilty				
(2) bessergestell- verdichtet-stabil	59	29	4	21
(3) leicht armutsgefährdet- kinderreich-in Randlage	56	28	6	22
(4) stark armutsgefährdet- kinderarm-instabil	52	28	6	20
(5) wohlhabend-kinderreich- zentrumsfern	65	26	.*	22

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

7.1.7 Hilfe und Unterstützung bei beruflichen Problemen

Berufliche Probleme können von vielerlei Gestalt sein. Man kann z. B. arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sein, Probleme mit Vorgesetzten oder den Arbeitszeiten haben oder sich beruflich neu orientieren wollen. Berufliche Probleme kamen bei Befragten aus allen hier betrachteten Familientypen und Familienformen zu einem etwa gleichen Anteil vor. Je nach Befragten-Gruppe hatten zwischen 72 und 79 % schon einmal berufliche Probleme. Im Durchschnitt gaben 23 % an, dass sie noch nie berufliche Probleme hatten. Besonders häufig war dies bei Befragten mit mehr als zwei Kindern (28 %) und Befragten ohne Migrationshintergrund (25 %) der Fall. Unterschiede gibt es bei der Art der Unterstützung und Hilfe, die die Befragten bei solchen Problemen erfahren haben. Private Hilfe und Unterstützung bei beruflichen Problemen bekamen vor allem Befragte aus wohlhabenden Haushalten (72 %)

¹⁰⁴ Vgl. Lampert, T.; Kroll, L.E.; Kuntz, B.; Ziese, T.: Gesundheitliche Ungleichheit. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Zentrales Datenmanagement (Hrsg.): Datenreport 2011, S. 247 – 258.

und aus Haushalten ohne Migrationshintergrund (68 %). Am seltensten war diese Form der Hilfe und Unterstützung bei Befragten mit drei und mehr Kindern (48 %), Alleinerziehenden (54 %), Befragten mit Migrationshintergrund (53 %) und Armutsgefährdeten (50 %). Unterstützung durch Fachkräfte nahmen vor allem Alleinerziehende (20 %) und Armutsgefährdete (18 %) in Anspruch. Bei ihnen scheint die fehlende private Hilfe und Unterstützung durch Fachkräfte aufgefangen zu werden.

Tabelle 50: Unterstützung oder Hilfe bei beruflichen Problemen nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	private Unterstützung oder Hilfe	Unterstützung durch Fachkräfte	an niemanden gewendet	das Problem gab es noch nicht
insgesamt	61	13	8	23
Kinderzahl				
1 und 2 Kinder	63	13	7	23
3 und mehr Kinder	48	14	13	28
Familienform				
Paar-Familie	63	12	7	24
Alleinerziehende	54	20	13	21
Migrationshintergrund				
ohne	68	12	6	21
mit	53	15	11	25
Einkommenssituation				
armutsgefährdet	50	18	14	22
nicht-armutsgefährdet	62	13	7	24
wohlhabend	72	9	4	22
Stadtteilty				
(2) bessergestell- verdichtet-stabil	66	11	7	23
(3) leicht armutsgefährdet- kinderreich-in Randlage	59	14	9	24
(4) stark armutsgefährdet- kinderarm-instabil	54	17	12	24
(5) wohlhabend-kinderreich- zentrumsfern	63	16	.*	23

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

7.1.8 Häufigkeit der Hilfe und Unterstützung

In der bisherigen Darstellung haben sich bei der Form der Unterstützung Unterschiede zwischen verschiedenen Befragten-Gruppen gezeigt. Wir wollen im Folgenden der Frage nachgehen, welche Befragten bei Problemen besonders häufig Hilfe und Unterstützung von privater Seite oder von Fachkräften bekommen haben und welche nicht. Für die folgende Darstellung wurden die zuvor zu privater Hilfe und Unterstützung zusammengefassten Kategorien wieder ausdifferenziert in Hilfe und Unterstützung durch den Partner bzw. die Partnerin, durch Verwandte und durch Freunde bzw. Nachbarn. Wer z. B. in allen sieben Problembereichen Hilfe von Verwandten bekommt, hätte hier den maximalen Wert erreicht. Nun haben nicht alle Befragten alle Probleme, und von wem sie Unterstützung bekommen, ist auch unterschiedlich.

Die Befragten bekommen, wenn man alle Problembereiche berücksichtigt, im Durchschnitt in 5,4 Problembereichen private Hilfe und Unterstützung, und zwar in 2,3 Problembereichen vom Partner bzw. von der Partnerin, in 1,5 Problembereichen von Verwandten und in 1,6 Problembereichen von Freunden oder Nachbarn. Fachkräfte wurden im Durchschnitt in 1,1 Problembereichen in Anspruch genommen, an niemanden gewandt hatten sich die Befragten im Durchschnitt in 0,5 Problembereichen, und in 1,8 von sieben Problembereichen hatten die Befragten noch nie Probleme. Hierbei erhielten wohlhabende Befragte (6,3) und Befragte ohne Migrationshintergrund (6,3) im Durchschnitt am häufigsten private Hilfe oder Unterstützung. Die Wohlhabenden sind ihrerseits diejenigen, die am häufigsten angegeben haben, dass sie eines der sieben Probleme gar nicht haben (2,3 gegenüber 1,8 bei allen Befragten). Anders sieht es bei alleinerziehenden und armutsgefährdeten Befragten aus. Dass sie ein Problem nicht haben, kommt bei ihnen im Durchschnitt bei 1,2 bzw. 1,4 der sieben Problembereiche vor. Und sie bekommen unterdurchschnittlich häufig Unterstützung von privater Seite (4,2 bzw. 4,8 Nennungen im Durchschnitt). Alleinerziehende (4,8) bekamen weniger private Unterstützung als Befragte aus Paar-Familien (5,6), nannten aber häufiger als jene die Unterstützung durch Verwandte und durch Nachbarn oder Freunde. Während in Paar-Familien knapp die Hälfte der privaten Unterstützung auf den Partner bzw. die Partnerin entfällt, sind es bei den Alleinerziehenden die Verwandten, die fast die Hälfte der privaten Hilfen erbringen. Alleinerziehende nehmen sehr häufig Verwandte und in etwas geringerem Umfang Freunde und Nachbarn für Unterstützungsleistungen in Anspruch, die in Paar-Familien vom

Partner bzw. von der Partnerin erbracht werden. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Verwandte, Freunde und Nachbarn bei Alleinerziehenden deutlich öfter im Alltag helfen und unterstützen, dass dieses stärkere Engagement jedoch nicht ganz ausreicht, um die Hilfe und Unterstützung auszugleichen, die in Paar-Familien durch die Partnerin bzw. den Partner erbracht wird. Alleinerziehende greifen zudem öfter als Befragte aus Paar-Familien auf die Hilfe und Unterstützung durch Fachkräfte zurück.

Viele der Befragten haben oder hatten schon einmal in mehreren der berücksichtigten Bereiche Probleme. Insgesamt wird bei Problemen in erster Linie die Unterstützung von Privatpersonen, nicht von Fachkräften in Anspruch genommen. Außerhalb der Familie oder der Partnerschaft – Alleinerziehende können Hilfe und Unterstützung von einem Partner oder einer Partnerin bekommen, mit dem sie keinen gemeinsamen Haushalt führen – sind es zu gleichen Teilen Verwandte und Freunde bzw. Nachbarn, die helfen und unterstützen. Hilfe durch Fachkräfte kommt vor allem dort an, wo der Partner oder die Partnerin fehlt oder nicht in der Familie lebt, nämlich bei Alleinerziehenden.

7.2 NUTZUNG VON ANGEBOTEN VERSCHIEDENER ÄMTER UND EINRICHTUNGEN

Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gibt es ein breites Angebot an Einrichtungen und Institutionen, die Rat, Hilfe und Unterstützung in den unterschiedlichsten Lebenslagen anbieten. Neben Ämtern wie dem Arbeitsamt¹⁰⁵, dem Jobcenter oder den neun Sozialräthäusern des Jugend- und Sozial-

¹⁰⁵ Seit geraumer Zeit heißen die Arbeitsämter Arbeitsagenturen. Wir haben es dennoch im Fragebogen bei dem immer noch gebräuchlicheren Begriff Arbeitsamt belassen.

Tabelle 51: Durchschnittliche Häufigkeit, mit der Hilfe und Unterstützung von den Befragten in sieben verschiedenen Problembereichen genannt wurde, nach unterstützender Person und nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund, Einkommenssituation und Stadtteiltyp. Mehrfachnennungen möglich.

	Partnerin bzw. Partner	Verwandte	Freunde/Nachbarn	priv. Hilfe u. Unterstützung zus.	Fachkräfte	an niemanden gewendet	Problem gab es noch nicht
insgesamt	2,3	1,5	1,6	5,4	1,1	0,5	1,8
Kinderzahl							
1 und 2 Kinder	2,3	1,5	1,7	5,5	1,1	0,5	1,8
3 und mehr Kinder	2,2	1,3	1,2	4,7	1,2	0,6	1,7
Familienform							
Paar-Familien	2,7	1,4	1,5	5,6	1,0	0,4	1,9
Alleinerziehende	0,7	2,2	1,9	4,8	1,6	0,8	1,2
Migrationshintergrund							
ohne	2,5	1,8	2,0	6,3	1,2	0,4	1,8
mit	2,0	1,3	1,2	4,5	1,1	0,6	1,7
Einkommenssituation							
armutsgefährdet	1,4	1,5	1,3	4,2	1,2	0,7	1,4
nicht-armutsgefährdet	2,5	1,7	1,7	5,9	1,3	0,5	1,7
wohlhabend	3,0	1,4	1,9	6,3	1,0	0,3	2,3
Stadtteiltyp							
(2) bessergestellt–verdichtet–stabil	2,5	1,5	1,9	5,9	1,1	0,5	1,9
(3) leicht armutsgefährdet–kinderreich–in Randlage	2,1	1,5	1,4	5,0	1,2	0,5	1,7
(4) stark armutsgefährdet–kinderarm–instabil	1,9	1,5	1,1	4,5	1,1	0,6	1,7
(5) wohlhabend–kinderreich–zentrumsfern	3,1	2,8	1,8	6,7	1,2	0,3	2,1

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.

amtes gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen wie die Erziehungsberatungsstellen oder die Schuldnerberatungsstellen, die von Vereinen getragen und von der Stadt finanziell gefördert werden. Hinzu kommen die Angebote der christlichen Kirchen und anderer Glaubensgemeinschaften. Wir haben den Befragten eine Liste von unterschiedlichen Einrichtungen und Angeboten vorgelegt und gefragt, welche dieser Einrichtungen in den letzten zwei Jahren von ihnen aufgesucht bzw. welche der aufgeführten Angebote von ihnen genutzt wurden.

Das Arbeitsamt und/oder das Jobcenter haben zwei von fünf Befragten in den letzten zwei Jahren besucht, unter ihnen überdurchschnittlich viele Befragte mit drei und mehr Kindern, Alleinerziehende, Befragte mit Migrationshintergrund und Armutsgefährdete. Von den Ämtern wurden das Jugend- und Sozialamt bzw. die Sozialrathäuser am zweithäufigsten besucht, nämlich von drei von zehn Befragten. Überdurchschnittlich häufig traf dies auf Befragte mit drei und mehr Kindern, Alleinerziehende, Befragte mit Migrationshintergrund und Armutsgefährdete zu. An dritter Stelle unter den Ämtern steht

das Wohnungsamt, dessen Angebote von zwei von zehn Befragten in den letzten zwei Jahren genutzt wurden. Am höchsten war der Anteil der Nutzer des Wohnungsamtes unter Befragten mit drei und mehr Kindern, alleinerziehenden Befragten, unter Befragten mit Migrationshintergrund und unter Armutsgefährdeten. Von den durch die Stadt geförderten Angeboten wurden vor allem die Familienbildungsstätten und die Erziehungsberatung genutzt. Die Familienbildung wird überdurchschnittlich häufig von wohlhabenden Befragten und Befragten ohne Migrationshintergrund in Anspruch genommen. Bei der Erziehungsberatung sind es überdurchschnittlich viele Alleinerziehende und Angehörige der mittleren Einkommensgruppe.

Wechseln wir nun die Perspektive und gehen der Frage nach, welche Befragten welche Angebote am meisten nutzen.

Befragte mit drei und mehr Kindern besuchen am häufigsten das Arbeitsamt bzw. eines der vier Frankfurter Jobcenter (50 %), das Jugend- und Sozialamt (45 %), das Wohnungsamt (33 %), eine Kirchengemeinde (33 %) oder eine Moschee bzw. einen Moscheeverein (20 %). Mit Ausnahme der Kirchengemeinde werden diese Angebote von Befragten mit drei und mehr Kindern deutlich häufiger genutzt als von Befragten mit einem oder zwei Kindern.

Befragte aus Paar-Familien nutzen fast gleich häufig die Angebote des Arbeitsamtes bzw. des Jobcenters

Tabelle 52: Einrichtungen, die in den letzten zwei Jahren von den Befragten aufgesucht bzw. deren Angebote genutzt wurden, und Zahl der durchschnittlich genutzten Angebote nach unterstützender Person und nach Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund und Einkommenssituation. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent bzw. Mittelwert (letzte Zeile).

	insg.	1 und 2 Kinder	3 und mehr Kinder	Paar-Familie	Alleinerziehende	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	armutsgefährdet	nicht-armutsgefährdet	wohlhabend
Arbeitsamt/Jobcenter	39	38	50	34	64	31	48	76	27	11
Jugend- und Sozialamt/ Sozialrathaus	30	28	45	23	63	27	34	56	25	10
Wohnungsamt	18	16	33	16	30	11	27	42	13	-*
Mietrechtsberatung	7	7	6	7	7	6	7	7	7	6
Schuldnerberatung	5	4	7	3	11	4	6	11	3	-*
Schwangerschaftskonfliktberatung	3	2	4	2	5	2	3	6	2	1
Selbsthilfegruppe	2	2	1	2	4	3	2	1	3	-*
Kirchengemeinde	31	31	33	33	24	38	23	19	34	40
Moschee/Moscheeverein	8	6	20	9	2	-*	15	17	6	-*
Migrantenverein	2	-*	5	2	3	0	5	4	2	-*
Familienbildungsstätte	14	14	13	14	13	18	9	9	14	19
Erziehungsberatung	13	13	13	9	27	15	10	14	16	8
Sozialpädagogische Familienhilfe	9	8	14	6	24	9	10	15	9	4
Erziehungsbeistand	3	3	3	2	10	4	2	5	3	-*
Schulsozialarbeiter/-in	4	4	6	3	9	4	4	7	4	-*
Schulpsychologe/-in, Kindertherapeut/-in	11	11	15	9	22	13	9	13	12	9
andere Beratungsstelle	12	11	14	10	21	12	11	16	11	8
Zahl der durchschnittl. genutzten Angebote	2,0	1,9	2,6	1,9	3,4	2,0	2,3	3,2	1,9	1,2

* Nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung.



(34 %) und die Angebote einer Kirchengemeinde (33 %). Alleinerziehende suchen mit Ausnahme der Angebote von Glaubensgemeinschaften alle hier aufgeführten Angebote deutlich häufiger auf als Befragte aus Paar-Familien, dies gilt insbesondere für Angebote, die auf Erziehungsfragen spezialisiert sind wie die Erziehungsberatung (27 gegenüber 9 %), den Erziehungsbeistand (10 gegenüber 2 %), den Schulsozialarbeiter bzw. die Schulsozialarbeiterin (9 gegenüber 3 %) und für schulpsychologisch oder kindertherapeutisch arbeitende Fachkräfte (22 gegenüber 9 %).

Befragte ohne Migrationshintergrund nutzen in erster Linie Angebote der Kirchengemeinden (38 %), gefolgt von den Angeboten des Arbeitsamtes bzw. des Jobcenters (31 %) und des Jugend- und Sozialamtes bzw. eines Sozialrathauses (27 %). Befragte mit Migrationshintergrund hatten vor allem mit dem Arbeitsamt bzw. dem Jobcenter (48 %), dem Jugend- und Sozialamt bzw. einem Sozialrathaus (34 %) und dem Wohnungsamt (27 %) zu tun. Seltener als Befragte ohne Migrationshintergrund besuchen sie eine Familienbildungsstätte (9 gegenüber 18 %) oder eine Erziehungsberatungsstelle (10 gegenüber 15 %). Befragte mit Migrationshintergrund hatten allerdings auch häufiger als Befragte ohne Migrationshintergrund angegeben, keine Erziehungsprobleme zu haben (18 gegenüber 7 %), so dass die geringere Inanspruchnahme von Erziehungsberatungsstellen u. a. hierauf zurückzuführen sein dürfte.

Armutsgefährdete Befragte haben vor allem das Arbeitsamt bzw. ein Jobcenter (76 %), das Jugend- und Sozialamt bzw. eines der neun Sozialrathäuser (56 %) und das Wohnungsamt (42 %) aufgesucht bzw. ein Angebot dieser drei Ämter genutzt. Nicht-armutsgefährdete Befragte nutzen am häufigsten die Angebote einer Kirchengemeinde (34 %). Danach kommen erst die Angebote des Arbeitsamtes bzw. des Jobcenters (27 %) und des Jugend- und Sozialamtes bzw. eines Sozialrathauses (25 %), gefolgt von den Angeboten der Erziehungsberatung (16 %) und der Familienbildung (14 %). Wohlhabende Befragte nutzen vor allem Angebote der Kirchengemeinden (40 %) und der Familienbildung (19 %).

In der letzten Zeile der obigen Tabelle ist die Zahl der durchschnittlich genutzten Angebote aufgeführt. Die Zahl sagt aus, wie viele der 19 Einrichtungen und Angebote die Befragten jeweils in den letzten zwei Jahren im Durchschnitt genutzt haben: Es waren dies genau zwei verschiedene Angebote bzw. Einrichtungen pro Familie. Die meisten Angebote oder Einrichtungen wurden von alleinerziehenden (3,4) und armutsgefährdeten Befragten (3,2) genutzt, die wenigsten von wohlhabenden (1,2). Die Einrichtungen und Angebote von Ämtern wie dem Jugend- und Sozialamt oder dem Arbeitsamt werden damit offensichtlich genau von den Gruppen vermehrt in Anspruch genommen, bei denen von einem besonderen Unterstützungsbedarf bzw. einem häufigeren Behördenkontakt ausgegangen werden kann, nämlich von armutsgefährdeten und alleinerziehenden Befragten. Bei diesen beiden Befragtengruppen entfällt ein großer Teil der Kontakte auf Einrichtungen und Angebote, die mit einem Antrag verbunden sind. Beim Arbeitsamt oder beim Jobcenter, beim Jugend- und Sozialamt oder beim Wohnungsamt ist die „Gewährung“ von Leistungen an die Mitwirkung der Betroffenen und ihr regelmäßiges persönliches Erscheinen gebunden. Dies gilt in besonderem Maße für den Bezug von Arbeitslosengeld II nach dem SGB II, für das der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ wesentlich ist.¹⁰⁶ Die Leistungen und Angebote des SGB II werden von den Betroffenen entsprechend ambivalent erlebt.¹⁰⁷ Demgegenüber fehlt vielen Angeboten von Einrichtungen, die von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden getragen werden, dieses Moment der Kontrolle, selbst wenn mit der Annahme der Angebote häufig auch die „Zumutung“ verbunden ist, sein Verhalten zu ändern und nicht so weiterzumachen wie bisher. Wer eine Erziehungsberatungsstelle aufsucht, muss damit rechnen, dass sein Erziehungsverhalten hinterfragt wird, wer zur Schuldnerberatung geht, muss seine Ausgabegewohnheiten auf den Prüfstand stellen, und wer eine Selbsthilfegruppe besucht, erhofft sich häufig mindestens eine Veränderung von Einstellungen und Haltungen. Aber jeder kann selbst entscheiden, ob er die Angebote weiterhin nutzt oder einfach nicht mehr hingeht.

¹⁰⁶ Vgl. Neumann, L.; Schaper, K.: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 2008, S. 142 ff.

¹⁰⁷ Vgl. Ames, A.: Hartz IV in Baden-Württemberg. Die Erfahrungen der Betroffenen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB II. Abschlussbericht. Eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. November 2008 [online: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2008-113-4-1.pdf. Zugriff: 10.09.2012].

Die Häufigkeit der Inanspruchnahme der oben genannten Einrichtungen und Angebote hängt, so lässt sich vermuten, auch damit zusammen, ob bestimmte Problemkonstellationen vorhanden sind oder nicht. Ob dies so ist, soll anhand einiger ausgewählter Problembereiche, der Erziehungsfragen und -probleme und der Schulprobleme, näher untersucht werden. Familienbildungsstätten, Erziehungsberatungsstätten, Erziehungsbeistände, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen oder Kindertherapeutinnen und -therapeuten sind u. a. oder schwerpunktmäßig „Spezialisten“ in Erziehungsfragen. Die folgende Tabelle zeigt, dass die Inanspruchnahme dieser Stellen bzw. Fachkräfte tatsächlich mit dem Vorhandensein von Erziehungsproblemen und -fragen zusammenhängt. Je häufiger aus den Antworten der Befragten zu erkennen ist, dass sie Erziehungsprobleme haben, umso höher ist auch der Anteil derjenigen, die die hier aufgeführten Einrichtungen und Fachleute aufsuchen: Wer von den Befragten Erziehungsprobleme hatte, nutzte zu 31 % die hier aufgeführten Angebote und Fachkräfte, wer angab, keine Erziehungsprobleme zu haben, hingegen nur zu 9 %.

Tabelle 53: Inanspruchnahme von Einrichtungen und Angeboten des Hilfesystems bei Erziehungsfragen und -problemen. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	ohne Erziehungsprobleme	mit Erziehungsproblemen
Familienbildungsstätte	6	18
Erziehungsberatung	4	17
Erziehungsbeistand	1	4
Schulsozialarbeiter/-in	3	5
Schulpsychologe/-in, Kindertherapeut/-in	6	15
eine der genannten Hilfen/Angebote genutzt	9	31

Wessen Kinder schulische Probleme haben, der nimmt deutlich häufiger als andere Befragte Einrichtungen und Angebote des Hilfesystems in Anspruch, die u. a. oder hauptsächlich für diese Problemkonstellation zuständig sind. So nutzen Befragte, deren Kinder schulische Probleme haben, doppelt so häufig schulpsychologische oder kindertherapeutische Angebote wie Befragte, deren Kinder keine schulischen Probleme haben. Eine höhere Inanspruchnahme durch Befragte mit Kindern mit schulischen Problemen weisen auch die anderen Einrichtungen und Angebote mit Ausnahme der Familienbildung auf. Insgesamt nimmt ein gutes Drittel der Befragten, deren Kinder schulische Probleme haben, eines oder mehrere der hier betrachteten Angebote in Anspruch. Von den Befragten, deren Kinder solche Probleme nicht haben, ist es ein Fünftel.

Tabelle 54: Inanspruchnahme von Einrichtungen und Angeboten des Hilfesystems bei schulischen Problemen. Nur Befragte mit Kindern ab sechs Jahren. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent.

	ohne schulische Probleme	mit schulischen Problemen
Familienbildungsstätte	8	11
Erziehungsberatung	8	18
Erziehungsbeistand	9	12
Schulsozialarbeiter/-in	4	7
Schulpsychologe/-in, Kindertherapeut/-in	9	18
eine der genannten Hilfen/Angebote genutzt	21	36

Insgesamt zeigt sich, dass die Einrichtungen und Angebote des ganz oder teilweise öffentlich finanzierten Hilfesystems überdurchschnittlich häufig von denen genutzt werden, die Probleme haben, bei deren Vorhandensein die hier aufgeführten Einrichtungen und Fachleute Hilfe anbieten. Allerdings werden die genannten Einrichtungen und Angebote nur von einem Teil der Betroffenen genutzt. So haben mehr als acht von zehn Befragten Erziehungsprobleme (88 %) oder Kinder mit schulischen Problemen (85 %). Von diesen nehmen aber nur 31 bzw. 36 % die Einrichtungen und Angebote in Anspruch, die bei diesen Problemkonstellationen professionelle Hilfe anbieten. Zieht man in Betracht, dass die Betroffenen vielfach auch auf private Unterstützung zurückgreifen können, dann kann dies bedeuten, dass viele Eltern die genannten Probleme auch ohne professionelle Hilfe zu bewältigen versuchen. Ob die Hilfe und Unterstützung aus dem Verwandten- und Freundeskreis immer ausreicht, wissen wir jedoch nicht.





FRANKFURT AM MAIN –
EINE FAMILIENFREUNDLICHE STADT?

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

Die kommunale Familienpolitik sichert neben anderen Politikfeldern die erfolgreiche Entwicklung der Kommune als Ganzes. Aus diesem Grund hat die kommunale Familienpolitik zum Ziel, für Familien ein förderliches Lebens- und Wohnumfeld zu schaffen. Auch im Hinblick auf die demografischen Entwicklungen wird einer kinder- und familienfreundlichen Stadt und somit einer erfolgreichen Familienpolitik eine besondere Bedeutung beigemessen. Zukunftsfähig sind vor allem die Städte, die es schaffen, für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv zu bleiben und ein generationsübergreifendes Miteinander zu ermöglichen. Eine erfolgreiche kommunale Familienpolitik schafft und sichert kinderfreundliche Rahmenbedingungen im Wohnumfeld, elternfreundliche Arbeitsplätze und umfassende Hilfs- und Beratungsangebote. Sie kann helfen, soweit dies in ihren Möglichkeiten liegt, die oftmals beklagte „strukturelle Rücksichtslosigkeit“¹⁰⁸ gegenüber Familien abzubauen.

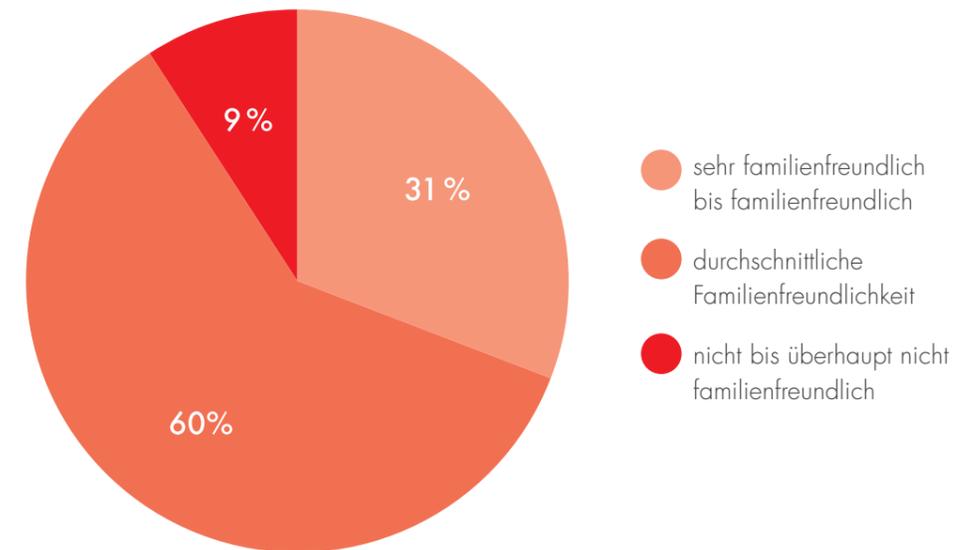
Die Familienfreundlichkeit einer Stadt ist demnach auch Ausdruck einer erfolgreichen kommunalen Familienpolitik und zeichnet sich durch ihre vielfältigen Bemühungen und Angebote für alle Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen sowie für ihre Eltern aus. Ebenfalls spielt die Wohnungspolitik einer Kommune eine entscheidende Rolle. Eine Bewertung der Familienfreundlichkeit sollte demnach nicht nur an einzelnen Handlungsfeldern gemessen werden, sondern einen ganzheitlichen Blick auf die kommunale Familienpolitik haben. Ein gutes Zusammenspiel aller relevanten Handlungsfelder innerhalb der Familienpolitik kann demnach helfen die Bewertung der Familienfreundlichkeit einer Stadt zu verbessern.

Für Kinder, Jugendliche und Familien stehen in der Stadt Frankfurt am Main ein reichhaltiges Infrastrukturangebot und ein dichtes Netz sozialer Dienstleistungen zur Verfügung. Es reicht von Krabbelstuben, Kindergärten, Horten und Kinder- und Familienzentren über Kinderhäuser, Jugendhäuser, Abenteuer-spielplätze bis hin zu Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten, Spielplätzen und Sportstätten sowie den vielfältigen Angeboten von Vereinen und Kirchengemeinden. Daneben gibt es ein breites Spektrum von freiwilligen und Pflichtleistungen, die Familien zugutekommen. Um auch in zukünftigen Planungs- und Entscheidungsprozessen Familien und ihre Bedarfslagen zu berücksichtigen, ist es wichtig zu wissen, wie die Lebenswirklichkeiten von Familien in Frankfurt aussehen und welche Unterstützung Familien benötigen oder sich wünschen. Im Rahmen einer Weiterentwicklung der kommunalen Familienpolitik und einer familienfreundlichen Stadtpolitik spielt demnach auch die Zufriedenheit der Familien eine entscheidende Rolle. Wie „wohl“ sich Familien in Frankfurt insgesamt fühlen und wie zufrieden sie generell sind, zeigt indirekt auch, wie familienfreundlich die Stadt ist.

Konkret gefragt, wie familienfreundlich die Stadt Frankfurt ist, konnten die Befragten ihre persönliche Einschätzung nach dem Schulnotenprinzip auf einer sechsstufigen Skala von „sehr familienfreundlich = 1“ bis „überhaupt nicht familienfreundlich = 6“ einstufen. 95 % aller Auskunftspersonen teilten auf diesem Wege ihre Meinung mit. Die Noten eins und zwei, drei und vier sowie fünf und sechs wurden jeweils zusammengefasst. Ein Drittel der Befragten empfindet Frankfurt als eine „sehr familienfreundliche bis familienfreundliche Stadt“ (Note eins und zwei). Fast zwei Drittel beschreiben die Familienfreundlichkeit als „durchschnittlich“ (Note drei und vier). Nur 9 % der Befragten geben an, dass Frankfurt „nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich“ ist (Note fünf und sechs).

¹⁰⁸ Der Begriff der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Familien wurde vom Familiensoziologen und Sozialpolitikforscher Franz Xaver Kaufmann geprägt. Hiermit ist gemeint, dass „die gesellschaftlichen Strukturen stark auf die Bedürfnisse der Erwachsenen zugeschnitten (sind). Kinder werden zwar nicht abgelehnt, aber den familialen Leistungen fehlt es an gesellschaftlicher Anerkennung und materieller Unterstützung. Mehr noch: Der Arbeitsmarkt, die Steuer- und Versicherungssysteme und andere Gegebenheiten verschaffen denjenigen Vorteile, die auf die Übernahme von Elternverantwortung verzichten.“ (Geißler, R.: Sozialer Wandel in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung, Heft 269, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004).

Grafik 18: Einschätzung der Familienfreundlichkeit von Frankfurt am Main. Angaben in Prozent.



Da es für Familienfreundlichkeit keine feststehende Definition gibt, sondern sich die Familienfreundlichkeit u. a. an den Angeboten einer Kommune für Familien bemisst, müssen Familien mit ihren Kindern in ihren unterschiedlichsten Lebensabschnitten berücksichtigt werden. Eine sich hieraus ableitende Hypothese, dass die Einschätzung zur Familienfreundlichkeit bei den Eltern häufig vom Alter der Kinder und von den derzeitigen Lebensphasen und Interessen der Kinder geprägt ist, konnte anhand der Befragung nicht bestätigt werden. Unabhängig vom Alter der Kinder gaben mehr als ein Drittel der Auskunftspersonen an, dass sie Frankfurt am Main als „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“ empfinden, und mehr als jede(r) zweite Befragte gibt eine „durchschnittliche Familienfreundlichkeit“ an.

Unterschiedliche Bewertungen zur Familienfreundlichkeit sind hingegen beim Geschlecht der Auskunftsperson, bei der Kinderzahl, der Familienform, dem Migrationshintergrund und der Einkommenssituation der Familien zu erkennen. Mütter, die diese Frage beantwortet haben, gaben zu 28 % an, dass Frankfurt „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“ ist. Auskunftgebende Väter bewerteten die Familienfreundlichkeit deutlich positiver (37 %). Auch die Kinderzahl in den Familien hat Einfluss auf die Einschätzung der Familienfreundlichkeit. So verbessert sich die Einschätzung der Familienfreundlichkeit, je mehr Kinder in einer Familie leben. Während 28 % der Familien mit einem Kind Frankfurt als „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“ beschreiben, sind es bei Familien mit zwei Kindern 32 % und bei Familien mit drei und mehr Kindern 39 %. Des Weiteren geben 32 % der Paar-Familien die Note „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“, hingegen nur 27 % der Alleinerziehenden. Speziell die Gruppe der Alleinerziehenden hat in der Kategorie „nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich“ die meisten Nennungen (14 %). Auffällig ist auch der Unterschied zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund. 26 % der Familien ohne Migrationshintergrund, demnach etwas mehr als jede vierte Familie, bezeichnet Frankfurt als „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“, im Gegensatz zu 37 % der Familien mit Migrationshintergrund. Betrachtet man indes die Einkommenssituation, erleben 28 % der nicht armutsgefährdeten Familien, 32 % der armutsgefährdeten und 34 % der wohlhabenden Familien Frankfurt als „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“. Ein Blick auf die kleinräumige Verteilung zeigt des Weiteren nur tendenzielle Prozentpunktverschiebungen, wobei die Familien, die in Stadtteilen wohnen, die stark armutsgefährdet, kinderarm und instabil sind (Stadtteiltyp 4), mit 14 % den höchsten Anteil in der Kategorie „nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich“ haben.

Tabelle 55: Ist Frankfurt am Main eine familienfreundliche Stadt? Aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Kinderzahl, Familienform, Migrationshintergrund der Eltern, Einkommenssituation und Stadtteilty. Angaben in Prozent.

	sehr familienfreundlich bis familienfreundlich	durchschnittliche Familienfreundlichkeit	nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich
insgesamt	31	60	9
Auskunft Mutter	28	62	10
Auskunft Vater	37	56	7
Kinderzahl			
1 Kind	28	63	9
2 Kinder	32	58	10
3 und mehr Kinder	39	52	9
Familienform			
Paar-Familien	32	60	8
Alleinerziehende	27	59	14
Migrationshintergrund			
ohne	26	64	10
mit	37	54	9
Einkommenssituation			
armutsgefährdet	32	57	11
nicht-armutsgefährdet	28	63	9
wohlhabend	34	59	7
Stadtteilty			
(2) bessergestell-verdichtet-stabil	33	59	8
(3) leicht armutsgefährdet-kinderreich-in Randlage	30	62	8
(4) stark armutsgefährdet-kinderarm-instabil	32	54	14
(5) wohlhabend-kinderreich-zentrumsfern	33	58	9

Ausreichender Wohnraum für alle Familienmitglieder ist die Grundlage für ein zufriedenes Miteinander in der Familie. Gerade Familien, die in armutsgefährdeten Einkommenssituationen leben, wohnen auch oftmals in beengten Wohnverhältnissen, in denen nicht jedem Familienmitglied ein eigener Raum zur Verfügung steht. Ob die Wohnverhältnisse der befragten Familien Auswirkungen auf die Frankfurter Familienfreundlichkeit haben, verdeutlicht die folgende Tabelle. Es zeigt sich, dass jede dritte Auskunftsperson, die „sehr bis eher zufrieden“ mit ihrer eigenen Wohnung ist, Frankfurt am Main ebenfalls als „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“ empfindet. Allerdings sieht mehr als jede zweite Auskunftsperson Frankfurt am Main bei der Familienfreundlichkeit im Mittelfeld (siehe Tabelle 56).

Tabelle 56: Einschätzung der Familienfreundlichkeit Frankfurts im Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung. Angaben in Prozent.

	Familienfreundlichkeit Frankfurts		
	sehr familienfreundlich bis familienfreundlich	durchschnittliche Familienfreundlichkeit	nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich
insgesamt	31	60	9
sehr bis eher zufrieden mit der Wohnung	34	59	7
teils/teils zufrieden mit der Wohnung	24	64	12
unzufrieden bis absolut unzufrieden mit der Wohnung	28	58	14

Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man die Zufriedenheit mit dem eigenen Wohnumfeld im Zusammenhang mit den Aussagen zur Familienfreundlichkeit der Stadt betrachtet. Gerade das Wohnumfeld ist besonders wichtig, wenn es um die Einschätzung zur Zufriedenheit und Familienfreundlichkeit geht. Kurze Wege bis zum nächsten Spielplatz oder zu Freizeitanlagen sowie zu Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Verkehrsberuhigte Wohngebiete und eine gute Nahversorgung für die alltäglichen Bedürfnisse können ebenfalls Einfluss auf die Familienfreundlichkeit einer Stadt haben. Mehr als jede dritte Auskunftsperson, die „sehr oder eher zufrieden“ mit dem Wohnumfeld ist, beschreibt Frankfurt auch als „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“. Des Weiteren wird eine durchschnittliche Familienfreundlichkeit von jedem zweiten Befragten angegeben, der „sehr bis eher zufrieden“ mit seinem Wohnumfeld ist. Fast jede fünfte Auskunftsperson, die „unzufrieden bis absolut unzufrieden mit dem Wohnumfeld“ ist, beurteilt Frankfurt auch als „nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich“ (siehe Tabelle 57).

Tabelle 57: Einschätzung der Familienfreundlichkeit Frankfurts im Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Angaben in Prozent.

	Familienfreundlichkeit Frankfurts		
	sehr familienfreundlich bis familienfreundlich	durchschnittliche Familienfreundlichkeit	nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich
insgesamt	31	60	9
sehr bis eher zufrieden mit dem Wohnumfeld	37	56	7
teils/teils zufrieden mit dem Wohnumfeld	18	69	13
unzufrieden bis absolut unzufrieden mit dem Wohnumfeld	18	64	18

Aufgrund der oben angeführten Ergebnisse liegt die Vermutung nahe, dass Familien, die aus Frankfurt wegziehen möchten, die Familienfreundlichkeit der Stadt negativer beurteilen als Familien, die nicht wegziehen wollen. Um dieser Frage nachzugehen, wurde die Einschätzung zur Familienfreundlichkeit im Zusammenhang mit den Wegzugswünschen aus Frankfurt am Main, die die Befragten an anderer Stelle äußerten, analysiert. Auch hier zeigt sich, dass etwas mehr als jede fünfte Auskunftsperson, die aus Frankfurt am Main wegziehen möchte, die Stadt insgesamt auch als „nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich“ ansieht (siehe Tabelle 58).

Tabelle 58: Einschätzung der Familienfreundlichkeit Frankfurts nach Umzugswunsch.
Angaben in Prozent.

	Familienfreundlichkeit Frankfurts		
	sehr familienfreundlich bis familienfreundlich	durchschnittliche Familienfreundlichkeit	nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich
insgesamt	31	60	9
kein Wunsch, aus Frankfurt wegzuziehen	32	60	8
Wunsch, aus Frankfurt wegzuziehen	20	58	22

Unter der Prämisse, dass die Familienfreundlichkeit einer Stadt auch von der Wohndauer der Auskunfts-person bzw. der Familie abhängig ist, da die Vertrautheit mit der Stadt zunimmt und ihre Angebote nach und nach kennengelernt werden oder die Unzufriedenen wegziehen, wird im Folgenden die Wohndauer der Befragten mit ihren Aussagen zur Familienfreundlichkeit verglichen. In diesem Zusammenhang konnte festgestellt werden, dass die Einschätzung „sehr familienfreundlich bis familienfreundlich“ keine relevanten Differenzen zur Wohndauer der befragten Person zeigt. Eine positive Einschätzung der Familienfreundlichkeit nimmt allerdings leicht zu, je länger die Auskunfts-person in Frankfurt am Main wohnt. In diesem Fall steigen die Werte von 33 % bei einer Wohndauer von ein bis fünf Jahren auf 38 % bei einer Wohndauer von elf bis 20 Jahren (siehe Tabelle 59).

Tabelle 59: Einschätzung der Familienfreundlichkeit Frankfurts im Zusammenhang mit der Wohndauer der Auskunfts-person. Angaben in Prozent.

	Familienfreundlichkeit Frankfurts		
	sehr familienfreundlich bis familienfreundlich	durchschnittliche Familienfreundlichkeit	nicht bis überhaupt nicht familienfreundlich
insgesamt	34	57	9
Wohndauer in Frankfurt 1–5 Jahre	33	56	11
Wohndauer in Frankfurt 6–10 Jahre	35	55	10
Wohndauer in Frankfurt 11–20 Jahre	38	54	8

Einiges deutet darauf hin, dass mit der Zeit vor allem die Familien aus der Stadt wegziehen, die die Familienfreundlichkeit Frankfurts eher niedrig einschätzen. Unter denjenigen, die sich mit dem Gedanken tragen, ins Umland umzuziehen, ist der Anteil derer, die angeben, dass Frankfurt nicht oder überhaupt nicht familienfreundlich ist, mit 20 % mehr als doppelt so hoch wie unter allen Befragten.¹⁰⁹

¹⁰⁹ Die Befragten sind aufgefordert worden, die Familienfreundlichkeit der Stadt zu bewerten. Dahinter steckt die Idee, dass die Familienfreundlichkeit Frankfurts weitgehend durch die kommunale Politik und durch die Qualität der Angebote und sozialen Dienstleistungen für Familien bestimmt wird. Diese Sichtweise liegt auch den Hinweisen und Vorschlägen zugrunde, die die Befragten zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit der Stadt gegeben haben und die im Anhang dokumentiert sind. Hier geht es u. a. um den Ausbau des Betreuungsangebots, den Zustand von Spielplätzen, die Sauberkeit der Stadt insgesamt und das Wohnungsangebot. Die Familienfreundlichkeit einer Gesellschaft und die Lebenswirklichkeit von Familien insgesamt werden aber auch von Faktoren bestimmt, die außerhalb der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten liegen. So hängt die Notwendigkeit flexibler Betreuungsarrangements auch davon ab, dass Arbeitgeber von ihren Beschäftigten ein hohes Maß an Flexibilität erwarten. Der Anspruch, dass man nach Beendigung der Elternzeit wieder an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren kann, ist durch Bundesgesetz geregelt. Und der Ausbau verbindlicher Ganztagsschulangebote liegt in der Zuständigkeit des Landes.





- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

In der Einleitung zu diesem Bericht wurde festgestellt, dass kommunale Politik, die sich an Kinder und ihre Eltern richtet, eine zuverlässige Informationsgrundlage benötigt, um erfolgreich und nachhaltig wirken zu können. Der hier vorgelegte Bericht bietet in weiten Teilen genau diese Grundlage. Mithilfe der Umfrage konnten die Lebenssituationen und die Problembereiche identifiziert werden, die die Frankfurter Familien besonders belasten. Der Bericht zeigt ferner, von welchen Maßnahmen und Angeboten Frankfurter Mütter und Väter eine Verbesserung ihrer Situation erwarten.

Eltern sind die besten Experten in eigener Sache. Sie wissen am besten, was ihnen konkret hilft. Wenn man also wissen will, was zu tun ist, um die Situation Frankfurter Familien weiter zu verbessern, sollte man die von den Eltern geäußerten Wünsche ernst nehmen und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüfen. Hierbei müssen Ziele festgelegt und Wege (Maßnahmen, Angebote etc.) zur Erreichung dieser Ziele bestimmt werden. Dies hängt wiederum davon ab, welche Prioritäten man im Hinblick auf Effektivität, Effizienz und das Verhältnis von erwünschten und unerwünschten Effekten setzt.¹¹⁰ So hat der Jugendhilfeausschuss der Stadt Frankfurt am Main u. a. die „Eröffnung von Entwicklungs-/Bildungschancen“ und das „gedeihliche, gesunde Aufwachsen“ als Leitziele der Jugendhilfe in Frankfurt am Main festgelegt. Dies bedeutet, dass „jedem Jungen und jedem Mädchen die Förderung und Bildung zuteilwerden (soll), die ihm faire Zukunftschancen eröffnen“.¹¹¹

¹¹⁰ Vgl. Heiner, M.: Evaluation. In: Otto, H.-U.; Thiersch, H.: Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. 2. völlig überarbeitete Auflage. Neuwied 2001, S. 481 – 495.

¹¹¹ Jugend- und Sozialamt: Jedem Kind in Frankfurt eine Chance geben. Abschlussbericht 2012, S. 8 f.



Welche Mittel nun am besten geeignet sind, festgelegte Ziele zu erreichen und die bestehende Angebotsstruktur zu ergänzen, ist allerdings nicht einfach zu bestimmen. Auch kann nicht davon ausgegangen werden, dass Maßnahmen, die sich an einer Stelle erfolgreich bewährt haben, eins zu eins auf neue Situationen übertragbar sind. In der Regel funktionieren gleiche Institutionen in unterschiedlichen Kontexten auch unterschiedlich. Die jeweiligen Strukturen und ihre Zusammenhänge müssen deshalb immer wieder aufs Neue beurteilt und bewertet werden. Was dies für die in diesem Bericht zentralen Handlungsfelder Betreuung, Schule, Wohnen und Armutsbekämpfung bedeuten kann, soll im Folgenden näher erläutert werden.

Die institutionelle Betreuung bzw. ihr Ausbau sind im Rahmen der Diskussion um die Herstellung von Chancengerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit immer mehr in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Hierbei spielt auch die Erkenntnis eine Rolle, dass wichtige Grundlagen für die späteren Bildungskarrieren schon vor der Einschulung gelegt werden und dass die Förderung von Kindern deshalb schon vor der eigentlichen Schulzeit einsetzen muss. Um eine frühzeitige Förderung der Kinder zu gewährleisten, haben die Weiterentwicklung und der Ausbau des Betreuungsangebots für Vorschulkin- der eine entscheidende Bedeutung.¹¹² Der weitere Ausbau der Kinderbetreuung ist aber auch unter dem Gesichtspunkt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig.

Die hier vorgelegten Untersuchungsergebnisse zeigen, dass für viele Eltern im Bereich der Betreuung großer Handlungsbedarf besteht. Da es in Frankfurt am Main immer mehr Kinder im Vorschulalter gibt, bedeutet dies zwangsläufig eine Erhöhung der Betreuungskapazitäten im gesamten Vorschulbereich. Bei diesem Vorhaben gehen rechtliche Vorgaben, politische Zielsetzung und der Wille der Eltern in dieselbe Richtung. Inwieweit sich aber der in Frankfurt am Main eingeleitete Betreuungsausbau und der von den Eltern angemeldete Bedarf zukünftig decken werden, bleibt abzuwarten. Hinzu kommt, dass die Eltern auch Ansprüche an die Qualität der Betreuung haben, die aus ihrer Sicht hinter dem Ziel, möglichst allen Kindern einen Betreuungsplatz anzubieten, nicht zurückstehen dürfen.

Ein weiterer Baustein zur Herstellung von Chancengerechtigkeit im Bildungssystem ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Aus diesem Grunde ist es wichtig, sprachliche Fördermaßnahmen bereits im Vorschulalter anzusetzen. Nur so können ansonsten beim Schuleintritt festzustellende sprachliche Defizite verringert, wenn nicht gar ausgeglichen werden. Die große Trägervielfalt in Frankfurt am Main im Bereich der Kinderbetreuung hat dazu geführt, dass es in den Betreuungseinrichtungen eine Vielfalt verschiedener Sprachfördermaßnahmen gibt.¹¹³ Allerdings scheint, wenn man vorliegenden Untersuchungen¹¹⁴ folgt, die Wirkung von Sprachförderprogrammen beschränkt zu sein. Vielmehr scheint die Zusammensetzung der jeweiligen Kita-Gruppe entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Sprachfertigkeiten der Kinder zu haben: Nur wenn genügend Kinder aus der Gruppe Deutsch als Muttersprache sprechen, lernen auch die anderen Kinder schnell Deutsch. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Kinder in den einzelnen Kita-Gruppen entsprechend zusammenzusetzen. Das Ziel einer besseren Mischung der verschiedenen Kita-Gruppen ist aber nicht immer vereinbar mit dem Prinzip der Trägerautonomie und dem Ziel einer wohnortnahen Versorgung mit Kita-Plätzen. Die Trägerautonomie hat zur Folge, dass jeder Träger selbst über sein pädagogisches Konzept entscheidet und sich die in seinen Einrichtungen betreuten Kinder „aussucht“. Das Prinzip der wohnortnahen Versorgung führt dazu, dass sich in den Kitas die soziale Segregation der Bevölkerung widerspiegelt.

Schulkinder haben – anders als Vorschulkinder – keinen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Vier von zehn Frankfurter Grundschulkindern besuchen nach der Schule einen Hort. Folgt man den Angaben der für diesen Bericht befragten Eltern, dann liegt der Bedarf weit über dem derzeitigen Angebot, denn ein Drittel der Eltern würde eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung für

¹¹² Vgl. Berth, F.: Für eine kluge Ungleichbehandlung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22 – 24/2012, S. 3 – 8; derselbe: Die Verschwendung der Kindheit. Weinheim 2011.

¹¹³ Vgl. ebd., S. 28 f.

¹¹⁴ Vgl. Berlin-Institut: Dem Nachwuchs eine Chance geben. Was frühkindliche Sprachförderung leisten kann. <http://www.berlin-institut.org/publikationen/discussion-paper/dem-nachwuchs-eine-sprache-geben.html>. Zugriff: 05.12.2012.



ihre Kinder in Anspruch nehmen, wenn sie nur die Möglichkeit dazu hätten. Ein Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Grundschul Kinder bis in den späten Nachmittag hinein ist auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von zentraler Bedeutung. Das gute Betreuungsangebot für Kinder zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr führt dazu, dass viele Eltern es als besonders belastend erleben, dass die Betreuungsmöglichkeiten sich rapide verschlechtern, wenn ihr Kind in die Grundschule kommt. Ein weiterer Ausbau der Betreuungskapazitäten für Grundschul Kinder „kann“, so ist im Frankfurter Bildungsbericht zu lesen, „allerdings nur im Rahmen der Ganztagschulentwicklung ermöglicht werden. (...) Wegen der stark steigenden Kinderzahlen und der Gefährdung des Rechtsanspruchs wurde für die Maßnahmenplanung ab 2004 der vorrangige Ausbau des Kindergartenplatzangebots festgelegt. Die Erweiterung der Hortplätze wurde im Gegenzug begrenzt, allerdings durch stärkere Erweiterung schulischer Betreuungsangebote wieder ausgeglichen.“¹¹⁵

Will man im Bereich der Schule die Chancengerechtigkeit der Kinder verbessern, steht man vor anderen Herausforderungen. Eltern mit Kindern auf weiterführenden Schulen klagen, wie unsere Befragung ergab, darüber, dass die Anforderungen der Schule zu viel Zeit in der Familie in Anspruch nehmen. Dies trifft insbesondere auf Eltern von Gymnasialkindern und Eltern von zwei und mehr Kindern zu. Speziell die Hilfe bei den Hausaufgaben, das begleitende Üben und das Nacharbeiten der Lerninhalte lägen zu häufig in den Händen der Eltern. Die Lehrer setzen voraus, dass der Stoff zu Hause nachgearbeitet und vertieft werde und dass die Eltern ihre Kinder dabei unterstützten. Bei vielen Eltern stößt diese Erwartung oft auf Unverständnis. Sie sehen hier eher die Schule in der Pflicht. Die in Deutschland von den Eltern oft erwartete und für den schulischen Erfolg der Kinder so wichtige Unterstützungsfunktion können zudem viele Mütter und Väter gar nicht erfüllen, selbst wenn sie es wollten, sei es aus Zeitmangel, da sie berufstätig sind, sei es, weil ihnen das notwendige fachliche Wissen fehlt. Vor

¹¹⁵ Stadt Frankfurt am Main. Stadtschulamt: Bildung in Frankfurt am Main. Bildungsbericht 2012, S. 23.

diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der fehlenden Betreuungsplätze fordern viele Eltern einen weiteren Ausbau der Grund- und weiterführenden Schulen zu Ganztagschulen, in denen eine kompetente Hausaufgabenhilfe und Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder gesichert ist. Die Ganztagschule wird hier also von vielen Eltern als Mittel zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit und von Betreuungssicherheit angesehen. Im Hinblick auf das Ziel der Chancengerechtigkeit soll die Schule das leisten, was in den Augen vieler Eltern ihre eigentliche Aufgabe ist, nämlich den Stoff so zu vermitteln und zu vertiefen, dass keine zusätzliche Unterstützung durch die Eltern oder Nachhilfelerhrer mehr nötig ist. Den Unterricht und den Schulalltag so zu gestalten, dass die Kinder ohne elterliche Unterstützung zurechtkommen, ist in erster Linie (Lehrpläne und die Ausstattung mit Lehrkräften) Ländersache und Aufgabe der jeweiligen Schule und Lehrkräfte (Schulprogramm, Unterrichtsgestaltung und -methodik).

Dem Wunsch nach einem stärkeren Ausbau von ganztätig arbeitenden Schulen, in denen Bildung, Erziehung und Betreuung eine Einheit bilden und die Schule als „Lebensraum“ für Kinder und Jugendliche gestaltet wird, kommt die Stadt Frankfurt nach. So heißt es im jüngsten Frankfurter Bildungsbericht: „Aufgrund der eher zögerlichen Ganztagschulentwicklung von Seiten des Landes Hessen möchte die Stadt Frankfurt a. M. in den kommenden Jahren neben den vom Land Hessen bereits anerkannten offenen und gebundenen Ganztagschulen stufenweise und bedarfsdeckend in einem ersten Schritt alle Grundschulen zu Ganztagschulen ausbauen. Der Ausbau durch die Kommune orientiert sich an den Standards, die in der entsprechenden hessischen Richtlinie für offene Ganztagschulen zugrunde gelegt wurden, garantiert aber für die Primarstufe eine darüber hinausgehende Verlässlichkeit des Betreuungsangebotes.“¹¹⁶ Mit diesem Vorgehen verfolgt die Stadt Frankfurt das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die ganztägige Förderung der Kinder zu verbessern.

Neben den Ganztagsangeboten an Schulen gibt es die Betreuung in Horten und in einigen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Das Nebeneinander verschiedener Angebotsformen (Ganztagschule, Horte, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit) ist ein gutes Beispiel für die Möglichkeit, ein Ziel (z. B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf) mit verschiedenen Mitteln zu erreichen. In Frankfurt am Main wird es für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr auf absehbare Zeit neben den Ganztagschulangeboten auch Hortangebote und Angebote in Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit geben. Wenn es ein Nebeneinander verschiedener Angebotsformen gibt, die die gleichen Ziele verfolgen, kann man unter planerischen Gesichtspunkten ihre Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen und die Eltern können – immer vorausgesetzt, es gibt anders als zurzeit ein quantitativ ausreichendes Angebot – zwischen verschiedenen Angebotsformen wählen. Während die einen ein Hortangebot bevorzugen, reicht es für die anderen aus, wenn ihre Kinder an drei Nachmittagen in der Woche ein Angebot im Rahmen der offenen Ganztagschule nutzen können. Eine Wahl der Eltern zwischen verschiedenen Angebotsformen setzt aber voraus, dass es genügend bedarfsorientierte Angebote gibt, zwischen denen man wählen kann. Dies ist, legt man die Angaben der für diesen Bericht befragten Eltern zugrunde, heute nicht der Fall.

Das Thema Wohnen ist in Frankfurt am Main von besonderer Brisanz. Die Stadt Frankfurt am Main will eine familienfreundlich sein. Hierzu gehören ein den Bedürfnissen und den finanziellen Gegebenheiten entsprechendes Wohnungsangebot und eine familiengerechte Infrastruktur. Auch wenn viele Familien

¹¹⁶ Auf der Grundlage der gültigen Landesrichtlinie von 2011 für ganztätig arbeitende Schulen in Hessen nach § 15 Hess. Schulgesetz werden zwei Schultypen unterschieden: Schulen mit Ganztagsangeboten (Profil 1 und 2) und Ganztagschulen (Profil 3). So ist eine pädagogische Mittagsbetreuung (Profil 1) mit einem warmen Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung an mindestens drei Tagen in der Woche bis 14:30 Uhr möglich. Insgesamt fallen 48 Frankfurter Schulen in dieses Profil, hauptsächlich handelt es sich hierbei um Grundschulen. Dem Profil 2 wird die offene Ganztagschule zugeordnet. Nachmittagsangebote mit Hausaufgabenbetreuung und Mittagessen finden an fünf Tagen in der Woche bis 17 Uhr statt (freitags bis 14 Uhr). Insgesamt arbeiten acht Frankfurter Schulen nach diesem Profil. In beiden Profilen sind die Nachmittagsangebote freiwillig, verpflichtend erst nach Anmeldung. Die gebundene Ganztagschule (Profil 3) arbeitet ebenfalls täglich bis 17 Uhr (freitags bis 14 Uhr) mit dem Unterschied, dass Unterricht und Angebote sich über den gesamten Tag verteilen können. In der Regel sind die Schülerinnen und Schüler verpflichtet teilzunehmen, freiwillige Angebote werden erst nach Anmeldung verpflichtend. Zehn Schulen arbeiten in Frankfurt nach diesem Konzept. In einem Modellprojekt „Ganzheitliche Nachmittagsangebote an Frankfurter Schulen“ (NaSchu) mit zehn Frankfurter Schulen, die nach den Standards der offenen Ganztagschule arbeiten. Dieses als „offene Frankfurter Ganztagschule“ bezeichnete Modell soll ebenfalls die Ganztagschulentwicklung unterstützen (vgl. Kinstler, H.-J.: Bildung in Frankfurt am Main. Bildungsbericht 2012, hrsg. vom Dezernat für Bildung und Frauen. Stadtschulamt, Frankfurt am Main 2012, S. 52 ff.).

sich aufgrund der teilweise sehr hohen Mieten Frankfurt kaum noch leisten können, möchten viele lieber dort bleiben, als in günstigere Regionen des Umlandes auszuweichen. Und viele von denen, die in der Vergangenheit weggezogen sind, wären gerne hiergeblieben.¹¹⁷ Allerdings sind Familien keine homogene Gruppe. Die Wünsche im Hinblick auf Größe, Ausstattung und Lage der Wohnung sind von Familie zu Familie sehr unterschiedlich. Vor allem armutsgefährdete Familien wünschen sich eine Verbesserung ihrer Wohnsituation oder ein anderes Wohnumfeld, und zwar bevorzugt in Frankfurt am Main. Einkommensstarke Familien sind hingegen weitaus zufriedener mit ihrer Wohnsituation und ihrem Wohnumfeld. Sie haben oftmals ein Interesse an der Bildung von Wohneigentum und würden hierfür auch ins Umland ziehen.

Aufgrund der Heterogenität der Familien steht die Stadt Frankfurt am Main nicht nur vor der Herausforderung, insgesamt genügend Wohnraum zu schaffen, sondern auch vor der Notwendigkeit, den Bedürfnissen unterschiedlicher Zielgruppen gerecht zu werden. Hierbei können Zielkonflikte auftreten. Benötigt wird sowohl qualitativ hochwertiger Wohnraum für Haushalte in mittlerer und höherer Einkommenslage als auch Wohnraum für solche sozialen Schichten, die sich aus eigener Kraft nicht auf dem Wohnungsmarkt versorgen können. Im „Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 2012“¹¹⁸ ist nachzulesen, welche Maßnahmen geeignet erscheinen, den genannten Problemen zu begegnen. Zur Wohnraumbeschaffung und -erhaltung gibt es Modernisierungs- und Stadterneuerungsprogramme, die dazu beitragen sollen, den aktuellen Wohnungsbestand zu erhalten und den geänderten Bedürfnissen der Menschen anzupassen. So können beispielsweise im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen Kleinwohnungen zu familiengerechtem Wohnraum zusammengelegt werden. Daneben gilt es, die Zahl der jährlich neu gebauten Wohnungen nicht unter das derzeitige Niveau sinken zu lassen. Dies kann durch die Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen, durch das Schließen von Baulücken, die Umnutzung von Bürogebäuden in Wohnraum und die Konversion von Umstrukturierungsgebieten geschehen. Zielkonflikte sind hierbei kaum zu vermeiden. Flächen, die für die Eigentumsbildung vorgesehen sind, stehen nicht mehr für den Mietwohnungsbau zur Verfügung. Flächen, auf denen Eigenheime oder Mietwohnungen gebaut werden sollen, können nicht mehr für andere Zwecke genutzt werden. Und auf derselben Fläche kann man im (sozialen) Mietwohnungsbau deutlich mehr Wohneinheiten schaffen und Wohnungssuchende versorgen als durch die Errichtung von Eigenheimen.¹¹⁹

Viele Frankfurter Familien verfügen nur über geringe Einkommen und sind nach der diesem Bericht zugrunde gelegten Definition armutsgefährdet. Bei den befragten Familien trifft dies auf jede dritte zu. Welche Maßnahmen und Angebote es für von Armut und Benachteiligung betroffene oder bedrohte Kinder gibt, wurde u. a. im letzten Sozialbericht diskutiert.¹²⁰ Hier wurden Maßnahmen und Angebote danach unterschieden, ob sie präventiv oder kompensatorisch und ob sie direkt oder indirekt gegen Kinderarmut wirken. Die Leistungen des Frankfurt-Passes wurden beispielsweise als direkt und kompensatorisch wirkendes Angebot klassifiziert. Sie zielen darauf ab, eine materielle Notlage der Betroffenen auszugleichen, und sie kommen den Familien direkt zugute. Demgegenüber ist die Wirkung von Angeboten der Beschäftigungsförderung für die Eltern – von den Kindern aus betrachtet – eher präventiv und indirekt. Wenn diese Erwerbseinkommen erzielen, erhöht dies das Familieneinkommen, was in vielen Familien dazu führt, dass sie den Bereich der Armutgefährdung verlassen könnten.¹²¹

¹¹⁷ Mit der Wegzugsbefragung des Bürgeramtes für Statistik und Wahlen wurde herausgefunden, dass 39 % der befragten Familien in Frankfurt geblieben wären, wenn sie etwas Passendes gefunden hätten; 51 % hatten mit der Wohnungssuche in Frankfurt begonnen (vgl. Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Frankfurter Statistische Berichte 2'2008).

¹¹⁸ Stadtplanungsamt. Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 2012, Baustein 1, Neu-Isenburg 2012, S. 41 ff.

¹¹⁹ In Frankfurt am Main wurden von 2005 bis 2011 insgesamt 15.559 Wohnungen errichtet, darunter 2.662 Einfamilienhäuser und 1.472 mit Bundes- und Landesmitteln und 1.818 mit städtischen Mitteln geförderte Wohnungen, wobei viele Wohnungen sowohl durch die Stadt als auch durch Bund und Land gefördert wurden. Die Zahl der errichteten Einfamilienhäuser war im betrachteten Zeitraum rund dreimal so hoch wie die der Mehrfamilienhäuser (vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2012, Tabellen 7.9 ff.).

¹²⁰ Vgl. Jacobs, H.: Frankfurter Sozialbericht Teil IX: Zukunft Frankfurter Kinder sichern! SBG II-Leistungsbezug von Kindern und soziale Segregation in Frankfurt am Main – eine kleinräumige Analyse und Diskussion von Ansätzen zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung von Kindern, hrsg. von der Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht, Frankfurt am Main 2010, S. 58 ff.

¹²¹ Nun ist die angestrebte Verbesserung der Einkommenslage der Familien nicht die einzige Wirkung, die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben können. Es gibt eine Reihe von Effekten, die weniger positiv zu bewerten sind. So kann die Teilnahme an einer solchen Maßnahme dazu führen, dass die geförderte Person die Suche nach einem normalen Arbeitsverhältnis aufgibt. Arbeitsmarktforscher sprechen hier von einem „locking-in-Effekt“ (vgl. Bäcker, G. u. a.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. 4., grundlegend überarb. und erw. Auflage 2008, S. 570 ff.).

Im hier vorgelegten Bericht wurden folgende Themenbereiche näher betrachtet:

- Wohnen und Wohnumfeld,
- Betreuung, Schulbesuch und Freizeitgestaltung der Kinder,
- Freizeit und Infrastruktur,
- Erwerbssituation und soziale Lage,
- Erwerbsbeteiligung und innerfamiliäre Arbeitsteilung,
- Nutzung von sozialen Dienstleistungen und Unterstützungsangeboten bei verschiedenen Problemlagen,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf und
- Familienfreundlichkeit der Stadt aus Sicht der Eltern.

Die Untersuchung dieser Bereiche lieferte viele Hinweise darauf, wo Familien Hilfe und Unterstützung benötigen. Wo die Stadt Frankfurt am Main vorrangig aktiv werden soll, um für alle Frankfurter Eltern und Kinder Chancen- und Teilhabegerechtigkeit herzustellen, kann nur das Ergebnis von Diskussionsprozessen in Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik sein.



10

ANHANG

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

ANREGUNGEN DER BEFRAGTEN FAMILIEN ZUM THEMA FAMILIENFREUNDLICHE STADT

Im Rahmen der Familienbefragung hatten die Befragten die Möglichkeit, das, was ihnen beim Thema familienfreundliche Stadt wichtig ist, mitzuteilen. Hierzu diente die „offene“ Frage „Sie haben noch wichtige Hinweise und Ergänzungen zum Thema familienfreundliche Stadt? Im Folgenden können Sie Ihre Anregungen notieren“. Die Befragten hatten die Gelegenheit, ohne die bei standardisierten Fragen üblichen Vorgaben darzulegen, wie die Familienfreundlichkeit der Stadt verbessert werden kann und welche Probleme und ihre persönlichen Anliegen besonders belasten.

Anhand der Antworten wurde deutlich, in welchen Themenfeldern die Befragten großen Handlungsbedarf sehen, welche Lösungsvorschläge sie für bestimmte Probleme haben und wo sie generell „der Schuh drückt“. Von den insgesamt 4.746 Familien, die sich an der Familienbefragung beteiligt haben, gaben 1.579 Auskunftspersonen Anregungen. Jede dritte befragte Familie nutzte demnach diese Möglichkeit.

Im Folgenden werden die Hinweise und Anregungen der Befragten zusammengefasst. Die Gliederung der Hinweise und Anregungen orientiert sich an der Gliederung des Berichts.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass einige Eltern die Gelegenheit wahrnahmen, auch ihre positive Einstellung gegenüber der Stadt Frankfurt mitzuteilen. So schreibt beispielsweise ein Vater aus Griesheim: „Frankfurt am Main ist eine tolle und wunderschöne Stadt! Wir werden niemals weggehen.“ Oder eine Mutter aus Rödelheim: „Es freut uns, dass die Stadt Frankfurt a. M. sich für ihre Bürger interessiert.“ Und eine Mutter aus Heddenheim schreibt: „Mein Mann, meine Kinder und ich sind alle im selben Krankenhaus geboren. Also absolut vier echte original Frankfurter. Ich liebe diese Stadt...!“



1 Thema Kinderbetreuung

Insgesamt äußerten sich 683 Auskunftspersonen zum Thema Betreuung. Das sind mehr als 40 % derjenigen, die die offene Frage zur Familienfreundlichkeit beantwortet haben. Man kann dies als Hinweis darauf werten, dass die Sicherstellung einer quantitativ und qualitativ ausreichenden Betreuung auf der Prioritätenliste der Eltern ganz oben steht.

Zusammenfassend werden im Folgenden die Wünsche und Unterstützungsbedarfe der Eltern zum Themenfeld Betreuung aufgelistet (keine Prioritätenliste):

- Ausbau der Krippen und Krabbelstufenplätze für Kinder unter drei Jahren,
- Ausbau der ganztägigen Kindertagesstättenplätze für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren,
- Ausbau der Hortplätze für Grundschul Kinder und der schulischen Nachmittagsbetreuung über die Grundschulzeit hinaus,
- Einrichtung einer zentralen Betreuungsplatzvergabe mit geregelten Anmeldezeiträumen und einer transparenten, fairen Vergabeprozess,
- frühzeitige Rückmeldungen der Einrichtungen an die Eltern bei der Betreuungsplatzvergabe (Zusage und Absage des Platzes),
- Erweiterung der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen bis in den späten Nachmittag, ggf. auch Betreuung für abends,
- Vermeidung von längeren Schließzeiten der Einrichtung in den Schulferien,
- Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von berufstätigen Eltern in den Schulferien,
- Absprachen der Betreuungseinrichtungen im gleichen Stadtteil bezüglich der Schließzeiten in den Schulferien,
- Angebote der Sprachförderung verstärken,
- mehr qualifiziertes Personal einstellen,
- Verbesserung der Informations- und Beratungsstrukturen für die Eltern,
- Erhöhung der Gehälter für Erzieherinnen und Erzieher,
- Reduzierung der Gebühren (Elternentgelte),
- beitragsfreie und verpflichtende Kinderbetreuung ab drei Jahren,
- Neubaugelände frühzeitig mit entsprechender Betreuungsinfrastruktur versorgen,
- Vereinfachung der Regularien und Hilfen der Stadt zur Gründung von Elterninitiativen.

2 Thema Schule

Insgesamt äußerten sich zu dieser Thematik 277 Auskunftspersonen aus allen Teilen der Stadt. Das bedeutet, dass nur ein Teil derjenigen, die an anderer Stelle im Fragebogen auf die Frage, ob die Anforderungen der Schule nach Meinung der Auskunftsperson „zu viel Zeit in der Familie in Anspruch“ nehmen, mit „ja“ geantwortet haben, auch bei der offenen Frage zur Familienfreundlichkeit Angaben zum Thema Schule gemacht haben. Dies mag daran liegen, dass bei der Frage nach dem Einfluss der Schule auf das Familienleben schon eine Reihe von konkreten Angaben gemacht werden konnten, worum es sich im Einzelnen („Hilfe bei den Hausaufgaben“, „begleitendes Üben“, „Unterstützung vor Klassenarbeiten“, „Elternarbeit“ etc.) handelt.

Stichwortartig lassen sich die Wünsche und Unterstützungsbedarfe der Eltern im Hinblick auf das Themenfeld Schule so zusammenfassen (keine Prioritätenliste):

- Ausbau der Grundschulen und weiterführenden Schulen zu „richtigen“ Ganztagschulen (gebundenen Ganztagschulen),
- Verbesserung der Qualität der Lehre,

- Rückkehr zu „G9“ und Reduzierung der Themenbereiche in den Lehrplänen,
- Errichtung weiterer Gymnasien, Oberstufengymnasien und Gesamtschulen
- Inklusion an den Schulen ernst nehmen,
- Erweiterung der Nachmittagsbetreuung an GS (zeitlich und qualitativ),
- Erweiterung der Nachmittagsbetreuung an weiterführenden Schulen,
- Hausaufgabenhilfe und Betreuung für alle Kinder in der Schule, vor allem aber für Kinder, deren Eltern nicht uneingeschränkt in allen Fächern helfen können,
- Umfang der Hausaufgaben in den einzelnen Fächern reduzieren,
- Sport- und Bewegungsangebote erweitern,
- schulische AGs und Nachmittagsangebote für alle Kinder zugänglich machen,
- warmes, kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder ermöglichen,
- Ganztagschule bis 17 Uhr,
- Ferienbetreuung in den Schulen ermöglichen,
- Zustand der Gebäude und des Inventars verbessern (Klassenräume, Toiletten, Turnhallen, Materialien etc.),
- Unterricht in Containern darf keine Dauerlösung für den Rummangel sein.

3 Thema Freizeit

Insgesamt äußerten sich zu dieser Thematik 395 Auskunftspersonen aus unterschiedlichen Teilen der Stadt. **Speziell im Rahmen der Freizeitangebote loben die Eltern besonders:**

- Parks und Grünanlagen,
- Wasserspielplätze, Abenteuerspielplätze,
- Freizeitangebote und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche (Museen, Theater, Palmengarten, „Saturday“ in den Museen, Angebote (z. B. Spielmobil des Abenteuerspielplatzes, Spielstraßen, Bücherbus und Stadtbibliotheken),
- Frankfurt-Pass,
- Ferienfreizeitangebote (Ferienkarte, „Ferienkarussell“, „Frankfurter Flöhe“, Opernspiele, Mainspiele, Zoo).

Nachfolgend werden die Wünsche und Unterstützungsbedarfe der befragten Familien zusammengefasst dargestellt (keine Prioritätenliste):

- mehr Angebote für Kleinkinder (Eltern-Kind-Treffs, Familiencafés, Eltern-Kind-Kurse),
- mehr Spielplätze errichten, die für Altersgruppen bis zum 10. Lebensjahr nutzbar sind,
- verstärkte Pflege, Reinigung und Kontrolle der Sauberkeit auf Spielplätzen,
- schnellere Instandsetzung und Erneuerung der Spielgeräte,
- mehr Freizeitangebote, Kulturangebote und Freizeiteinrichtungen (Kinderhäuser, Tee-Treffs, Jugendtreffs, Jugendhäuser) für Kinder zwischen dem 10. und 14. Lebensjahr,
- mehr Freizeitangebote, Kulturangebote und Freizeiteinrichtungen (Jugendhäuser, Jugendtreffs, Jugendcafés) für Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr,
- mehr öffentliche Sportanlagen im Freien, die für ältere Jugendliche nutzbar sind (Bolzplätze, Skateranlagen, Basketballplätze, Tischtennisplatten, Inlinerplätze etc.),
- mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bei schlechtem Wetter (Indoor-Spielplätze, Nutzung von Sportanlagen und Turnhallen),
- längere Öffnungszeiten von Schwimmbädern,
- mehr Sportangebote auch im Bereich „Freizeitsport“ (in Vereinen, Kinderhäusern und Jugendhäusern) mit Trainingszeiten am späten Nachmittag und Abend,
- stärkere Förderung des Vereinssports und finanzielle Unterstützung von kleinen Sportvereinen (z. B. vergünstigte Hallenmieten) speziell für Stadtteile in Randlage,

- familienfreundliche Tarife und mehr Vergünstigungen für Familien in öffentlichen Einrichtungen (z. B. Schwimmbädern, Zoo, Palmengarten, Museen) und in Sportvereinen,
- Einführung einer „Familienkarte für Frankfurter Familien“ mit vergünstigten Eintrittspreisen,
- freier Eintritt in öffentlichen Einrichtungen für das dritte Kind,
- stärkere Ermäßigungen für Kinder unter 18 Jahren in öffentlichen Einrichtungen,
- Ausbau der Ferienfreizeitangebote („Ferienkarussell“) und Erweiterung bis 18 Uhr,
- Entgelteinstufung des „Frankfurt-Passes“ heraufsetzen,
- mehr Abenteuerspielplätze errichten und stärkere Förderung dieser Angebote,
- Erweiterung der Angebote der Stadtbibliotheken, mehr Stadtbibliotheken und Bücherbusse.

4 Thema Wohnen

Insgesamt äußerten sich zu dieser Thematik 201 Auskunftspersonen aus unterschiedlichen Teilen der Stadt. Die im Vergleich zum Thema Betreuung geringe Zahl von Beiträgen dürfte auch damit zusammenhängen, dass Gründe für einen möglichen Umzug und Hinweise auf Mängel im Wohnumfeld im standardisierten Teil des Fragebogens einen großen Raum eingenommen haben.

Im Folgenden werden die Wünsche und Unterstützungsbedarfe der Familien stichwortartig zusammengefasst (keine Prioritätenliste):

- Schaffung von bezahlbarem familiengerechtem Wohnraum,
- Förderung von finanzierbaren Möglichkeiten zur Wohneigentumsbildung,
- Schaffung von mehr größeren Wohnungen für vier und mehr Personen,
- keine Verdrängung von Mieter/Mieterinnen nach Sanierung,
- Schaffung von mehr öffentlich gefördertem Wohnraum mit sozialen Mieten,
- Einführung eines Familienbonus bei Wohnungssuche,
- Stärkung des Mieterschutzes und der Mietbindungen,
- größerer Schwerpunkt des Themas Wohnen in der Frankfurter Kommunalpolitik,
- Umwandlung nicht genutzter Gewerbeflächen für den Wohnungsbau.

5 Thema Lärmbelästigung durch Verkehrslärm, Baustellen und Fluglärm

Insgesamt äußerten sich zu dieser Thematik 128 Auskunftspersonen aus unterschiedlichen Teilen der Stadt. Hierbei betrifft die Thematik Fluglärm besonders Familien, die in den südlichen Stadtteilen leben und in Stadtteilen, die sich in der Einflugschneise des Flughafens befinden.

Im Folgenden werden die Wünsche und Unterstützungsbedarfe der Familien stichwortartig zusammengefasst (keine Prioritätenliste):

- Ausweitung des Nachtflugverbotes,
- Stilllegung der neuen Landebahn,
- Eindämmung des Verkehrslärms (Auto, LKW, Zug),
- Lärmschutzwände an Autobahnstrecken aufstellen, die an Wohngebiete angrenzen,
- Lärmschutzwände an Gleisen aufstellen, die an Wohngebiete angrenzen.

6. Thema Sauberkeit

Insgesamt äußerten sich zu dieser Thematik 121 Auskunftspersonen aus unterschiedlichen Teilen der Stadt. Zusammenfassend lassen sich die Wünsche und Unterstützungsbedarfe in diesem Themenbereich folgendermaßen darstellen (keine Prioritätenliste):

- Hundekot auf Gehwegen, Grünflächen, Parks und Spielplätzen verhindern,
- Kampagne gegen Hundekot und mehr Hundekottüten in öffentlichen Anlagen,
- Leinenpflicht für Hunde, vor allem Kampfhunde, besser kontrollieren,
- sauberer Sand auf Spielplätzen,
- Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt,
- Verbesserung der Reinigung und der Pflege der Parks und Grünflächen.

7. Thema Infrastruktur und ÖPNV

Insgesamt äußerten sich zu dieser Thematik 476 Auskunftspersonen aus unterschiedlichen Teilen der Stadt. Die Wünsche und Unterstützungsbedarfe der Eltern lassen sich folgendermaßen zusammenfassen (keine Prioritätenliste):

- Ausbau des Frankfurter Radwegenetzes,
- günstigere Fahrpreise im ÖPNV,
- Familienmonatskarte für den ÖPNV,
- Kindergruppenkarte für den ÖPNV,
- Beitragsreduzierung und Aufhebung der Kilometer-Zuschussregelung beim Schülermonatstickets,
- kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle Schüler,
- kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle Minderjährigen,
- barrierefreie Bahnhöfe durch mehr Aufzüge und Rolltreppen,
- barrierefreie Straßenbahnen und Haltestellen,
- schnellere Instandsetzung und Reinigung der Aufzüge,
- mehr (kontrollierte) Tempo-30-Zonen,
- mehr Maßnahmen zur Geschwindigkeitsbegrenzung in Wohngebieten,
- mehr Geschwindigkeitskontrollen und Blitzanlagen,
- mehr verkehrsberuhigte Zonen, Maßnahmen und Spielstraßen in den Wohngebieten und um Schulen,
- verbesserte Schulwegeplanung für die Wege zu Fuß und mit dem Fahrrad,
- Maßnahmen zur Gefahrenreduzierung für Schulkinder durch Falschparker und Autofahrer,
- mehr Zebrastreifen in Schulnähe,
- verstärkte Kontrollen von Falschparkern auf Bürgersteigen, vor Zebrastreifen und Kreuzungen,
- Ampelschaltungen für Fußgänger verlängern,
- mehr gesicherte Übergänge bei Straßenbahnen,
- mehr Eltern-Kind-Parkplätze in Parkhäusern,
- Instandsetzung öffentlicher Toiletten,
- mehr kleinteiliger Einzelhandel in den Stadtteilen.

8. Thema Bürgernähe

Insgesamt äußerten sich zu dieser Thematik 86 Auskunftspersonen aus verschiedenen Teilen der Stadt. Stichwortartig lassen sich im Folgenden die Wünsche und Unterstützungsbedarfe zusammenfassen (keine Prioritätenliste):

- bessere Beratung und Informationen auf Ämtern,
- Vereinfachung des Antragswesens,
- bessere Unterstützung und Hilfestellung bei Anträgen,
- mehr offene Sprechstunden in den Ämtern.

9. Sonstiges

Wünsche und Unterstützungsbedarfe können wie folgt zusammengefasst werden (keine Prioritätenliste):

- mehr Flexibilität auf Seiten der Arbeitgeber,
- kinderfreundliche/familienfreundliche Arbeitszeiten,
- mehr Teilzeitarbeitsplätze, Home-Office-Arbeitsplätze,
- Erhöhung der Kinderarztichte in einigen Stadtteilen,
- bessere Unterstützung und mehr Angebote für Alleinerziehende.

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

AUSGEWÄHLTE VERÖFFENTLICHUNGEN

DES JUGEND- UND SOZIALAMTES DER STADT FRANKFURT AM MAIN

Stadtteil – Sozialatlas. Ergebnisse für die Gesamtstadt	1988
Sozialraumanalyse der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen	1997
Ältere Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main. Vorstellungen zum Wohnen im Alter und zur Hilfe und Pflege	2000
Frankfurter Sozialbericht Teil I: Risiken und Chancen des Frankfurter Arbeitsmarktes	2000
Frankfurter Sozialbericht Teil II: Sozialhilfeempfänger	2000
Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung	2001
Frankfurter Sozialbericht Teil IV: Medizinische Versorgung, Prävention und ausgewählte gesundheitliche Gefährdungen	2001
Frankfurter Sozialbericht Teil V: Segregation und Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen	2002
Frankfurter Sozialbericht Teil VI. Chancen und Risiken einer alternde Stadt	2003
Jugendhilfeplanung in Frankfurt/Main Teilplan I: Freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche in offenen Freizeitstätten und auf Abenteuerspielplätzen	2004
Frankfurter Sozialbericht Teil VII. Aufwachsen in Frankfurt am Main – Kinder, Jugendliche und ihre Familien: Situation und Entwicklungschancen	2006
Frankfurter Freizeitwelten. Untersuchung zum Freizeitverhalten Frankfurter Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10	2007
Frankfurter Sozialbericht Teil VIII: Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Frankfurt am Main	2008
Zukunft für Frankfurter Kinder sichern! Dokumentation der Beiträge zu Armut und sozialer Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen im Zuge der Schwerpunkt- setzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Frankfurt am Main	2010
Frankfurter Sozialbericht Teil IX: Zukunft für Frankfurter Kinder sichern! SBG II-Leistungsbezug von Kindern und soziale Segregation in Frankfurt am Main – eine kleinräumige Analyse und Diskussion von Ansätzen zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung von Kindern	2010
Bedarfsanalyse Seniorengerechtes Wohnen in Frankfurt am Main	2010
Monitoring 2011 zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main	2011
Monitoring 2013 zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main	2014



JUGEND- &
SOZIALAMT

Wir bieten Hilfe an.

FRANKFURTER SOZIALBERICHT

TEIL X: FAMILIEN IN FRANKFURT AM MAIN –
LEBENSWIRKLICHKEIT UND UNTERSTÜTZUNGSBEDARFE

Jugend- und Sozialamt
Eschersheimer Landstraße 241-249
60320 Frankfurt am Main

Herausgeber

Dezernat VIII - Soziales, Senioren, Jugend und Recht
Berliner Straße 33-35
60311 Frankfurt am Main

Gestaltung und Satz

Heldentaten Werbeagentur GmbH

Druck

Druckhaus Strobach GmbH

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Frankfurt am Main, 2014